



Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

- Mehrfachnutzung von Daten innerhalb des agrarstatistischen Systems
- Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik
- Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung des Intrahandels nach Branchen
- Binnenschifffahrt mit Rekordergebnis
- Schulden der öffentlichen Haushalte
- Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten
- Außenhandel und Informationsbedarf der Bundesländer
- Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich

7

Juli

2001

— METZLER —
POESCHEL

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung:

Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@statistik-bund.de

Verlag:

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43,
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/93 53 35
Internet: <http://www.s-f-g.com>
E-Mail: stba@s-f-g.com

Druck:

Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich
Erschienen im August 2001
Einzelpreis: DM 21,70; EUR 11,10
Jahresbezugspreis: DM 222,-; EUR 113,51
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-01107
ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
...	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 24 05
- Telefax: 0611/75 33 30
- E-Mail: info@statistik-bund.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt	Seite
Kurznachrichten	499
Textteil	
Mehrfachnutzung von Daten innerhalb des agrarstatistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland	507
Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik	513
Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung des Intrahandels nach Branchen	524
Binnenschifffahrt im Jahr 2000 mit Rekordergebnis	533
Schulden der öffentlichen Haushalte 2000	543
Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten	546
Preise im Juni 2001	572
Außenhandel und Informationsbedarf der Bundesländer	576
Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich	588
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	599
Tabellenteil	
Inhalt	1*
Statistische Monatszahlen	2*

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.
Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.
Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents	Page
News in brief	499
Texts	
Multiple use of data in the agricultural statistics system of the Federal Republic of Germany	507
Analysing high incomes on the basis of income tax statistics	513
Possibilities and limits of the presentation of intra-Community trade by branches	524
Record result in inland water transport in 2000	533
Public debt, 2000	543
Economic situation of households of pensioners	546
Prices in June 2001	572
Foreign trade and information requirements of the Länder	576
Population statistics in the Third Reich	588
List of the contributions published in the current year	599
Tables	
Summary	1*
Monthly statistical figures	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

In eigener Sache

■ Einführung hedonischer Methoden in die Preisstatistik

Mit Fragen der Preismessung in der amtlichen Statistik befasste sich ein internationales wissenschaftliches Symposium, das am 21. und 22. Juni 2001 in Wiesbaden gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und von der Deutschen Bundesbank veranstaltet wurde (siehe auch WiSta 6/2001, S. 421). Dabei ging es um den Einsatz so genannter hedonischer Techniken zur Preismessung vor allem bei komplexen technischen Gütern.

Mit hedonischen Techniken können auf der Basis umfangreicher und detaillierter Datensammlungen und unter Anwendung komplexer mathematischer Modelle die Relationen zwischen Qualitäts- und Preisveränderungen eines Gutes quantifiziert werden. Preismessungen sollen zu Preisindizes führen, welche nur „reine“ Preisänderungen – losgelöst von etwaigen Qualitätsverbesserungen und -verschlechterungen – nachweisen. Für internationale Vergleiche, etwa der Preisentwicklung und des realen Wirtschaftswachstums, besitzt das Herausrechnen von Qualitätsveränderungen große Bedeutung.

In Deutschland verwendet das Statistische Bundesamt bei der Berechnung der amtlichen Preisindizes international anerkannte und bewährte Qualitätsbereinigungsverfahren. Im Interesse einer ständigen Verbesserung des preisstatistischen Instrumentariums haben das Statistische Bundesamt und die Deutsche Bundesbank Fachleute aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich und Schweden eingeladen; dort werden bereits hedonische Techniken bei ausgewählten Gütern eingesetzt.

Die in dem hochkarätig besetzten Symposium aufgezeigten Erfahrungen lassen erkennen, dass die sehr personalintensiven hedonischen Techniken unter bestimmten Bedingungen wichtige zusätzliche Erkenntnisse vor allem bei Gütern mit sprunghaften Innovationsschüben – wie zum Beispiel Personalcomputern – ermöglichen. Insofern bieten hedonische Preismessungen die Chance, die statistische Informationsbasis zu verbreitern und abzurunden. Dem Informationsgewinn in Teilbereichen stehen allerdings erheblicher zusätzlicher Aufwand bei Datengewinnung und -verarbeitung sowie Belastungen bei den Unternehmen gegenüber.

Das Statistische Bundesamt hat mit einem Forschungsvorhaben des ZEW eine Umsetzung der anderwärts gewonnenen Erfahrungen in seine Preismessungen eingeleitet. Die für eine umfassende Einführung hedonischer Techniken erforderlichen nicht unerheblichen Ressourcen stehen ihm allerdings derzeit nicht zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt
Wolfgang Buchwald, Telefon (06 11) 75 21 60,
E-Mail: wolfgang.buchwald@statistik-bund.de.

Aus aller Welt

■ Informationsaustausch mit Außenhandelsstatistikern aus Armenien

Vom 4. bis 6. Juli 2001 besuchten zwei Außenhandelsstatistiker aus Armenien im Rahmen eines vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) organisierten Studienaufenthaltes die Gruppe VB „Außenhandel“ des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Dieser Besuch diente der Vermittlung von Informationen über die deutsche Außenhandelsstatistik und hatte die Angleichung der armenischen Außenhandelsstatistik an die in Westeuropa übliche Methodik zum Ziel. Bei den Mitarbeitern von ARMSTAT, dem statistischen Amt Armeniens, handelte es sich um den Leiter der Gruppe Außenhandel und Zahlungsbilanz, sowie eine seiner Mitarbeiterinnen.

Die seit Ende 1991 unabhängige Republik Armenien liegt zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer und ist mit knapp 30 000 km² flächenmäßig rund ein Drittel größer als Hessen. Die aktuelle Bevölkerungszahl Armeniens dürfte nach Einschätzung der armenischen Kollegen aufgrund einer starken Emigration deutlich niedriger sein als die für 1999 aufgrund einer Fortschreibung der Ergebnisse der letzten Volkszählung (1989) offiziell ausgewiesene Zahl von 3,5 Mill. Einwohnern. In die Schlagzeilen der westlichen Medien kam Armenien durch ein schweres Erdbeben im Jahr 1988 und den Konflikt mit Aserbaidschan um die Enklave Karabach, der inzwischen beigelegt ist. Der Alltag in Armenien ist vor allem durch die schwierige Umstellung auf die Marktwirtschaft geprägt, die auch mit einer starken Schrumpfung des armenischen Außenhandels einherging.

Im Jahr 2000 exportierten deutsche Unternehmen Waren im Wert von 65,2 Mill. DM nach Armenien und importierten Güter im Wert von 42,8 Mill. DM von dort. Die deutschen Ausfuhren in das Partnerland umfassten im Jahr 2000 das ganze Spektrum der deutschen Exportwirtschaft, wobei auch die Ausfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln (24,1 Mill. DM) einen verhältnismäßig hohen Stellenwert hatte. Hingegen bezieht Deutschland aus Armenien vor allem Rohstoffe, unter anderem Kupfer und andere Metalle. Die armenische Außenhandelsstatistik besteht seit 1993; sie erhält ihre Daten auf elektronischem Weg direkt vom armenischen Zoll. Dieser Erhebungsweg entspricht also im Wesentlichen dem Deutschen beim Außenhandel mit Drittländern. Da die armenischen Kollegen nicht für die Datenerhebung zuständig sind, ist die dortige Arbeitseinheit Außenhandelsstatistik mit sieben Mitarbeitern auch vergleichsweise klein.

Den armenischen Gästen wurde die Erhebung der deutschen Außenhandelsstatistik, die Datenverarbeitung und -prüfung sowie die Praxis des deutschen Veröffentlichungswesens vorgestellt. Besonders interessant fanden die armenischen Besucher, dass die deutsche Außenhandelsstatistik zahlreiche Kunden hat, die als Datenabonnenten kostenpflichtige Auswertungen vom Statisti-

Kurznachrichten

schen Bundesamt erhalten. In Armenien ist derzeit die Nachfrage nach Außenhandelsergebnissen noch gering, und diese werden immer kostenfrei abgegeben.

Einen weiteren Schwerpunkt des Besuchs bildete die Durchführung eines Vergleichs der von Deutschland veröffentlichten Daten zum Außenhandel mit Armenien mit den spiegelbildlichen Ergebnissen der armenischen Statistik. Hierbei konnten zahlreiche Abweichungen geklärt werden, unter anderem dadurch, dass Armenien bei seinen Ausfuhren das Länderkonzept des Handelslandes verwendet, während in Deutschland und den „westlichen“ Außenhandelsstatistiken üblicherweise das Bestimmungsland der Waren im Vordergrund steht. Für eine bessere Datenvergleichbarkeit wurde deswegen den armenischen Statistikern ein Wechsel des Länderkonzeptes empfohlen. Von diesem Punkt abgesehen, stimmten die methodischen Konzepte der beiden Außenhandelsstatistiken weitgehend überein. Im Rahmen der Nachbereitung des Besuches werden von beiden Seiten noch einige Unstimmigkeiten beim Spiegelvergleich durch Rückfragen bei Firmen geklärt, die Handel mit dem jeweiligen Partnerland treiben und deren Meldungen unplausibel erschienen. Nach Einschätzung der Besucher war der Studienaufenthalt sehr ergiebig; an einer Fortsetzung der Kooperation haben beide Seiten Interesse.

Nähere Auskünfte zu diesem Studienaufenthalt erteilt Dirk Mohr, Telefon (06 11) 75 23 12.

Aus Europa

■ 49. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker

Vom 11. bis 13. Juni 2001 fand in Genf die 49. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) statt, an der Vertreter aus insgesamt 47 Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) teilnahmen. Als Beobachter waren Vertreter aus Japan, der Republik Korea und der Mongolei anwesend, außerdem Statistiker zahlreicher internationaler Organisationen und Eurostats.

Die Erörterung des integrierten Statistikprogramms der in Europa tätigen internationalen Organisationen und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) konzentrierte sich in diesem Jahr auf die Bereiche Nutzung des Internets für die Erhebung und Verbreitung von Daten, neue Methoden und Standards für die Konjunkturstatistiken und Erfassung der Informationsgesellschaft bzw. der so genannten New Economy.

Für den Bereich der statistischen Erfassung der New Economy wurde u. a. auch von deutscher Seite Handlungsbedarf bei der Definition dieses Phänomens auf internationaler Ebene angemahnt. Das CES-Büro wurde beauftragt, sich mit Fragen der Datengewinnung über diesen Wirtschaftsbereich zu beschäftigen. Verschiedene Mitgliedstaaten stellten ihre statistischen Aktivitäten

im Zusammenhang mit der Erfassung der New Economy vor. Der deutsche Vertreter berichtete u. a. über eine geplante Veröffentlichung des E-Commerce-Center Handel mit Begriffsdefinitionen aus dem E-Commerce und über das Symposium „Hedonische Methoden in der Preisstatistik“, das mittlerweile im Statistischen Bundesamt stattgefunden hat. Die Vertreter Kanadas und der Niederlande berichteten über eigene Überlegungen auf dem Gebiet der statistischen Erfassung der New Economy bzw. Informationsgesellschaft, insbesondere über Gefahren der Aushöhlung der traditionellen Handelsstatistiken, der Verschiebung innerhalb des Dienstleistungssektors von markt- zu nicht-marktbestimmten Dienstleistungen und des großen indirekten Einflusses der Informationstechnologien auf die statistische Erfassung der Wirtschaft, zum Beispiel im Hinblick auf Änderung der unternehmerischen Buchhaltung.

Das diesjährige Seminarthema „Statistiken über kleinräumige Gebiete und kleine Länder“ beleuchtete die Unterschiede in der Statistikproduktion zwischen großen und kleinen Staaten.

Weitere Tagesordnungspunkte betrafen u. a. die Metadaten-systeme der internationalen Organisationen und Ergebnisse der Montreux-Konferenz für Menschenrechte.

■ Internationale Konferenz über Qualität in der amtlichen Statistik

Als Abschluss der Arbeit der Leadership Group (LEG) on Quality wurde am 14. und 15. Mai 2001 in Stockholm unter dem Titel „Q2001“ eine internationale Konferenz zu Fragen der Qualität in der amtlichen Statistik veranstaltet. Die LEG on Quality hat seit 1999 im Auftrag des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) unter der Federführung des nationalen Statistischen Amtes von Schweden einen gemeinsamen konzeptionellen Rahmen für das Qualitätsmanagement im Europäischen Statistischen System (ESS) und Empfehlungen für das Qualitätsmanagement im ESS erarbeitet. In der LEG on Quality ist auch das Statistische Bundesamt vertreten.

Im Rahmen der Konferenz stellte die LEG on Quality in verschiedenen Foren ihren Abschlussbericht vor. Daneben präsentierten zahlreiche Referenten aus Europa und Nordamerika Beiträge zu den zentralen Bereichen des Qualitätsmanagements in der amtlichen Statistik. An der Konferenz nahmen etwa 350 Besucher/-innen aus 37 Ländern teil. Es wurden 120 Beiträge vorgetragen, die unter <http://www.q2001.scb.se> im Internet abrufbar sind. Neben Fragen des Qualitätsmanagements und statistischer Methoden wurden auch viele Detailfragen der Statistikerstellung thematisiert.

Insgesamt wurde deutlich, dass Qualitätsmanagement in nahezu allen nationalen statistischen Ämtern als strategisch wichtige Aufgabe angesehen wird. Qualität statistischer Produkte ist in diesem Zusammenhang mehr als Genauigkeit; sie umfasst nach der allgemein akzeptierten Definition eine Reihe anderer Aspekte, wie Relevanz,

Kurznachrichten

Aktualität usw. Insbesondere die weitere Verstärkung der Nutzerorientierung wurde immer wieder als Dreh- und Angelpunkt der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik hervorgehoben.

In diesem Zusammenhang stieß auch das im Rahmen der LEG federführend von Deutschland bearbeitete Kapitel "Quality and Users" bei den Teilnehmern der Konferenz auf großes Interesse. Nutzerorientierung bedeutet konkret in der aktuellen Situation eine starke Verbesserung der Aktualität, und zwar selbst zu Lasten der Genauigkeit. Gefordert wurde auch eine größere Flexibilität der statistischen Programme einschließlich einer möglichst frühzeitigen Berücksichtigung des (zukünftigen) Informationsbedarfs.

Im Einzelnen haben Vertreter des Statistischen Bundesamtes folgende Beiträge vorgetragen:

- Dr. Sabine Bechtold und Roland Günther: "An Access Panel for Official Statistics – How the Set of Methodological Tools May Be Further Developed" ("Access-Panel" der Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Amtliche Statistik und sozio-ökonomische Fragestellungen“)
- Roland Günther: "CHINTEX Project Description" (Vom Statistischen Bundesamt koordiniertes europäisches Projekt zur Harmonisierung von sozialstatistischen Daten)
- Thomas Körner: "Implementation of Quality Management Systems in National Statistical Institutes" (Kapitel des Abschlussberichtes der LEG on Quality)
- Walter Radermacher: "Quality and Users" (Kapitel des Abschlussberichtes der LEG on Quality)
- Walter Radermacher und Thomas Körner: "Improving Process Quality – From Control to Motivation" (Vorstellung des vom Statistischen Bundesamt neu entwickelten Instrumentes der Prozessanalysen)

Weiterhin wurden folgende Sitzungen der Konferenz von Vertretern des Statistischen Bundesamtes geleitet:

- Session 20: Data Processing (Vorsitz: Thomas Körner)
- Session 23: Strengths and Weaknesses of the European Statistical System (Vorsitz: Heinrich Lützel)

Weitere Informationen zum Programm und den Beiträgen der Konferenz sind im Internet unter <http://www.q2001.scb.se/> verfügbar.

Aus dem Inland

■ 48. Jahrestagung des Statistischen Beirats

Der Statistische Beirat befasste sich auf seiner 48. Jahrestagung am 19. Juni 2001 mit der geplanten Einführung einer bundeseinheitlichen behördenübergreifenden Wirtschaftsnummer durch die Bundesregierung. Die Bundesregierung will durch die Einführung der Wirtschaftsnum-

mer einen Beitrag zum Abbau von Bürokratie leisten. In einem Test soll das Verfahren zunächst in einzelnen Regionen mit ausgewählten Behörden auf Machbarkeit geprüft werden. Anschließend soll die inhaltliche und technische Ausgestaltung für eine flächendeckende Einführung ab 1. Januar 2005 festgelegt werden. Der Statistische Beirat unterstützte nachhaltig die geplante Einführung der Wirtschaftsnummer, die u. a. für die Wirtschaft Entlastungen von statistischen Berichtspflichten erwarten lässt.

Weiterhin sprach sich der Statistische Beirat im Zusammenhang mit der Erfüllung der Konjunkturverordnung der Europäischen Union im Dienstleistungsbereich für eine weitest mögliche Nutzung und Zusammenführung von Verwaltungsdaten, insbesondere der Steuer- und Arbeitsverwaltung aus. Bei einem solchen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftsstatistik sollten auch geeignete Verfahren zur Nutzung der Verwaltungsdaten durch die Wissenschaft gefunden werden. Er empfahl, dass auf Bundesebene und von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder weitere Prüfungen zur Wirtschaftlichkeit und zur Qualität der Ergebnisse durchgeführt sowie die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Ein weiteres Thema war die Weiterführung getrennter statistischer Ergebnisse für West- und Ostberlin. Seit Inkraft-Treten der Bezirksreform in Berlin zum 1. Januar 2001 gliedert sich Berlin nur noch in 12 anstatt bislang 23 Bezirke, von denen zwei jeweils Gebietsteile aus West- und Ostberlin enthalten. Der Beirat bat das Statistische Bundesamt – unbeschadet der damit verbundenen Nachweisungsprobleme –, in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Berlin weiter Ost-West-Aufteilungen vorzunehmen, soweit von den Nutzern eine dringende Notwendigkeit gesehen wird. Der Beirat beauftragte das Statistische Bundesamt, kurzfristig eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die mit den Nutzern und dem Statistischen Landesamt Berlin den dringenden Bedarf ermittelt und bis zum 1. Oktober 2001 die weitere konkrete Vorgehensweise abstimmt.

Das Statistische Bundesamt berichtete über die Überlegungen zur Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstichproben. Im Wesentlichen wird daran gedacht, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und die Laufenden Wirtschaftsrechnungen zu einer jährlichen Haushaltsbudgeterhebung zusammenzuführen, im Anschluss an den Mikrozensus ein Access-Panel in der amtlichen Statistik aufzubauen sowie die Datenanforderungen der geplanten „EU-Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ in das System der amtlichen Haushaltsstichproben zu integrieren. Im Herbst 2001 wird das Statistische Bundesamt die wichtigsten Nutzer von Haushaltserhebungen zu einer Besprechung einladen.

Der Beirat informierte sich über den aktuellen Stand der Umsetzung seiner Empfehlungen vom Sommer 1999 zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. Zur Vorbereitung seines Evaluierungsberichts, den er vor Ende der

Kurznachrichten

Legislaturperiode der Bundesregierung vorlegen will, wird sich die Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung des Statistischen Programms“ des Beirats am 29. November 2001 zu einer ersten Sitzung treffen. Der Evaluierungsbericht soll auf der Beiratstagung im Juni 2002 verabschiedet werden.

Das Statistische Bundesamt berichtete über die Versuche der amtlichen Statistik in Deutschland, die Phänomene „Electronic-Business“ bzw. „New Economy“ zu erfassen. Der in Wirtschaft und Statistik, Heft 3/2001, erschienene Aufsatz „Neue Ökonomie und amtliche Statistik“ gibt einen ersten Überblick. Für Ende 2001 ist eine Veröffentlichung zum Thema „Informationsgesellschaft“ geplant, die bereits vorhandene Ergebnisse aus der amtlichen Statistik über die Informationsgesellschaft zusammenfasst. Der Beirat begrüßte diese Aktivitäten.

Darüber hinaus informierte sich der Statistische Beirat über den Stand der Vorbereitung für einen registrierten Zensus und des Gesetzgebungsverfahrens zum Zensuserprobungsgesetz. Wegen der geforderten Beteiligung des Bundes an den Kosten der Länder und Gemeinden sowie zur Verschiebung des im Gesetz vorgesehenen Stichtages für die Erhebungen vom 19. September auf den 5. Dezember 2001 hatte der Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen. Der Bundesrat hat am 22. Juni 2001 das im Vermittlungsausschuss am 20. Juni 2001 gefundene Ergebnis zum Zensuserprobungsgesetz zunächst nicht akzeptiert. Daraufhin hatte die Bundesregierung am 27. Juni 2001 ihrerseits den Vermittlungsausschuss angerufen, der den Gesetzentwurf am 4. Juli 2001 in der vom Bundestag geänderten Fassung bestätigt hat; nachdem der Bundesrat dieses Vermittlungsergebnis am 13. Juli 2001 gebilligt hat, ist der Weg für das In-Kraft-Treten des Zensuserprobungsgesetzes frei.

Weitere Informationspunkte waren wichtige statistische Vorhaben auf europäischer Ebene, die Verzögerungen bei der Abfallstatistik und die Ergebnisse der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI Gutachten), zu denen am 20. und 21. September 2001 in Berlin eine wissenschaftliche Tagung stattfinden wird.

■ w3stat – ein System geht seinen Weg

Seit Anfang des Jahres 2000 stellt das Statistische Bundesamt das Online-Meldesystem w3stat zur Verfügung, das den zur Intrahandelsstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen die Datenübermittlung über das Internet ermöglicht. Mittlerweile nutzen bereits mehr als 6000 Melder die Vorteile dieses datenträgerlosen Übertragungsweges. Täglich gehen 10 bis 20 neue Registrierungen ein. Bereits Anfang des nächsten Jahres dürfte der 10000. w3stat-Nutzer begrüßt werden können. Derzeit gehen monatlich bis zu 1,5 Mill. Meldesätze im Intrahandel über das w3stat-System ein. Dies entspricht einem Anteil von rund 20% an den Intrahandelsmeldungen insgesamt. Damit liegen die Online-Meldungen um fast 50% über den Papiermeldungen, die noch vor eini-

gen Jahren das klassische Meldeinstrument im Außenhandel waren.

Gerade wegen der überaus erfolgreichen Einführung des w3stat-Systems gilt es das Onlineverfahren weiter zu verbessern. So müssen zum Beispiel die Plausibilitätsprüfungen im w3stat-Erfassungsprogramm weiter ausgebaut und Teile dieser Prüfungen auf die Online-Formulare übertragen werden. Insbesondere müssen auch die internen Schnittstellen zwischen Eingang der Online-Meldungen und Erfassung bzw. Verarbeitung dieser Meldungen weiter optimiert werden. So sollen künftig die Wert- und Steuernummerprüfungen unmittelbar nach Eingang der Online-Meldungen erfolgen und nicht nachträglich im Rahmen der Aufbereitungsprozesse. Damit können zum Beispiel so genannte Doppel- bzw. Mehrfachmeldungen frühzeitig erkannt und zeitaufwändige nachträgliche Korrekturen vermieden werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wird auch die Einrichtung von Melderkonten sein, die sowohl den w3stat-Meldern als auch den Sachbearbeitern im Intrahandel eine bessere Übersicht über die bereits gelieferten Daten ermöglichen.

Als einer der nächsten Entwicklungsschritte ist die Implementierung eines Berichtigungsformulars auf den w3stat-Internetseiten vorgesehen. Damit wird den w3stat-Nutzern die Möglichkeit gegeben, bereits übermittelte Meldungen online zu korrigieren. Zu den weiteren künftigen Aufgaben gehört auch die Aktualisierung und Verbesserung des w3stat-Erfassungsprogramms. So soll u. a. die Netzwerklauffähigkeit, das heißt die gleichzeitige Mehrplatzbenutzung des Programms, ermöglicht und die Funktionalität der Standardvorbelegungen erweitert werden. Darüber hinaus müssen die im Programm installierten Leit- und Referenzdateien jährlich aktualisiert werden.

Es gibt also noch genügend zu tun bei w3stat. Die bisherigen Erfolge sind allerdings die beste Motivation, optimistisch an die künftigen Aufgaben heranzugehen und diese erfolgreich zu bewältigen.

Kompakt

■ 186 700 Einbürgerungen von Ausländern im Jahr 2000

Im Verlauf des Jahres 2000 wurden rund 186 700 ausländische Personen eingebürgert. Das sind 43 400 oder fast ein Drittel (+30%) mehr als 1999 (143 300). 1999 betrug die Zunahme der Einbürgerungen gegenüber 1998 34%.

Von den 186 700 im Jahr 2000 eingebürgerten Ausländern erwarben 73 200 oder 39,2% die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund der seit dem 1. Januar 2000 geltenden Neufassung des § 85 Ausländergesetzes (AuslG); diese Anspruchseinbürgerung mit verkürzter Mindestaufenthaltsfrist von 8 Jahren sowie die Miteinbürgerung

der ausländischen Ehegatten und minderjährigen Kinder waren mit dem Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 eingeführt worden.

62 300 Ausländer (33,4%) sind auf Grund der Übergangsregelung in § 102a AuslG nach den vor dem 1. Januar 2000 geltenden Einbürgerungsregelungen der §§ 85 und 86 AuslG – alte Fassung des Ausländergesetzes: u. a. Mindestaufenthaltsfrist von 15 Jahren und bestimmte Voraussetzungen für junge Ausländer – eingebürgert worden.

Weitere 48 950 Ausländer (26,2%) erhielten nach den Bestimmungen des seit dem 1. Januar 2000 geltenden neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) die deutsche Staatsangehörigkeit; darunter waren 20 200 in Deutschland geborene ausländische Kinder unter 10 Jahren, die auf Grund des durch das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes eingeführten § 40b StAG eingebürgert wurden.

Im Jahr 2000 wurden 82 800 Personen mit ehemaliger türkischer Staatsangehörigkeit eingebürgert. Damit stellten die Türken mit 44,4% den größten Anteil aller Einbürgerungen; der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an allen in Deutschland lebenden Ausländern betrug 2000 rund 27%. Die nächst größere Gruppe von Eingebürgerten waren 14 400 Personen (7,7%) mit einer ehemals iranischen Staatsangehörigkeit. Weitere 9 800 Personen (5,2%) besaßen vor ihrer Einbürgerung die jugoslawische, 5 700 (3,0%) die libanesisch und 5 000 (2,7%) die marokkanische Staatsangehörigkeit.

Weitere Auskünfte erteilt
Hermann Voit, Telefon (06 11) 75 21 16,
E-Mail: hermann.voit@statistik-bund.de.

■ In vier von hundert Ehen leben ausländische und deutsche Ehepartner zusammen

Im Mai 2000 lebten in Deutschland 19,5 Mill. Ehepaare (April 1991: 19,5 Mill.), davon 17,4 Mill. Ehepaare, bei denen beide Partner einen deutschen Pass besaßen (April 1991: 17,9 Mill.) und 1,3 Mill. Ehepaare, bei denen beide Partner einen ausländischen Pass hatten (April 1991: 1,0 Mill.). Bei weiteren 806 000 Ehepaaren (April 1991: 553 000) hatte der eine Partner eine ausländische und der andere Partner die deutsche Staatsangehörigkeit. Somit lebten in rund vier von hundert Ehen deutsche und ausländische Eheleute zusammen (April 1991: 3%). Das zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus 2000, der europaweit größten jährlichen Haushaltsbefragung zu den Lebens- und Arbeitsverhältnissen in Deutschland.

Von den 806 000 binationalen Ehepaaren lebten 762 000 Ehepaare im früheren Bundesgebiet und 44 000 Ehepaare in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Somit lag der Anteil der binationalen Ehepaare an allen Ehepaaren im Westen mit 5% deutlich höher als im Osten mit 1%.

Während im früheren Bundesgebiet im Mai 2000 bei der Mehrzahl (51%) der binationalen Ehepaare die Ehefrau Ausländerin und der Ehemann Deutscher war, überwogen in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 57% binationale Ehepaare, bei denen die Ehefrau einen deutschen und der Ehemann einen ausländischen Pass hatte.

Bei 60% der binationalen Ehepaare wuchsen im Mai 2000 in Deutschland (ledige) Kinder (ohne Altersbegrenzung) im Haushalt auf. Bei Ehepaaren, in denen beide Partner Deutsche waren, lag dieser Anteil mit 49% deutlich niedriger. Hatten beide Eheleute eine ausländische Staatsangehörigkeit, wuchsen in 73% ihrer Haushalte Kinder auf. Binationale Ehepaare zogen im rechnerischen Durchschnitt 1,67 Kinder groß, Ehepaare, in denen beide Partner Deutsche waren, durchschnittlich 1,70 Kinder. Bei Ehepaaren, in denen beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten, lebten durchschnittlich 2,05 Kinder.

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Klaus-Jürgen Duschek, Telefon (0 18 88) 6 43 87 20,
E-Mail: mikrozensus@statistik-bund.de.

■ Arbeitswoche der Land- und Forstwirte hat 61 Stunden

Die knapp 320 000 Selbstständigen in der deutschen Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) arbeiteten im Mai 2000 nach Ergebnissen des Mikrozensus durchschnittlich 61,1 Stunden. Damit liegt ihre Wochenarbeitszeit deutlich über dem Durchschnitt aller Selbstständigen (49,7 Stunden pro Arbeitswoche).

Für die abhängig Erwerbstätigen fällt mit einem Wochen-durchschnitt von 35,7 Stunden eine wesentlich kürzere Arbeitszeit an, teilweise bedingt durch den hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigung. Fast 20% aller abhängig Erwerbstätigen in Deutschland arbeiteten im Mai 2000 in Teilzeit, wobei mehr als ein Drittel (38%) der erwerbstätigen Frauen diese Arbeitsform wählten.

Weitere Auskünfte erteilt
Ursula Israel-Königsfeld, Telefon (0 18 88) 6 43 86 98,
E-Mail: ursula.israel-koenigsfeld@statistik-bund.de.

■ Unterdurchschnittliche Kirschenernte 2001 erwartet

Die Obstbauern werden sowohl bei Süß- als auch bei Sauerkirschen weniger ernten als im langjährigen Mittel: Nach der Erntevorausschätzung der Berichterstatter wird im Marktobstbau 2001 eine Erntemenge von 316 400 Dezitonnen (1 dt = 0,1 Tonnen) Süßkirschen und 327 900 dt Sauerkirschen in Deutschland erwartet.

Im Vergleich zum sechsjährigen Durchschnitt 1995/2000 werden im Jahr 2001 bei Süßkirschen voraussichtlich 5 400 dt (-1,7%) und bei Sauerkirschen 10 800 dt (-3,2%) weniger geerntet. Im Vergleich zum vorzüglichen Kirschenjahr 2000 ist der Ernterückgang beträchtlich: Bei

Kurznachrichten

Süßkirschen werden 99 100 dt (-23,9%) und bei Sauerkirschen 61 200 dt (-15,7%) weniger gepflückt als im letzten Jahr.

Mehr als die Hälfte (57,9%) der deutschen Süßkirschen-ernte stammt aus Baden-Württemberg (102 900 dt) und Niedersachsen (80 400 dt). Bei Sauerkirschen wird die Hälfte der Erntemenge (50,6%) in Rheinland-Pfalz (62 700 dt), Sachsen (57 300 dt) und Thüringen (46 000 dt) gepflückt.

Weitere Auskünfte erteilt

Dr. Peter Gurrath, Telefon (0 18 88) 6 43 86 20,
E-Mail: peter.gurrath@statistik-bund.de.

■ 3,9% weniger ausländische Auszubildende im Jahr 2000

Ende 2000 absolvierten rund 1,7 Mill. junge Leute eine Ausbildung im dualen System (+0,2% gegenüber 1999), davon waren 96 900 junge Ausländer/-innen. Ihre Zahl nahm im Vergleich zum Vorjahr um 3,9% ab.

Gegenüber 1995 durchliefen im Jahr 2000 rund 20% weniger ausländische Jugendliche eine duale Berufsausbildung. Ihr Anteil an den Auszubildenden verringerte sich in diesem Zeitraum von 7,7 auf 5,7%. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventen der allgemein bildenden Schulen von 8,7% sind Ausländer/-innen in der dualen Berufsausbildung unterrepräsentiert. Eine Ursache hierfür könnte im niedrigeren Niveau der Schulabschlüsse und damit schlechteren Chancen auf einen Ausbildungsplatz ausländischer Schülertlassener im Vergleich zu ihren deutschen Altersgenossen liegen.

In den einzelnen Bundesländern lag der Ausländeranteil an den Auszubildenden unterschiedlich hoch. Die Spanne reicht von 0,1% und weniger in allen östlichen Flächenländern bis zu 10,0% in Hessen und 11,4% in Baden-Württemberg.

Die Mehrzahl (45 200 oder 46,6%) der ausländischen Auszubildenden wurde im Bereich „Industrie und Handel“ (zu dem u. a. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe gehören) ausgebildet, gefolgt vom „Handwerk“ mit 37 900 (39,1%) und dem Bereich „Freie Berufe“ mit 12 000 (12,4%). Den höchsten Ausländeranteil wies jedoch mit 8,2% der Ausbildungsbereich „Freie Berufe“ auf, gefolgt vom „Handwerk“ (6,4%) sowie dem Bereich „Industrie und Handel“ (5,7%).

6,3% der jungen Ausländer/-innen erlernten den Beruf Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, gefolgt von Friseur/-in (6,1%), Kraftfahrzeugmechaniker/-in (5,2%), Arzt-helfer/-in (5,0%) sowie Bürokaufmann/Bürokauffrau (4,4%). Mehr als ein Viertel aller ausländischen Auszubildenden absolvierte eine Ausbildung in einem dieser fünf Berufe. Damit nutzten sie die Palette der etwa 350 anerkannten Ausbildungsberufe weit weniger als ihre deut-

schen Kollegen, von denen nur ein Fünftel die fünf häufigsten Berufe wählte.

Im Jahr 2000 stellten türkische Jugendliche mit 41,1% den größten Anteil an den ausländischen Auszubildenden. Weitere 13,8% besaßen einen Pass aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, 11,1% waren Italiener/-innen und 4,9% Griechen bzw. Griechinnen. Aus den EU-Ländern kamen insgesamt 22,4% der ausländischen Auszubildenden.

Weitere Auskünfte erteilt

Marianne Renz, Telefon (06 11) 75 41 41,
E-Mail: berufsbildungsstatistik@statistik-bund.de.

■ Knapp eine halbe Million Beschäftigte an deutschen Hochschulen Ende 2000

Die deutschen Hochschulen und Hochschulkliniken beschäftigten am Ende des Jahres 2000 insgesamt rund 490 400 Personen (ohne studentische Hilfskräfte), etwa 1 500 mehr als im Vorjahr. Davon waren gut 271 000 (55%) Personen mit Aufgaben in den nichtwissenschaftlichen Bereichen, wie Verwaltung, Bibliothek, technischer Dienst und Pflegedienst betraut; rund 219 400 (45%) Beschäftigte waren wissenschaftlich oder künstlerisch tätig.

50% des Hochschulpersonals waren Ende 2000 Frauen. Dabei unterschieden sich die Frauenanteile am Hochschulpersonal stark in Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit: Einem Frauenanteil von 69% beim nichtwissenschaftlichen Personal stand eine Quote von 27% beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gegenüber.

An den Hochschulen in Deutschland lehrten und forschten am Ende des Jahres 2000 rund 37 800 Professoren und Professorinnen und damit geringfügig weniger (-0,4%) als ein Jahr zuvor. Davon waren 24% in den Ingenieurwissenschaften tätig, gefolgt von den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (20%), Mathematik, Naturwissenschaften (19%), Sprach- und Kulturwissenschaften (15%), Humanmedizin (9%) sowie Kunst, Kunstwissenschaft (8%). Die übrigen Professoren und Professorinnen (5%) waren in anderen Fächergruppen oder an zentralen Hochschuleinrichtungen beschäftigt.

Seit Ende 1992 ist der Frauenanteil an der gesamten Professorenschaft kontinuierlich gestiegen und hat am Ende des Jahres 2000 mit über 10% (1992: 7%) einen neuen Höchststand erreicht. In diesen acht Jahren stieg die Zahl der Professorinnen von knapp 2 250 auf rund 4 000, also um mehr als zwei Drittel (+76%).

Weitere Auskünfte erteilt

Jörg Decker, Telefon (06 11) 75 41 39,
E-Mail: hochschulstatistik@statistik-bund.de.

Kurznachrichten

■ Forschungsausgaben der außeruniversitären Forschungseinrichtungen 1999 leicht gestiegen

Öffentliche und öffentlich geförderte Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen gaben im Jahr 1999 insgesamt 17,1 Mrd. DM aus; davon waren 13 Mrd. DM direkt für Forschung und Entwicklung bestimmt. Die Gesamtausgaben dieser Einrichtungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 0,7% zu. Ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung stiegen um 1,3%.

Zu den öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen außerhalb der Hochschulen gehören eigene Forschungsanstalten von Bund, Ländern und Gemeinden sowie private Einrichtungen ohne Erwerbszweck, die sich überwiegend aus öffentlichen Fördermitteln finanzieren.

Die öffentlichen Forschungseinrichtungen hatten 1999 mit 1,6 Mrd. DM einen Anteil von 12,1% an den Gesamtausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Forschung und Entwicklung. Bei den öffentlich geförderten privaten Einrichtungen ohne Erwerbszweck entfielen allein 4,4 Mrd. DM (33,7%) auf die zur „Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren“ zusammengeschlossenen Großforschungseinrichtungen. Die Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft gaben 1,9 Mrd. DM (14,9%) aus, die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft 1,4 Mrd. DM (10,7%). Auf die zur „Wissensgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz“ zusammengeschlossenen Einrichtungen der „Blauen Liste“ entfielen 1,5 Mrd. DM (11,9%). Akademien gaben 0,1 Mrd. DM (1%) und sonstige Einrichtungen 1,6 Mrd. DM (12,5%) aus. Die wissenschaftlichen Bibliotheken und Museen hatten mit 0,4 Mrd. DM einen Anteil von 3,1% an den Gesamtausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Forschung und Entwicklung.

Gegliedert nach Wissenschaftszweigen wurden für Forschung und Entwicklung im Bereich der Naturwissenschaften 6,2 Mrd. DM und im Bereich der Ingenieurwissenschaften 3,5 Mrd. DM ausgegeben. Damit entfielen auf diese beiden Wissenschaftszweige zusammen rund drei Viertel der gesamten Forschungsausgaben der außeruniversitären Einrichtungen (75,2%). Für die Geisteswissenschaften wurden Ausgaben von rund 1 Mrd. DM ermittelt, das ist ein Anteil von 7,6%. Für die Humanmedizin wurden 0,9 Mrd. DM (7,1%), für die Agrarwissenschaften 0,7 Mrd. DM (5,7%) und für die Sozialwissenschaften 0,6 Mrd. DM (4,5%) ausgegeben.

Unter den einzelnen Wissenschaftsgebieten wiesen gegenüber 1998 die Ausgaben für Chemie (+6,3%), Elektrotechnik (+2,6%) sowie für Mathematik und Informatik (+2,3%) überdurchschnittliche Zunahmen auf.

Detailliertere Daten enthält die Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“ des Statistischen Bundesamtes, Reihe 3.6 „Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung 1999“ (Bezugsquellen siehe Impressum).

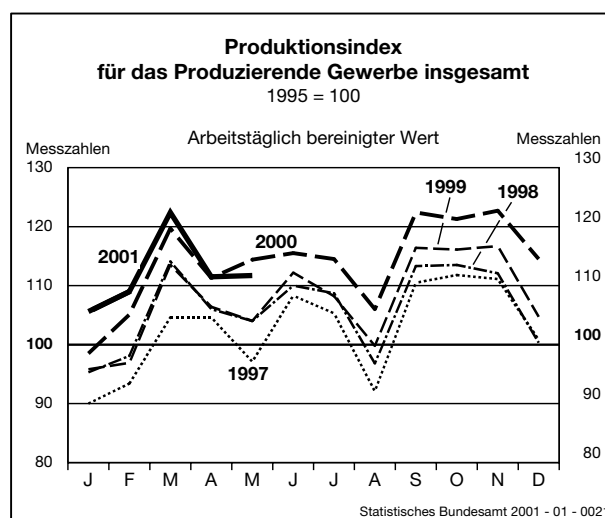
Weitere Auskünfte erteilt
Frank Schüller, Telefon (06 11) 75 41 31,
E-Mail: forschungsausgaben@statistik-bund.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

■ Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im April 2001 mit einem Stand von 111,5 (1995=100) um 0,2% höher als im April 2000.

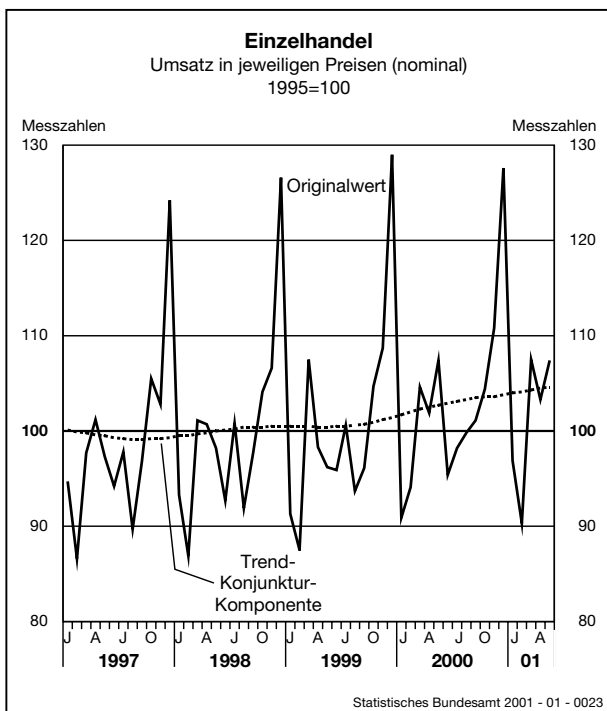
Im Mai 2001 wurde ein Stand von 111,7 (1995=100) festgestellt, 2,4% niedriger als im Mai 2000.



■ Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Mai 2001 nominal ebenso viel ($\pm 0,0\%$) und real 2,3% weniger als im Mai 2000 um, der einen Verkaufstag mehr hatte. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2001 wurde nominal 1,5% mehr und real 0,2% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Nominale und reale Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahresmonat erzielten im Mai 2001 nur der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken (nominal +2,9%, real +1,8%). Lediglich nominal höhere Umsätze als im Mai 2000 verbuchte der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal +2,5%, real -0,9%). Nominal und real unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats blieben der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem sowohl der Versandhandel als auch der Brennstoffhandel zählen (nominal -2,0%, real -6,2%), der sonstige Facheinzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (nominal -3,2%, real -4,1%) und der Facheinzelhandel



mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal -3,0%, real -6,6%).

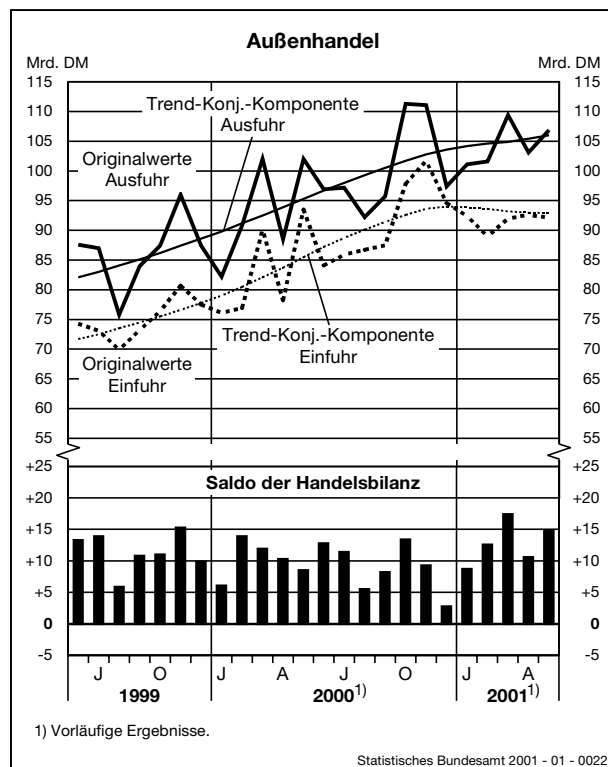
Im Mai 2001 wurde im Vergleich zum April 2001 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 0,4% und real 0,8% weniger abgesetzt.

■ Außenhandel

Im Mai 2001 exportierten deutsche Unternehmen Waren im Wert von 106,9 Mrd. DM und importierten Güter für 92,1 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat stiegen die nominalen Exporte damit um 4,8%, wohingegen die Importe um 1,5% abnahmen. Dabei sind jedoch auch Preisänderungen zu berücksichtigen. So stieg der Index der Einfuhrpreise im Vorjahresvergleich um 4,0%, der Index der Ausfuhrpreise legte um 1,6% zu. Die Abkühlung des Exportklimas der letzten Monate spiegelt sich damit auch in der Außenhandelsstatistik wider, denn das Vorjahr war noch durch zweistellige Zuwachsraten im Exportbereich gekennzeichnet.

In der Außenhandelsbilanz stellte sich im Mai 2001 ein Exportüberschuss in Höhe von 14,8 Mrd. DM ein. Im Vorjahresvergleich bedeutet dies eine Steigerung um über 6 Mrd. DM (Mai 2000: 8,5 Mrd. DM). Trotz Defiziten in anderen Teilbilanzen (Bilanzen der Ergänzungen zum Warenverkehr -1,0 Mrd. DM, Dienstleistungen -7,2 Mrd. DM, Erwerbs- und Vermögenseinkommen -0,5 Mrd. DM sowie laufenden Übertragungen -4,8 Mrd. DM) schloss die Leistungsbilanz deshalb im Mai 2001 mit einem Überschuss von 1,3 Mrd. DM ab.

Im Mai 2001 war die Ausfuhr nominal um 3,7% höher, die Einfuhr nominal um 0,5% niedriger als im Vormonat.



Nach der Kalender- und Saisonbereinigung, die typische saisonale Schwankungen ausschaltet, war ausfuhrseitig allerdings eine Abnahme von 1,7%, einfuhrseitig eine Abnahme von 6,1% zu verzeichnen. Das ist darauf zurückzuführen, dass im Mai 2001 zwei Arbeitstage mehr zur Verfügung standen als im Vormonat. ■

Mehrfachnutzung von Daten innerhalb des agrarstatistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland

Beim folgenden Beitrag handelt es sich um einen Vortrag, der auf der Conference on Agricultural and Environmental Statistical Applications – CAESAR, die vom 5. bis 7. Juni 2001 in Rom stattfand, gehalten wurde. Wir berichteten über diese Konferenz bereits in den Kurznachrichten im letzten Heft.

Dipl.-Agraringenieur Martin Schmidt
Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung
und Landwirtschaft
und Dipl.-Mathematiker Hannelore Pöschl
Statistisches Bundesamt

Vorbemerkung

In der Bundesrepublik Deutschland bilden die Betriebs- und Erzeugungsstatistiken in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei ein in sich gut abgestimmtes geschlossenes System, das eine fortlaufende Beobachtung der Betriebsverhältnisse und der Produktion erlaubt. Dabei steht die Erhebung und Aufbereitung agrarstatistischer Daten einerseits unter dem Druck, neuen Anforderungen aus der Agrarpolitik zeitnah gerecht zu werden – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene – und die Ergebnisse möglichst umfassend, aber auch möglichst gebührenfrei, schnell allgemein zur Verfügung zu stellen. Andererseits sollen gleichzeitig die Kosten zur Datengewinnung verringert werden. Aus diesen sich teilweise widersprechenden Anforderungen ergibt sich die Notwendigkeit, bereits vorhandene Daten möglichst umfassend für die Zwecke der Agrarstatistik zu nutzen und Konzepte, Methoden und Verfahren so anzupassen, dass die Zusammenführung von Informationen aus verschiedenen Quellen bruchfrei realisiert werden kann und die so erzielten Ergebnisse die zu beschreibenden Sachverhalte korrekt wiedergeben.

Die amtliche Statistik in Deutschland ist – zumindest bei einigen Spezialerhebungen in der Agrarstatistik – bereits seit längerem in diesem Prozess engagiert. Ein entscheidender Meilenstein wurde aber mit der 1998 erfolgten Novellierung des nationalen Agrarstatistikgesetzes erreicht. Vorangegangen waren umfangreiche methodische Untersuchungen zur Überprüfung und Modifizierung der Erhebungs-, Aufbereitungs-, Auswertungs- und Darstellungskonzepte. Seither ist der weitere Ausbau des neuen Systems, das im Folgenden beschrieben wird, Schwerpunkt der methodischen Aktivitäten. Gleichzeitig wird kontinuierlich an der Validierung der bisherigen fachlichen Entscheidungen gearbeitet.

1 Zusammenführung von Produktions- und Strukturstatistiken

1.1 Integrierte Erhebung

Als „Integrierte Erhebung“ wird in der deutschen Agrarstatistik das seit 1999 eingesetzte Organisationskonzept der zeitgleichen Erhebung von betrieblichen Struktur-

und Produktionsmerkmalen bezeichnet. Dazu wurden die Produktionsstatistiken Viehzählung und Bodennutzungshaupterhebung in die Agrarstrukturerhebung integriert, ebenso wie die Spezialerhebungen zum Wein- und Gartenbau.

Dieses Konzept setzt einen einheitlichen Befragtenkreis voraus. Als Erhebungseinheiten wurden daher im Agrarstatistikgesetz land- und forstwirtschaftliche Betriebe definiert. Betriebe im Sinne des Gesetzes sind wirtschaftliche Einheiten, die einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen und land- oder forstwirtschaftliche Produkte erzeugen. Diese Beschränkung des Berichtskreises ist in Deutschland möglich, da sich das Produktionspotenzial an Flächen und Viehbeständen nahezu ausschließlich in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben konzentriert. Um gleichzeitig die Belastung der Auskunftgebenden zu reduzieren, wurden zusätzlich höhere Abschneidengrenzen eingeführt (siehe Übersicht 1).

Übersicht 1: Festlegung der unteren Erfassungsgrenzen für landwirtschaftliche Betriebe

Merkmal	Einheit	Bis 1998 unterschiedlich			Ab 1999 einheitlich
		Agrarstruktur-erhebung	Bodennutzungs-haupt-erhebung u. a. ¹⁾	Vieh-zählung	Agrar-struktur-erhebung ²⁾
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	Hektar	1	1 < 1 ¹⁾	1	2
oder Tierbestände					
Rinder	Stück	8	–	1	8
Schweine	Stück	8	–	–	8
Zuchtschweine	Stück	–	–	1	–
Anderer Schweine	Stück	–	–	3	–
Schafe	Stück	50	–	3	20
Pferde	Stück	–	–	2	–
Geflügel (je Art)	Stück	–	–	20	–
Legehennen	Stück	200	–	–	200
Junghennen	Stück	200	–	–	200
Schlacht-, Masthähne, -hühner und sonstige Hähne	Stück	200	–	–	200
Gänse, Enten, Truthühner	Stück	200	–	–	200
oder Spezialkulturen					
Rebfläche, Obstanlagen, Hopfen, Tabak, Baumschulen, Gemüseanbau im Freiland	Ar	30	< 30 ¹⁾	–	30
Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland ..	Ar	10	< 10 ¹⁾	–	30
Heil- und Gewürzpflanzen, Gartenbausämereien .	Ar	1	< 1 ¹⁾	–	30
Gemüse, Blumen und Zierpflanzen unter Glas .	Ar	1	< 1 ¹⁾	–	3

Anmerkung: Erfüllt der Betrieb eine der Bedingungen, sind alle Merkmale der Erhebung anzugeben, unabhängig vom Erreichen der Grenzen.

1) Zusätzliche Erfassung von Flächen (insbesondere Verkaufsanbau) unterhalb von 1 Hektar, 30, 10 oder 1 Ar in der Bodennutzungshaupterhebung sowie den Spezialerhebungen im Garten-, Obst- und Weinbau. – 2) Inschl. Bodennutzungshaupterhebung, Viehzählung und Spezialerhebungen.

Aufgrund von Analysen der bisherigen allgemeinen Erhebungen zur Betriebsstruktur, zur Bodennutzung und zu den Viehbeständen hatte die Harmonisierung und Anhebung unterer Erfassungsgrenzen zur Folge, dass von den rund 700 000 Erhebungseinheiten (Stand: 1995) im Bereich der Landwirtschaft

- sich für etwa 520 000 weiterhin zu befragende landwirtschaftliche Betriebe der Aufwand für agrarstatistische Erhebungen reduziert hat sowie
- rund 180 000 kleine landwirtschaftliche Betriebe (mit weniger als 2 ha LF), Bewirtschafter von Einzelflächen und Halter von Tieren ohne Betriebseigenschaft von der Auskunftspflicht vollständig befreit wurden.

Im Jahr 2000 wurden noch insgesamt knapp 460 000 landwirtschaftliche Betriebe nach der neuen Abgrenzung in das Erhebungssystem einbezogen.

Beim Produktionspotenzial war der Informationsverlust allerdings erheblich geringer, sodass sich die Umstellung für die Hauptnutzer als tragbarer Kompromiss darstellte. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) ging in der „Integrierten Erhebung“ im Vergleich zu den bisherigen Einzelerhebungen (Stand 1995) um weniger als 1%, der Rinder- und Schweinebestand um etwas mehr als 1% zurück, bei Schwankungen zwischen den einzelnen Kulturarten und Tierkategorien:

Landwirtschaftlich genutzte Fläche	- 0,8%	Rinder	- 1,2%
darunter:		dar.: Milchkühe	- 0,8%
Ackerland	- 0,3%	Schweine	- 1,2%
Dauergrünland	- 1,7%	darunter:	
Rebland	- 2,6%	Zuchtsauen	- 0,8%
Obstanlagen	- 1,9%	Mastschweine	- 1,5%
		Hühner	- 4,6%

Da sich der Strukturwandel – Ausscheiden kleiner Betriebe aus der Produktion, Flächenaufstockung in größeren Betrieben – zwischen der Analyse des Jahres 1995 und der Umstellung im Jahr 1999 fortgesetzt hat, dürfte der tatsächliche Bruch bei den Flächen und Viehbeständen noch geringer gewesen sein.

1.2 Vereinheitlichung des Stichprobenplans

Der Entlastung dient auch ein einheitlicher Stichprobenplan, der bis zu 100 000 Betriebe umfasst. Bei der Konzeption wurde versucht, sowohl den Notwendigkeiten der Struktur- als auch der Produktionsstatistiken Rechnung zu tragen. Daher wurde ein geschichtetes Verfahren gewählt. Die Schichtung wurde in regionaler Hinsicht nach Bundesländern ausgerichtet. In sachlicher Hinsicht wurden die Schichtungsmerkmale und Schichtgrenzen ausschließlich nach stichprobenmethodischen Gesichtspunkten festgelegt. Dabei dient die Schichtung nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche als Ansatz für eine erfahrungsgemäß stabile und wirksame Gruppierung der Betriebe vor der Auswahl. Darüber hinaus sind zur Steigerung der Ergebnisgenauigkeit zusätzliche Schichten gebildet worden. Sie umfassen die relativ geringe Zahl der Betriebe, die sich durch ihre einseitige Produktionsrichtung oder durch besondere Bedeutung ihrer Produktion wesentlich aus der Masse der landwirtschaftlichen Betriebe hervorheben. Dieser

Ansatz gewährleistet, dass diese Betriebe mit genügender Sicherheit erfasst werden, und andererseits wird dafür gesorgt, dass die Betriebe innerhalb der Größenklassen der LF hinsichtlich der Erhebungsmerkmale weitgehend homogene Gruppen bilden. Die Schichtgrenzen werden anhand der Vorperioden-Ergebnisse des totalen Zählungsteils festgelegt. Ebenso werden die Auswahlabstände für die nach fachlichen und methodischen Gesichtspunkten abgegrenzten Schichten je Bundesland aus den einzelbetrieblichen Angaben des totalen Zählungsteils berechneten Mittelwerten und Varianzen ermittelt. Als Auswahlgrundlage dient das jeweils aktuelle Betriebsregister Landwirtschaft (siehe Abschnitt 2.2), in dem alle relevanten Daten zur Kennzeichnung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gespeichert sind. Die Zuordnung der Betriebe zu den Schichten erfolgt dadurch, dass ein Betrieb jeweils der ersten Schicht zugerechnet wird, deren Kriterien für ihn zutreffen. Dies geschieht unabhängig davon, ob er auch noch Kriterien anderer Schichten erfüllt.

1.3 Erhebungsprogramm und Nutzungsvielfalt

Die Erhebungsprogramme der Agrarstrukturerhebung und der Produktionserhebungen sind so aufeinander abgestimmt, dass bei den periodisch wiederkehrenden Befragungen (siehe Übersicht 2) alle erforderlichen Betriebsdaten nur einmal erfragt und dann in die entsprechenden Auswertungen übernommen werden. Die Auskunftgebenden werden also nur einmal zu den jeweiligen Merkmalskomplexen befragt, die gegebenen Auskünfte jedoch mehrfach in verschiedene Auswertungsprozesse einbezogen.

Entsprechend dem Umfang der Merkmale werden die Ergebnisse vielfältig genutzt:

- Flächen nach Hauptnutzungs- und Kulturarten, Pflanzengruppen und Pflanzenarten;
- Viehbestände nach Tierarten und -kategorien, auch als Ausgangsgröße der Produktionsvorausschätzungen für Fleisch;
- Arbeitskräfte und Arbeitszeiten;
- Zahl der Betriebe u. a. gegliedert nach der Größe, Rechtsform, dem Produktionsschwerpunkt, der Art der Bewirtschaftung;
- Sozialökonomische Verhältnisse, Eigentums- und Pachtverhältnisse, Berufsbildung, Hofnachfolge, Vermietung von Unterkünten u. a. Sachverhalte.

Außerdem gehen die Daten in die

- Erzeugungsstatistik für Feldfrüchte (Anbauflächen),
- Versorgungsbilanzen (verwendbare Erzeugung),
- Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (Produktionswert, Vorleistungen, Arbeitseinsatz) und
- Umweltindikatoren

Übersicht 2: Art und Periodizität der regelmäßigen Befragungen in der Agrarstatistik der Bundesrepublik Deutschland

Bezeichnung	Zeitpunkte	Aktuelles Beispiel	Art der Befragung
Agrarstrukturhebung (Landwirtschaftszählung) + Bodennutzungshaupterhebung + Erhebung über Viehbestände	Mai t_1	1999	Totalerhebung + Totalerhebung + Totalerhebung
Erhebung über Viehbestände	November t_1	1999	Repräsentativerhebung
Bodennutzungshaupterhebung + Erhebung über Viehbestände	Mai t_2	2000	Repräsentativerhebung + Repräsentativerhebung
Erhebung über Viehbestände	November t_2	2000	Repräsentativerhebung
Agrarstrukturhebung + Bodennutzungshaupterhebung + Erhebung über Viehbestände	Mai t_3	2001	Repräsentativerhebung + Totalerhebung + Totalerhebung
Erhebung über Viehbestände	November t_3	2001	Repräsentativerhebung
Bodennutzungshaupterhebung + Erhebung über Viehbestände	Mai t_4	2002	Repräsentativerhebung + Repräsentativerhebung
Erhebung über Viehbestände	November t_4	2002	Repräsentativerhebung

ein. Das in sich geschlossene System bietet zudem den Vorteil, dass bei Bedarf alle Merkmale betriebsweise miteinander verknüpft werden können.

1.4 Geplante Erweiterung

In einem weiteren Schritt der Zusammenführung von Agrarstatistiken soll die für 2005 vorgesehene Gartenbauerhebung in die Integrierte Erhebung aufgenommen werden. Dies bedeutet, dass Angaben über die Betriebsstruktur und Arbeitskräfte sowie Bodennutzung aus der zeitgleich durchgeführten Agrarstrukturhebung (einschl. Bodennutzungshaupterhebung) übernommen werden können. Zudem sollen Merkmale der Zierpflanzen- und Baumschulerhebung integriert werden, sodass statt dreier Einzelerhebungen im Jahr 2005 nur eine zusätzliche Befragung durchgeführt werden wird. Dieses Verfahren befindet sich derzeit in der abschließenden fachlichen Diskussion und wird in die für 2002 geplante Novellierung des Agrarstatistikgesetzes einfließen.

2 Nutzung anderer Quellen für statistische Zwecke

Mit der Einführung der Integrierten Erhebung im Jahr 1999 wurden durch die

- Zusammenlegung von Erhebungen,
- Anhebung und Vereinheitlichung von unteren Erfassungsgrenzen,
- Verlängerung von Erhebungsperiodizitäten,
- Kürzung des Erhebungsprogramms/Straffung der Merkmalkataloge sowie
- repräsentative Erfassung statt Totalerhebung von Merkmalen

erhebliche Einsparungen realisiert und die Auskunftgebenden entlastet.

Zusätzliche Effekte werden durch die Nutzung von Verwaltungsdaten und externen Adressregistern erzielt. Dabei darf nicht übersehen werden, dass Verwaltungsdaten für spezifische Sachverhalte erhoben werden und sowohl die Abgrenzung der erfassten Einheiten als auch die benutzten Definitionen von gespeicherten Merkmalen nicht immer mit denen der Statistik übereinstimmen. Dennoch sind erfolgreiche Daten aus Verwaltungsmaßnahmen für die amtliche Agrarstatistik verwendet worden. Möglich ist dies, weil durch methodische Arbeiten in den statistischen Ämtern die fachlichen Probleme zumindest teilweise gelöst werden konnten. Eine entsprechende rechtliche Regelung im Agrarstatistikgesetz legt die Art und den Umfang der Nutzung der Daten fest.

Auch ist zu beachten, dass das Datenschutzrecht in Deutschland einseitig nur die Nutzung von im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen erteilten Angaben für statistische Zwecke zulässt. Dagegen dürfen Daten aus statistischen Erhebungen ausschließlich für statistische Zwecke verwendet werden, das heißt beispielsweise nicht zugleich von Verwaltungsbehörden bei der Durchführung von Fördermaßnahmen genutzt werden.

2.1 Verwaltungsmaßnahmen

Eine für die Agrarstatistik in der Bundesrepublik Deutschland genutzte Datenquelle aus dem Verwaltungsvollzug ist das „Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem“ (InVeKoS) der Europäischen Union (EU). Dabei handelt es sich um Verwaltungsdaten, die im Zusammenhang mit der 1992 vom Ministerrat der Europäischen Union beschlossenen Reform der Agrarpolitik erhoben werden. Zur Abwicklung und Kontrolle der flächen- und tierbezogenen Beihilfezahlungen werden Betriebsdaten erfragt, die auch Gegenstand der Erhebungen nach dem Agrarstatistikgesetz sind. Die Umsetzung und Durchführung von InVeKoS fällt in Deutschland in die Kompetenz der Länder; infolgedessen liegt kein bundeseinheitliches Antragsformular vor. Die Voraussetzungen zur Nutzung der InVeKoS-Daten für Zwecke der Agrarstatistik sind daher in den verschiedenen Bundesländern recht unterschiedlich. Außerdem liegen bei diesem Verfahren nur für

den Teil der Betriebe Daten bei der Verwaltung vor und können von dort übernommen werden, die einen Beihilfeantrag gestellt haben. Die Angaben für die restlichen Betriebe müssen nach wie vor direkt bei den Betriebsinhabern erfragt werden. Darüber hinaus müssen die Daten, die nicht in InVeKoS enthalten sind, über einen anderen Berichtsweg, das heißt zusätzlich bei den Auskunftspflichtigen, erhoben werden. Trotz dieser Schwierigkeiten wird dieses Verfahren mittlerweile in sechs der 13 Flächenländer genutzt. Dabei werden sowohl für die Bodennutzungserhebung (Angaben über den Anbau auf dem Ackerland) als auch für die Erhebung über Tierbestände Daten aus InVeKoS übernommen.

Auch für die in zehnjährigem Abstand stattfindende Weinbauerhebung konnten 1999 in erheblichem Umfang Verwaltungsdaten genutzt werden. Daten über die Struktur der Weinbaubetriebe wurden dabei aus der zeitgleich durchgeführten Landwirtschaftszählung gewonnen, Daten über die Struktur des Anbaus und der Rebsorten aus der gemeinschaftlichen *Weinbaukartei*, die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Wein eingerichtet wurde. Die in der Weinbaukartei vorhandenen Rebflächen mussten dafür betriebsweise aufbereitet werden. Eine Prüfung der Machbarkeit dieser Vorgehensweise zeigte, dass EU-Weinbaukartei und amtliche Statistik eine deutlich voneinander abweichende Zahl an Einheiten erfassen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Agrarstatistik nur wirtschaftliche Einheiten (Betriebe) nachweist, während in der EU-Weinbaukartei auch Besitzeinheiten geführt werden, bei denen der Besitzer nicht identisch mit dem Bewirtschafter ist. Um vergleichbare Ergebnisse zu erzielen, mussten daher zuerst die Einheiten aus der Weinbaukartei zu Betrieben im Sinne der Statistik zusammengefasst werden.

2.2 Externe Adressregister

Für die Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung der Agrarstatistiken in Deutschland wird ein einheitliches Betriebsregister geführt. Das „Betriebsregister Landwirtschaft“ (BRL) wird dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder verwaltet und gepflegt. Die dort gespeicherten Angaben über die Betriebe werden sowohl für methodische als auch für organisatorische Arbeiten verwendet, als da sind:

- Feststellung und Nachweis von Erhebungseinheiten,
- Ziehung von Stichproben für Repräsentativerhebungen,
- Aufstellung von Rotationsplänen,
- Begrenzung der Belastung zu Befragender,
- Versand der Erhebungsunterlagen,
- Eingangskontrolle,
- Rückfragen bei den Befragten,
- Durchführung von Erhebungen im Fortschreibeverfahren,

- Überprüfung der Ergebnisse auf ihre Richtigkeit,
- Hochrechnungen bei Stichproben.

Für die Aktualisierung des Registerdatenbestandes werden von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, einem Teilbereich der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, in zweijährigem Abstand Angaben über die dort gespeicherten Betriebe übermittelt. Durch diesen Abgleich können eventuell zusätzlich Betriebe ermittelt werden, die die statistische Auskunftspflicht erfüllen, bisher von den Statistischen Landesämtern aber nicht erfasst wurden.

2.3 Perspektiven

Derzeit werden testweise Daten aus dem so genannten „*Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere*“ (HIT), das bisher ausschließlich Daten über Rinder enthält, für die Erhebung über Viehbestände genutzt. Dieses System zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern entstand in der Folge der ersten BSE-Krise im Jahr 1996 und verpflichtete die Mitgliedstaaten zum Aufbau einer entsprechenden Datenbank bis Ende 1999. Die zentrale Datenbank ist im Bayerischen Landwirtschaftsministerium im Auftrag der Bundesländer eingerichtet worden. Sie dient primär der Tierseuchenbekämpfung, wird aber auch für die Abwicklung der Auszahlungen der EU-Rinderprämien genutzt. Ein erster Test dieser Datenbank für agrarstatistische Zwecke bestand in der Übernahme von HIT-Angaben für die Erhebung über Viehbestände in zwei Bundesländern. Es ist vorgesehen, zukünftig diese Möglichkeit stärker zu nutzen. Dazu bedarf es neben weiteren methodischen Untersuchungen und rechtlichen Regelungen auch der Genehmigung durch die Europäische Kommission. Außerdem wird zu prüfen sein, inwieweit die neue EU-weit einzurichtende Datenbank für Schweine für die amtliche Statistik genutzt werden kann.

3 Mehrfachnutzung statistischer Daten am Beispiel von Spezialerhebungen

Neben der Zusammenführung der landwirtschaftlichen Basisstatistiken lassen sich auch bei der spezifischen Erhebung von Erzeugungs- und Vermarktungsdaten in einzelnen Produktbereichen zugleich hohe Entlastungs- und Nutzungseffekte erreichen.

3.1 Besondere Erntermittlung

Aufgabe der Besonderen Erntermittlung ist es, in Verbindung mit der Bodennutzungshaupterhebung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt exakte Angaben über die Menge und die Qualität der Ernte ausgewählter Fruchtarten für das gesamte Bundesgebiet und die Länder zu liefern. Dabei werden die endgültigen Hektarerträge von Getreide (und Kartoffeln) nach einem Stichprobenverfahren auf zufällig ausgewählten Feldern festgestellt. Neben dem dort ermittelten Gewicht der Erntemenge, das Basis für die hochgerechneten Hektarerträge ist, werden in den landwirtschaftlichen Untersuchungsanstalten ermittelt

- der Feuchtigkeitsgehalt und
- Verunreinigungen (Schwarzbesatz, Auswuchs) im Erntegut.

Jeweils eine Teilprobe der Brotgetreidearten Weizen und Roggen geht an die Bundesanstalt für Getreideforschung für weitere Untersuchungen über die Beschaffenheitsmerkmale:

a) Qualität

Die Feststellungen zur Qualität einschließlich der Backeigenschaften erstrecken sich u. a. auf die Parameter

- Besatzfraktionen,
- Proteingehalt,
- Sedimentationswert,
- Fallzahl.

b) Schadstoffbelastung

Die Analysen umfassen insbesondere

- Schwermetalle,
- Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und
- Mykotoxine.

Diese Ergebnisse gewinnen angesichts der Diskussion über die Qualität und Sicherheit von Nahrungsmitteln zunehmend an Bedeutung. Inzwischen sind die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass die Auswertungen bei Bedarf auch für andere Getreidearten durchgeführt werden können.

Das Messverfahren für die Ermittlung der Getreideerträge und die anschließenden Untersuchungen stellen zwar relativ hohe finanzielle Ansprüche, rechtfertigen dies aber durch den hohen Genauigkeitsgrad der Daten und die Vielfalt ihrer Nutzung. In den sensiblen Bereichen Qualität und Schadstoffbelastung erlaubt die Untersuchung an zentraler Stelle und nach einheitlicher Methodik objektive und repräsentative Aussagen.

Die Nutzungsbereiche lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- | | |
|---|---|
| 1. Hektarerträge
(multipliziert mit der Anbaufläche) | <ul style="list-style-type: none"> - Getreideerzeugung - Versorgungsbilanzen für Getreide (Aufkommen) - Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (Produktionswert) |
| 2. Qualitätsparameter | <ul style="list-style-type: none"> - Qualität der Getreideernte (Situation und zeitlicher Vergleich) |
| 3. Schadstoffe | <ul style="list-style-type: none"> - Belastungssituation (auch im zeitlichen Vergleich) - Umweltaspekte - Entscheidungshilfen zur Festlegung zugelassener Höchstmengen |

Dieses Verfahren ist – nach unserer Kenntnis – in der Europäischen Union einzigartig, vielleicht sogar weltweit.

3.2 Schlachtungsstatistiken

Nach den Bestimmungen des Fleischhygienegesetzes haben die amtlichen Tierärzte und Fleischkontrolleure Tagebuchaufzeichnungen über die Zahl der untersuchten Tiere zu machen. Dabei wird unterschieden

- nach Tierarten (Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde),
- bei Rindern zusätzlich nach Nutzungskategorien (Kälber, Färsen, Kühe, Ochsen, Bullen),
- nach gewerblichen Schlachtungen und Haus-schlachtungen sowie
- nach der Herkunft der Schlachttiere (Inland, Ausland).

Die Untersuchungen dienen dem Zweck, die Tauglichkeit (Genießbarkeit) des Fleisches und seine Zulassung für den menschlichen Verzehr festzustellen. Aus den Ergebnissen wird die Fleischhygiene-Statistik erstellt. Darüber hinaus bilden die Angaben über die Zahl der geschlachteten Tiere zugleich die Grundlage für die Schlachtungsstatistik.

Auf der Basis des Vieh- und Fleischgesetzes und seiner Durchführungsverordnungen haben die Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken Preismeldungen zu erstatten. Da daneben auch die Stückzahl und das Gewicht der dort geschlachteten Tiere gemeldet wird, kann aus diesen Daten das durchschnittliche Schlachtgewicht der Tiere inländischer Herkunft abgeleitet werden.

Das Produkt aus der Zahl geschlachteter Tiere und dem durchschnittlichen Schlachtgewicht ergibt die Fleisch-erzeugung, gegliedert nach Fleischarten. Diese Daten gehen außerdem in die Versorgungsbilanzen und die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung ein.

Durch die gesetzlich vorgeschriebene Fleischbeschau ist der Erfassungsgrad sehr hoch. Für die breite Nutzung der Angaben in der Statistik spricht auch, dass

- bei Rindern über 96% und bei Schweinen fast 98% der Schlachtungen auf gewerbliche Schlachtungen entfallen (nur bei den zahlenmäßig weniger bedeutenden Schafschlachtungen ist der Anteil der Haus-schlachtungen mit rund 65% relativ hoch) und
- bei den gewerblichen Schlachtungen rund 73% der Rinder und 78% der Schweine über Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken vermarktet werden.

3.3 Statistiken der Ernährungswirtschaft

In den Sektoren Getreide, Futtermittel, Zucker, Öle und Fette sowie Milch und Milchprodukte sind auf der Grundlage einer Verordnung von den Unternehmen des Handels und der Industrie (aufnehmende Hand) Meldungen abzugeben. Die Angaben erfolgen bei den größeren und mittleren Unternehmen monatlich, bei den kleinen Betrieben mit geringer Marktbedeutung halbjährlich.

Hierbei handelt es sich um Erzeugnisse,

- deren Märkte in der EU stark reglementiert sind,

- die in der Regel nur in be- oder verarbeitetem Zustand konsumiert werden können,
- deren Vermarktung auf eine geringe Zahl von Absatzwegen konzentriert ist und
- deren Vermarktung über relativ wenige Unternehmen („Flaschenhalse“) läuft.

Als Merkmale werden bei der Ernährungswirtschaft erhoben:

- die von der Landwirtschaft aufgenommenen Rohstoffe,
- die bei der Verarbeitung eingesetzten Rohstoffmengen,
- die hergestellten und abgesetzten Produkte,
- die Warenbestände sowie
- bei Milch auch die an die Erzeuger gezahlten Preise.

Dieses Erhebungssystem hat den Vorteil, dass für einige Merkmale nicht viele Landwirte, sondern nur die relativ kleine Zahl ihrer Handelspartner (rund 3 000 in diesen Sektoren unter Berücksichtigung einer Abschneidegrenze) befragt werden müssen. Zudem zeigt sich ein breites Spektrum von Nutzungsmöglichkeiten der Daten. Die Ergebnisse

- dienen kurzfristig der Konjunkturbeobachtung dieser Wirtschaftsbereiche und der Marktberichterstattung,
- stellen bei Zucker und Ölen die gesamte Produktion, bei Milch (94% der Milch werden an Molkereien geliefert) den wesentlichen Teil der Erzeugung dar,
- fließen in die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung (Verkäufe der Landwirtschaft, Vorleistungen) sowie
- in die Versorgungsbilanzen (Verkäufe, Bestandsveränderungen, Inlandsverwendung) ein,
- bilden auf tiefer regionaler Ebene eine wichtige Datenbasis für Zwecke der Ernährungssicherstellung im Notfall, zum Beispiel bei Naturkatastrophen.

4 Ausblick

Das Konzept, Produktions- und Strukturstatistiken so eng zu verzahnen, dass es nur noch einen einheitlichen Berichtskreis gibt, bedeutet ein hohes Maß an Effizienzsteigerung in der amtlichen Agrarstatistik. Dies kann allerdings nur realisiert werden, wenn sich das Produktionspotenzial an Flächen und Viehbeständen – wie in Deutschland – weitgehend in den mittleren und größeren Betrieben befindet, das heißt die landwirtschaftliche Produktion in den privaten Haushalten und Kleinstbetrieben relativ unbedeutend ist. Insofern lässt sich ein derartiges System nicht einfach auf andere Länder übertragen, sondern ist von der jeweiligen Produktionsstruktur des Landes abhängig.

Rationalisierungsmöglichkeiten bietet außerdem – zumindest in der EU – die intensiviertere Nutzung von Verwal-

tungsdaten; dies erfordert eine weitere Anpassung von Methoden und Konzepten. Es wird daher notwendig sein, nicht nur nationale Statistikgesetze anzupassen, wie es derzeit in Deutschland geschieht, sondern auch bei der Novellierung oder erstmaligen Formulierung von EU-Regelungen stärker auf die Kongruenz von Statistikanforderungen und Verwaltungsdaten zu achten. Je besser die Definitionen und Abgrenzungskriterien aufeinander abgestimmt sind, umso mehr kann es gelingen, Auskunftgebende zu entlasten, kostengünstig Daten zu beschaffen und zeitnah die erforderlichen Gesamtinformationen bereitzustellen. ■

Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik

Eine methodische Erläuterung zum Gutachten „Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung“ zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Am 25. April 2001 stellte Bundesarbeitsminister Riester den ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung in Berlin vor. Innerhalb des rund 300 Seiten starken Berichtes und des ebenfalls rund 300 Seiten umfassenden Materialbandes sind die Ergebnisse vielfältiger Gutachterbeiträge zu den Lebenslagen in Deutschland zusammengetragen. Ein relativ neuer Ansatz dieses Berichtes ist die simultane Betrachtung der beiden Einkommensextreme Armut und Reichtum. Gerade die Beschreibung von Reichtum ist ein bisher eher wenig betrachteter Forschungsansatz. Mit der Vergabe des Gutachtens „Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung“ hat die Bundesregierung versucht, diese Lücke im Bereich der Gesellschaftsforschung zu schließen.

Der vorliegende Aufsatz erläutert die Methodik des genannten Gutachtens¹⁾. Die Arbeit entstand auf der Grundlage amtlicher Einzeldaten. Die Forschung auf der Basis personenbezogener Angaben gehört zu den sensibelsten Bereichen der amtlichen Statistik. So ist dieses Gutachten auch ein Beispiel dafür, in welcher Weise es der amtlichen Statistik möglich ist, der Wissenschaft Mikrodaten zu Forschungszwecken nutzbar zu machen. Die Arbeit zeigt, dass der vermeintliche Zielkonflikt Datenschutz gegen Wissenschaftsfreiheit in der konkreten Anwendung durchaus zu lösen ist.

Innerhalb eines weiteren Aufsatzes werden die inhaltlichen Ergebnisse des Gutachtens „Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung“ vorgestellt.

Prof. Dr. Joachim Merz, Universität Lüneburg
Dipl.-Volkswirt Markus Zwick, Statistisches Bundesamt

Vorbemerkung

Mit der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichtes für Deutschland griff die Bundesregierung ein seit Jahren von Parteien und Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden erörtertes Thema auf. Eine Absichtserklärung für einen regelmäßigen Bericht findet sich schon im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998. Die Umsetzung erfolgte dann am 4. Mai 1999 mit dem Beschluss des Bundestages, dass die Bundesregierung bis zum Jahr 2001 einen nationalen Armuts- und Reichtumsbericht vorzulegen hat.²⁾

Im Vorfeld zur Berichterstattung stand eine Konzept- und Umsetzungsstudie, die die ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialforschung anfertigte.³⁾ Schon in dieser Umsetzungsstudie wurde deutlich, dass das Thema wesentlich weiter gefasst wurde, als dies in früheren Studien der Fall war. Neben der aus der Armutsforschung bekannten Betrachtung niedriger Einkommen sollte der anstehende Bericht insbesondere auch Reichtum und seine Verteilung untersuchen.

Schon in dieser ersten Studie wurden einige der in diesem Zusammenhang zu lösenden Probleme angesprochen. Neben der Reichtumsdefinition wurde ebenfalls das Messproblem angedeutet. Weiter findet sich hier schon die Unterscheidung zwischen Vermögens- und Einkommensreichtum. Die Betrachtung von nicht-monetärem Reichtum wurde innerhalb dieser Konzeptstudie, zumindest für den ersten Armuts- und Reichtumsbericht, verworfen. Hier sind es insbesondere die sinnvolle Abgrenzung und die Operationalisierbarkeit, die ein analytisches Herangehen, insbesondere in der Startphase, erschweren.

Am 7. Oktober 1999 trafen sich, beim ersten Forum zur Berichterstattung der Bundesregierung, Fachleute aus ganz Deutschland in Berlin. Zu den Teilnehmern zählten Vertreter der Politik, der Wissenschaft, der karitativen Verbände und der amtlichen Statistik. Einführend sprach Arbeitsminister Walter Riester für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung als Veranstalter. In seiner Rede formulierte er drei Ziele des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung:⁴⁾

- Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland soll dargestellt und analysiert werden.
- Materielle Armut und Unterversorgung bei Bildung, Erwerbsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung oder Wohnen sind zu untersuchen.
- Auf Grund dieser Erkenntnisse sollen geeignete sozialpolitische Instrumente erarbeitet werden, um Armut

1) Merz, J.: „Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf der Basis der Einkommensteuerstatistik – Beitrag zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht 2001 der Bundesregierung“, Endbericht, Lüneburg 2001.

2) Bundestags-Drucksache 14/999 vom 5. Mai 1999, S. 2.

3) Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): „Konzept und Umsetzungsstudie zur Vorbereitung des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung“, Band 278, Sozialforschung, Berlin 1999.

4) Siehe hierzu Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): „Armut und Reichtum in Deutschland“, Tagungsdokumentation, Band 279 Sozialforschung, S. 3 f., Berlin 2000.

und Unterversorgung zu beseitigen. Im Zuge einer kontinuierlichen Berichterstattung kann der Erfolg solcher Instrumente auch bei sich verändernden Bedingungen kontrolliert werden.

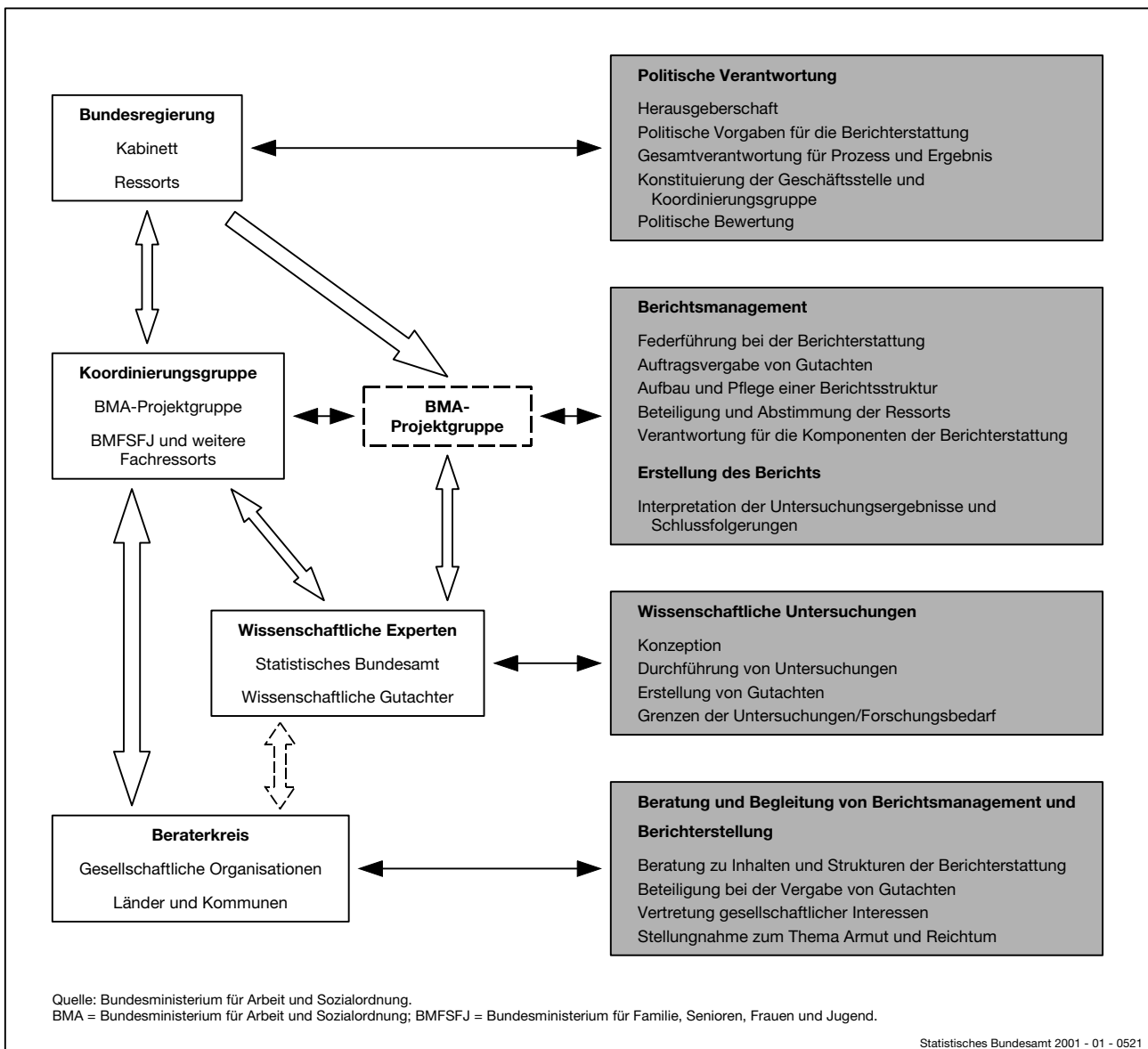
Innerhalb der breit angelegten Diskussion stellte die amtliche Statistik ihr Datenangebot zur empirischen Analyse der angesprochenen Probleme vor. Hier sind insbesondere die Einzeldaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, des Mikrozensus, der Sozialhilfestatistik und der Lohn- und Einkommensteuerstatistik⁵⁾ zu nennen.⁶⁾ Daneben wurden auch das Niedrigeinkommenspanel des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung sowie das Sozioökonomische Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) als mögliche Datengrundlage angesprochen. Bereits während dieser Diskussion wurde auf den hohen Entwicklungsbedarf einer Reichtumsberichterstattung hingewiesen, und zwar hinsichtlich der

politischen Begründung, der methodischen Bearbeitung und der Datenqualität.

Die weitere Konkretisierung des Berichtes erfolgte in der ersten Hälfte des Jahres 2000 innerhalb des Beraterkreises und des Wissenschaftlichen Gutachtergremiums (siehe Übersicht 1). Hier wurden die Themen konkretisiert und für die Wissenschaft im nächsten Schritt ausgeschrieben. Ein großer Teil des Berichtes, der auch unter dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“ geführt wird, beschäftigt sich mit dem Einkommen, dem Vermögen und der Überschuldung. So wurden u. a. Gutachten zu folgenden Themen vergeben:

- Einkommensentwicklung im Zeitverlauf
- Polarisierung der Einkommensverteilung
- Lebenssituation im Niedrigeinkommensbereich

Übersicht 1: Organisationsstruktur für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung



5) Im weiteren Einkommensteuerstatistik. Der Name Lohn- und Einkommensteuerstatistik grenzte diese Statistik von der bis in die 1980er Jahre eigenständig ausgewiesenen Lohnsteuerstatistik ab. Die Lohnsteuer ist keine eigenständige Steuer, sondern eine Erhebungsform (Quellensteuer) der Einkommensteuer und wird vollständig innerhalb der Einkommensteuerstatistik nachgewiesen.

6) Siehe auch: „Thesen zum Beitrag des Statistischen Bundesamtes“ in „Armut und Reichtum in Deutschland“, Tagungsdokumentation, a. o. O., S. 107 ff.

- Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung
- Verteilung des Produktivvermögens auf private Haushalte
- Materielle Ausstattung von Sozialhilfeempfängern
- Umfang, Struktur und Gründe für Sozialhilfebedürftigkeit.

Der im Weiteren behandelte Beitrag „Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung“ wurde an Herrn Professor Dr. Merz, Direktor des Forschungsinstituts Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg, vergeben.

Wie oben schon erläutert, beschreibt der folgende Aufsatz die Methodik und die Vorgehensweise zur Erstellung dieses Gutachtens. In einem ersten Teil wird auf die Probleme der Einkommensmessung und insbesondere auf die Messung hoher Einkommen eingegangen. Nach einer Darstellung der für das Gutachten berechneten und verwendeten ökonomischen Einkommensbegriffe folgt in Kapitel 3 eine Erläuterung, in welcher Weise die Auswertung hoher Einkommen erfolgt ist. Forschungsarbeiten, die als Basis das Informationspotenzial amtlicher Einzeldaten nutzen, sind auf Grund der Datenschutzaufgaben mit besonderen Problemen behaftet. Wie diese, oftmals als Zielkonflikt wahrgenommene Situation, Datenschutz gegen Wissenschaftsfreiheit, innerhalb des Gutachtens behandelt wurde, ist in Kapitel 4 beschrieben. Ein Ausblick schließt diese Arbeit ab.

1 Über das Erfassen von (hohen) Einkommen – Mikrodaten der amtlichen Statistik

Die Einkommensmessung ist seit langem ein intensiv diskutiertes Problem, insbesondere auch ein Problem, welches im Bereich der amtlichen Statistik immer wieder erörtert wurde.⁷⁾ Die Diskussionen zeigen, dass es keinen allgemeinen Einkommensbegriff geben kann, der dann auch in einem weiteren Schritt messbar ist. Vielmehr treten an den verschiedenen Stellen des Wirtschaftskreislaufes unterschiedliche Einkommensbegriffe auf. Auf der Individualebene ist der „Gesamtbetrag der Einkünfte“ in seiner steuerrechtlichen Abgrenzung ein Einkommensbegriff, der relativ nah am primären Markteinkommen liegt.⁸⁾ Im Bereich der Haushaltsstichproben werden hingegen Einkommensbegriffe genutzt, die eher einem verfügbaren Einkommen entsprechen. Schon diese beiden Beispiele zeigen, dass der zu messende Einkommensbegriff auf das Untersuchungsziel ausgerichtet sein muss.

Bei der Frage nach hohen Einkommen und ihrer Verteilung steht, wie in der Regel bei Verteilungsfragen, die Verfügbarkeit der Einkommen im Vordergrund. Daher soll-

ten die Daten, die das Untersuchungsziel beschreiben, ein Einkommen abbilden, welches den Haushalten letztendlich zum Konsum oder Sparen zur Verfügung steht. Grundsätzlich sind hierzu die Einkommensangaben der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, des Mikrozensus oder beispielsweise des Sozioökonomischen Panels (SOEP) geeignet. Auf den ersten Blick scheinen hier die Mikrodaten der Einkommensteuerstatistik mit ihren steuerrechtlich abgegrenzten Einkommensangaben nur bedingt verwendbar zu sein.

Ein Problem der Haushaltsstatistiken ist hingegen die wenig differenzierte Erfassung der hohen und höchsten Einkommen. Dies hängt u.a. auch mit der grundsätzlichen Problematik bei der Darstellung der „Ränder“ mit Hilfe von Stichproben zusammen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe blendet den Bereich der höchsten Einkommen auf Grund methodischer Überlegungen aus. Der Mikrozensus erfasst die individuellen Nettoeinkommen ausschließlich in Größenklassen. Auch Daten außerhalb der amtlichen Statistik, wie zum Beispiel das Sozioökonomische Panel, weisen keine tiefergehenden Informationen zu höchsten Einkommen nach.

In der Literatur werden unterschiedliche Gründe für die eingeschränkte Aussagekraft bei Umfragen im Bereich der hohen Einkommen genannt. Ein Grund ist die relativ geringe Teilnahmebereitschaft der Haushalte im oberen Einkommensbereich (sog. Mittelstands-Bias).⁹⁾ Weiter ist die prinzipielle Unbekanntheit der laufenden Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit ein Grund, da diese oftmals erst zeitverzögert und dann in steuerlicher Abgrenzung vorliegen.

Im Folgenden werden kurz die grundsätzlich zur Verfügung stehenden Datenmaterialien der amtlichen Statistik dargestellt, bevor im nächsten Kapitel die verwendete Einkommensteuerstatistik näher erläutert wird.

1.1 Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe¹⁰⁾

Die seit 1962/63 in fünfjährigem Abstand durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erfasst detailliert die Einkommen und Ausgaben von privaten Haushalten. Als Merkmale werden sämtliche Einnahmen nach den Quellen, Angaben über die Haushaltszusammensetzung sowie sozioökonomische Angaben aufgezeichnet. Darüber hinaus werden u.a. auch das Vermögen und die Schulden erfasst. An der freiwilligen Befragung, die sich über drei Monate erstreckte, nahmen 1998 rund 62 000 Haushalte teil. Auf Grund der oben aufgeführten Probleme bei der Erfassung hoher Einkommen schneidet die EVS 1998 bei einem Nettohaushaltseinkommen von 35 000 DM im Monat bzw. 420 000 DM pro Jahr ab. Das heißt, auf Grund der geringen Repräsentanz der wenigen Haushalte mit höherem Einkommen

7) Siehe hierzu Fürst, G. (Hrsg.): „Stand der Einkommensstatistik“, Sonderheft zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 6, 1974, sowie Reich, U.-P. (Hrsg.): „Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik“, Sonderheft zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 26, 1988 und Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Einkommen und Vermögen in Deutschland – Messung und Analyse“, Band 32 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, 1998.

8) Aber auch hier ist das Adäquationsproblem zu beachten, da der „Gesamtbetrag der Einkünfte“ schon um Komponenten bereinigt wurde, die nicht unbedingt deckungsgleich mit dem Marktergebnis sind (z. B. entsprechen Abschreibungsregeln nicht dem Verbrauch der Produktivgüter).

9) Siehe hierzu z. B. Becker, I.: „Was wissen wir über Reichtum in Deutschland“, Papier zum Vortrag, gehalten auf der Tagung „Reichtum verpflichtet“ der Bundestagsfraktion der SPD am 21. September 2000 in Stuttgart.

10) Zur weiteren Methodik siehe Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 7 „Aufgabe, Methode und Durchführung“, sowie Chlumsky, J./Ehling, M.: „Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“ in WiSta 7/1997, S. 455 ff.

in der EVS wird auf eine Verwendung dieser Daten verzichtet. Mit dem Titel „Was fehlt in der EVS?“ wurden Informationen der EVS mit der Einkommensteuerstatistik verknüpft, um gerade für die Einkommen über der Abschneidegrenze von 35 000 DM im Monat (Haushaltsnettoeinkommen) Struktur- und Verteilungsinformationen zu gewinnen.¹¹⁾

1.2 Der Mikrozensus¹²⁾

Das jährliche Grundprogramm umfasst u. a. Merkmale zur Person, den Familien- und Haushaltszusammenhang, zur Erwerbstätigkeit, zur Arbeitsuche von Erwerbslosen und Erwerbstätigen, zur sozialen Sicherung, zum Ausbildungsstand und zur Fort- und Weiterbildung. Als Einkommensvariable wird die Gesamthöhe des individuellen Nettoeinkommens jeder Person sowie das Gesamthaushaltsnettoeinkommen – bezogen jeweils auf den Monat April – durch eine Selbsteinstufung der Befragten in vorgegebenen Einkommensgruppen erfasst. Neben primären Einkommenskomponenten enthält dieser Einkommensbegriff auch staatliche und private Transfers. Für das individuelle Nettoeinkommen sind bis 1999 18 konkrete Einkommensklassen mit der höchsten Klasse „7 500 DM und mehr“, ab 2000 24 konkrete Einkommensklassen mit der höchsten Klasse „35 000 DM und mehr“ im Fragebogen vorgegeben. Für das Haushaltsnettoeinkommen gab es bis 1999 21 Einkommensklassen mit der höchsten „12 000 DM und mehr“, ab dem Jahr 2000 gibt es 24 Einkommensklassen mit der höchsten „35 000 DM und mehr“.

1.3 Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik¹³⁾

Die zurzeit in jedem dritten Jahr durchgeführte Einkommensteuerstatistik erfasst als Sekundärstatistik die Angaben der Einkommensteuererklärung. Auf der Grundlage von 30 Mill. Datensätzen wird mit bis zu 400 Merkmalen die Einkommensentstehung von rund 40 Mill. Bundesbürgern nachgewiesen. Insbesondere werden auch detailliert die Gewinneinkünfte, die im allgemeinen Verständnis den „Selbstständigen“ zugeordnet werden, nachgewiesen. Insbesondere werden auch hohe und höchste steuerliche Einkommen in ihrer Entstehung erfasst.

2 Die Berechnung eines „ökonomischen Einkommens“ aus den Einzeldaten der Einkommensteuerstatistik 1995

Wie die kurze Auflistung oben zeigt, ist die Einkommensteuerstatistik die einzige Datenquelle in Deutsch-

land, die hohe und höchste Einkommen detailliert auf der Mikrodatenebene in der Entstehung nachweist. Einschränkungen ergeben sich aus der Aktualität sowie aus der steuerrechtlichen Abhängigkeit der Einkommensbegriffe innerhalb dieser Statistik.

Die zurzeit aktuellsten Zahlen der Einkommensteuerstatistik liegen für das Jahr 1995 vor. Die nächsten Zahlen, die dann das Veranlagungsjahr 1998 beschreiben, werden für das Frühjahr 2002 erwartet. Die relativ lange Zeit, bis die Daten dieser Statistik zur Verfügung stehen, erklärt sich durch die großzügig bemessenen Zeiträume der Erklärungsfristen. Vor allem Steuerpflichtige mit relativ hohen Gewinneinkünften haben tendenziell einen Anreiz, die Erklärungsfristen zu strecken. Aus diesem Grund unterscheiden sich die später eingehenden Einkommenserklärungen strukturell von den früher vorliegenden Fällen. Ein früherer Schlusstermin bei der Erfassung der eingehenden Steuerfälle würde dazu führen, dass diese oftmals „schwergewichtigen“ Fälle nicht erfasst würden.

Für wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fragestellungen ist es problematisch, allein mit den Einkommensbegriffen der Einkommensteuerstatistik zu arbeiten. Im Bereich der hohen Einkünfte sind es insbesondere die so genannten steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die die Einkommensbegriffe der Steuerstatistik von den verfügbaren Einkommen entfernen. Hingegen sind es im unteren Einkommensbereich mehr die staatlichen und privaten Transfers, die die Unterschiede determinieren.

Der innerhalb der Einkommensteuerstatistik verwendete Begriff des „Gesamt Betrags der Einkünfte“ (GdE) kommt einem rein ökonomisch begründeten Einkommensbegriff, wie oben kurz dargelegt, noch am nächsten. Der Gesamtbetrag der Einkünfte berechnet sich als Summe der sieben Einkunftsarten.¹⁴⁾ Die drei Erstgenannten werden als Gewinneinkünfte¹⁵⁾, die sich als Saldo von Betriebs-einnahmen und -ausgaben ergeben, bezeichnet, die letzten Vier sind die Überschusseinkünfte¹⁶⁾ aus Einnahmen abzüglich Werbungskosten. Die Einkunftsarten sind bis auf wenige Ausnahmen miteinander verrechenbar. Von der so gebildeten „Summe der Einkünfte“ gelangt man nach Abzug einiger Positionen¹⁷⁾ zum „Gesamtbetrag der Einkünfte“.

Gesucht ist also ein „ökonomischer“ Einkommensbegriff, der aus den steuerlichen Informationen abzuleiten war und die steuerlichen Gestaltungsspielräume eingrenzt.

Auf der Basis dieser Größen wurde für die weitergehende Analyse dann folgender ökonomischer Einkommensbegriff entwickelt¹⁸⁾ (siehe Übersicht 2):

11) Siehe Merz, J.: „Was fehlt in der EVS? – Eine Verteilungsanalyse hoher Einkommen mit der verknüpften Einkommensteuerstatistik für Selbstständige und abhängig Beschäftigte“, Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg, FFB-Diskussionspapier Nr. 30, Lüneburg 2001.

12) Zur weiteren Methodik siehe Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 4.1.1 „Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1999“.

13) Siehe hierzu und zu den Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik 1995 Rosinus, W.: „Die steuerliche Einkommensverteilung“ in WiSta 6/2000, S. 456 ff.

14) Siehe § 2 Einkommensteuergesetz (ESTG).

15) Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, Selbstständige Tätigkeit.

16) Nichtselbstständige Arbeit, Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen, sonstige Einkünfte.

17) Gemäß § 2 Abs. 3 ESTG.

18) Wir danken S. Bach und B. Bartholmai vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, für die gute gemeinsame Arbeit an diesem ökonomischen Einkommensbegriff. Siehe hierzu auch Bach, S./Bartholmai, B.: „Möglichkeiten zur Modellierung hoher Einkommen auf Grundlage der Einkommensteuerstatistik“, DIW Diskussionspapiere, Nr. 212, Berlin 2000.

Übersicht 2: Die Ermittlung des ökonomischen Einkommensbegriffs auf der Basis der Einkommensteuerstatistik

Land- und forstwirtschaftliche Einkünfte
+ Gewerbliche Einkünfte
+ Einkünfte aus selbstständiger Arbeit
+ Einkünfte aus Kapitalvermögen
+ Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
+ Arbeitseinkünfte
+ Sonstige Einkünfte
davon:
Einkünfte aus Leibrenten
+ Lohn- und Einkommensersatzleistungen
+ Einkünfte aus Spekulationsgeschäften
+ steuerfreie Auslandseinkünfte
+ Steuervergünstigungen der Unternehmen (laut Anlage ST)
+ Abschreibungen und Steuervergünstigungen bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung (laut Anlage ST)
= Summe der Einkünfte neu
(korrigierte Einkünfte aus Unternehmertätigkeit, Vermögen und unselbstständiger Arbeit; entspricht primären Markteinkommen)
+ Sparzulage und vermögenswirksame Leistungen
+ Kindergeld (berechnet)
+ Unterhaltsleistungen vom geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten
– festgesetzte Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag
– berechnete Sozialversicherungsbeiträge (für alle sozialen Gruppen)
– Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten
– Überbelastungsbetrag bei anerkannten außergewöhnlichen Belastungen
– Freibetrag für Unterhalt
– Freibetrag für Ausbildung
= Nettoeinkommen

2.1 Land- und forstwirtschaftliche Einkünfte

Der Datensatz der Einkommensteuerstatistik unterscheidet bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft die folgenden, für die weitere Arbeit übernommenen Positionen:

- Einkünfte als Einzelunternehmer [dies sind mittlere und größere landwirtschaftliche Betriebe, die nach § 141 Abgabenordnung (AO) buchführungspflichtig sind],
- Einkünfte laut gesonderter Feststellung nach § 13a EStG (dies sind kleinere landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Gewinne nach Durchschnittssätzen ermitteln dürfen), erhöht um einen Korrekturfaktor von $(1/0,6)$,¹⁹⁾
- Einkünfte laut gesonderter Feststellung nach § 4 Abs. 1 EStG (dies sind Landwirte, die nicht mehr unter die Voraussetzungen des § 13a EStG fallen, aber auch nicht nach § 141 AO buchführungspflichtig sind; für sie gelten vereinfachte Gewinnermittlungsvorschriften),
- Einkünfte aus Beteiligungen,
- Veräußerungsgewinne (brutto, vor Abzug des Freibetrages).

2.2 Gewerbliche Einkünfte

Für die Einkünfte aus Gewerbebetrieben stehen folgende Positionen zur Verfügung:

- Einkünfte als Einzelunternehmer,

- Einkünfte laut gesonderter Feststellung (Personengesellschaft),
- Einkünfte aus Beteiligungen (stille Gesellschaft, Kommanditanteil),
- mehrjährige Einkünfte aus Gewerbebetrieb (dies sind gewerbliche Einkünfte, die auf mehrere Veranlagungszeiträume entfallen, z. B. Teilgewinnrealisierungen bei mehrjährigen Bauprojekten),
- Veräußerungsgewinne (brutto, vor Abzug des Freibetrags).

Bei den Einkünften aus Beteiligungen wurden lediglich die positiven Einkünfte in die Einkünfteberechnung übernommen. Gewerbliche Verlustzuweisungsmodelle sind in der Regel in der Rechtsform von Personengesellschaften geführt, sodass davon auszugehen ist, dass ein Großteil der Verluste aus gewerblichen Beteiligungen steuerlich gestaltet ist. Bei den übrigen Positionen der gewerblichen Einkünfte wurden die Angaben des Datensatzes übernommen.

2.3 Einkünfte aus selbstständiger Arbeit

Die Einkünfte des Datensatzes wurden vollständig übernommen:

- Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit,
- Einkünfte laut gesonderter Feststellung (in der Regel Sozietäten von Freiberuflern),
- Einkünfte aus Beteiligungen,
- Einkünfte aus anderer selbstständiger Arbeit,
- Veräußerungsgewinne (brutto, vor Abzug des Freibetrages).

2.4 Einkünfte aus Kapitalvermögen

Hier wurden die Einkünfte aus dem Datensatz unkorrigiert übernommen, da keine fundierte Schätzung der nicht erfassten Einkünfte möglich war. Wie ein Vergleich mit dem entsprechenden Aggregat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt, liegt bei dieser Einkunftsart eine nicht unerhebliche Untererfassung vor. Zum Teil kann diese durch die Werbungskostenpauschale, den Sparerfreibetrag (6 000 DM im Jahr 1995) sowie durch die Nichtveranlagung von Personen mit geringen Einkünften erklärt werden. Ein nicht unerheblicher Teil der Untererfassung dürfte allerdings bei nicht erklärten Kapitaleinkünften vermutet werden.

2.5 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Die Einkünfte aus dem Datensatz wurden übernommen. Im Rahmen der Korrektur um die Positionen der Anlage ST wurden jedoch die für die Vermietungseinkünfte nachgewiesenen Gebäudeabschreibungen und weiteren Steuervergünstigungen wieder hinzugerechnet.

¹⁹⁾ Bei den nach Durchschnittssätzen ermittelten Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft ergeben sich nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen im Wirtschaftsjahr 1994/95 bei Haupterwerbsbetrieben durchschnittliche Gewinnerfassungsquoten von 56% und bei Nebenerwerbsbetrieben von 72%. Um diese Untererfassungen zu bereinigen, wurde hier pauschal eine Untererfassungsquote von 60% angesetzt und die Einkünfte entsprechend erhöht.

Keine Korrektur kann hingegen im Hinblick auf „überhöhte“ Werbungskosten erfolgen (größerer Erhaltungsaufwand, Bauzeit-Werbungskosten und Finanzierungsaufwendungen in der Bau- oder Erwerbsphase), da die Einkommensteuerstatistik dazu keine Angaben macht.

2.6 Arbeitseinkünfte

Bei dieser Einkunftsart wurden folgende Positionen aus dem Datensatz übernommen:

- Bruttolohn,
- nach Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) steuerfreie Arbeitseinkünfte.

Werbungskosten, die bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit abgezogen wurden, bleiben hier unberücksichtigt, da die zugrunde liegenden Ausgaben in der Wirtschaftsstatistik nicht den Vorleistungen, sondern dem privaten Verbrauch zugeordnet wurden.

2.7 Sonstige Einkünfte

Hier sind berücksichtigt:

- Einkünfte aus Leibrenten sind nur mit einem Ertragsanteil von durchschnittlich etwa 31% steuerpflichtig; ausgehend von steuerpflichtigen Einkünften wurden die vollständigen Renteneinkünfte mit einem pauschalen Faktor von (1/0,31) errechnet,
- Lohn- und Einkommensersatzleistungen (Arbeitslosengeld und -hilfe, Krankengeld),
- Einkünfte aus Spekulationsgeschäften,
- nach Doppelbesteuerungsabkommen steuerfreie Auslandseinkünfte, die nicht aus unselbstständiger Arbeit stammen.

Folgende in der Anlage ST nachgewiesene Positionen, die die steuerpflichtigen Einkünfte vermindern, wurden der Summe der Einkünfte hinzugerechnet:

2.8 Steuervergünstigungen der Unternehmen

- Sonderabschreibungen für betriebliche Investitionen in den neuen Bundesländern [§§ 2 bis 4 Förderungsgesetz (FördG)] zu 50%,²⁰⁾
- Gewinnabzug bei Land- und Forstwirten in den neuen Ländern nach § 5 FördG,
- Bewertungsfreiheit für private Krankenhäuser (§ 7f EStG) zu 50%,²¹⁾
- Sonderabschreibung zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe (§ 7g EStG),
- Ansparabschreibung für kleinere und mittlere Betriebe (§ 7g Abs. 3 EStG),

20) Sonderabschreibung von 50% der Anschaffungs-/Herstellungskosten von Ausrüstungen und Bauten. Die Hinzurechnung erfolgt nur zu 50%, um lediglich die gegenüber den normalen steuerlichen Abschreibungen erhöhten Abzüge abzubilden.

21) Hierbei handelt es sich um eine Sonderabschreibung von 50% der Anschaffungs-/Herstellungskosten bei Ausrüstungen und von 30% bei Bauten. Die Hinzurechnung erfolgt nur zu 50%, um lediglich die gegenüber den normalen steuerlichen Abschreibungen erhöhten Abzüge abzubilden.

- Bewertungsfreiheit für Seeschiffe und Luftfahrzeuge [§ 82f Einkommensteuerdurchführungsverordnung (EStDV)],
- Bewertungsabschlag für Güter ausländischer Herkunft (§ 80 EStDV).

2.9 Abschreibungen und Steuervergünstigungen bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung

- Abschreibung (AfA) bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung für Gebäude linear (§ 7 EStG),
- Abschreibung (AfA) bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung für Gebäude degressiv (§ 7 EStG),
- Baumaßnahmen zur Schaffung von Mietwohnungen (§ 7c EStG),
- Baumaßnahmen zur Schaffung von Mietwohnungen in Berlin (West) [§ 14c Berlinförderungsgesetz (BerlinFG)],
- Wohnungen mit Sozialbindung (§ 7k EStG),
- Wohnungen mit Sozialbindung in Berlin (West) (§ 14d BerlinFG),
- Anschaffungs- und Herstellungskosten des Privatvermögens (§§ 3, 4 Abs. 1 u. 2 FördG),
- Nachträgliche Herstellungskosten an Gebäuden des Privatvermögens (§§ 3, 4 Abs. 3 FördG).

Dabei taucht indes das Problem auf, dass die Anlage ST für eine beträchtliche Zahl der Steuerpflichtigen nicht vorliegt. Dies betrifft vor allem die Vermietungseinkünfte, weniger die Unternehmenseinkünfte. Dazu wurden aus den nachgewiesenen Angaben Mittelwerte gebildet (differenziert nach Größenklassen der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung) und bei den entsprechenden Fällen ohne Angabe eingesetzt.

2.10 Summe der Einkünfte neu

Die Zusammenfassung dieser Einkunftspositionen ergibt die „Summe der Einkünfte neu“.

In einer Variante sind die Einkünfte ohne Veräußerungsgewinne berechnet worden. Dazu wurden von der Summe der Einkünfte die Veräußerungsgewinne (brutto, vor Abzug des Freibetrages) bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbstständiger Arbeit abgezogen.

2.11 Empfangene Transfereinkommen

Zur Berechnung des Nettoeinkommens wurden folgende Transfereinkommen hinzugerechnet:

- Spargulage und vermögenswirksame Leistungen,

- berechnetes Kindergeld,²²⁾
- Unterhaltsleistungen zwischen geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten (§10 Abs. 1 Nr. 1 EStG).

2.12 Geleistete Steuern, Sozialbeiträge und Unterhaltsleistungen

Abgezogen wurden Steuern, Sozialbeiträge und ausgewählte private Unterhaltsleistungen:

- Aus dem Datensatz wurden die festgesetzte Einkommensteuer sowie der Solidaritätszuschlag übernommen.
- Sozialversicherungsbeiträge wurden für alle Steuerpflichtigen mit primären Markteinkünften (Unternehmens- und Vermögenseinkünfte, Arbeitseinkünfte) auf Grundlage der Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen von 1995 berechnet.²³⁾ Als sozialversicherungspflichtige Einkünfte wurden die primären Markteinkünfte einschließlich der Leibrenten, jedoch ohne die Lohn- und Einkommensersatzleistungen und die Veräußerungsgewinne zugrunde gelegt. Für die im Datensatz identifizierbaren sozialen Gruppen wurde folgendermaßen vorgegangen:
 - Für Steuerpflichtige mit überwiegenden Arbeitseinkünften wurden Beiträge für alle vier Sozialversicherungsbereiche berechnet und davon 50% angesetzt („Arbeitnehmeranteil“).
 - Für Steuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus Leibrenten, Beamtenbezügen, öffentlichen Pensionen und sonstigen Versorgungsbezügen wurden 50% der Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung angesetzt.
 - Für Steuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus Unternehmertätigkeit („Selbstständige“), die keine Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit beziehen, wurden die vollen Beiträge für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung angesetzt („Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil“).
 - Für Steuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus Unternehmertätigkeit, die zugleich Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit beziehen, wurden 70% der Beiträge für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung angesetzt.

2.13 An privaten Unterhaltsleistungen wurden berücksichtigt:

- Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG),
- Überbelastungsbetrag (§ 33 EStG: anerkannte außergewöhnliche Belastungen nach Abzug der zumutbaren Eigenbelastung),
- Freibetrag für Unterhalt (§ 33a Abs. 1 EStG),
- Freibetrag für Ausbildung (§ 33a Abs. 2 EStG).

Äquivalenz-Einkommen

Zentrales Einkommenskonzept in Analysen der persönlichen Einkommensverteilung sind so genannte Äquivalenzeinkommen. Unter Berücksichtigung von Haushaltsgrößenvorteilen beim gemeinsamen Wirtschaften und teilweise auch von Bedarfsunterschieden zwischen Erwachsenen und Kindern bzw. Jugendlichen wird das Haushaltseinkommen zur Ableitung von personenbezogenen Einkommen nicht durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder (per capita), sondern durch eine modifizierte Haushaltsgröße – ein Äquivalenzgewicht – dividiert.²⁴⁾

Es werden nun in der Literatur ganz unterschiedliche Äquivalenzskalen („equivalence scales“) diskutiert und begründet.²⁵⁾ Die armutszentrierten Analysen, die im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung durchgeführt wurden, verwendeten zwei Skalen: die alte und die neue OECD-Skala²⁶⁾ mit folgenden Personengewichten:

	alte OECD-Skala	neue OECD-Skala
Haushaltsvorstand	1	1
alle weiteren Haushaltsmitglieder älter als (>=) 15 Jahre	0,7	0,5
alle weiteren Haushaltsmitglieder jünger als (<=) 14 Jahre	0,5	0,3

So erhält zum Beispiel bei der alten OECD-Skala ein Ehepaar mit einem 11-jährigen Kind ein Äquivalenzgewicht von 2,2 und eine allein erziehende Mutter mit einem 16-jährigen Kind einen Wert von 1,7. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 2 800 DM folgt daraus für jede Person des ersten Haushalts ein Personenäquivalenzeinkommen von $2800/2,2 = 1\ 272,73$ DM, für jede Person des zweiten Haushalts ein entsprechender Wert von 1 647,06 DM. Diese Beträge sind höher als im Falle einer Division des Einkommens durch die Haushaltsgröße (3 bzw. 2), da annahmegemäß die Lebenshaltungskosten mit zunehmender Haushaltsgröße unterproportional steigen („economies of scale“-Effekt) und bezüglich des ersten Haushaltstyps der Bedarf des 11-jährigen Kindes

22) Das Kindergeld wird entsprechend der Zahl der Kinder (Kinderfreibeträge) nach dem Rechtsstand 1995 berechnet. Im Jahr 1995 betrug das Kindergeld 70 DM je Kind und Monat, wobei Berechtigte mit niedrigem Einkommen für das zweite und folgende Kind Zuschläge von bis zu 170 DM je Monat erhielten.

23) Die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung lag 1995 bei einem sozialversicherungspflichtigen Bruttolohn von 7 800 DM im Monat in den alten Ländern und 6 400 DM im Monat in den neuen Ländern; jeweils 75% dieser Beträge betrug die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Die Beitragssätze betragen 1995 für die Rentenversicherung 18,6%, für die Arbeitslosenversicherung 6,5%, für die Pflegeversicherung 1% sowie für die Krankenversicherung durchschnittlich 13,1% (alte Länder) bzw. 12,8% (neue Länder).

24) Zum Konzept des Äquivalenzeinkommens und den damit verbundenen Annahmen siehe Hauser, R.: „Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihre Verteilung“ in „Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel“, Band 29 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden 1996, S. 13 ff.

25) Z. B. bei Faik, J.: „Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland“, Berlin 1995; sowie bei Merz, J./Faik, J.: „Equivalence Scales Based on Revealed Preference Consumption Expenditures – The Case of Germany“ in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1998, S. 425 ff.

26) OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

geringer als der von Erwachsenen ist. Im Falle der neuen OECD-Skala wird eine höhere Haushaltsgrößenersparnis unterstellt und der Bedarfzuwachs durch weitere Haushaltsmitglieder entsprechend geringer eingeschätzt; dies führt bei gegebenem Haushaltsnettoeinkommen zu vergleichsweise höheren Äquivalenzeinkommen, die jedem Haushalt zugeordnet werden (im Beispiel: 1 555,56 bzw. 1 866,67 DM).

Das in der Analyse verwendete Äquivalenzeinkommen wurde auf der Grundlage der neu berechneten ökonomischen Einkommen (Summe der Einkünfte neu, Nettoeinkommen) ermittelt. Die Personengewichte wurden aus den Angaben zur Grund- und Splittingtabelle sowie den Kinderfreibeträgen berechnet. Da das Alter der Kinder in den Daten der Einkommensteuerstatistik nicht enthalten ist, wurden alle Kinder als unter 15 Jahre alt angesehen und erhielten ein Bedarfsgewicht von 0,3.

3 Wer ist reich? – Zur Auswertung hoher Einkommen

Die Frage, ab welcher Grenze jemand (allein auf das materielle Einkommen bezogen) reich ist, ist durchaus offen. Zwar haben sich in der Literatur zu Armutsuntersuchungen gewisse Standards durchgesetzt, in der nur begrenzt vorhandenen Reichtumsliteratur gibt es hingegen keine dermaßen, auch theoretisch fundierte Diskussion und keinen Konsens.

Da Reichtum und Reichtumsgrenzen auch immer eine relative Komponente enthalten, sind innerhalb des Gutachtens zu den verschiedenen Einkommenskonzepten unterschiedliche Reichtumsgrenzen, einmal als relative Werte und darüber hinaus als absolute Werte, verwendet worden.

3.1 Alternative Einkommens-Reichtumsgrenzen

Folgende unterschiedliche Reichtumsgrenzen fanden Verwendung:

- 1 Million – Millionäre
- 150% des Mittelwertes – Wohlhabende
- 200% des Mittelwertes – Reichtumsgrenze in Anlehnung an Messkonzepte der Armut
- Obersten 10% – Relative Position
- Obersten 5% – Relative Position
- Höchststeuersatz – Steuerliches Konzept.

27) Krause, P./Wagner, G.: „Einkommens-Reichtum und Einkommens-Armut in Deutschland – Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels (SOEP)“ in Huster, E. U. (Hrsg.): „Reichtum in Deutschland – Die Gewinner der sozialen Polarisierung“, 1997, S. 65 ff.

28) Weick, St.: „Wer zählt zu den ‚Reichen‘ in Deutschland? Sozioökonomische Merkmale der Bezieher von Einkommen oberhalb der 200-Prozent Schwelle“ in ISI24 – Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 24, Juli 2000, S. 1 ff.

29) Bezogen auf das Jahr 1995.

30) Siehe Fußnoten 15 und 16.

31) Siehe z. B. Aktison, A. B.: „On the Measurement of Inequality“ in Journal of Economic Theory, 2/1970, S. 244 ff. und ders.: „On the Measurement of Poverty“ in Econometrica 55, 1987, S. 749 ff., Cowell, F. A.: „Measuring Inequality“, Oxford 1995 oder Lüthi, A.: „Messung wirtschaftlicher Ungleichheit“, Lecture Notes in Economic and Mathematical Systems no. 189, Berlin/Heidelberg/New York, 1981.

Gängig ist die Frage nach den Millionären. Die 150% bzw. 200% des Mittelwertes als Reichtumsgrenze sind angelehnt an Messkonzepte der Armut, die ein Vielfaches des Äquivalenzeinkommens-Mittelwertes als arm (z. B. 50%) definieren. Das Äquivalenzeinkommen ist, wie oben erläutert, ein unter Bedarfsgesichtspunkten modifiziertes Pro-Kopf-Einkommen, das das Wohlstandsniveau aller im Haushalt lebenden Personen wiedergibt. Die 200%-Schwelle wird beispielsweise in der Reichtumsliteratur u. a. von Krause und Wagner²⁷⁾ oder von Weick²⁸⁾ bei Analysen mit dem Sozioökonomischen Panel verwendet. Die Reichtumsgrenze der obersten 10% bzw. 5% ist durch die Einkommensschwelle der reichsten x% der Einkommensbezieher charakterisiert. Schließlich wurde noch der Höchststeuersatz²⁹⁾ sozusagen als steuerliches Reichtumskriterium (> 53%; > 120041 DM zu versteuerndes Einkommen bzw. > 240082 DM zu versteuerndes Einkommen im Splittingfall) ausgewählt. Dazu muss, unabhängig vom gewählten Einkommensbegriff, jeweils das zu versteuernde Einkommen individuell bei den Berechnungen herangezogen werden.

Die unterschiedlichen Reichtumsgrenzen wurden im nächsten Schritt quantitativ ausgewertet. Neben der reinen Auszählung der Reichtumsgrenzen nach den Brutto- und Nettoeinkommensbegriffen (ökonomisches Einkommen, Äquivalenzeinkommen) wurde auch eine Auswertung nach selbstständig und abhängig Beschäftigten sowie dem Geschlecht durchgeführt.

Zur Unterscheidung nach selbstständig und abhängig Beschäftigten wurde ein Überwiegendkonzept verwendet. Ein Steuerpflichtiger galt in der Untersuchung als selbstständig, wenn 1995 seine Gewinneinkünfte größer ausfielen als seine Einkünfte aus den Überschusseinkunftsarten.³⁰⁾ Die Auswertung nach dem Geschlecht erfolgte ausschließlich für Grundtabellefälle. Die Typisierung von Splittingfällen nach dem überwiegenden Einkommensbezieher hätte in Kombination mit der Überwiegendabgrenzung bei den Einkünften zu deutlichen Unschärfen geführt. Aus diesem Grund wurde in dieser Arbeit darauf verzichtet.

3.2 Maße zur Struktur- und Verteilungsanalyse hoher Einkommen

Im nächsten Schritt wurden für die unterschiedlichen Einkommens- und Reichtumskonzepte Struktur- und Verteilungsanalysen durchgeführt. Dazu wurde ein Satz zentraler Maßzahlen verwendet, die im Folgenden kurz definiert werden. Die Konzentration lag hier auf zentralen und besonders aussagekräftigen Maßen. Auf die dahinter stehende Literatur insbesondere zur Messung von Konzentration, Verteilung und Ungleichheit sei verwiesen.³¹⁾

Neben den aus der statistischen Deskription heraus bekannten Maßen zur Beschreibung einer statistischen

Masse wie arithmetischer Mittelwert oder dem Median wurden zunächst folgende Maße zur Beschreibung einer Verteilung verwendet:

- Gini-Koeffizient
- Atkinson-Maß
- Perzentile (Dezile, Quintile usw.)
- 90/10-Relation

Um analysieren zu können, welche Bedeutung das staatliche Transfer- und Steuersystem hat, und insbesondere welche Auswirkungen die Abgaben und Transfers auf die Einkommensverteilung haben, können relative Differenzen jeder der genannten Verteilungsmaße aus dem Nettoeinkommen zum Ergebnis aus dem Bruttoeinkommen berechnet werden.

- Umverteilung: k-Wert von Blackburn

Ein die Umverteilung umfassendes und leicht zu interpretierendes Maß ist zudem der so genannte k-Wert von Blackburn³²⁾. Blackburn betrachtet dazu ein einfaches Umverteilungssystem: Jeder Einkommensbezieher unterhalb des Medians erhält einen gleich großen Pauschalbetrag von den Einkommensbeziehern oberhalb des Medians und umgekehrt. Die Höhe dieses Betrags (k, gemessen in Geldeinheiten) führt zur identischen Ungleichheit/Gleichheit der Brutto- und Nettoeinkommensverteilung.

Der Umverteilungseffekt R relativiert diesen Betrag k auf das arithmetische Mittel des Einkommens vor der Umverteilung (brutto). Wie Blackburn gezeigt hat, ist die dazu notwendige Partitionierung eines Verteilungsmaßes nur mit dem Gini-Koeffizienten möglich:

$$(1) R = k/\text{Mittelwert}_{\text{vor Steuern}} = 2(\text{Gini}_{\text{nach Steuern}} - \text{Gini}_{\text{vor Steuern}}).$$

- Dekomposition

Um quantifizieren zu können, welcher der soziodemographischen/sozioökonomischen Gruppen einer Gesamtheit ausschlaggebend für den Grad der Ungleichheit einer Verteilung ist, kann eine Dekomposition eines Verteilungsmaßes herangezogen werden. Eine solche Dekomposition gibt dann den prozentualen Anteil der Ungleichheit zwischen den Gruppen und innerhalb der Gruppen an. Eine solche Dekomposition ist möglich über eine Klasse von additiv zerlegbaren Ungleichheitsmaßen³³⁾ mit

$$(2) I_{\text{total},c} = I_W + I_B = \sum g I_{Wg} + I_B = \sum g (n_g/n) (\mu_g/\mu)^c I_c(y_g) + I_B$$

wobei I_W die Ungleichheit innerhalb ("within") und I_B die Ungleichheit zwischen ("between"), g der Gruppenindex, μ der allgemeine bzw. gruppenspezifische Mittelwert, n die Anzahl der Beobachtungen, $I_c(y_g)$ der Gruppen-Ungleichheitsindex abhängig vom Gruppen-Einkommen y_g ist. Die Gruppengewichte $w_g = (n_g/n) (\mu_g/\mu)^c$ summieren sich nur auf Eins für $c = 0$ oder $c = 1$.

- Dekomposition des Theil Indexes

Die einzige Klasse von Ungleichheitsmaßen mit bestimmten wünschenswerten Eigenschaften (Skaleninvarianz von Verteilungen mit unterschiedlichen Mittelwerten, Additivität) gehört zur Klasse der generalisierten Entropie-maße mit

$$(3) I_c = (1/n) 1/[c - (c - 1)] \sum_i [(y_i/\mu)^c - 1] \quad c \neq 0 \text{ oder } 1.$$

Verwendet wurde der Theil Index als insgesamtes und gruppenspezifisches Ungleichheitsmaß, der für $c = 1$ gegeben ist mit

$$(4) I_1 = 1/n \sum_i (y_i/\mu) \log(y_i/\mu).$$

Zusammengefasst: die Theil Index-Dekomposition aus (2) und (4) liefert die gruppenspezifischen Ungleichheitsbeiträge.

- Ungleichheitsanteile

Ungleichheitsanteile sind dann die gruppenspezifischen Anteile an I_w , dem gesamten Innerhalb-Gruppenteil. Der Ungleichheitsanteil zwischen den Gruppen I_B ist der entsprechende Anteil an der Ungleichheit insgesamt $I_{\text{total},c}$.

4 Wissenschaftliche Analyse und amtliche Einzeldaten

4.1 Sonderaufbereitungen und Fernrechnen

Die Auswertungen und Analysen wurden auf der Grundlage der 10%-Stichprobe der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 durchgeführt. Die rund 3 Mill. Datensätze umfassende Datei liegt als geschichtete Stichprobe, die nach dem „Prinzip der vergleichbaren Präzision für gegliederte Ergebnisse“ gezogen wurde, vor.³⁴⁾ In einem ersten Schritt wurde eine Kopie dieser Stichprobe in ein SPSS-Format transformiert. Der resultierende Datensatz wurde dann um die in Kapitel 2 vorgestellten Merkmale erweitert. Dieser 1600 Megabyte große SPSS-Datensatz war im nächsten Schritt Basis der in Kapitel 3 vorgestellten Analysen. Die Auswertungen erfolgten für die unterschiedlichen Einkommensbegriffe, Reichtumsgrenzen und den daraus resultierenden Teilpopulationen. Dies führte zu rund 250 Auswertungsläufen. Jeder Lauf über die 3 Mill. Datensätze der erweiterten Stichprobe dauerte, je nach (Teil-)Population, rund 2,5 Stunden. Die Berechnungen wurden auf zwei 800 MHz PCs mit jeweils 256 MB Hauptspeicher und einer 10 GB großen Festplatte durchgeführt. Das für diese Arbeiten eingesetzte Statistikprogramm SPSS bewältigte die zum Teil umfangreiche Programmsyntax bei großem Material stabil und in akzeptabler Zeit.

32) Siehe Blackburn McL, L.: "Interpreting the Magnitude of Changes in Measures of Income Inequality" in Journal of Econometrics, 42/1989, S. 21 ff.

33) Siehe Shorrocks, A.F.: "Inequality Decomposition by Population Subgroups" in Econometrica, Vol. 48, No. 3/1980, S. 613 ff. sowie ders.: "The Class of Additively Decomposable Inequality Measures" in Econometrica, Vol. 52, No. 6/1984, S. 1369 ff.

34) Zu Einzelheiten der Stichprobe siehe Zwick, M.: „Einzeldatenmaterial und Stichproben innerhalb der Steuerstatistiken“ in WiSta 7/1998, S. 566 ff.

Die für die Auswertung benötigten Programmabläufe wurden zum Teil im Statistischen Bundesamt geschrieben, so die Berechnungen zu den verschiedenen Einkommensbegriffen. Im Wesentlichen aber beruhen die Analysen auf SPSS-Programmen, die an den Universitäten Lüneburg und Frankfurt entstanden.³⁵⁾

Grundlage der hier beschriebenen Arbeiten waren zwei Verfahren, die es ermöglichen, der Wissenschaft Zugriff auf das Informationspotenzial von amtlichen Einzeldaten einzuräumen. Dies ist zum einen die Form der Sonderaufbereitung. Bei dieser Art der Zusammenarbeit treten externe Wissenschaftler mit konkreten Fragestellungen an die amtliche Statistik heran. Im geschützten Bereich der amtlichen Statistik wird die Anfrage in eine Programmsyntax umgesetzt und an den originären Einzeldaten ausgewertet. Im nächsten Schritt erhält der Wissenschaftler die auf Geheimhaltungsfälle überprüften Ergebnisse. Das zweite Verfahren verlagert einen Auswertungsschritt auf die Ebene des externen Wissenschaftlers. Bei dieser Art der Zusammenarbeit erfolgt die Spezifikation der Programmabläufe auf der Seite der Wissenschaft. Die fertigen Programmcodes werden der amtlichen Statistik übermittlemt, die Syntax inhaltlich überprüft und auf die Daten angewandt. Auch hier werden im abschließenden Schritt auf Geheimhaltungsfälle überprüfte Ergebnisse weitergereicht. Dieses Verfahren wird auch als Fernrechnen bezeichnet.

In den durchgeführten Arbeiten zum Reichtumsbericht kamen beide Verfahren zum Einsatz. Der Austausch von zusammengefassten Ergebnissen und der Programmsyntax erfolgte mittels E-Mail. Dieses vor externer Einsicht nicht sichere Kommunikationsmedium erlaubte es für nicht datenschutzrelevante Informationen, verschiedene Anpassungen auch in kurzer Zeit durchzuführen. So konnten Programmanpassungen auch durch den Gutachter erfolgen und unmittelbar nach Übermittlung per E-Mail umgesetzt werden. Auf dem Weg des Austausches von Syntax und Teilergebnissen konnte so sukzessive ein Gesamtergebnis erarbeitet werden.

Die nicht vorhandene Sicherheit der E-Mail-Übertragung war innerhalb des Reichtumsberichtes keine Einschränkung. Den Bereich der amtlichen Statistik verließen ausschließlich Ergebnisse, die nicht auf einzelne Merkmalsträger zurückzuführen sind. Daher ist aus datenschutzrechtlicher Sicht gegen diese Art der Übermittlung nichts einzuwenden. Der Datennutzer hingegen muss abwägen, ob ein Dritter aus gegebenenfalls abgefangenen Daten einen nicht gewollten Nutzen ziehen kann. In der durchgeführten Arbeit ist dies zu verneinen. Eine abgefangene Programmsyntax ist ohne Datensatzbeschreibung nicht zu lesen und hat über die Anwendung hinaus keinen Nutzen. Die per E-Mail gelieferten Ergebnisse (rund 50 E-Mail-Lieferungen) hatten für sich alleine nur einen sehr geringen Informationswert, der sich darüber hinaus einem Außenstehenden ohne Kenntnis der Zusammenhänge nicht erschließt.

4.2 Ein faktisch anonymisiertes Mikrodatenfile aus der Einkommensteuerstatistik

Gegen Ende der Arbeit zum Gutachten „Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung“ stand die Fragestellung, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, „reich“ zu sein. Diese Untersuchung wurde mittels so genannter PROBIT-Schätzungen durchgeführt. Um sich dieser Fragestellung zu nähern, ist es hilfreich, mit den Daten zu „spielen“. Mit anderen Worten, das konkrete Untersuchungsergebnis ergibt sich durch alternative Analyseansätze. Zur Umsetzung ist es – insbesondere unter Zeitrestriktionen – erforderlich, intensiv auf der Einzeldatenebene zu arbeiten. Da für die jeweiligen Schritte u. a. Wertungen notwendig sind, ist diese Arbeit sinnvoll auf der wissenschaftlichen Seite anzusiedeln. Aus diesem Grund wurde für diese abschließende Analyse ein faktisch anonymisiertes Mikrodatenfile aus der Einkommensteuerstatistik erstellt. Gemäß den Vorgaben der amtlichen Statistik wurde die Vorgehensweise innerhalb eines Leitfadens zur Anonymisierung schriftlich niedergelegt.³⁶⁾

Ausgangspunkt war die 250 000 Sätze umfassende kleine Stichprobe der Einkommensteuerstatistik 1995. Aus der Teilpopulation der Datensätze mit einem Hochrechnungsfaktor von 1 wurde eine Unterstichprobe mit einem Auswahlatz von 90% gezogen.

Übersicht 3: Merkmale des faktisch anonymisierten Datenfiles für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

- Millionär
0 = kein Millionär; 1 = Millionär
- oberhalb des zweifachen Mittelwertes
- obersten 5%
- Höchststeuersatz
- Region
Nord, Ost, Mitte, Südwest, Süd
- Geschlecht
- Alter
typisiert in 9 Größenklassen
- Beruf
Arbeiter, Angestellter, Beamter, Unternehmer, Freiberufler
- Steuerart
Grund-, Splittingtabelle
- Gewinneinkünfte
typisiert in 12 Größenklassen
- Überschusseinkünfte
typisiert in 12 Größenklassen
- Einkommensarten
Gewinneinkommen, Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Einkünfte aus Kapitalvermögen, sonstige Einkünfte ⇒ Transformation in fünf Dummy (0,1) Variablen
- Religion
katholisch, evangelisch
- Haushaltstyp
8 Typisierungen

In der Grundstruktur wurden zehn Merkmale übernommen. Die quasistetigen Merkmale Gewinneinkünfte und Überschusseinkünfte wurden jeweils in ein diskretes Merkmal mit zwölf Ausprägungen überführt. Das Merkmal „Alter“ wurde ebenfalls zusammengefasst und mit

35) Siehe Merz, J.: „INEQ und DECOM – Ein SPSS-Programmpaket für die Verteilungsanalyse“, Lüneburg 2000.

36) Zu faktisch anonymen Datenfiles siehe Köhler, S.: „Anonymisierung von Mikrodaten in der Bundesstatistik und ihre Nutzung“ in „Methoden zur Sicherung der statistischen Geheimhaltung“, Band 31 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Wiesbaden 1999, S. 133 ff.

neun Ausprägungen in den Datensatz übernommen. Das Merkmal „Haushaltstyp“ wurde durch die Kombination der Angaben zur Grund-/ Splittingtabelle und den Kinderfreibeträgen approximativ ermittelt.

Eine Forderung, dem das erstellte faktisch anonymisierte Mikrodatenfile genügen sollte, war, dass auch in der Kombination zweier Merkmale keine Ausprägung weniger als drei Merkmalsträger enthalten sollte. Dieses Gebot war für „Reiche“ bei der Kombination Alter und Region nur bei weiterer Vergrößerung zu erreichen. Wie oben erläutert, wurde das Merkmal „Alter“ in Größenklassen transformiert, im Weiteren wurden auch die Bundesländer zu einer Regionsvariablen zusammengefasst, die nur fünf Ausprägungen aufweist.

Ein Teil der Merkmale wurde in einem abschließenden Schritt in Dummy Variablen überführt. So wurden aus dem Merkmal „Einkommensart“ mit fünf Ausprägungen fünf Merkmale mit den Ausprägungen 0 und 1. Bei 1 traf der jeweilige Sachverhalt zu, bei 0 nicht (Gewinneinkommen: 1 – Steuerpflichtiger hat Gewinneinkommen, 0 – Steuerpflichtiger hat kein Gewinneinkommen).

Die nacheinander erstellten Merkmale wurden innerhalb eines SPSS-Datensatzes erfasst. Die faktisch anonymisierte Datei wurde um Metadaten erweitert, auf eine CD gebrannt und dem Gutachter nach der rechtlichen Verpflichtung übergeben. Diese Datei wurde zweckgebunden erstellt und durfte daher nur zur Erstellung des Gutachtens genutzt werden.

5 Ausblick

Im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung hat sich gezeigt, dass die amtliche Statistik vielfältige Daten zur behandelten Problematik zur Verfügung stellen konnte. Es zeigte sich aber auch an einigen Stellen, dass die vorhandenen Daten zum Teil nur beschränkt die untersuchten Sachverhalte zeitnah beschreiben konnten.

Ein seit langer Zeit immer wieder von der Nutzerseite angesprochenes Problem ist u. a. die mangelnde Aktualität der nur dreijährlich vorliegenden Einkommensteuerstatistik. Mit dem Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG)³⁷ ist hier eine deutliche Veränderung eingeleitet worden. In Artikel 18 AVmG erfolgte eine Änderung des Steuerstatistikgesetzes dahingehend, dass ab dem Veranlagungsjahr 2001 das Statistische Bundesamt die jährliche Geschäftsstatistik zur Einkommensteuer des Bundesministeriums der Finanzen aufbereitet. Damit stehen ab 2005 prinzipiell jährliche Daten zur Verfügung.

Ein weiteres Projekt, welches die Datenbasis für weitere Arbeiten verbessern soll, ist mit dem Thema „Integriertes Mikrodatenfile“ verbunden. Hinter diesem Begriff steht der Versuch, unterschiedliche Datenquellen für bestimmte Fragestellungen zusammenzuführen (zu integrieren), um so zu Ergebnissen zu gelangen, die mit den einzelnen Datenquellen nicht zu erzielen sind. Es existiert

in Deutschland zum Beispiel kein Datenmaterial, welches in der Lage ist, das gesamte Einkommensspektrum repräsentativ zu beschreiben. In den Haushaltsbefragungen (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Mikrozensus, Sozioökonomisches Panel) fehlen differenzierte Angaben zur Entstehung höchster Einkommen, die Steuerstatistiken hingegen weisen nur steuerpflichtige Einkommen nach. Eine Integration solcher Datenbestände würde es ermöglichen, wesentlich weiter gehende Analysen zur Einkommensverteilung durchzuführen, als dies mit den nebeneinander stehenden Datenquellen möglich ist.

Im November 2000 kam es im Statistischen Bundesamt zu einer ersten konstituierenden Sitzung zum Thema „Integriertes Mikrodatenfile“. Vertreter der Wissenschaft, der Politik und der amtlichen Statistik versuchen seitdem innerhalb dieses Projektes, die methodischen und rechtlichen Probleme bei der Erstellung solcher Datenfiles zu erörtern und das Thema weiter zu entwickeln.

Ein weiterer Aspekt, der in einem Ausblick zu diesem Themenzusammenhang nicht fehlen darf, ist das Gutachten der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingesetzten Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik. Dieses Mitte März an die Bundesministerin Edelgard Bulmahn überreichte Gutachten analysiert ausführlich die gegenwärtige Situation innerhalb der wissenschaftlich empirischen Arbeit in Deutschland. Es ist zu vermuten, dass die Ergebnisse dieser Arbeit in Zukunft zu Veränderungen, gerade auch im Bereich der Nutzung amtlicher Einzeldaten durch die Wissenschaft, führen werden.

Eine persönliche Bemerkung: Die gemeinsame Arbeit zwischen der Universität und der amtlichen Statistik hat Spaß gemacht und war trotz (oder auch wegen?) des „Fremdrechnens“ im Statistischen Bundesamt und der damit direkt eingebundenen Expertise effizient, und wie wir meinen, erfolgreich. ■

³⁷ Vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310 ff.).

Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung des Intrahandels nach Branchen

Die Außenhandelsstatistik liefert in erster Linie Antworten auf die Frage, welche Warenströme über die deutsche Grenze in welche Länder (Ausfuhr) bzw. aus welchen Ländern nach Deutschland (Einfuhr) fließen. Die Frage, zu welchen Branchen die Unternehmen gehören, die Außenhandel betreiben, kann sie jedoch nicht beantworten. Im Zuge des wachsenden Interesses an Brancheninformationen über den Außenhandel hat das Statistische Bundesamt im Rahmen einer vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) unterstützten Machbarkeitsstudie geprüft, inwieweit Material der Intrahandelsstatistik mit Angaben aus dem Unternehmensregister verknüpft werden kann, um sektorale, das heißt nach Branchen gegliederte Ergebnisse, bereitstellen zu können. Insgesamt wurden zu diesem Zweck die Datensätze von etwa 21 000 Unternehmen mit Eingängen im Intrahandel sowie von rund 17 000 Unternehmen mit Versendungen im Intrahandel untersucht. Der vorliegende Beitrag fasst die wichtigsten Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie zusammen.

Dipl.-Volkswirtin Miriam Abdin

Vorbemerkung

Mit der vorgesehenen Aufnahme weiterer 13 Beitrittskandidaten in die Europäische Union ab dem Jahr 2004 gewinnt der Außenhandel mit den Ländern der Europäischen Union, der so genannte Intrahandel, zunehmend an Bedeutung. Gegenwärtig spielt sich bereits der überwiegende Teil des deutschen Außenhandels im Intrahandel ab. Im Jahr 2000 wurden 57% der deutschen Ausfuhren und 52% der deutschen Einfuhren im Handel mit EU-Ländern getätigt. Auf der anderen Seite wächst das Interesse an unternehmensbezogenen Daten über den Außenhandel, wobei insbesondere die Frage der branchenmäßigen Struktur des deutschen Außenhandels im Mittelpunkt steht. Da der Merkmalskatalog der Außenhandelsstatistik keine Brancheninformation enthält, ist es bislang auf primärstatistischer Basis nicht möglich, außenhandelsstatistische Ergebnisse sektoral aufzubereiten, das heißt Export- und Importtransaktionen nach spezifischen Unternehmensmerkmalen wie Umsatz, Beschäftigte oder insbesondere dem Wirtschaftszweig auszuweisen. Eine Lösungsmöglichkeit bietet sich hier in Zukunft durch einen Zugriff auf das Unternehmensregister an, das unter anderem auch eine Zuordnung der einzelnen Unternehmen nach Branchen (Wirtschaftszweigen) enthält. Insbesondere der Intrahandelsstatistik ist diese an Unternehmensdaten reiche Informationsquelle zugänglich, da sie – anders als die Extrahandelsstatistik – ebenfalls über ein rudimentäres Unternehmensregister, das so genannte Intrahandelsregister, verfügt, das mit dem umfassenden Unternehmensregister das Merkmal „Steuernummer“ als Identifikationsmerkmal gemeinsam hat. Im Folgenden sollen die Möglichkeiten und Grenzen einer derartigen sektoralen Intrahandelsstatistik erörtert werden. Bevor das Vorgehen sowie die wichtigsten Ergebnisse zur Sprache kommen, erfolgt zunächst eine Darstellung der notwendigen Voraussetzungen sowie der getroffenen Annahmen bei der Verknüpfung von Intrahandelsstatistik und Unternehmensregister.

Voraussetzungen zur Erstellung einer sektoralen Intrahandelsstatistik

Grundvoraussetzung für die Nutzung des umfassenden Unternehmensregisters als Datenlieferant für die Intrahandelsstatistik ist zunächst ein geeignetes Verknüpfungselement. Hier bietet sich die Steuernummer der Unternehmen aus der Umsatzsteuer-Veranlagung an, die sowohl Bestandteil des Unternehmensregisters als auch des Intrahandelsregisters und der Intrahandelsstatistik ist. Im Intrahandelsregister dient sie der primären Identifikation von Registereinheiten. Wenn die Verknüpfung beider Datenbestände hierdurch gewährleistet ist, lassen sich theoretisch sämtliche Ergebnisse der Intrahandelsstatistik um in diesem Zusammenhang sinnvolle Merkmale des Unternehmensregisters, wie Wirtschaftszweig, Beschäftigte, Umsatz oder Rechtsform, erweitern. Die Intrahandelsstatistik liefert für den Bereich des Intrahandels im Wesentlichen monatliche Eingangs- und Versendungswerte sowie Mengenangaben nach Ursprungs- und Bestimmungsländern sowie nach einem 8-stelligen Warenschlüssel entsprechend dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Eine weitere Voraussetzung für eine sinnvolle Verknüpfung von Unternehmensregister und Intrahandelsstatistik zur Erstellung einer Intrahandelsstatistik nach Branchen ist ein möglichst übereinstimmender zeitlicher Bezug der zu verknüpfenden Datenbestände. In dieser Hinsicht ist die Situation gegenwärtig noch nicht ideal. Da sich das umfassende Unternehmensregister in Deutschland derzeit noch im Aufbau befindet,¹⁾ weist es im Vergleich zur Intrahandelsstatistik eine geringere Aktualität auf. So konnte zum Zeitpunkt dieser Studie auf Seiten der Intrahandelsstatistik mit endgültigem Material des Berichtsjahres 1999 gearbeitet werden, während das Unternehmensregister noch den Stand des Berichtsjahres 1997 aufwies.²⁾ Nur unter der Annahme der Konstanz der aus dem Unternehmensregister bezogenen Merkmale war es möglich, Datenbestände mit derart auseinander fallenden Berichtsjahren miteinander zu verknüpfen. Neben dem Identifikationsmerkmal „Steuernummer“ betraf dies vor

1) Siehe auch Landsberg, H.: „Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage“ in WiSta 6/2001, S. 444 ff.

2) Auf Material der Intrahandelsstatistik des Jahres 1997 konnte nicht mehr zurückgegriffen werden.

allem die Merkmale „Wirtschaftszweig“ sowie „Umsatz“. Diese Merkmale wurden insbesondere auf der für sie gewählten Aggregationsebene – Wirtschaftszweig-2-Steller sowie Unterscheidung von acht Unternehmensgrößenklassen – als einigermaßen stabil erachtet. Wenn es schon für das einzelne Unternehmen wenig wahrscheinlich ist, dass sich sein Wirtschaftszweig oder die Unternehmensgrößenklasse innerhalb von zwei bis drei Jahren grundsätzlich ändern, so trifft dies erst recht für die Summe der Unternehmen in den entsprechenden Aggregationen zu. Weniger mag dies für das Merkmal „Umsatz“ gelten. Dies hat insbesondere zur Folge, dass die Bestimmung der Außenhandelsanteile im Intrahandel an den Gesamtumsätzen von Unternehmen zwar noch einen gewissen Aussagegehalt haben dürfte, insgesamt aber keine exakten Werte darstellt.³⁾

Des Weiteren ist die Qualität einer sektoralen Intrahandelsstatistik maßgeblich festgelegt durch die Qualität des Merkmals „Wirtschaftszweig“ im Unternehmensregister selbst. Das Merkmal „Wirtschaftszweig“ bezieht das Unternehmensregister aus den Verwaltungsdateien der Finanzbehörden. Da für die Finanzämter das Merkmal „Wirtschaftszweig“ kein vorrangig zu pflegendes Merkmal darstellt, finden Aktualisierungen meist nur dann statt, wenn beispielsweise im Rahmen einer Betriebsprüfung ein Wechsel des wirtschaftlichen Schwerpunkts festgestellt wird. Insofern wird das Merkmal „Wirtschaftszweig“ als Bestandteil einer sektoralen Intrahandelsstatistik in vielen Fällen ein weitaus älteres Bezugsjahr haben als durch den Berichtsstand des Unternehmensregisters angegeben. Lediglich unter der Annahme, dass sich der Wirtschaftszweig eines Unternehmens nicht jährlich, sondern – wenn überhaupt – eher mittel- bis langfristig ändert (insbesondere auf der 2-Steller Ebene), können die auf diesem Weg gewonnenen Daten noch als qualitativ gut angesehen werden.

Neben diesen qualitativen Aspekten haben die erwähnten Berichtsstandsunterschiede aber auch noch einen nicht unbedeutenden quantitativen Aspekt. Dieser geht auf das Problem der Identifizierbarkeit von Registereinheiten, die sich ebenfalls auf unterschiedliche Berichtszeiträume beziehen, zurück. Da nicht davon auszugehen ist, dass ein Unternehmensbestand innerhalb von zwei Jahren unverändert bleibt, war von vornherein klar, dass das im Rahmen dieser Studie ermittelte Ergebnis nur ein Teilergebnis darstellen würde. Insbesondere fielen im Intrahandel tätige Unternehmen, die seit 1998 neu gegründet wurden oder die erst seit 1998 meldepflichtigen Intrahandel betrieben, aus der Betrachtung heraus.

Vorgehen bei der Erstellung einer sektoralen Intrahandelsstatistik

Nachdem die genannten Voraussetzungen für die Erstellung einer sektoralen Intrahandelsstatistik theoretisch überprüft und entsprechende Annahmen getroffen waren, wurde ein Praxistest mit dem Ziel durchgeführt, erste

nach Branchen gegliederte Ergebnisse zu präsentieren. Zunächst wurde anhand einer kleinen Zufallsstichprobe von 300 aktuell meldepflichtigen Intrahandelsunternehmen geprüft, wie viele von diesen Unternehmen noch im Unternehmensregister (Stand: Dezember 1997) zu finden waren. Zu dem als hinreichend hoch erachteten Ergebnis von 80% trug auch bei, dass im Intrahandelsregister neben der aktuellen Steuernummer auch noch die vorhergehende, alte Steuernummer enthalten war. Im Anschluss daran wurde eine Auswahl von etwa 236 000 im Jahr 1999 tätigen Intrahandelsunternehmen aus ausgewählten Bundesländern in gleicher Weise überprüft. Von diesen Unternehmen konnten rund 182 000 oder 77% im Unternehmensregister identifiziert werden. Damit wurde die hohe Trefferquote des Vortests im Wesentlichen bestätigt.

Um den Kreis der Unternehmen auf meldepflichtige Unternehmen einzuschränken und darauf basierend wertmäßige Aussagen treffen zu können, wurden von den oben genannten 182 000 Unternehmen etwa 21 000 meldepflichtige Unternehmen auf der Eingangsseite und rund 17 000 meldepflichtige Unternehmen auf der Versendungsseite ausgewählt. Je Verkehrsrichtung waren dies jeweils 78% aller meldepflichtigen Unternehmen in der gesamten Auswahl. 58% der Intrahandels-Importunternehmen und 56% der Intrahandels-Exportunternehmen konnten über die aktuelle Steuernummer direkt mit dem Unternehmensregister verknüpft werden und weitere 20 bzw. 22% über die alte Steuernummer. Insgesamt verzeichneten die ausgewählten Unternehmen im Jahr 1999 Eingänge im Wert von 120 Mrd. DM und Versendungen im Wert von 154 Mrd. DM.⁴⁾ Für die ausgewählten Bundesländer können die Ergebnisse als repräsentativ betrachtet werden; vom gesamten deutschen Außenhandel umfasst die Probeauswertung, auf der die hier dargestellten Ergebnisse basieren, wertmäßig jedoch nur 26% der im Jahr 1999 von Deutschland getätigten Warenverkehre mit der Europäischen Union. Ob hiermit noch eine Repräsentativität der Ergebnisse gewährleistet ist, wovon im Folgenden ausgegangen wird, hängt insbesondere davon ab, ob die in der Auswahl nicht berücksichtigten Bundesländer vergleichbare Branchenstrukturen aufweisen und für diesen Zweck qualitativ gute und aktuelle Daten bereitstellen können.

Erste Ergebnisse einer sektoralen Intrahandelsstatistik 1999

Unter Berücksichtigung der oben genannten Vorgehensweisen und getroffenen Annahmen können für das Jahr 1999 bereits erste Aussagen über die Branchenstruktur eines Teils des deutschen Intrahandels getroffen werden. Im Folgenden werden die Ergebnisse nach beiden Verkehrsrichtungen dargestellt. Dabei wird die Struktur der Export- und Importunternehmen sowie des Intrahandelsumsatzes jeweils nach Unternehmensgrößenklassen sowie Branchen ebenso dargestellt wie die Intrahan-

3) Einige wenige Fälle, in denen Eingänge oder Versendungen höhere Werte aufwiesen als die Gesamtumsätze des Unternehmens, wurden von den weiteren Berechnungen ausgeschlossen.

4) In Bezug auf die ausgewählten Bundesländer entspricht dies 70% der aus dem Gebiet der Europäischen Union getätigten Eingänge und 76% der in das Gebiet der Europäischen Union getätigten Versendungen.

delsanteile am Gesamtumsatz je Verkehrsrichtung nach Umsatzgrößenklassen.

Sektorale Struktur der Versendungen im Intrahandel 1999

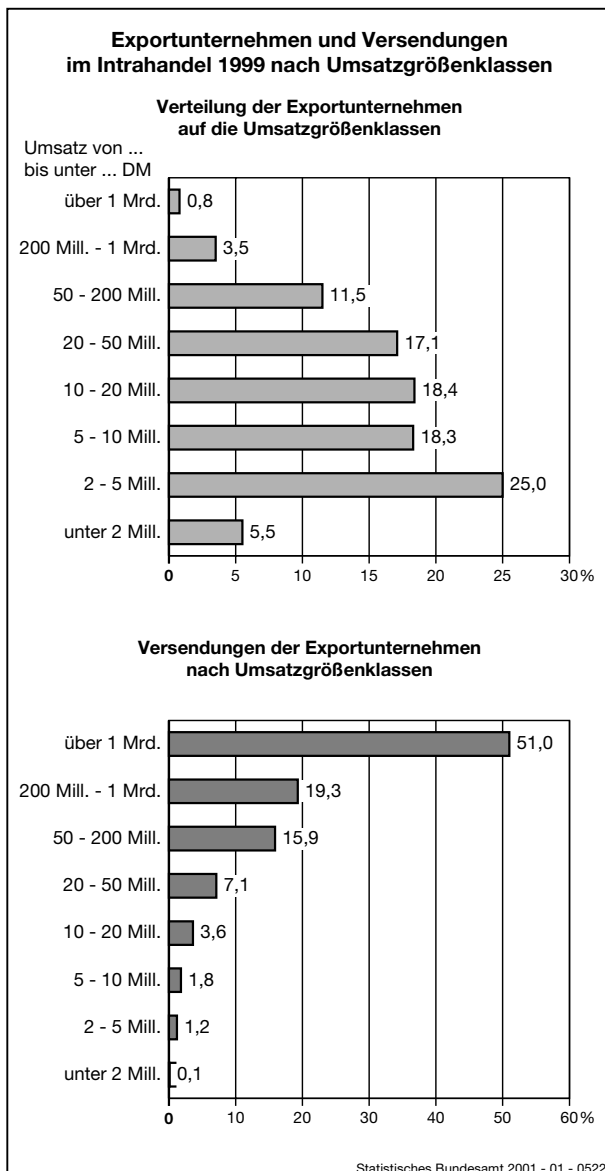
Knapp die Hälfte (48,8%) der Exportunternehmen im Intrahandel tätigten 1999 Gesamtumsätze bis 10 Mill. DM. Die Umsatzgrößenklasse bis 2 Mill. DM sowie die Klassen über 200 Mill. DM waren mit 6 bzw. 4% relativ schwach besetzt. Die größte Gruppe bildeten die Unternehmen in der Umsatzgrößenklasse zwischen 2 und 5 Mill. DM mit einem Anteil von 25%. Die Klassen „5 bis unter 10 Mill. DM“ sowie „10 bis unter 20 Mill. DM vereinten jeweils rund 18% der Unternehmen auf sich; die Klasse „20 bis unter 50 Mill. DM“ 17%. Mit rund 12% war die Unternehmensgrößenklasse mit Umsätzen zwischen 50 und 200 Mill. DM dann bereits erheblich schwächer besetzt (siehe Schaubild 1).

Kennzeichnend für die Struktur der Versendungen ist, dass die kleineren Unternehmen (mit Umsätzen bis zu 10 Mill. DM) im Jahr 1999 zwar fast die Hälfte der beobach-

teten Unternehmen ausmachen, aber nur 3% aller Versendungen tätigten. Die größten Unternehmen (200 Mill. und mehr Umsatz) bilden zwar weniger als 5% der untersuchten Unternehmen, tätigten aber über 70% aller Versendungen im Intrahandel. Insgesamt fällt auf, dass der Anteil der Versendungen der Unternehmen der jeweiligen Größenklasse an den Versendungen im Intrahandel insgesamt mit steigender Umsatzgrößenklasse der Unternehmen zunimmt. So entfielen rund 4% aller Versendungen auf Unternehmen in Umsatzgrößenklassen zwischen 10 und 20 Mill. DM, 7% auf Unternehmen in Klassen zwischen 20 und 50 Mill. DM, 16% auf Unternehmen der Klasse „50 bis unter 200 Mill. DM“, 19% auf die Klasse „200 bis unter 1 Mrd. DM“ und mehr als die Hälfte (51%) auf Unternehmen mit einem jährlichen Gesamtumsatz von über 1 Mrd. DM.

Der Anteil der Versendungen im Intrahandel an den Gesamtumsätzen der Unternehmen betrug im Jahr 1999 durchschnittlich 11,2%, wobei die Unternehmen der Umsatzgrößenklassen ab 5 Mill. DM keine erheblichen Abweichungen hiervon aufwiesen. Es fällt allerdings auf, dass Unternehmen mit Umsätzen unter 2 Mill. DM mit 21% sowie Unternehmen der Umsatzgrößenklasse „2 bis unter 5 Mill. DM“ mit 15% überdurchschnittlich hohe Versendungsanteile aufwiesen. Offensichtlich sind also die kleineren Unternehmen, die in die Europäische Union exportieren, im Vergleich zu den größeren Unternehmen stärker auf den Export in die Europäische Union spezialisiert.

Schaubild 1



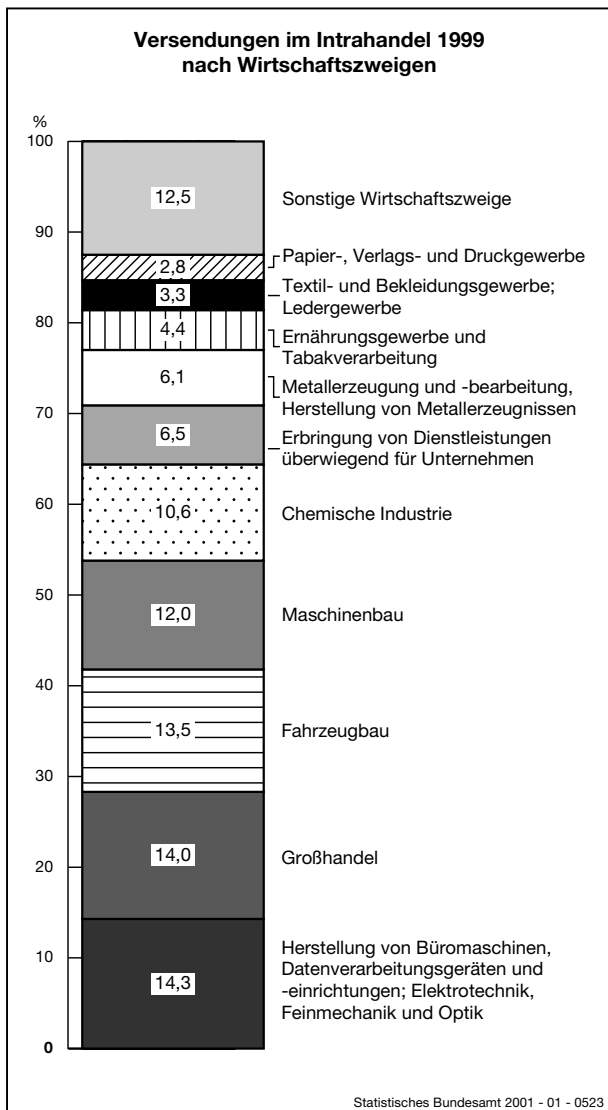
Anteil der Versendungen im Intrahandel am Gesamtumsatz 1999 nach Umsatzgrößenklassen

Umsatz von ... DM	Anteil der Versendungen am Umsatz in %
unter 2 Mill.	20,6
2 bis unter 5 Mill.	15,1
5 bis unter 10 Mill.	11,9
10 bis unter 20 Mill.	11,9
20 bis unter 50 Mill.	11,6
50 bis unter 200 Mill.	12,8
200 Mill. bis unter 1 Mrd.	11,9
über 1 Mrd.	10,3
Durchschnitt	11,2

Bei der Zuordnung der Unternehmen nach Branchen fällt der mit insgesamt 35% hohe Anteil des Handels an den Versendungen im Intrahandel 1999 auf. Im Einzelnen waren 28% aller untersuchten meldepflichtigen Exportunternehmen im Intrahandel im Unternehmensregister als Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Großhandel registriert und 7% mit Schwerpunkt im Einzelhandel.

Der Anteil der Handelsunternehmen an den Versendungen im Intrahandel war jedoch deutlich geringer. So hatte der Großhandelsbereich nur einen Anteil von 14% an den gesamten im Intrahandel getätigten Versendungen und der Einzelhandel einen Anteil von knapp 2%. Dies zeigt, dass es verhältnismäßig viele Unternehmen im Handelssektor gibt, die unter anderem auch Versendungen im Intrahandel tätigen, jedoch eher auf Binnenhandelsaktivitäten spezialisiert sind. So betrug der Anteil der im Großhandel getätigten Versendungen an den Großhandelsumsätzen insgesamt im Jahr 1999 insgesamt nur 8%. Im

Schaubild 2



Bereich des eher auf den Binnenhandel ausgerichteten Einzelhandels machten die Versendungen im Intrahandel nur 4% der Gesamtumsätze aus.

Traditionell exportiert Deutschland vor allem Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile (1999: 19,2%), Maschinen (1999: 12,8%) und Chemische Erzeugnisse (1999: 11,9%) in die Europäische Union. Sofern generell unterstellt werden kann, dass diese Produkte von den darauf spezialisierten, hoch entwickelten Industriezweigen erstellt und im Ausland abgesetzt werden, ist anzunehmen, dass sich diese Struktur auch im Ergebnis einer auf ein Bundesergebnis hochgerechneten⁵⁾ sektoralen Intrahandelsstatistik widerspiegelt.

Nach dem Ergebnis der hier durchgeführten Intrahandelsstatistik nach Branchen wurden 13,5% aller im Intrahandel abgewickelten Versendungen von meldepflichtigen Exportunternehmen getätigt, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Fahrzeugbau hatten, hiervon 12,9% bei der Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen und 0,7% bei der Herstellung sonstiger Fahrzeuge. Weitere 12,0% der Versendungen wurden vom

Maschinenbau und 10,6% von der Chemischen Industrie getätigt (siehe Schaubild 2).

Die Differenzen zwischen gütermäßiger und branchenmäßiger Versendungsstruktur können auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden, die im Folgenden anhand der Ergebnisse für die im Kfz-Bereich tätigen Wirtschaftszweige veranschaulicht werden sollen.

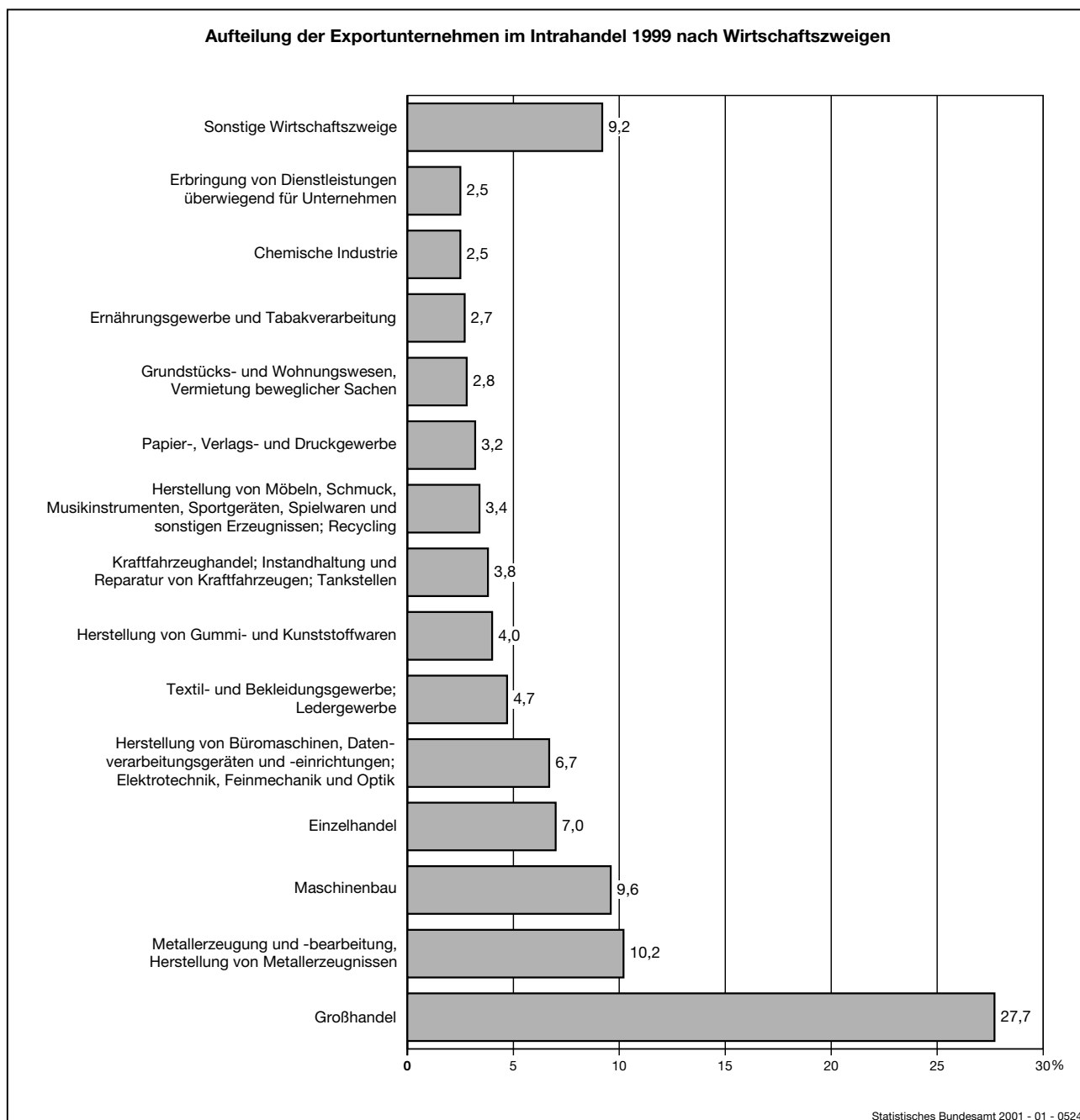
So ist es zum einen generell möglich, dass bestimmte Güter zusätzlich auch von Branchen exportiert werden, die sich nicht schwerpunktmäßig auf die Produktion dieser Güter spezialisiert haben, sondern sie beispielsweise lediglich vertreiben, im Bereich der Kfz- und sonstiger Fahrzeugexporte etwa insbesondere der Wirtschaftszweig „Kfz-Handel“. 1999 hatte er nach den Ergebnissen der sektoralen Intrahandelsstatistik einen Anteil von 0,7% an den gesamten Versendungen im Intrahandel. Dass ein hochspezialisiertes Gut wie ein Kraftfahrzeug darüber hinaus auch von anderen Unternehmen als solchen der Kfz-Branche oder des Kfz-Handels exportiert wird, ist wenig wahrscheinlich. Deshalb muss die für den Kfz-Bereich verbleibende Lücke von 5,7 Prozentpunkten zwischen gütermäßiger Versendungsstruktur (19,2%) und branchenmäßiger Versendungsstruktur (13,5%) durch andere Faktoren erklärt werden. Gerade an diesem Beispiel zeigen sich möglicherweise die Grenzen der Aussagekraft der auf dem untersuchten Material basierenden sektoralen Intrahandelsstatistik. Insbesondere liegt die Annahme nahe, dass eine Auswahl auf Basis bestimmter Bundesländer in tieferer fachlicher Gliederung nicht mehr zu repräsentativen Ergebnissen führt. Dies fällt auch für den Wirtschaftszweig „Herstellung von sonstigen Fahrzeugen“ auf. Im Jahr 1999 betrug der Anteil der exportierten sonstigen Fahrzeuge an den Gesamtexporten in die EU 3,9%, während laut sektoraler Intrahandelsstatistik nur 0,7% der Versendungen von Unternehmen, die schwerpunktmäßig mit der Herstellung sonstiger Fahrzeuge beschäftigt waren, getätigt wurden.

Weniger gravierend mag in diesem Fall einer sehr stark von anderen Wirtschaftszweigen abgegrenzten Branche ins Gewicht fallen, dass die aus dem Jahr 1997 stammenden und möglicherweise ungeprüft fortgeschriebenen Wirtschaftszweigangaben des Unternehmensregisters schon im Jahr 1997 nicht mehr aktuell gewesen sein könnten und so erst recht nicht mehr im Jahr 1999. Diese Annahme kann allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt, wenn aktuellere Ergebnisse vorliegen, geprüft werden.

Ein weiterer Grund für die Abweichungen könnte darin liegen, dass einige unplausible Datensätze von den weiteren Auswertungen automatisch ausgeschlossen wurden. Bei diesen Datensätzen wiesen die Versendungen und/oder Eingänge im Jahr 1999 höhere Werte auf als die Umsätze insgesamt. Die Ursache für diese Inplausibilität liegt wahrscheinlich in erster Linie in den unterschiedlichen Berichtsständen der miteinander verknüpften Datenbestände. Die Gesamtumsätze stammen, wie bereits erwähnt, in der Regel aus dem Jahr 1997 oder früheren Jahren, Versendungs- und Eingangswerte hingegen

⁵⁾ Bei dieser Hochrechnung handelt es sich um eine einfache Übertragung der Teilstrukturen auf die Gesamtwerte.

Schaubild 3



aus dem Jahr 1999. Wenn der Ausschluss dieser unplausiblen Datensätze auch insgesamt kaum von Bedeutung war, so könnte er bei der Betrachtung einer einzelnen Branche jedoch Auswirkungen haben. So ist es gerade im Kfz-Bereich, in dem große Unternehmen vorherrschen, nach 1996 zu einer deutlichen Ausweitung des Exports gekommen.⁶⁾ Unternehmen, deren Kfz-Ausfuhren von 1996 oder 1997 bis 1999 derart zugenommen hatten, dass sie die Gesamtumsätze des Jahres 1997 übertrafen, blieben also unberücksichtigt. Für das Ergebnis der sektoralen Intrahandelsstatistik hatte dies zur Folge, dass ein entsprechend geringerer Exportanteil der ganzen Kfz-Branche ausgewiesen wurde. Der Anteil von 13,5% ist also eventuell zu niedrig angesetzt.

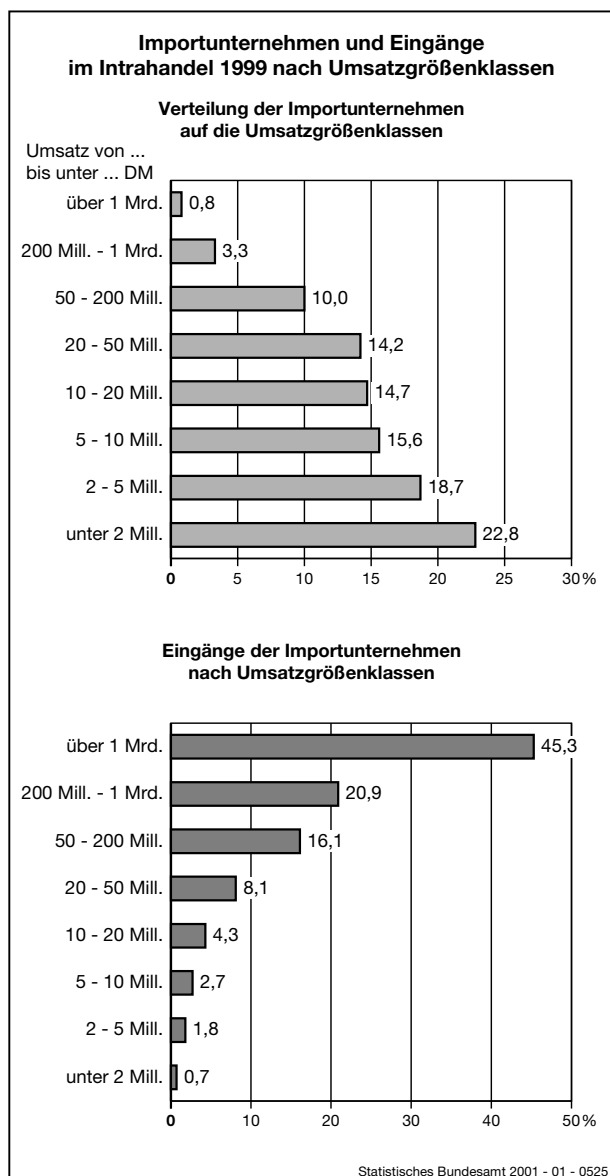
6) Von 16,9% im Jahr 1996 um 2,3 Prozentpunkte auf 19,2% im Jahr 1999.

Sektorale Struktur der Eingänge im Intrahandel 1999

Noch deutlicher als bei den Exportunternehmen nimmt die Zahl der Importunternehmen mit wachsender Unternehmensgrößenklasse ab, während der Anteil an den Eingängen mit höherer Unternehmensgrößenklasse zunimmt (diametrale Besetzungsstruktur zweier Merkmale).

So tätigten mehr als die Hälfte (57%) der Intrahandels-Importunternehmen jährliche Umsätze unter 10 Mill. DM; von den Unternehmen dieser Größenklasse wurden dagegen nur 5% aller Eingänge im Intrahandel bezogen. Auf der anderen Seite wurden 45% aller Intrahandels-

Schaubild 4



importe von Unternehmen in einer Umsatzgrößenklasse über 1 Mrd. DM getätigt, der nur knapp 1% der Unternehmen angehören (siehe Schaubild 4).

Anteil der Eingänge im Intrahandel am Gesamtumsatz 1999 nach Umsatzgrößenklassen

Umsatz von ... DM	Anteil der Eingänge am Umsatz in %
unter 2 Mill.	18,4
2 bis unter 5 Mill.	15,7
5 bis unter 10 Mill.	13,0
10 bis unter 20 Mill.	11,2
20 bis unter 50 Mill.	9,6
50 bis unter 200 Mill.	9,1
200 Mill. bis unter 1 Mrd.	8,4
über 1 Mrd.	6,3
Durchschnitt	7,7

7) Der Umfang, in dem dies geschieht, kann nur aufgrund der sektoralen Aufbereitung der Intrahandelsstatistik mit Hilfe des Unternehmensregisters beschrieben werden. Gerade für Produktionsbereiche, in denen Unternehmen überwiegend nicht gleichzeitig auch Handel treiben, liefert die Güterstruktur der Außenhandelsstatistik allein (ohne sektorale Aufbereitung) keine guten Anhaltspunkte für eine branchenmäßige Importstruktur.

8) Einschl. der Problematik, dass aufgrund von Berichtsstandsunterschieden nicht jeder Datensatz der Intrahandelsstatistik im Unternehmensregister identifiziert werden konnte (Ausfall: 22%).

Der Anteil der Eingänge im Intrahandel an den Gesamtumsätzen betrug im Jahr 1999 durchschnittlich 7,7%. Hierbei ist bezeichnend, dass wie bei den Versendungen Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen höhere Importanteile aufweisen als Unternehmen in größeren Größenklassen und sich diese Tendenz im Gegensatz zu den Versendungen nicht nur auf die beiden unteren Umsatzgrößenklassen beschränkt. Die Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen, die überhaupt Intrahandelsimporte tätigen, spezialisieren sich also verhältnismäßig stärker auf die Importtätigkeit als die größeren.

Deutlicher noch als auf der Versendungsseite ist die Struktur der sektoralen Eingänge von Groß- und Einzelhandelsunternehmen (51,7% aller Importunternehmen im Intrahandel) sowie deren Aktivitäten (34,4% aller Importe im Intrahandel) geprägt.

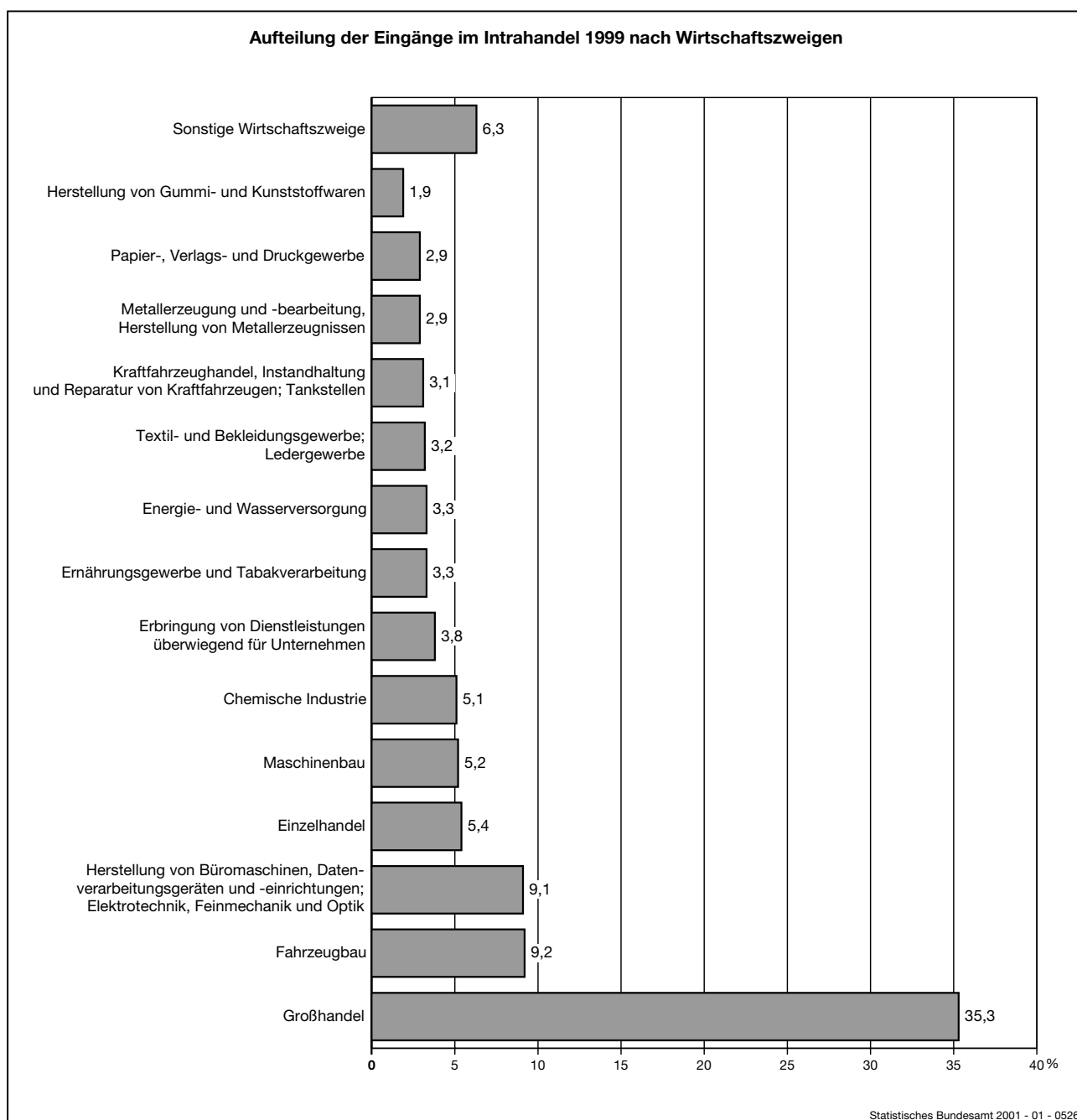
Offensichtlich werden also bestimmte Güter häufig nicht von Branchen importiert, die schwerpunktmäßig in der Produktion dieser Güter tätig waren, sondern, wie zu erwarten, von Handelsunternehmen.⁷⁾ Bezieht ein Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ausländische Güter über eine Handelsfirma, so liegt für dieses Unternehmen kein Import vor. Gleichwohl kam es gesamtwirtschaftlich zu einem Import, der aber keinem bestimmten Wirtschaftszweig mehr zuzuordnen ist.

Insgesamt stellen sich die Struktur der importierten Güter und die der Produktion dieser Güter entsprechenden sektoralen Strukturen auch auf der Importseite des Intrahandels heterogen dar. Dies hat – neben einem möglicherweise nicht-repräsentativen Auszug aus der Intrahandelsstatistik⁸⁾, möglicherweise zu alten Wirtschaftszweigangaben sowie möglichen Folgen des Ausschlusses unplausibler Datensätze – seine Ursache vor allem in der gerade auf der Importseite natürlichen Heterogenität der gütermäßigen und branchenmäßigen Eingänge. Generell importieren Unternehmen nicht nur Güter aus der Gütergruppe, deren Produktion ihre Branchenzugehörigkeit bestimmt.

So wird es beispielsweise Unternehmen einer Weiterverarbeitungsbranche B (schwerpunktmäßige Produktion von Gütern der Gruppe B) geben, die bestimmte Rohstoffe und Halbwaren der Gütergruppe A aus dem Ausland beziehen. In diesem Fall weicht die gütermäßige Importstruktur von der branchenmäßigen Importstruktur ab.

Eine Heterogenität von Güter- und Branchenstruktur ist aber umgekehrt auch Kennzeichen für den gerade innerhalb der Europäischen Union immer stärker werdenden intraindustriellen Handel (Handel gleichartiger Branchen miteinander). Hierbei steht eine vielfach auch gütergruppenübergreifende Erweiterung der Produktpalette in horizontaler Hinsicht im Vordergrund. Hintergründe sind die zunehmende Komplexität der Produktion (Produktdiversifikation) sowie die Globalisierung der Beschaffungs-, Produktions- und Absatzprozesse.

Schaubild 5



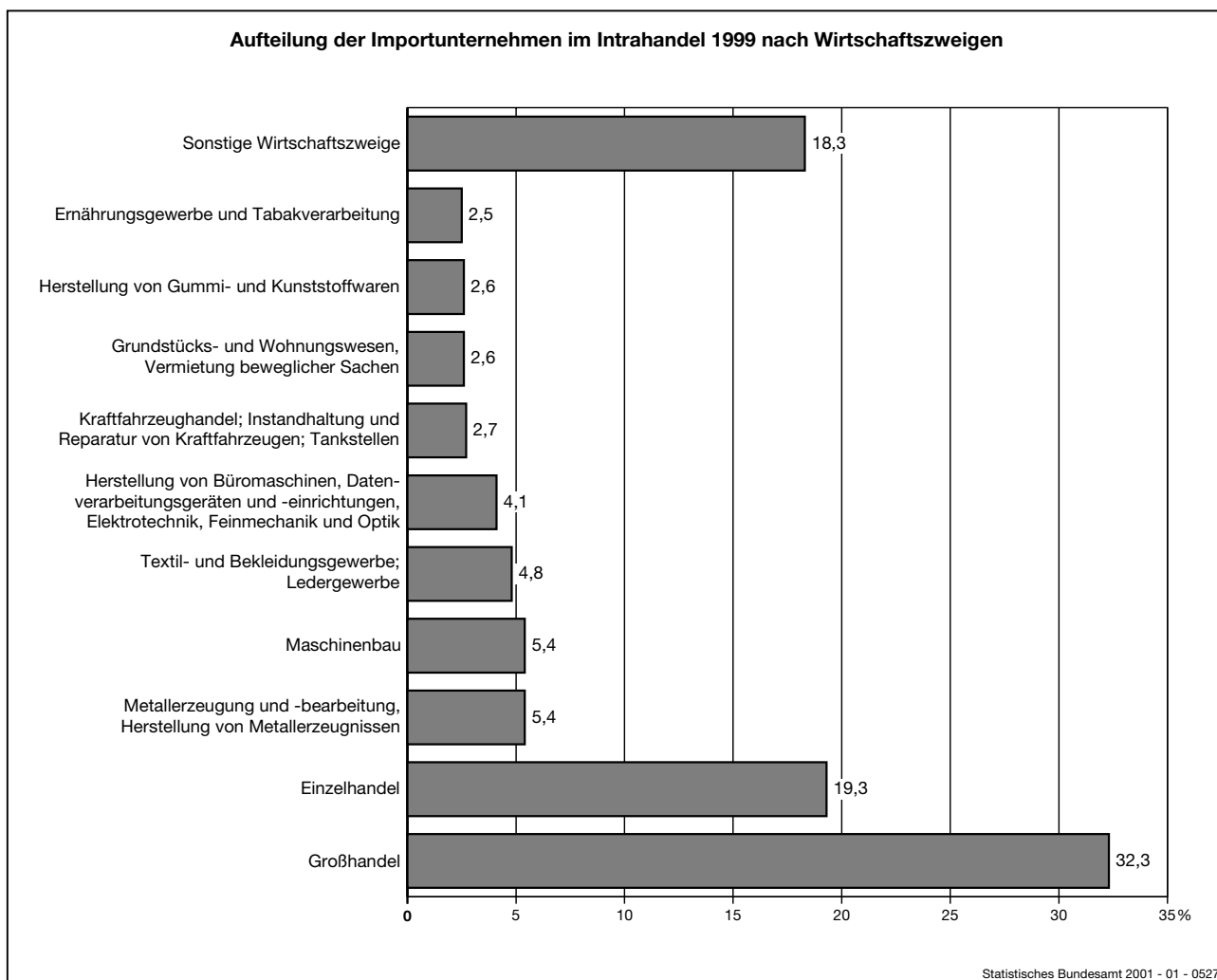
Außerdem ist auf der Exportseite in vielen Fällen der Zusammenhang von Produktions- und Exportstruktur generell stärker als auf der Importseite. So werden beispielsweise im Fahrzeugbau tätige Unternehmen nicht primär Fahrzeuge importieren, sondern eher Vorleistungsgüter wie insbesondere Kraftfahrzeugteile. Sofern derartige Positionen wie in diesem Beispiel in einer Branche zusammengefasst dargestellt werden, ist eine solche Unterscheidung unerheblich. Sofern derartige Positionen jedoch getrennt dargestellt werden, weicht die Produktions- bzw. Branchenstruktur von der entsprechenden Importstruktur ab.

Eine weitere Ursache einer unzureichenden Übereinstimmung güter- und branchenmäßiger Importstruktur in den Fällen, für die eher homogene Strukturen angenom-

men werden können, ergibt sich, wie bereits erwähnt, aus einer möglicherweise unzureichenden Auswahl der zugrunde gelegten Datensätze. Um diese Möglichkeit näher zu untersuchen, wurde zusätzlich die Importgüterstruktur der Datensätze der hier durchgeführten sektoralen Intrahandelsstatistik ermittelt (siehe Spalte 1 der Tabelle) und den Strukturen der veröffentlichten Angaben der gesamtdeutschen Importe aus der Europäischen Union gegenübergestellt (siehe Spalte 2 der Tabelle). In der Tabelle wurde dieser Zusammenhang für drei wichtige Importbranchen dargestellt.

Zu große Abweichungen dieser Strukturen (siehe Spalte 3 der Tabelle) von der Struktur der EU-Importe (siehe Spalte 2 der Tabelle) deuten auf eine möglicherweise unzureichende Auswahl und eine somit nicht ausrei-

Schaubild 6



chende Qualität der Ergebnisse hin. Bei Durchführung einer sektoralen Intrahandelsstatistik unter Einbeziehung sämtlicher im Intrahandel tätiger Unternehmen müssten sich die Spalten 2 und 3 entsprechen. Es ist zu beachten,

dass sich die Spalten 2 und 3 in der Vorspalte immer auf Gütergruppen beziehen, während sich die Spalte 1 auf Branchen bezieht.

Importstrukturen ausgewählter Branchen bzw. Gütergruppen an den Gesamteinfuhren 1999
Prozent

Ausgewählte Branche bzw. Gütergruppe	Wirtschaftszweig bzw. Gütergruppe	Anteil der Gütereinfuhren an den Gesamteinfuhren		
		Anteil der Brancheneinfuhren an den Gesamteinfuhren	Anteil der Gütereinfuhren an den Gesamteinfuhren	
		Ergebnis der sektoralen Intrahandelsstatistik ¹⁾	Veröffentlichtes Ergebnis der deutschen Importe in die Europäische Union	Ergebnis entsprechend der sektoralen Intrahandelsstatistik ¹⁾
		1	2	3
Insgesamt		100	100	100
darunter:				
Chemie	24	5,1	13,0	9,9
Maschinenbau ..	29	5,2	7,0	7,7
Fahrzeugbau, Handel mit Kfz	34, 35, 50	12,3	16,1	11,1

1) Ergebnis basiert auf einem Auszug aus der Intrahandelsstatistik, der um Angaben des Unternehmensregisters erweitert wurde.

Abweichungen der Güterstrukturen (Spalte 2) von der Branchenstruktur der hier durchgeführten sektoralen Intrahandelsstatistik (Spalte 1) kennzeichnen demgegenüber die Heterogenität bzw. Homogenität der Güter- und Produktionsstrukturen. Voraussetzung ist allerdings, dass es sich beim Ergebnis der Spalte 1 um ein repräsentatives bzw. vollständiges Ergebnis handelt. Da dies auf die hier angegebenen Fälle größtenteils nicht zutrifft, sind Aussagen zur Homogenität von gütermäßigen und branchenmäßigen Importstrukturen von dem Effekt einer unzureichenden Repräsentativität überlagert. Berücksichtigt werden muss auch, dass eine Vergleichbarkeit der Branchenimporte der sektoralen Intrahandelsstatistik (Spalte 1) mit den veröffentlichten Gütereinfuhren (Spalte 2) die Handelsaktivitäten einbeziehen müsste. Spalte 1 müssten so insbesondere die vom Großhandel getätigten Importe hinzugerechnet werden.

Die Branche „Fahrzeugbau“ einschließlich des Handels mit Kraftfahrzeugen weist als Ergebnis der sektoralen Intrahandelsstatistik für das Jahr 1999 einen Anteil von 12,3% aller Einfuhren im Intrahandel auf. Insgesamt bestanden im Jahr 1999 entsprechend den veröffent-

lichten Ergebnissen 16,1% der Importe sämtlicher Branchen aus Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen. Dieses Ergebnis ist plausibel, da angenommen werden kann, dass insbesondere Kraftfahrzeuge auch von anderen Branchen importiert werden, also eine Heterogenität von güter- und branchenmäßiger Importstruktur vorliegt. Basierend auf den Ergebnissen der sektoralen Intrahandelsstatistik betrug der Anteil der Gütereingänge an den Eingängen insgesamt jedoch nur 11,1%, was im Vergleich mit Spalte 2 eine unzureichende Auswahl markiert, sodass das Ergebnis nur von eingeschränkter Qualität ist.

Für den Maschinenbau bzw. die Güter des Maschinenbaus lässt sich eine geringere Abweichung der Ergebnisse der Spalten 2 und 3 beobachten, die möglicherweise auf eine höhere Ergebnisqualität schließen lässt. Der Umstand, dass 7,0% der deutschen Importe in die EU im Jahr 1999 aus Maschinenbauerzeugnissen bestanden, der Importanteil des Wirtschaftszweiges „Maschinenbau“ jedoch nur 5,2% betragen haben soll, lässt sich wiederum mit der Heterogenität von güter- und branchenmäßiger Importstruktur erklären. Im Maschinenbau werden einerseits nur zum Teil Maschinenbauerzeugnisse als Vorleistungsgüter eingesetzt und importiert, andererseits werden Maschinenbauerzeugnisse auch von anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes bezogen und Importe von Maschinenbauerzeugnissen nicht zuletzt auch über den Großhandel getätigt.

Für die Chemische Industrie bzw. die Produktion von Chemischen Erzeugnissen ist ebenso wie für den Fahrzeugbau aufgrund der Abweichungen der Spalten 2 und 3 eine zu geringe Repräsentativität der Ergebnisse festzustellen. Davon abgesehen liegen hier in vielleicht noch stärkerem Ausmaß als für den Maschinenbau im Importbereich heterogene Güter- und Produktionsstrukturen vor, denn chemische Erzeugnisse werden in noch größerem Umfang auch von anderen Branchen als der Chemischen Industrie importiert.

Zusammenfassung und Ausblick

Erstmals wurde über die Umsatzsteuernummer ein Auszug der Intrahandelsstatistik mit dem Unternehmensregister mit dem Ziel verkettet, eine Intrahandelsstatistik nach Branchen (sektorale Intrahandelsstatistik) zu erstellen. Im Ergebnis wurden die Eingangs- und Versendungswerte im deutschen Außenhandel mit der EU (Intrahandel), die Anzahl der Unternehmen und ihre Gesamtumsätze nach Branchen (Wirtschaftszweigen) und Umsatzgrößenklassen aufbereitet. Bei der Darstellung der Ergebnisse nach Umsatzgrößenklassen zeigte sich, dass die Zahl der Unternehmen sowohl auf der Eingangs- als auch auf der Versendungsseite mit steigender Größenklasse abnahm, während die Intrahandelsumsätze mit der Größenklasse anstiegen. Bei der Darstellung der Ergebnisse nach Branchen fiel der hohe Anteil des Handels, insbesondere des Großhandels auf. Eine nähere Betrachtung zeigte schließlich, dass der ausgewählte Ausschnitt der Intrahandelsstatistik im Einzelfall nicht mehr zu repräsentativen Ergebnissen führt und insbesondere auch die unterschiedlichen Berichtsstände zwischen den Daten der Intrahandelsstatistik und dem Unternehmensregister zu qualitativen Einbußen bei den Ergebnissen führen kön-

nen. Schließlich wurde deutlich, dass gute Informationen über die gütermäßigen Beschaffungs-, Produktions- und Absatzstrukturen einzelner Branchen die Überprüfung der Ergebnisqualität erleichtern würden.

Für eine zukünftige sektorale Intrahandelsstatistik kann daraus gefordert werden, dass möglichst die gesamte Intrahandelsstatistik in derartige Auswertungen einbezogen werden sollte. Die Ergebnisse könnten beispielsweise unter Zuhilfenahme der Ergebnisse aus Input-Output-Strukturen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überprüft werden. Insbesondere sollte ein gemeinsames sowie möglichst aktuelles Bezugsjahr aller Merkmale zugrunde gelegt werden. Mit einem zunehmend aktueller werdenden Unternehmensregister ergeben sich hierfür gute Voraussetzungen. Führen diese erforderlichen weiteren Arbeiten zu dem gewünschten Ergebnis, so kann in Betracht gezogen werden, auch tiefergehende Aufbereitungen vorzunehmen, zum Beispiel Intrahandel nach Branchen und Gütern, oder sogar zusätzliche Merkmale mit aufzunehmen, wie beispielsweise Intrahandelsmengen oder Ursprungs- und Bestimmungsländer.

Das langfristige Ziel sektoraler Außenhandelsstatistiken ist nicht zuletzt auch im gesamteuropäischen Kontext und unter Erweiterung auf den Bereich des Extrahandels zu sehen (wobei ein Problem darin liegt, dass es bislang in Deutschland kein Extrahandelsregister gibt). Im Zusammenhang mit den Bestrebungen, die Angaben zu Außenhandelstransaktionen und Außenhandelsunternehmen auch um Angaben zur Verbundenheit von Unternehmen zu erweitern, wird zukünftig auch eine Verknüpfung von sektoral aufbereiteten Außenhandelsdaten mit entsprechenden Angaben zur Verbundenheit relevant werden. Auf dieser Basis könnten dann branchen- und transaktionsspezifische Globalisierungseffekte innerhalb des Außenhandels untersucht werden. ■

Binnenschifffahrt im Jahr 2000 mit Rekordergebnis

Die Binnenschifffahrt auf deutschen Wasserstraßen erzielte im Jahr 2000 mit einem Transportaufkommen von mehr als 242 Mill. t das höchste Jahresergebnis seit der deutschen Vereinigung. Dabei profitierte sie von ungewöhnlich günstigen Rahmenbedingungen. Zum einen kamen ihr konjunkturelle Impulse, insbesondere der Eisen- und Stahlindustrie zugute. Zum anderen wurde die Schifffahrt nicht merklich durch ungünstige Wasserstände und Eisblockaden behindert.

Das Wachstum fand ausschließlich auf den internationalen Verkehrsverbindungen statt. Die nationalen Transporte haben weiter deutlich an Bedeutung verloren. Von dieser Entwicklung waren die Binnenschiffe unter deutscher Flagge besonders betroffen. Sie mussten erhebliche Anteilsverluste verkraften.

Neben den Vor- und Endprodukten der Eisen- und Stahlindustrie waren es vor allem Transporte von Getreide, Fertigwaren, Chemikalien, Mineralölerzeugnissen und Steinkohleimporte, die einen maßgeblichen Beitrag zum hohen Jahresergebnis leisteten. Ein sehr dynamisches Wachstum erzielte auch der Containerverkehr.

Dipl.-Volkswirt Hans-Peter Lüüs

Vorbemerkung:

Definition „Binnenschifffahrt“

In der amtlichen deutschen Binnenschifffahrtsstatistik werden folgende Transportvorgänge erfasst:

- Ankünfte und Abgänge von Güterschiffen sowie deren Ein- und Ausladungen in deutschen Binnenhäfen,¹⁾
- Ankünfte und Abgänge von Güterschiffen sowie deren Ein- und Ausladungen in deutschen Küstenhäfen, wenn auf der Fahrt die See nicht befahren wurde bzw. wird sowie
- die über Binnenschifffahrtsstraßen im Transitverkehr durch Deutschland fahrenden Güterschiffe und die von diesen beförderten Güter.²⁾

Güterbeförderung und Transportleistung auf Höchstniveau gestiegen

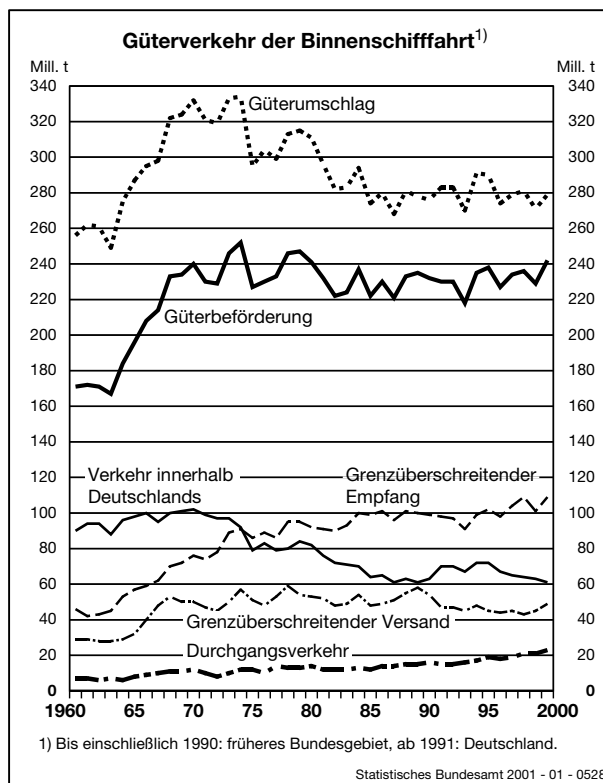
Die Güterbeförderung der Binnenschifffahrt in Deutschland stieg im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 13,1 Mill. t oder 5,7% auf 242,2 Mill. t. Die Gütertransportleistung³⁾ nahm im gleichen Zeitraum um 6,0% auf 66,5 Mrd. Tonnenkilometer (tkm) zu. Die durchschnittliche Transportweite auf deutschen Wasserstraßen erhöhte sich um einen Kilometer auf 274 km.

Für die Güterbeförderung und die Gütertransportleistung sind dies die höchsten Werte seit Beginn der Aufzeichnung gesamtdeutscher Ergebnisse im Jahr 1991. Die Güterbeförderung des Jahres 2000 übersteigt den bisherigen Höchstwert aus dem Jahr 1995 um 4,3 Mill. t (1,8%), die Transportleistung den Höchstwert des Jahres 1998 um 2,2 Mrd. tkm (3,4%). Das im Jahr 2000 erzielte Ergebnis übertrifft auch sämtliche seit den 1980er

Jahren registrierten Werte, es reicht allerdings noch nicht an die Spitzenwerte der 1970er Jahre heran (bis 1990: früheres Bundesgebiet, siehe Schaubild 1). Bei langfristiger Betrachtung ist für die Binnenschifffahrt in Deutschland auch noch kein ansteigender Trend auszumachen. Seit mehr als drei Jahrzehnten pendelt die Güterbeförderung zwischen 220 und 250 Mill. t.

Der Binnenschiffsumschlag in deutschen Häfen stieg im vergangenen Jahr um 3,0% auf 278,9 Mill. t. Damit bewegte sich der Güterumschlag entgegen dem seit 1994 (290,6 Mill. t) beobachteten Trend einer geringeren Beschäftigung der deutschen Binnenhäfen.

Schaubild 1



1) Häfen an Binnenschifffahrtsstraßen. Die Definition von Binnenhäfen ist mit dem Berichtsjahr 2000 geringfügig geändert worden, was jedoch keine nennenswerten Auswirkungen auf die Ergebnisse der Statistik hat.

2) Zu weiteren Informationen zur Methodik der Binnenschifffahrtsstatistik siehe Lüüs, H.-P.: „Binnenschifffahrt 1999 – konjunkturentworfener Transportrückgang“ in WiSta 7/2000, S. 491 ff.

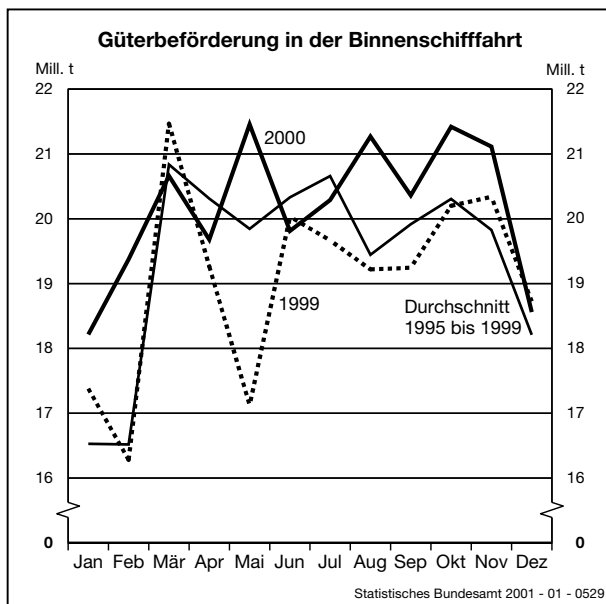
3) Produkt aus beförderter Gütermenge in Tonnen und Transportstrecke im Inland in Kilometern.

Gegenüber ihrem wichtigsten Konkurrenten, der Eisenbahn, konnte die Binnenschifffahrt im vergangenen Jahr keinen Boden gut machen. Die Beförderungsleistung der Eisenbahn stieg im vergangenen Jahr um 6,5% und erreichte 76,1 Mrd. tkm. Die Transportleistung der Eisenbahn lag damit um 14,4% über derjenigen der Binnenschifffahrt.

Gute Binnenschifffahrtskonjunktur im gesamten Jahresverlauf

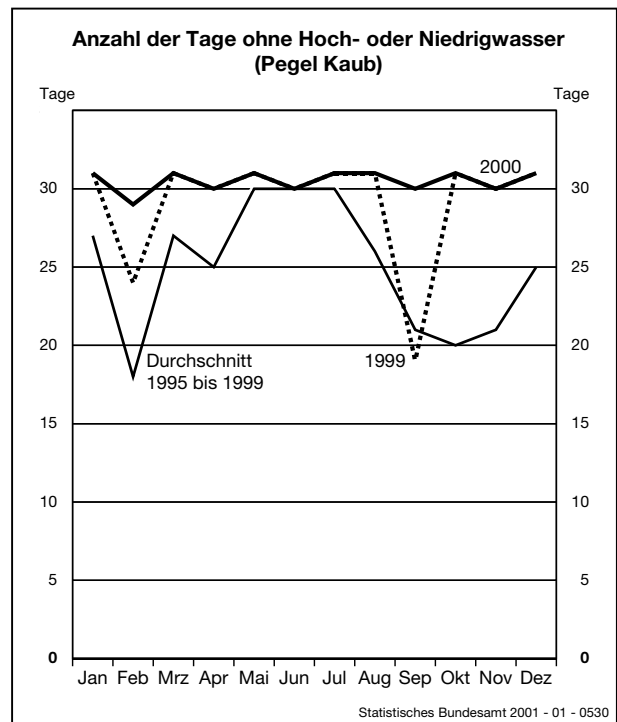
Wie Schaubild 2 darlegt, waren im gesamten Jahresverlauf 2000 sehr hohe Monatsergebnisse zu beobachten.

Schaubild 2



Die Ursachen für die ungetrübte Binnenschifffahrtskonjunktur liegen vor allem in den besonders günstigen kon-

Schaubild 3



junkturellen Rahmenbedingungen, insbesondere in der Eisen- und Stahlindustrie, sowie in ausgesprochen günstigen Witterungsbedingungen. Während in den ersten Monaten des Jahres vor allem das Ausbleiben der in den Vorjahren regelmäßig aufgetretenen Behinderungen durch Eis im Kanalgebiet und Hochwasser auf dem Rhein zu dem vergleichsweise hohen Ergebnis beitrugen, entwickelte sich im Verlauf des Jahres ein vor allem vom gesamtwirtschaftlichen Aufschwung getragener regelrechter „Binnenschifffahrtsboom“. Die Binnenschifffahrt blieb auch im zweiten Halbjahr von den sonst üblichen Witterungseinflüssen, insbesondere dem Niedrigwasser der Flüsse im Spätsommer/Herbst verschont. Wie Schau-

Tabelle 1: Güterbeförderung der Binnenschifffahrt nach Güterabteilungen
Mill. t

Güterabteilung	Gesamtverkehr			Und zwar											
				grenzüberschreitender Empfang			grenzüberschreitender Versand			Verkehr innerhalb Deutschlands			Durchgangsverkehr		
	2000	1999	1995	2000	1999	1995	2000	1999	1995	2000	1999	1995	2000	1999	1995
Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse	11,5	9,8	10,2	2,2	1,9	2,6	3,9	2,9	2,9	2,4	2,1	2,5	3,0	2,9	2,2
Andere Nahrungs- und Futtermittel	15,0	14,6	14,0	6,7	6,7	7,1	2,9	3,0	3,0	3,3	3,1	2,7	2,0	1,9	1,3
Feste mineralische Brennstoffe	30,5	30,8	26,4	17,4	16,2	8,1	0,9	0,9	1,3	9,1	10,9	14,2	3,2	2,8	2,8
Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Gase	39,5	38,3	43,3	19,7	18,6	21,5	2,7	2,4	3,4	12,7	13,2	15,0	4,3	4,0	3,4
Erze und Metallabfälle	39,5	35,2	41,0	32,1	28,2	31,7	2,6	2,4	3,3	3,0	2,5	3,3	1,8	2,2	2,8
Eisen, Stahl und NE-Metalle	14,0	12,0	13,5	4,4	3,9	4,8	5,6	5,0	5,3	1,5	1,1	1,6	2,5	1,9	1,7
Steine und Erden (einschl. Baustoffen)	53,4	52,5	59,3	11,7	10,8	14,4	17,4	16,6	16,7	21,5	22,4	25,6	2,8	2,7	2,7
Natürliche und chemische Düngemittel	7,9	7,7	8,1	3,6	3,2	3,8	2,2	2,1	1,9	1,4	1,8	1,8	0,6	0,6	0,6
Chemische Erzeugnisse ..	19,4	18,2	15,2	8,5	7,9	5,6	5,5	5,1	4,7	5,0	4,9	4,8	0,3	0,3	0,2
Andere Halb- und Fertigwaren	11,6	10,1	6,9	3,2	3,1	2,0	4,9	4,3	2,4	1,0	0,8	1,0	2,4	1,9	1,4
Insgesamt ...	242,2	229,1	237,9	109,3	100,5	101,5	48,7	44,7	44,9	60,9	62,7	72,3	23,3	21,1	19,1

bild 3 verdeutlicht, gab es – bezogen auf den Rheinpegel bei Kaub – im Jahr 2000 keinen einzigen Tag, an dem die Schifffahrt auf Grund ungünstiger Wasserstände eingeschränkt werden musste.

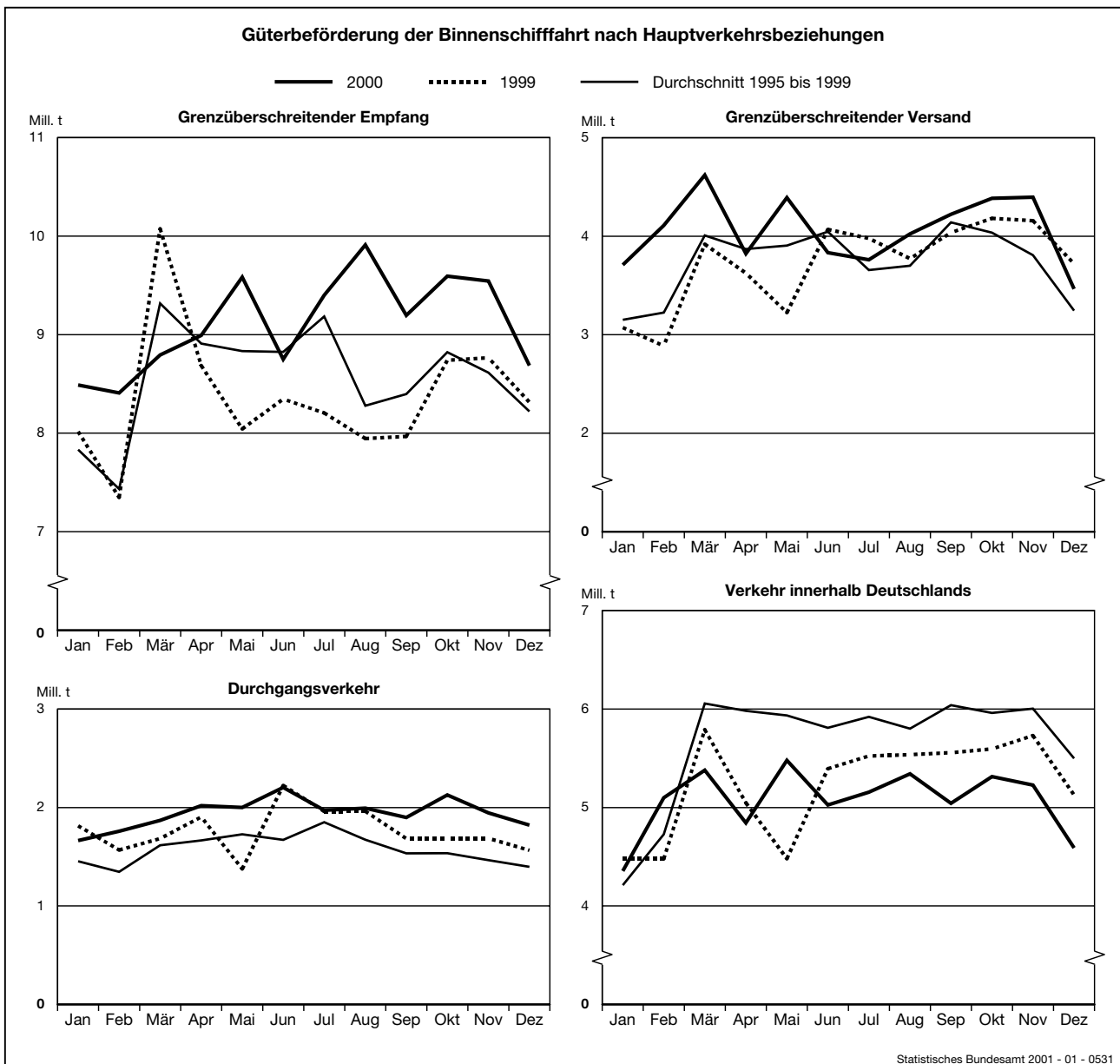
Grenzüberschreitender Verkehr mit hohen Wachstumsraten – innerdeutscher Verkehr geht weiter zurück

Die mit einem Anteil von 45% mengenmäßig wichtigste Hauptverkehrsverbindung, die Transporte von ausländischen zu deutschen Häfen, nahm im Jahr 2000 um 8,8% auf 109,3 Mill. t zu (siehe Tabelle 1). Eine ähnliche Steigerungsrate erzielte die entgegengesetzte Verkehrsrichtung, der grenzüberschreitende Versand (+8,9%), in der mit 48,7 Mill. t weniger als halb so viel Güter befördert wurden. Sogar im zweistelligen Bereich lag die Wachs-

tumsrate des Motors der vergangenen Jahre, des Durchgangsverkehr, der nach der „Wachstumspause“ im Jahr 1999 im vergangenen Jahr um 10,4% zulegte. Alle drei Verkehrsrelationen im internationalen Binnenschiffsverkehr erreichten damit neue Höchststände. Lediglich im grenzüberschreitenden Versand wurden bis Ende der 1980er Jahre in einigen Jahren noch mehr Güter befördert als im Jahr 2000 (siehe Schaubild 1).

Die „Unpaarigkeit“ zwischen Empfang und Versand im grenzüberschreitenden Verkehr erschwert den Binnenschiffern die Auslastung ihrer Schiffe. Bei vielen Verkehrsverbindungen existiert zwar in eine Richtung eine große Nachfrage nach Transportleistungen (z. B. Massengüter von den Seehäfen ins Binnenland). In Gegenrichtung wird jedoch weitaus weniger Laderaum benötigt, sodass viele Schiffe leer fahren müssen. Die rechnerische Auslastung der Binnenschiffe als Quotient aus Gewicht der beförderten Güter und Gesamttragfähigkeit der eingesetzten Schiffe (ohne Durchgangsverkehr) steigerte sich in den

Schaubild 4



vergangenen Jahren von 65% im Jahr 1997 über 69% im Jahr 1999 auf nunmehr 70% im Berichtsjahr. Damit konnte der Höchstwert aus dem Jahr 1994 wieder eingestellt werden. Zu dem hohen Ergebnis im Jahr 2000 dürften allerdings auch die günstigen Wasserstände beigetragen haben, denn bei Niedrig- oder Hochwasser ist es den Schiffen meist nicht möglich, die Schiffe voll zu beladen.

Im ersten Halbjahr wurde das Binnenschiffahrtswachstum vor allem von der Entwicklung im grenzüberschreitenden Versand getragen (siehe Schaubild 4). Im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Jahres 1999 stiegen die Transporte in dieser Hauptverkehrsverbindung in diesem Zeitraum um 18%. In der zweiten Hälfte des Jahres 2000 war hingegen der grenzüberschreitende Empfang, der gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 13% zunahm, die Triebkraft der Entwicklung. Der Durchgangsverkehr zeigte im gesamten Jahresverlauf ein nahezu gleichbleibend hohes Niveau.

Im Verkehr deutscher Häfen untereinander wurden im Jahr 2000 60,9 Mill. t und damit 3% weniger Güter transportiert als 1999. Für diese Verkehrsverbindung ist das der niedrigste Wert überhaupt. 1995 hatte das Beförderungsvolumen noch 72,3 Mill. t betragen. Der Anteil am Gesamtverkehr reduzierte sich innerhalb der vergangenen fünf Jahre von gut 30 auf 25%. Während das Aufkommen in dieser Verkehrsverbindung im ersten Halbjahr 2000 noch leicht über dem Vorjahresergebnis gelegen hatte, verlor der innerdeutsche Verkehr im zweiten Halbjahr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum 7,2%. Dieser Rückgang scheint eher die Entwicklungsrichtung der innerdeutschen Transporte widerzuspiegeln, war doch die Wachstumsrate für das erste Halbjahr 2000 durch das witterungsbedingt schwache Ergebnis des ersten Halbjahres 1999 beeinflusst.

Transporte von Eisen- und Stahlprodukten und Getreide stark angestiegen

Bei nahezu der Hälfte des Anstiegs des Beförderungsvolumens im Jahr 2000 in Höhe von 13,1 Mill. t handelt es sich um Vorprodukte oder Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie: Die Transporte von Erzen und Metallabfällen nahmen um 4,3 Mill. t (+12%), die von Eisen und sonstigen Metallen um 2,0 Mill. t (+17%) zu (siehe Tabelle 1). In diesen Zahlen spiegelt sich die im Jahr 2000 sehr starke nationale Stahlkonjunktur wider, die sich regelmäßig unmittelbar auf die Ergebnisse der deutschen Binnenschiffahrt auswirkt.⁴⁾ Angestiegen sind auch die Beförderungen von landwirtschaftlichen Produkten mit einem Plus von 1,7 Mill. t (+17%), von Halb- und Fertigerzeugnissen (+1,5 Mill. t, +15%), von chemischen Produkten (+1,2 Mill. t, +7%) und von Mineralölerzeugnissen (+1,2 Mill. t, +3%). Die Transporte der meisten Güterarten waren in der Vergangenheit recht unregelmäßigen Schwankungen unterworfen. Einen kontinuierlich ansteigenden Trend zeigt dagegen die Transportnachfrage von Fertigwaren und chemischen Erzeugnissen. Die Beförderungen von Steinen und Erden, der für die Binnenschiffahrt mengenmäßig bedeutendsten Gutart, leisteten im Jahr 2000 mit einem Plus von 0,9 Mill. t oder 1,8% einen vergleichsweise geringen Beitrag zur Steigerung der Binnenschifftransporte. Hintergrund für die schleppende Entwicklung in diesem Bereich ist die nach wie vor schwache Baukonjunktur. Von den zehn in der amtlichen Statistik unterschiedenen Gutarten haben lediglich die Transporte von festen mineralischen Brennstoffen abgenommen (-0,3 Mill. t, -0,9%). Zurückzuführen ist dies ausschließlich auf die Abnahme der innerdeutschen Transporte (-1,9 Mill. t). Die Einfuhr von Steinkohle per Binnenschiff ist dagegen auch im vergangenen Jahr weiter deutlich gestiegen (+1,2 Mill. t). Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, setzten sich damit die Mengenverschiebungen zwischen innerdeutschen Transporten und dem

Übersicht: Die wichtigsten Güterarten auf den Hauptverkehrsverbindungen der Binnenschiffahrt
Anteile in %

Gesamtverkehr		Und zwar							
		grenzüberschreitender Empfang		grenzüberschreitender Versand		Verkehr innerhalb Deutschlands		Durchgangsverkehr	
2000	1995	2000	1995	2000	1995	2000	1995	2000	1995
Steine und Erden 22,0	Steine und Erden 24,9	Erze 29,3	Erze 31,2	Steine und Erden 35,6	Steine und Erden 37,2	Steine und Erden 35,3	Steine und Erden 35,4	Mineralölerzeugnisse 18,7	Mineralölerzeugnisse 17,9
Erze 16,3	Mineralölerzeugnisse 18,2	Mineralölerzeugnisse 18,1	Mineralölerzeugnisse 21,2	Metalle 11,6	Metalle 11,8	Mineralölerzeugnisse 20,8	Mineralölerzeugnisse 20,7	Kohle 13,9	Kohle 14,7
Mineralölerzeugnisse 16,3	Erze 17,2	Kohle 15,9	Steine und Erden 14,2	Chemische Erzeugnisse 11,3	Chemische Erzeugnisse 10,5	Kohle 15,0	Kohle 19,6	Landwirtschaftliche Erzeugnisse 12,9	Erze 14,6
Kohle 12,6	Kohle 11,1	Steine und Erden 10,7		Fertigwaren 10,1				Steine und Erden 12,2	Steine und Erden 13,9
								Metalle 10,9	Landwirtschaftliche Erzeugnisse 11,7
								Fertigwaren 10,4	

4) Zu den Zusammenhängen zwischen Industriekonjunktur und Binnenschiffahrtentwicklung siehe Lüüs, H.-P.: „Binnenschiffahrt 1997“ in WiSta 6/1998, Schaubild 1 und S. 501.

Import von Steinkohle als Folge des schrittweisen Ersatzes der einheimischen Kohleproduktion durch Importkohle fort.

Sprunghafter Anstieg der Stückguttransporte

Das Binnenschiff eignet sich besonders gut als Transportmittel von nicht verderblichen Gütern, die ohne weitere Verpackung in großen Mengen in den Laderaum des Schiffes verbracht werden können, wie zum Beispiel Kohle, Erze, Kies oder Mineralölprodukte. Im Jahr 2000 transportierte die Binnenschifffahrt 209,1 Mill. t dieser „Massengüter“; 165,5 Mill. t davon als Trockenladung und 43,6 Mill. t als Flüssigladung. Verglichen mit dem Vorjahr erhielt die Trockenschifffahrt 4,5% und die Tankerschifffahrt 3,4% mehr Transportaufträge. Die Transporte von Stückgütern, also Gütern, die einzeln auf das Schiff verladen werden müssen (einschl. Gütern in Containern), stiegen im vergangenen Jahr um 15,7% auf 33,1 Mill. t an. Der Anteil der Stückguttransporte an der Gesamtbeförderung erhöhte sich von 12,5 auf 13,7%. Im Jahr 1995 hatte der Stückgutanteil noch 11,1% betragen. Das im Jahr 2000 registrierte Ergebnis könnte somit auf einen beschleunigten Wandel von Massen- zu Stückgutbeförderungen in der Binnenschifffahrt hindeuten.

Starkes Wachstum des Containerverkehrs

Als Teil der Stückgüter sind die Container für die Binnenschifffahrt von besonderer Bedeutung. In den vergangenen Jahren wurde von den Auftraggebern von Gütertransporten immer mehr dazu übergegangen, die Waren in standardisierten Behältern zu verladen. Der wesentliche Vorteil dieser Ladungsarten ist, dass die genormten Behälter an praktisch jedem Verladeterminale problemlos und schnell von einem Verkehrsträger auf einen anderen umgeladen werden können. Die wichtigsten Behälterarten in diesem Zusammenhang sind die äußerlich nur schwer zu unterscheidenden Container und Wechselbehälter. Während Wechselbehälter speziell für die Beförderung mit Lkw und Bahn konstruiert sind, werden Container vor allem im Seeverkehr eingesetzt. Sie sind wesentlich stabiler gebaut als Wechselbehälter und können deshalb in mehreren Lagen übereinander gestapelt werden. In den vergangenen Jahren haben sich im Seeverkehr die meistens sechs oder zwölf Meter langen Stahlboxen als Standardladungsart mehr und mehr durchgesetzt. Da rund 70% der Binnenschifftransporte von oder zu den großen Universalhäfen an der Nordsee erfolgen, hat auch die deutsche Binnenschifffahrt von dieser Entwicklung profitieren können.

Im Jahr 2000 sind auf deutschen Wasserstraßen 901 000 Container befördert worden. Umgerechnet auf die Größe eines 20-Fuß-Standardcontainers waren das 1,36 Mill. TEU (TEU = Twenty foot Equivalent Unit) (siehe Tabelle 2). Innerhalb der vergangenen fünf Jahre hat die Containerbeförderung in der Binnenschifffahrt damit um 81%

oder um durchschnittlich 12,6% pro Jahr zugenommen. Gleichzeitig wuchs das Gewicht der in den Boxen beförderten Güter um 5,3 Mill. t oder um 79% auf 12,1 Mill. t⁵⁾. Von 1999 auf 2000 beträgt die Veränderungsrate der beförderten Container sogar +21,9% (+244 000 TEU), die der in Containern beförderten Güter +18,2% (+1,86 Mill. t). Damit waren im Jahr 2000 immerhin 5,0% der insgesamt verladenen Güter in Containern verpackt. Im Jahr 1995 hatte dieser Anteil noch 2,8% betragen.

Tabelle 2: Containerverkehr der Binnenschifffahrt

Verkehrsbeziehung	Einheit	2000	1999	1995 ²⁾
Verkehr innerhalb				
Deutschlands	1 000 TEU	85	67	52
beladen	1 000 TEU	44	39	42
Gewicht der Ladung ¹⁾ ...	1 000 t	763	627	560
Grenzüberschreitender				
Empfang	1 000 TEU	517	448	303
beladen	1 000 TEU	254	231	159
Gewicht der Ladung ¹⁾ ...	1 000 t	3 360	3 114	2 113
Grenzüberschreitender				
Versand	1 000 TEU	550	463	297
beladen	1 000 TEU	459	380	247
Gewicht der Ladung ¹⁾ ...	1 000 t	6 040	5 157	3 247
Durchgangsverkehr				
.....	1 000 TEU	206	136	68
beladen	1 000 TEU	140	90	56
Gewicht der Ladung ¹⁾ ...	1 000 t	1 917	1 326	803
Gesamtverkehr				
.....	1 000 TEU	1 358	1 114	749
beladen	1 000 TEU	897	739	505
Gewicht der Ladung ¹⁾ ...	1 000 t	12 080	10 224	6 742

1) Einschl. der Eigengewichte der Container. – 2) Die Angaben des Durchgangsverkehrs sind für 1995 geschätzt.

Fast genau die Hälfte der Containergüter wurde im grenzüberschreitenden Versand befördert, 28% im grenzüberschreitenden Empfang, 16% im Durchgangsverkehr und 6% im Verkehr zwischen deutschen Häfen. Besonders hohe Wachstumsraten wiesen in den vergangenen fünf Jahren der Durchgangsverkehr (+139%) und der grenzüberschreitende Versand auf (+86%). Dabei hat sich die Unpaarigkeit der Verkehrsströme offenbar weiter verstärkt: Den Verladungsmengen für die Nordseehäfen stehen keine entsprechenden Transportaufträge in umgekehrter Richtung gegenüber, sodass im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte der stromaufwärts beförderten Container nicht beladen waren.

Im innerdeutschen Verkehr hat sich der für 1999 beobachtete Aufschwung im Containerverkehr fortgesetzt. Im Jahr 2000 wurden nunmehr 70% mehr Container und Containerladung befördert als zwei Jahre zuvor. Gegenüber 1999 betrug die Wachstumsrate 27% (TEU) bzw. 22% (Tonnen).

Nicht ganz ins Bild der positiven Containerentwicklung passt, dass sich die Auslastung der Container – als durchschnittliches Ladungsgewicht pro TEU – im vergangenen Jahr von 9,2 auf 8,9 t vermindert hat. Dieser Rückgang ist auf sämtlichen Hauptverkehrsrelationen gleichermaßen zu beobachten. Die Auslastung beträgt nunmehr im grenzüberschreitenden Versand 11,0 t (Vorjahr: 11,1 t), im Durchgangsverkehr 9,3 t (9,8 t), im innerdeutschen Verkehr 9,0 t (9,4 t) und im grenzüberschreitenden Empfang lediglich 6,5 t (7,0 t).

5) Einschließlich der Eigengewichte der Container.

Tabelle 3: Güterbeförderung der Binnenschiff
1 000

Lfd. Nr.	Einladeregionen \ Ausladeregionen	Niederlande/ Belgien	Frankreich/ Schweiz	Polen/ Tschechische Republik	Österreich/ Ungarn/ Slowakei	Deutschland	Und zwar	
							Niederrhein ¹⁾	Mittelrhein ¹⁾ einschl. Saar, Mosel und Main
1	Niederlande/Belgien	-	12 194	57	1 901	94 577	49 541	13 973
2	Frankreich/Schweiz	7 003	232	2	33	8 690	1 685	3 189
3	Polen/Tschechische Republik	122	4	-	-	2 479	29	3
4	Österreich/Ungarn/Slowakei	905	32	-	-	2 014	174	143
5	Deutschland	40 309	4 064	1 058	917	60 857	6 451	10 475
6	Niederrhein ¹⁾	18 008	992	13	53	12 438	2 952	3 279
7	Mittelrhein einschl. Saar, Mosel und Main ¹⁾	5 918	405	-	105	4 384	681	1 872
8	Oberrhein und Neckar ¹⁾	8 331	1 806	-	48	12 300	1 126	3 727
9	Westdeutsches Kanalgebiet ²⁾	4 095	378	-	11	9 482	609	1 330
10	Mittellandkanalgebiet ²⁾	1 774	248	15	-	3 383	348	99
11	Wesergebiet ²⁾	734	140	10	19	5 283	102	18
12	dar.: Bremen	627	97	5	19	938	20	12
13	Elbegebiet ²⁾	590	23	656	-	9 734	279	29
14	dar.: Hamburg	41	3	376	-	4 552	38	1
15	Donaugebiet ²⁾	841	73	-	682	827	309	111
16	Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ²⁾	18	-	365	-	3 025	44	11
17	Übrige Einladeregionen	218	-	2	-	1 589	1 064	283
18	Insgesamt ...	48 557	16 526	1 119	2 851	170 206	58 944	28 066

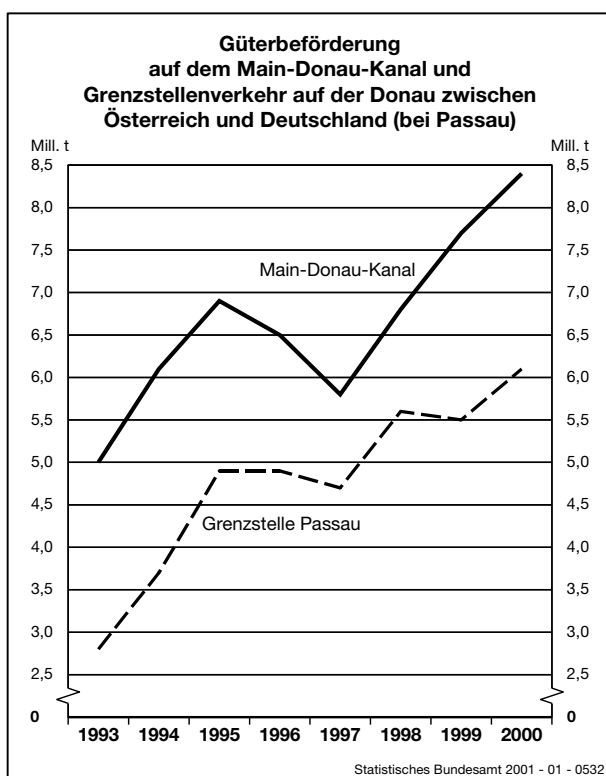
1) Wasserstraßengebietsabschnitt. – 2) Wasserstraßengebiet.

Ein- und Ausladeregionen

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die für die deutsche Binnenschifffahrt wichtigsten Ein- und Ausladeregionen. Dabei wird die herausragende Bedeutung der Häfen in den Niederlanden und Belgien für die Binnenschifffahrt in Deutschland deutlich. Im Jahr 2000 hatten 65% aller über deutsche Wasserstraßen beförderten Güter ihr Ziel

oder ihre Herkunft in einem niederländischen oder belgischen Hafen, meist in einem der großen Seehäfen Rotterdam oder Antwerpen. Dieser Anteil hat in den vergangenen Jahren sogar noch leicht zugenommen. Innerhalb Deutschlands liegen die Schwerpunkte des Umschlagsgeschäftes am Rhein und seinen Nebenflüssen sowie im westdeutschen Kanalgebiet. 78% der Güter sind im Jahr 2000 in diesen Regionen ein- oder ausgeladen worden.

Schaubild 5



In den vergangenen Jahren haben auch Donau und Main-Donau-Kanal als Herkunfts- oder Zielgebiet an Bedeutung gewonnen. Auch der Güterverkehr auf dem Main-Donau-Kanal (siehe Schaubild 5) ist erheblich angewachsen. Mit der Transportzunahme gegenüber dem Vorjahr um 700 000 t auf 8,4 Mill. t wurde das Rekordergebnis des Vorjahres nochmals deutlich überboten. Demgegenüber ist die Entwicklung des Binnenschiffsverkehrs auf der Donau in den letzten zwei Jahren etwas zurückgefallen. Hintergrund dürfte die infolge des Kosovo-Krieges erheblich erschwerte Passage zu Staaten an der unteren Donau sein.

Duisburger Häfen übertreffen 50 Mill.-Tonnen-Grenze

Im Jahr 2000 wurden 252 000 Schiffsankünfte in deutschen Häfen registriert. Das waren 6 300 oder 2,5% weniger als im Jahr 1999. Die Schiffe schlugen 278,9 Mill. t Güter und damit 8,2 Mill. t oder 3,0% mehr um als im Vorjahr. In den Häfen wurden 170,2 Mill. t (+4,2% gegenüber dem Vorjahr) ausgeladen und 108,7 Mill. t (+1,2%) eingeladen. Gegenüber der Güterbeförderung wird beim Hafenumschlag der innerdeutsche Verkehr höher gewichtet, da er mit zwei Umschlagsvorgängen verbunden ist. Gleichzeitig geht der Durchgangsverkehr nicht in die Berechnung mit ein, da in diesem Fall keine Ein-

fahrt 2000 nach Ein- und Ausladeregionen

t

Oberrhein und Neckar ¹⁾	West-deutsches Kanalgebiet ²⁾	Mittellandkanalgebiet ²⁾	Wesergebiet ²⁾	Und zwar					Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern ²⁾	Übrige Ausladeregionen	Insgesamt	Lfd. Nr.
				dar.: Bremen	Elbegebiet ²⁾	dar.: Hamburg	Donaugebiet ²⁾					
13 989	12 382	1 750	788	235	366	88	1 769	20	535	109 264	1	
3 008	476	148	88	9	71	2	25	–	8	15 968	2	
2	90	187	16	8	537	269	–	1 616	–	2 605	3	
174	40	1	1	1	–	–	1 482	–	25	2 976	4	
11 042	9 286	5 817	4 980	2 925	8 230	4 168	1 016	3 560	2 394	109 599	5	
2 386	2 670	325	75	15	141	55	358	252	1 990	33 494	6	
855	321	168	126	68	56	16	298	7	69	10 881	7	
6 210	802	131	55	36	110	15	139	–	65	22 550	8	
1 265	3 594	1 280	501	481	356	186	100	447	172	14 138	9	
96	468	267	373	269	1 664	1 173	10	57	16	5 436	10	
77	798	501	3 693	1 940	74	8	17	3	3	6 189	11	
75	110	93	594	503	16	4	16	1	2	1 688	12	
50	387	3 123	130	101	5 244	2 595	1	491	6	11 009	13	
8	160	2 492	37	23	1 750	–	–	66	–	4 972	14	
101	206	4	2	2	0	0	93	1	73	2 496	15	
1	39	20	23	13	586	120	–	2 302	–	3 408	16	
9	54	21	–	–	8	–	151	–	–	1 809	17	
28 224	22 328	7 924	5 873	3 178	9 212	4 527	4 443	5 196	2 962	242 221	18	

bzw. Ausladung in einem deutschen Hafen erfolgt. Auf Grund der langfristig zu beobachtenden Abnahme der innerdeutschen Transporte und des überproportionalen Anstiegs des Transitverkehrs weist die Umschlagsleistung der Häfen daher generell niedrigere Wachstumsraten auf als die Beförderung. Von den Spitzenergebnissen der 1970er Jahre mit mehr als 330 Mill. t ist das heutige Umschlagsvolumen weit entfernt (siehe Schaubild 1).

Der Hafen Duisburg bleibt mit großem Vorsprung der größte deutsche Binnenhafen (siehe Tabelle 4). Im vergangenen Jahr konnten die Duisburger Hafenbetriebe ihren Umschlag um fast 10% steigern und übertrafen mit 50,1 Mill. t erstmals die 50 Mill. Tonnen-Grenze. Das Wachstum ist vor allem auf die erheblich gestiegenen Erzimporte für die Stahlwerke der Region zurückzuführen. Fast jede fünfte Tonne der in den rund 430 deutschen

Tabelle 4: Güterumschlag ausgewählter deutscher Häfen in der Binnenschifffahrt
Mill. t

Hafen	Gesamtverkehr			Und zwar					
				Empfang			Versand		
	2000	1999	1995	2000	1999	1995	2000	1999	1995
Duisburg	50,1	45,8	45,8	39,3	35,4	33,7	10,9	10,4	12,1
Köln	12,3	11,2	9,6	6,1	5,5	4,8	6,2	5,7	4,8
Hamburg	9,8	10,1	10,2	4,5	4,7	4,6	5,2	5,5	5,6
Ludwigshafen	8,3	7,3	8,2	5,9	5,2	5,9	2,4	2,1	2,3
Mannheim	7,9	7,8	7,8	5,7	5,7	5,5	2,2	2,1	2,3
Karlsruhe	6,7	5,5	10,3	3,4	2,9	5,1	3,3	2,6	5,3
Bremische Häfen	5,1	5,1	6,3	3,2	3,3	3,9	1,9	1,7	2,5
Frankfurt/Main	4,8	4,5	4,5	4,0	3,8	3,5	0,8	0,7	1,0
Heilbronn	4,4	5,3	4,8	2,8	3,3	3,3	1,6	2,0	1,6
Neuss	4,4	4,5	4,9	3,1	3,3	3,4	1,3	1,2	1,5
Berlin	4,1	5,2	8,7	3,8	4,4	6,6	0,3	0,8	2,1
Gelsenkirchen	4,0	3,7	3,0	1,2	1,0	1,1	2,8	2,8	1,9
Saarlouis/Dillingen	3,8	3,2	3,5	3,2	2,5	3,0	0,6	0,7	0,6
Hamm	3,6	3,9	3,4	2,9	2,8	2,7	0,7	1,1	0,7
Kehl	3,3	2,9	3,1	2,4	2,3	2,4	0,9	0,6	0,7
Mainz	3,2	3,4	4,1	2,2	2,5	3,0	1,0	0,9	1,1
Krefeld/Uerdingen	3,1	2,7	3,3	2,4	2,1	2,5	0,6	0,6	0,9
Dortmund	2,9	3,1	5,5	1,8	2,1	4,5	1,1	1,1	1,1
Düsseldorf	2,8	2,8	3,0	2,2	2,1	2,3	0,7	0,7	0,6
Magdeburg	2,8	2,6	2,4	1,2	1,3	1,4	1,6	1,3	0,9
Marl	2,6	2,5	1,7	1,8	1,6	1,0	0,8	0,9	0,7
Andernach	2,6	2,2	2,6	1,1	1,0	1,2	1,5	1,2	1,4
Hanau	2,4	2,4	2,2	1,2	1,3	1,1	1,2	1,1	1,2
Regensburg	2,3	2,1	2,0	1,5	1,3	1,2	0,8	0,8	0,8
Wesseling	2,3	2,6	3,3	0,5	0,4	0,9	1,7	2,1	2,4
Salzgitter	2,2	2,1	2,7	1,5	1,5	1,9	0,6	0,6	0,8
Brunsbüttel	2,1	2,3	2,2	0,7	0,6	0,6	1,4	1,6	1,6
Essen	2,0	1,8	3,4	0,7	0,7	0,9	1,3	1,1	2,4
Insgesamt ...	278,9	270,7	290,0	170,2	163,3	173,8	108,7	107,3	116,2

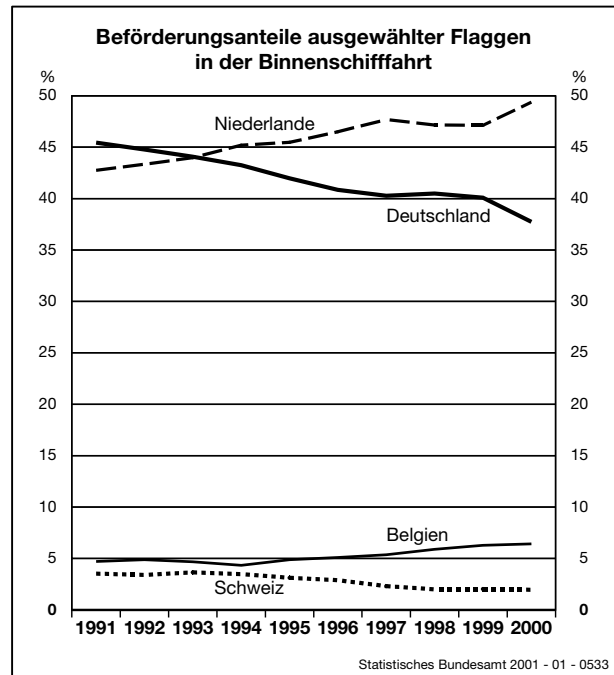
Häfen insgesamt ein- und ausgeladenen Güter ging über die Kaikante des Hafens am Niederrhein. Ebenfalls deutlich zulegen konnte die Nummer zwei der deutschen Binnenhäfen, der Hafen Köln. Er steigerte sein Umschlagsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mill. t oder 9,4% auf 12,3 Mill. t. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre konnte Köln seine Umschlagsleistung um insgesamt 27% erhöhen. Einen Rückgang um 3,6% auf nun wieder unter 10 Mill. t verzeichnete der Hafen Hamburg. Der größte deutsche Seehafen behält damit dennoch seine Position als drittgrößter deutscher Binnenhafen. Größere Umschlagsgewinne konnten noch Ludwigshafen (+ 1,0 Mill. t auf 8,3 Mill. t), der sich damit wieder vor Mannheim auf Rang vier vorschob, sowie – nach Jahren deutlicher Einbußen – Karlsruhe (+ 1,2 Mill. t auf 6,7 Mill. t) und Saarlouis/Dillingen (+ 0,6 Mill. t auf 3,8 Mill. t) erzielen. Erhebliche Umschlagsverluste verzeichneten im vergangenen Jahr der Hafen Heilbronn (–0,9 Mill. t auf 4,4 Mill. t) und die Berliner Häfen (–1,0 Mill. t auf 4,1 Mill. t). In Berlin schlägt sich in diesen Zahlen der bereits in den Vorjahren beobachtete verminderte Baustoffbedarf der Stadt nieder.

Kräftiger Rückgang des Anteils der deutschen Binnenschiffe

Unter deutscher Flagge fahrende Schiffe⁶⁾ beförderten im vergangenen Jahr 0,4% weniger Güter als 1999. Ihr Anteil an der Güterbeförderung reduzierte sich dadurch von 40,1 auf 37,7%⁷⁾. Damit hat sich der seit Jahren beobachtete Trend der abnehmenden Beteiligung deutscher Schiffe am Gütertransport auch im Jahr 2000 weiter fortgesetzt (siehe Schaubild 6). Der für das vergangene Jahr registrierte Rückgang um 2,4 Prozentpunkte ist der stärkste seit der Aufzeichnung gesamtdeutscher Ergebnisse im Jahr 1991.

Seit dem Jahr 1994 sind die Niederlande die führende Binnenschiffahrtsnation auf den deutschen Wasserstraßen. Niederländische Binnenschiffe beförderten im Jahr 2000 119,6 Mill. t Güter und damit nahezu jede zweite Tonne (49,4%). Gegenüber dem Vorjahr hat ihr Beförderungsvolumen um 11,6 Mill. t oder um 10,7% zugenommen. Ebenfalls ihren Anteil weiter steigern konnten belgische Binnenschiffe, die im vergangenen Jahr 6,4% (1999: 6,3%) der Binnenschifftransporte über deutsche Wasserstraßen unternahmen. Diese positive Entwicklung der Beneluxstaaten ist nicht unerwartet, konnte doch im Zuge der Abschaffung des Tour-de-Rôle-Systems⁸⁾ in den Niederlanden und Belgien zum 1. Dezember 1998 generell damit gerechnet werden, dass Binnenschiffer aus diesen Ländern auf den deutschen Transportmarkt drängen. Schiffe aus der Schweiz trugen nur noch knapp 2% zum Beförderungsaufkommen in Deutschland bei. Anfang der 1990er Jahre waren es noch rund 3,5% gewesen. Sonstige auf den deutschen Binnenwasserstraßen aktive Nationen, die jedoch sämtlich einen Anteil von weniger als 1% besitzen, sind Polen, Frankreich, Luxemburg und die Tschechische Republik.

Schaubild 6



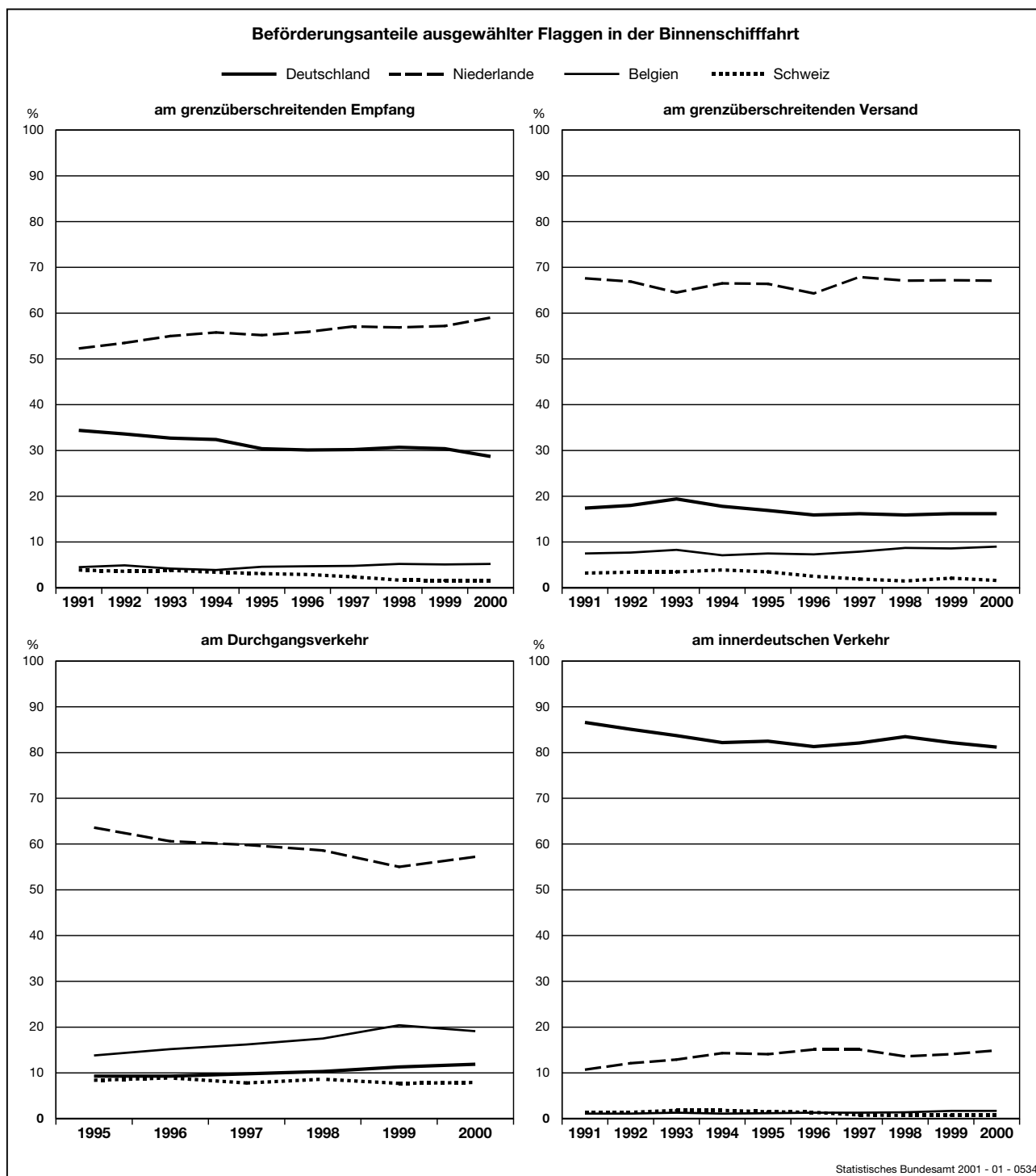
Zur Beleuchtung der „Krise“ der Binnenschifffahrt unter deutscher Flagge lohnt sich ein genauerer Blick auf das Zahlenmaterial der Jahre 1996 bis 1999. Da das Jahr 2000 als negativer Ausreißer beurteilt werden muss, wird es zunächst von der Betrachtung ausgeschlossen. Der Beförderungsanteil der deutschen Binnenflotte ist in dem genannten Zeitraum von 40,8 auf 40,1% zurückgegangen, obwohl der Anteil auf sämtlichen Hauptverkehrsverbindungen gestiegen ist, und zwar im grenzüberschreitenden Empfang von 30,1 auf 30,4%, im grenzüberschreitenden Versand von 15,9 auf 16,2%, im Durchgangsverkehr sogar von 9,3 auf 11,3% und im Verkehr innerhalb Deutschlands von 81,3 auf 82,2% (siehe Schaubild 7). Die Erklärung für dieses Phänomen liegt in der hohen Abhängigkeit der deutschen Binnenschiffer von der Entwicklung des nationalen Transportaufkommens. Schiffe unter deutscher Flagge beförderten im Jahr 2000 zu 54% Güter im innerdeutschen Verkehr. Zwischen 1996 und 1999 ist das Beförderungsvolumen im innerdeutschen Verkehr von 66,7 Mill. t auf 62,7 Mill. t, das heißt um rund 4 Mill. t, zurückgegangen. Trotz des nicht unerheblichen Anteilsgewinnes mussten die deutschen Schiffe in diesem degressiven Markt einen absoluten Transportrückgang um 2,6 Mill. t verkraften. Die Gewinne in den internationalen Transporten (+ 1,7 Mill. t) reichten nicht aus, um diesen Verlust zu kompensieren. Wenn die nationalen Verkehre, wie in den vergangenen Jahren beobachtet, weiter an Bedeutung verlieren und die deutschen Schiffe keinen radikalen Wechsel zu den internationalen Transporten vollziehen können, scheint also ein Rückgang der Beteiligung der deutschen Schiffer an der Binnenschifffahrt im eigenen Land unvermeidlich. Wenn dann noch, wie im Jahr 2000, das Wachstum in

6) In einem Schubverband wird die Flagge des oder der Leichter (nicht die des Schubschiffes) registriert.

7) Die entsprechenden Werte für die Transportleistung auf deutschen Wasserstraßen lauten 37,0% und 35,2%. Wegen des hohen Anteils der deutschen Schiffe am innerdeutschen Verkehr, der mit 219 km eine relativ geringe durchschnittliche Transportentfernung aufweist, liegt der Anteil etwas niedriger als bei der Güterbeförderung. Die in diesem Absatz getroffenen Aussagen werden von der Betrachtungsweise (Güterbeförderung oder Transportleistung) allerdings nicht maßgeblich beeinflusst.

8) Im Tour-de-Rôle-System wurden die Frachten zu festen Preisen vergeben, die i.d.R. deutlich über den Marktpreisen lagen.

Schaubild 7



der wichtigsten Verkehrsrelation, dem grenzüberschreitenden Empfang, ohne die deutsche Binnenflotte stattfindet, erfolgt nahezu zwangsläufig ein Anteilseinbruch.⁹⁾

Zusammenfassung und Ausblick

Die Binnenschifffahrt auf deutschen Wasserstraßen profitierte im Jahr 2000 von außerordentlich günstigen Rah-

menbedingungen. Zum einen kamen ihr kräftige konjunkturelle Impulse, insbesondere von Seiten der Eisen- und Stahlindustrie zugute. Zum anderen wurde die Schifffahrt nicht merklich durch Wasserstände und Eisblockaden behindert.

Wie in den zurückliegenden Jahren fand das Wachstum ausschließlich auf den internationalen Verkehrsverbindungen statt. Die nationalen Transporte haben weiter

9) Zur Struktur und Entwicklung der deutschen Binnenschifffahrt siehe auch Reim, U.: „Unternehmen im Verkehrsbereich – Erhebungen und Strukturen der Transporttätigkeit“. Dieser Aufsatz wird voraussichtlich in WiSta 8/2001 erscheinen.

deutlich abgenommen. Von dieser Entwicklung waren die Binnenschiffe unter deutscher Flagge besonders betroffen. Sie konnten im vergangenen Jahr ihre Transportmenge nicht steigern und mussten erhebliche Anteilsverluste verkraften.

Ein sehr dynamisches Wachstum erzielten die Stückguttransporte und speziell der Containerverkehr. Es wurden rund ein Fünftel mehr Stahlbehälter per Binnenschiff befördert als im Jahr zuvor. Neben den Vor- und Endprodukten der Eisen- und Stahlindustrie waren es vor allem die Transporte von Getreide, Fertigwaren, Chemikalien, Mineralölerzeugnissen und Steinkohleimporte, die einen maßgeblichen Beitrag zum hohen Jahresergebnis leisteten.

Auf Grund der besonders günstigen Umstände für die Binnenschifffahrt kann aus dem Rekordergebnis des Jahres 2000 nicht ohne weiteres auf einen ansteigenden Trend in der Binnenschifffahrtsentwicklung geschlossen werden. Wegen der sich abzeichnenden Abkühlung des Konjunkturklimas muss damit gerechnet werden, dass das Ergebnis des Jahres 2000 im laufenden Jahr nicht wiederholt werden kann. Auch die ersten für das Jahr 2001 vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass – bei normalen Witterungsbedingungen im Jahresverlauf – ein eher durchschnittliches Jahresergebnis zu erwarten ist. ■

Schulden der öffentlichen Haushalte 2000

Im Folgenden wird über die Schulden der öffentlichen Haushalte im Jahr 2000 berichtet. Der Beitrag enthält auch Informationen über die Schuldenneuaufnahmen nach Laufzeiten und die Tilgungen im Laufe des vergangenen Jahres.

Die Darstellung der Kennzahl „Schulden je Einwohner“ ermöglicht einen Regionalvergleich.

Der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte nahm im Jahr 2000 nur gering auf insgesamt 2 343,4 Mrd. DM zu. Gemessen am Bruttosozialprodukt ergibt sich in der Abgrenzung der Maastricht-Kriterien ein Anteil von 60,3%, der nur noch wenig über dem angestrebten Grenzwert der Europäischen Währungsunion liegt.

Dipl.-Volkswirtin, Dipl.-Kauffrau Evelin Michaelis

Vorbemerkung

Aus der jährlichen Schuldenstatistik stehen wichtige Informationen über die Höhe und Struktur der Verschuldung aller öffentlicher Haushalte zur Verfügung. Eine herausragende Bedeutung erwächst der Schuldenberichterstattung für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Die Teilnahmestaaten haben sich durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet, den Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt dauerhaft unter 60% zu halten.

Überblick

Zum 31. Dezember 2000 waren die öffentlichen Haushalte in Deutschland mit 2 343,4 Mrd. DM und damit um 1,3% höher als im Vorjahr verschuldet. Von diesem Betrag entfielen 64,6% auf den Bund und seine Sondervermögen, 27,8% trugen die Länder und 6,9% die Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.). Gegenüber 1999 haben die Schulden der Länder am stärksten zugenommen. Bei den Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden waren sie dagegen rückläufig.

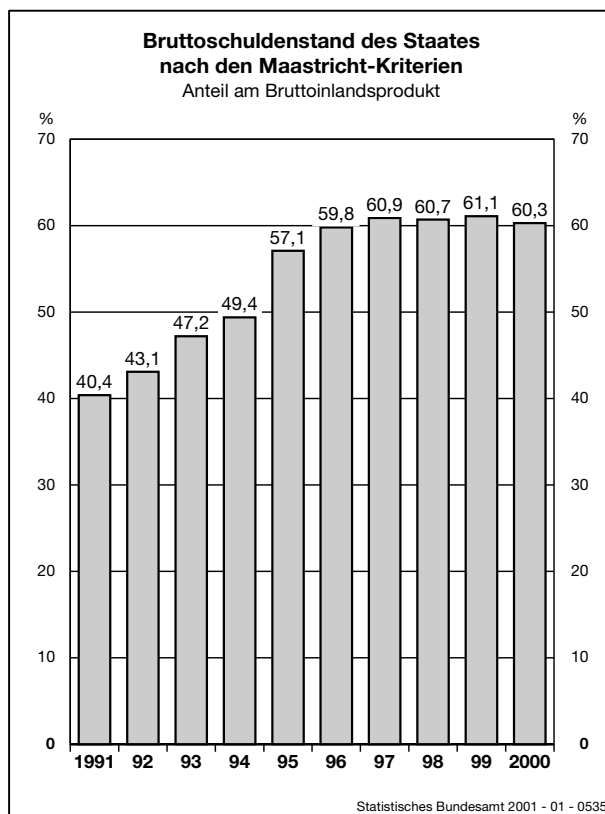


Tabelle 1: Stand der öffentlichen Schulden¹⁾

Schuldner	Stand am 31. Dezember					
	1998		1999		2000	
	Mill. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Bund einschl. Sondervermögen ...	1 454 096	+ 2,8	1 495 381	+ 2,8	1 513 611	+ 1,2
Bund ²⁾	954 428	+ 6,2	1 385 341 ³⁾	+ 45,1	1 399 644	+ 1,0
ERP-Sondervermögen ³⁾	38 174	+ 3,6	31 607	- 17,2	36 359	+ 15,0
Fonds „Deutsche Einheit“	79 270	- 0,5	78 433	- 1,1	77 608	- 1,1
Erblastentilgungsfonds	304 978	- 5,3
Bundeseisenbahnvermögen	77 246	± 0,0
Länder	615 626	+ 5,0	631 092	+ 2,5	651 657	+ 3,3
Früheres Bundesgebiet ⁴⁾	519 364	+ 4,3	529 757	+ 2,0	544 423	+ 2,8
Neue Länder	96 262	+ 9,2	101 335	+ 5,3	107 234	+ 5,8
Gemeinden/Gv.	165 906	- 0,9	164 165	- 1,0	162 317	- 1,1
Früheres Bundesgebiet	135 794	- 1,8	133 687	- 1,6	131 714	- 1,5
Neue Länder	30 113	+ 3,5	30 478	+ 1,2	30 604	+ 0,4
Zweckverbände	20 752	+ 2,7	23 232	+ 12,0	15 783	- 32,1
Früheres Bundesgebiet	11 759	+ 2,6	14 062	+ 19,6	14 284	+ 1,6
Neue Länder	8 992	+ 2,8	9 170	+ 2,0	1 499	- 83,7
Insgesamt ...	2 256 379	+ 3,1	2 313 870	+ 2,5	2 343 368	+ 1,3

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). – 2) Einschl. Lastenausgleichsfonds und einschl. der am 1. Juli 1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und des Erblastentilgungsfonds. – 3) Einschl. Entschädigungsfonds. – 4) Einschl. Berlin-Ost.

Ende des Jahres 2000 erreichte die öffentliche Verschuldung nach dem Maastricht-Kriterium in Deutschland 60,3% des Bruttoinlandsproduktes, gegenüber dem Vorjahr (61,1%) eine spürbare Verbesserung und damit nur noch wenig über dem angestrebten Grenzwert der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Bund und Sondervermögen

Der Bund und die Sondervermögen waren zum Jahresende 2000 mit 1 513,6 Mrd. DM verschuldet. Im Vergleich zu 1999 hatten die Schulden von Bund und Sondervermögen zusammen einen Anstieg um 1,2% zu verzeichnen. Während die Schulden des Bundes selbst aufgrund verstärkter Tilgungsleistungen aus den Versteigerungserlösen der UMTS-Lizenzen 2000 nur um 1,0% zunahmen, stiegen die Schulden der Sondervermögen kräftiger um 3,6% auf knapp 114 Mrd. DM.

Bund und Sondervermögen haben mit 84,7% den größten Teil ihrer Schulden in Form von Wertpapieren bekommen. 9,6% sind direkt bei den Banken, Sparkassen und sonstigen Institutionen als Darlehen aufgenommen, 5,7% entfallen auf Ausgleichsforderungen, in erster Linie im Zuge der Währungsreform festgestellte Vorkriegsschulden. Vom Gesamtschuldenbestand am Jahresende 2000 waren knapp ein Fünftel neu im Laufe des Jahres aufgenommen worden. Davon hatten 64,9% eine langfristige Laufzeit von 5 Jahren und mehr, 16,5% eine mittlere Laufzeit von zwischen einem und 5 Jahren und 18,6% eine kurzfristige Laufzeit von bis zu einem Jahr. Die Bruttoschuldenaufnahme betrug im Jahr 2000 300,8 Mrd. DM und lag damit um 4,4% unter dem Vorjahreswert. Auch die Tilgungen waren mit insgesamt 264,9 Mrd. DM leicht rückläufig (-1,3%). Durch Saldierung von Schuldenaufnahme und Schuldentilgung ergab sich eine Nettoneuverschuldung von + 35,9 Mrd. DM (Vorjahr: +46,5 Mrd. DM) zur Deckung des Haushaltsdefizits im Jahr 2000.

Länder

Bis zum Jahresende 2000 stieg der Schuldenstand der Länder um 3,3% auf 651,7 Mrd. DM. Davon betrafen 544,4 Mrd. DM (+2,8%) die alten und 107,2 Mrd. DM (+5,8%) die neuen Bundesländer.

Rund 80% des Gesamtbestandes am Jahresende 2000 waren Schuldtitel gegenüber Banken oder ähnlichen Institutionen, der Rest ist in Form von Wertpapieren verbrieft. In den neuen Ländern lag der Anteil der Wertpapiersschulden mit rund 30% etwas höher. Die Bruttoschuldenaufnahme der Länder betrug im Jahr 2000 83,9 Mrd. DM und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 7,8%. Diese Entwicklung ist besonders durch die neuen Länder geprägt, die einen Zuwachs gegenüber 1999 um 30,4% verzeichneten. Zu einem großen Teil dienten die Mittel dort allerdings der Umschuldung. In den alten Bundesländern betrug der Anstieg insgesamt 1,9%, in den Stadtstaaten 7,4%; mit jedoch sehr starken Unterschieden im Einzelnen. Bei der Schuldenneuaufnahme wurden zu 71,4% langfristige, zu 21,0% mittelfristige und zu 7,6% kurzfristige Laufzeiten vereinbart.

Die Schuldentilgungen der Länder lagen insgesamt bei 64,0 Mrd. DM. Das sind 2,7% mehr als im Vorjahr. In den alten Ländern und in den Stadtstaaten waren die Tilgungen rückläufig (-4,3 bzw. -5,8%), während sie in den

Tabelle 2: Schuldenaufnahme und Schuldentilgung 2000¹⁾
Mill. DM

Schuldner	Schuldenaufnahme		Schuldentilgung	
	zusammen	dar.: Wertpapiersschulden	zusammen	dar.: Wertpapiersschulden
Bund einschl. Sondervermögen .	300 816	279 896	264 887	216 791
Bund ²⁾	277 349	262 962	244 893	207 791
ERP-Sondervermögen ³⁾	9 071	2 782	4 289	-
Fonds „Deutsche Einheit“	14 396	14 152	15 705	9 000
Länder	83 893	28 613	64 035	16 874
Früheres Bundesgebiet ⁴⁾ .	62 985	19 686	49 025	9 479
Neue Länder	20 908	8 927	15 009	7 395
Gemeinden/Gv.	15 176	-	15 732	-
Früheres Bundesgebiet ...	11 848	-	12 481	-
Neue Länder	3 328	-	3 251	-
Zweckverbände	1 885	-	1 390	-
Früheres Bundesgebiet ...	1 712	-	1 243	-
Neue Länder	173	-	147	-
Insgesamt ...	401 770	308 509	346 044	233 664

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). – 2) Einschl. Lastenausgleichsfonds und einschl. der am 1. Juli 1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und des Erblastentilgungsfonds. – 3) Einschl. Entschädigungsfonds. – 4) Einschl. Berlin-Ost.

neuen Ländern mit einem Gesamtbetrag von 15,0 Mrd. DM um 36,9% höher ausfielen als 1999. Die sich aus Saldierung von Schuldenaufnahme und Schuldentilgung ergebende Nettoneuverschuldung erreichte bei den Ländern insgesamt im Jahr 2000 19,9 Mrd. DM, das ist ein Zuwachs um 28,4% (alte Bundesländer: +34,2%, neue Bundesländer: +16,3%).

Gemeinden/Gemeindeverbände

Der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. erreichte am 31. Dezember 2000 162,3 Mrd. DM, das waren 1,1% weniger als 1999. In den neuen Ländern erhöhten sich die kommunalen Schulden noch geringfügig um 0,4%, im früheren Bundesgebiet gingen sie um 1,5% zurück. Traditionell werden die Schulden der Gemeinden/Gv. fast ausschließlich bei Banken, Sparkassen und ähnlichen Institutionen aufgenommen. Von den gesamten Schulden am Jahresende waren das 98,5%.

Die Bruttoschuldenaufnahme ging 2000 deutlich um 9,2% zurück. Die Laufzeiten der neu aufgenommenen Schulden waren zu 87,6% langfristig, zu 4,7% mittelfristig und zu 7,7% kurzfristig.

Da die Tilgungen lediglich um 1,2% abnahmen, errechnet sich per saldo eine Verbesserung der Schuldenposition: Im Vorjahr überstiegen die Schuldenaufnahmen die Tilgungen um 0,8 Mrd. DM, im Jahr 2000 kehrte sich die Situation um: die Tilgungen lagen knapp 0,6 Mrd. DM über den Schuldenaufnahmen. Die größten Schuldentrüßer hatten die Gemeinden/Gv. in Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen. Allerdings ist diese Entwicklung zum Teil auch auf weitere Auslagerungen von Einrichtungen aus den kommunalen Haushalten zurückzuführen.

Zweckverbände

Zum Jahresende 2000 wiesen die Zweckverbände 15,8 Mrd. DM Schulden aus, davon 14,3 Mrd. DM im früheren Bundesgebiet und 1,5 Mrd. DM in den neuen Ländern. Der rechnerische Rückgang um 7,4 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr ergab sich ausschließlich in den neuen Ländern durch eine Korrektur des Berichtskreises in Sachsen-Anhalt, in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern. Im früheren Bundesgebiet war mit 1,6% ein leichter Anstieg der Schulden der Zweckverbände zu verzeichnen.

Tabelle 3: Schuldenstand der Länder, Gemeinden/Gv. und Zweckverbände 2000¹⁾)

Land	Kreditmarktschulden	
	Mill. DM	DM je Einwohner ²⁾
Flächenländer	715 144	9 357
Baden-Württemberg	72 166	6 874
Bayern	62 143	5 101
Brandenburg	28 592	10 993
Hessen	58 578	9 671
Mecklenburg-Vorpommern ..	18 748	10 508
Niedersachsen	82 822	10 468
Nordrhein-Westfalen	205 377	11 412
Rheinland-Pfalz	44 256	10 986
Saarland	15 603	14 589
Sachsen	31 696	7 132
Sachsen-Anhalt	32 927	12 499
Schleswig-Holstein	34 861	12 535
Thüringen	27 373	11 213
Stadtstaaten	114 613	19 921
Berlin	65 428	19 338
Bremen	16 667	25 192
Hamburg	32 518	19 035
Insgesamt ...	829 757	10 260
Früheres Bundesgebiet	690 420	10 559
Neue Länder	139 337	10 021

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (= Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). – 2) Stand der Einwohnerzahlen: 30. Juni 2000.

Öffentliche Schulden je Einwohner

Für einen Regionalvergleich der „Öffentlichen Schulden je Einwohner“ müssen die Schulden von Ländern, Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden zusammengefasst werden, da die Aufgaben in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich auf diese Ebenen verteilt sind.

Im Jahr 2000 errechnete sich für alle Länder ein Durchschnitt je Einwohner von rund 10300 DM (ohne Bundesschulden). Von dem Gesamtbetrag entfallen 7900 DM auf die Länderhaushalte, 2300 DM auf die Haushalte der Gemeinden/Gv. und Zweckverbände. In den Flächenländern des früheren Bundesgebietes liegt die Pro-Kopf-Verschuldung für Landes- und Kommunalhaushalte zusammen bei 9200 DM, in den Flächenländern der neuen Länder mit 10000 DM etwas darüber. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung ergibt sich mit 19900 DM für die Stadtstaaten. Berlin und Hamburg haben ähnlich hohe Werte (19300 bzw. 19000 DM), Bremen hat mit 25200 DM die höchste Verschuldung je Einwohner aufzuweisen. Im früheren Bundesgebiet errechnet sich für Bayern die niedrigste Verschuldung (5100 DM) und für das Saarland (14600 DM) die höchste Pro-Kopf-Verschuldung, in den neuen Bundesländern liegt die Spanne zwischen 7100 DM in Sachsen und 12500 DM in Sachsen-Anhalt. ■

Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Einkommens-, Ausgaben- und Vermögenssituation von Rentner- und Pensionärshaushalten in Deutschland, basierend auf den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998.

Zwischen 1993 und 1998 haben sich die Unterschiede bei den Haushaltsnettoeinkommen von Rentnerhaushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost, verglichen mit dem früheren Bundesgebiet, verringert. Bei den Zweipersonenrentnerhaushalten stieg die Ost-West-Relation des Haushaltsnettoeinkommens von 70% (1993) auf 80% (1998). Bei den Einpersonentrentnerhaushalten fiel die Annäherung mit 6 Prozentpunkten etwas niedriger aus.

Deutlich geringer sind nach wie vor die Nettoeinkommen allein lebender Rentnerinnen im Vergleich mit Einpersonentrentnerhaushalten. Im Westen erreichten 1998 allein lebende Rentnerinnen 87% des Nettoeinkommens männlicher Rentner, im Osten Deutschlands nur 82%.

Die Analyse der Einkommensverteilung zeigt, dass 1998 15,8% der Rentnerhaushalte in Deutschland – das waren 1,6 Mill. Haushalte – mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens aller privaten Haushalte auskommen mussten und damit in relativer Einkommensarmut lebten. Zum überwiegenden Teil handelte es sich dabei um Einpersonentrentnerhaushalte (1,3 Mill.), während die Einkommenssituation von Zweipersonentrentnerhaushalten – bei hoher Streuung der Nettoeinkommen – insgesamt als gut bezeichnet werden kann.

Weitaus ungleicher als die Einkommen sind die Geldvermögen von Rentnerhaushalten verteilt. So konnten 1998 die Einpersonentrentnerhaushalte der untersten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet auf im Schnitt 12 900 DM Nettogeldvermögen zurückgreifen. In der obersten Dezilgruppe dagegen nannten die Haushalte mit 127 000 DM fast den zehnfachen Betrag ihr Eigen.

Die abschließende Betrachtung der wirtschaftlichen Lage von Pensionärshaushalten zeigt, dass diese sowohl hinsichtlich ihrer Einkommen und Konsumausgaben als auch ihres Geld- und Immobilienvermögens deutlich besser gestellt sind als Rentnerhaushalte. Im Gegensatz zu den Rentnerhaushalten spielt insbesondere das Immobilienvermögen bei den Pensionären eine wichtige Rolle für die materielle Sicherheit im Alter.

Dr. Margot Münnich

Vorbemerkung

In privaten Haushalten lebten im Jahr 1998 in Deutschland 18,5 Millionen Frauen und Männer, die 60 Jahre und älter waren.¹⁾ Der größte Teil von ihnen bestritt den Lebensunterhalt durch Altersruhegeld in Form von Renten/Pensionen. Über welche Einkommen und Vermögen diese in Haushalten allein oder zusammenlebenden Personen verfügen können und wofür sie dieselben ausgeben, soll im Folgenden untersucht werden. Die Analyse beruht auf Angaben von fast 15 000 Rentner-/Pensionärshaushalten, die sich an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 freiwillig beteiligt haben. Um eventuelle Verzerrungen auszugleichen, sind die Ergebnisse der Erhebung an der 1%-Zufallsstichprobe des Mikrozensus hochgerechnet worden. Die so ermittelten repräsentativen Daten stehen stellvertretend für 1,2 Mill. Haushalte von Pensionären und 10,3 Mill. Rentnerhaushalte, von denen 5,3 Mill. Ein- und 4,4 Mill.

Zweipersonenhaushalte waren. Altersruhegeldempfänger lebten selbstverständlich auch in größeren Haushalten. So finden sich in der EVS 1998 noch rund 400 000 Dreipersonentrentnerhaushalte, 61 000 Vierpersonentrentnerhaushalte und 16 000 Rentnerhaushalte mit 5 und mehr Personen. Deren Zahl ist – verglichen mit den Ein- und Zweipersonenhaushalten dieser sozialen Gruppe – allerdings gering²⁾, sodass im Folgenden nur die materiellen Lebensverhältnisse der allein oder zu zweit lebenden Rentnerinnen und Rentner betrachtet werden. Als Rentnerhaushalte werden hier jene Haushalte bezeichnet, in denen der bzw. die Haupteinkommensbezieher/-in in der Regel sein bzw. ihr überwiegendes Einkommen durch Renten der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund *eigener früherer Erwerbstätigkeit* bezieht. Dieses Herangehen kann gewählt werden³⁾, weil die Haushalte in den Haushaltsbüchern präzise die Arten und jeweilige Höhe der Einkünfte nach ihren Bestandteilen aufzeichneten. Ein solcher Genauigkeitsanspruch kann dagegen nicht erreicht werden, wenn etwa auf Einkommensangaben aus dem Einführungsinterview oder dem Mikrozensus zurückgegriffen werden müsste.

1) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 3 „Haushalte und Familien 1998“, S. 93.

2) Gleiches trifft zu für Rentner/-innen, die in anderen Haushalten (z. B. bei Kindern) leben.

3) Für die Bestimmung des Rentnerhaushalts bieten sich abhängig von der Datenlage und dem Untersuchungsziel auch andere Definitionen an. Zum Beispiel könnten darunter jene Haushalte verstanden werden, in denen alle Haushaltsmitglieder oder lediglich ein Haushaltsmitglied öffentliche Transferzahlungen in Form von Renten erhält. Dazu gehörten dann auch alle Witwen, die Hinterbliebenenrente beziehen und ggf. noch erwerbstätig sind. Wird in diesem Zusammenhang auf die Höhe der unterschiedlichen Einkommensarten abgestellt, ergäbe sich eine weitere Gliederungsmöglichkeit. Immer dann, wenn die Rente vom Haushaltsnettoeinkommen den größten Einkommensanteil ausmacht, könnte der Haushalt als Rentnerhaushalt bezeichnet werden. Ist jedoch zum Beispiel die Witwenrente niedriger als das Einkommen aus Erwerbstätigkeit, wäre die soziale Stellung je nach Art der Tätigkeit Angestellte, Arbeiterin, Selbstständige. Weitere Hinweise zur Methode sind zu finden bei Münnich, M./Illgen, M.: „Einkommen und Einnahmen privater Haushalte in Deutschland“ in WiSta 2/2000, S. 125 ff.

Die gesetzliche Rentenversicherung – wichtigste Einkommensquelle für Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte

Im Zeitraum 1993 bis 1998 sind die Nettoeinkommen der Rentnerinnen und Rentner gestiegen. Einpersonenrentnerhaushalte konnten 1998 im Schnitt im früheren Bundesgebiet mit 374 DM mehr wirtschaften als 1993. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 425 DM mehr. Damit haben sich die Nettoeinkommen zwischen Ost und West weiter angenähert. Das geschah schneller bei Haushalten mit zwei Personen, als bei den Einpersonenhaushalten.

Diese Entwicklung wurde vornehmlich von zwei Einflussfaktoren geprägt. Zwischen 1993 und 1996 wurden die Bruttorenten in den neuen Ländern und Berlin-Ost – wie auch in den Vorjahren ab 1991 – zweimal jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst.

Rentenanpassungssätze in %

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
1. Januar 1994	–	3,64
1. Juli 1994	3,39	3,45
1. Januar 1995	–	2,78
1. Juli 1995	0,50	2,48
1. Januar 1996	–	4,38
1. Juli 1996	0,95	1,21
1. Juli 1997	1,65	5,55
1. Juli 1998	0,44	0,89

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: „Statistisches Taschenbuch 2000, Arbeits- und Sozialstatistik“, 7.9 und 7.9 A.

Ab 1997 entfiel die zweimalige Anpassung pro Jahr; allerdings waren die Rentenanpassungssätze bis 1999 in den neuen Ländern und Berlin-Ost jährlich höher als im früheren Bundesgebiet. Erst danach ist der Annäherungsprozess gestoppt worden. Als zweiter wichtiger Einflussfaktor kommt hinzu, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost immer noch mehr Frauen als im Westen selbstständige Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung auf Grund eigener früherer Erwerbstätigkeit stellen konnten. Beim Haushaltsnettoeinkommen stiegen die Ost-West-Relationen bei den Zweipersonenhaushalten von 70% (1993) auf gut 80% (1998). Bei den Einpersonenrentnerhaushalten war der Zuwachs mit 6 Prozentpunkten geringer. Tabelle 1 auf S. 548 gibt einen Überblick über die einzelnen Einkommensbestandteile.

Im Einkommensmix dominieren Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung. Diese sind für Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte die Haupteinkommensquelle. Wie schon 1993 fiel deren Anteil am Bruttoeinkommen der Haushalte in Ost und West höchst unterschiedlich aus. Einpersonenrentnerhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost hatten im Schnitt 744 DM weniger Haushaltsbruttoeinkommen als der gleiche Haushaltstyp im früheren Bundesgebiet. Die Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung waren allerdings in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1998 höher, obgleich der aktu-

elle Rentenwert pro Entgeltpunkt 85,8% des Westniveaus ausmachte (Rentenwert am 1. Juli 1998 im Westen: 47,65 DM; im Osten: 40,87 DM). Der Anteil dieser Renten am Bruttoeinkommen der Haushalte belief sich auf 88,7% im Osten und 62% im Westen. Auch bei den Zweipersonenrentnerhaushalten war 1998 eine ähnliche Situation festzustellen.

Von den befragten Rentnerhaushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost konnten lediglich 3% über Betriebs-, Werks- bzw. Renten aus Zusatzversorgungen und Pensionen als Einnahmequelle verfügen. Die Zahlungen waren allerdings so marginal, dass im Durchschnitt aller Einpersonenrentnerhaushalte kein statistisch gesicherter Betrag zu ermitteln war; bei den Zweipersonenrentnerhaushalten belief er sich auf 3 DM. Somit fußt die Alterssicherung im Osten bei der jetzigen Rentnergeneration fast ausschließlich auf eigenen erworbenen Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, mit Zusatzversorgungen und Betriebsrenten können diese Personengruppen nicht rechnen. Die 27 Zusatz- und 4 Sonderversorgungsrentensysteme der ehemaligen DDR wurden ausnahmslos am Jahresende 1991 geschlossen und in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) überführt, erworbene Ansprüche auf die Höhe der geltenden Beitragsbemessungsgrenzen reduziert. Daraus folgt auch, dass zumindest für einen längeren Zeitraum im Osten Leistungsansprüche aus der zweiten Säule der betrieblichen Alterssicherung kaum zu erwarten sind. Kortmann schätzt ein, dass in „Ostdeutschland ... ergänzende Leistungen – mit Ausnahme der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes – in den kommenden 25 Jahren nahezu bedeutungslos bleiben“⁴⁾ werden. Die Zusatzversorgung in der Privatwirtschaft wird dort in den kommenden 25 Jahren nur eine sehr geringe Rolle spielen. Nur 4% der Männer und 2% der Frauen im Alter von 40 bis unter 60 Jahren (1996) mit einer Versichertenrente der GRV werden im 65. Lebensjahr eine solche Leistung erhalten, und die Anteile der Bezieher/-innen einer Beamtenversorgung werden bei 1% (Männer) bzw. 0,5% (Frauen) liegen.⁵⁾

Westdeutsche Rentnerhaushalte erhalten ihre Einkünfte zwar auch überwiegend aus der gesetzlichen Rentenversicherung, allerdings macht deren Anteil am Bruttoeinkommen der Einpersonenrentnerhaushalte 62% und bei den Zweipersonenrentnerhaushalten 58% aus. Diesen Haushalten fließen im Schnitt pro Monat aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes oder Pensionen 230 bzw. 169 DM und aus Betriebs- und Werksrenten 83 bzw. 266 DM zu. Außerdem können diese Haushalte in größerem Umfang mit Einnahmen aus Vermögen rechnen, darunter auch fiktiven, durch die Nutzung von Wohneigentum. Bemerkenswert ist, dass 1998 von den befragten Rentnerhaushalten gut jede(r) zweite Alleinlebende und gut zwei Drittel der Zweipersonenhaushalte Betriebs-, Werksrenten und/oder Renten aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes bzw. Pensionen bezogen.

Die Bruttorente der in der EVS 1998 vertretenen 4,2 Mill. Einpersonenrentnerhaushalte des früheren Bundes-

4) Kortmann, K.: „Status quo der Alterssicherung unter besonderer Berücksichtigung der betrieblichen Altersversorgung“, Skript eines Vortrages vom 27. Januar 2000, These 2.

5) Kortmann, K./Schatz, Ch.: „Die Altersvorsorge in Deutschland 1996 – Erste Ergebnisse der Untersuchung Strukturen und Trends der Altersvorsorge von 40 – 60jährigen Rentenversicherten und ihrer Ehepartner“ – vorgestellt anlässlich der 11. (VII) Tagung der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Braunschweig im Mai 1999, S. 10.

Tabelle 1: Budgets der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	1993		1998		
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Einpersonnenrentnerhaushalte					
Erfasste Haushalte	2 967	725	4 429	3 262	1 167
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	3 977	1 015	5 345	4 171	1 168
Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger und selbständiger Arbeit	35	14	46	51	22
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	437	92	426	515	114
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung ⁵⁾	. ⁵⁾	87	107	(15)
Mietwert der Eigentümerwohnung	182	25	250	304	66
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung ³⁾	2 098	1 637	2 339	2 408	2 094
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung	1 669	1 468	1 874	1 845	1 978
Renten aus Zusatzversicherungen und Pensionen	155	/	180	230	/
Renten der gesetzlichen Unfallversicherung und Kriegsofferrente	59	(56)	32	38	(20)
Werks- und Betriebsrente ⁵⁾	. ⁵⁾	67	83	/
Wohngeld	12	58	12	10	20
Haushaltsbruttoeinkommen ³⁾	2 569	1 743	2 812	2 974	2 230
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	26	1	18	22	/
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	116	93	153	152	156
Haushaltsnettoeinkommen ³⁾	2 427	1 649	2 641	2 801	2 074
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	13	7	28	29	17
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 440	1 656	2 669	2 830	2 090
Private Konsumausgaben	2 042	1 435	2 320	2 438	1 885
Übrige Ausgaben ⁴⁾	275	126	263	290	138
dar.: Versicherungsbeiträge	64	16	79	90	37
Ersparnis	123	95	85	102	66
Zweipersonenrentnerhaushalte					
Erfasste Haushalte	4 618	1 272	7 408	5 156	2 252
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	3 228	601	4 448	3 398	1 042
Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger und selbständiger Arbeit	362	193	176	195	125
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	871	234	927	1 105	346
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung ⁵⁾	. ⁵⁾	157	200	26
Mietwert der Eigentümerwohnung	394	99	603	715	230
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung ³⁾	3 170	2 606	3 568	3 584	3 499
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung	2 484	2 266	2 918	2 826	3 217
Renten aus Zusatzversicherungen und Pensionen	173	/	129	169	/
Renten der gesetzlichen Unfallversicherung und Kriegsofferrente	77	94	52	56	33
Werks- und Betriebsrente ⁵⁾	. ⁵⁾	206	266	(3)
Wohngeld	4	22	(3)	(3)	/
Haushaltsbruttoeinkommen ³⁾	4 404	3 033	4 671	4 885	3 969
Steuern auf Einkommen und Vermögen	86	13	27	34	(3)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	216	165	239	233	261
Haushaltsnettoeinkommen ³⁾	4 102	2 855	4 406	4 618	3 705
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	36	19	90	93	70
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	4 138	2 874	4 496	4 711	3 774
Private Konsumausgaben	3 340	2 447	3 884	4 067	3 292
Übrige Ausgaben ⁴⁾	421	163	444	488	246
dar.: Versicherungsbeiträge	149	60	159	178	97
Ersparnis	377	264	169	156	235

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt selbst genutzter Immobilien. – 3) Daten von 1993 wurden an die Systematik 1998 angepasst. – 4) Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz. – 5) Zahlenwert 1993 wurde nicht neu berechnet.

gebiets betrug im Schnitt monatlich 1845 DM. Damit wurde die so genannte Standardrente nicht erreicht. Das ist die Monatsrente eines Versicherten in der Arbeiter-/Angestelltenversicherung, der 45 Jahre lang stets ein Entgelt in Höhe des Durchschnittsentgeltes aller Versicherten bezogen hat. Nach Berechnungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger belief sich die Standardrente⁶⁾ im früheren Bundesgebiet 1998 brutto auf 25674 DM, das heißt pro Monat 2140 DM, womit ein Standardrentenniveau von 71,6% netto verbunden ist. 60% aller allein lebenden Rentner/-innen bezogen

– wie eine Sonderauswertung der EVS 1998 für das frühere Bundesgebiet zeigt – Bruttorenten, die unter diesem Betrag lagen.

Beim Vergleich weiterer Einkommensdaten im Zeitverlauf 1993 zu 1998 fällt auf, dass die Einnahmen aus Kriegsofferrenten und Wohngeld in Ost und West stark zurückgegangen sind. Zugenommen haben die Aufwendungen der Rentner für die Kranken- und Pflegeversicherung. Aus den Aufzeichnungen in den Haushaltsbüchern war zu erkennen, dass Rentnerhaushalte sehr häufig anteilig hohe

6) Siehe Verband Deutscher Rentenversicherungsträger „Rentenversicherung in Zahlen 2000“, 22. Auflage, S. 29.

Beträge für die Krankenversicherung/Privatversicherung zahlten, was auf eine Mitgliedschaft in den allgemeinen Ortskrankenkassen schließen lässt.

Starke geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Einkommenslage allein lebender Rentnerinnen und Rentner

In den Daten der EVS finden sich auch bei den allein lebenden Rentnerempfängern – ebenso wie bei den Erwerbstätigenhaushalten – deutliche geschlechtsspezifische Un-

terschiede in der Einkommenssituation. Während Männer, die in Einpersonnerentnerhaushalten im früheren Bundesgebiet lebten, 1998 im Schnitt ein monatliches Nettoeinkommen von 3 130 DM hatten (neue Länder und Berlin-Ost 2 447 DM), mussten Frauen mit mehr als 400 DM weniger pro Monat auskommen. Rentnerinnen im Westen konnten – wie Tabelle 2 zeigt – über 2 720 DM Nettoeinkommen verfügen, Rentnerinnen im Osten über 73,9% dieses Betrages, das waren 2 010 DM.

Bezogen auf die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen der Rentner haben Rentnerinnen im früheren Bundesgebiet gegenüber 1993 ihre Einkommenssituation etwas verbessert (von 82 auf 87%). In den neuen

Tabelle 2: Budgets der Einpersonnerentnerhaushalte¹⁾ nach dem Geschlecht
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	1993		1998		
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Allein lebende Rentnerinnen					
Erfasste Haushalte	2 349	635	3 503	2 538	965
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	3 260	855	4 347	3 348	998
Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger und selbständiger Arbeit	30	13	38	42	(21)
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	398	87	386	476	107
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung ⁵⁾	. ⁵⁾	75	96	/
Mietwert der Eigentümerwohnung	171	(22)	226	281	60
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung ³⁾	2 040	1 616	2 297	2 375	2 034
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung	1 623	1 450	1 834	1 807	1 927
Renten aus Zusatzversicherungen und Pensionen	166	/	202	261	/
Renten der gesetzlichen Unfallversicherung und Kriegssopferrente	55	(63)	(28)	(34)	/
Werks- und Betriebsrente ⁵⁾	. ⁵⁾	53	67	/
Wohngeld	13	63	13	10	22
Haushaltsbruttoeinkommen ³⁾	2 468	1 716	2 721	2 893	2 163
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	22	1	17	22	/
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	113	91	151	151	152
Haushaltsnettoeinkommen ³⁾	2 334	1 624	2 553	2 720	2 010
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	10	6	21	22	15
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 344	1 630	2 574	2 742	2 025
Private Konsumausgaben	2 007	1 429	2 270	2 395	1 859
Übrige Ausgaben ⁴⁾	248	127	239	271	134
dar.: Versicherungsbeiträge	57	15	74	86	35
Ersparnis	101	75	66	77	32
Allein lebende Rentner					
Erfasste Haushalte	618	90	926	724	202
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	717	161	998	823	170
Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger und selbständiger Arbeit	55	(19)	(79)	(85)	125
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	614	(119)	603	676	346
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung ⁵⁾	. ⁵⁾	135	153	26
Mietwert der Eigentümerwohnung	232	(41)	351	398	230
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung ³⁾	2 358	(1 747)	2 523	2 543	3 499
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung	1 877	(1 564)	2 049	2 001	2 282
Renten aus Zusatzversicherungen und Pensionen	104	/	86	104	-
Renten der gesetzlichen Unfallversicherung und Kriegssopferrente	(77)	/	(51)	(51)	/
Werks- und Betriebsrente ⁵⁾	. ⁵⁾	126	151	/
Wohngeld	(10)	(35)	(11)	(11)	/
Haushaltsbruttoeinkommen ³⁾	3 027	(1 884)	3 205	3 305	2 629
Steuern auf Einkommen und Vermögen	47	/	(20)	(21)	/
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	127	(100)	158	154	182
Haushaltsnettoeinkommen ³⁾	2 852	(1 783)	3 027	3 130	2 447
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	28	/	(56)	(58)	(26)
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 880	(1 796)	3 083	3 188	2 473
Private Konsumausgaben	2 200	(1 469)	2 542	2 614	2 040
Übrige Ausgaben ⁴⁾	508	(150)	370	370	163
dar.: Versicherungsbeiträge	92	(21)	100	106	49
Ersparnis	174	(177)	170	203	270

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt selbst genutzter Immobilien. – 3) Daten von 1993 wurden an die Systematik 1998 angepasst. – 4) Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz. – 5) Zahlenwert 1993 wurde nicht neu berechnet.

Ländern und Berlin-Ost war ein gegenläufiger Trend zu beobachten: Das Nettoeinkommen allein lebender Rentnerinnen machte 1993 noch gut 91% dessen der Rentnerhaushalte aus. Dieser Anteil sank auf 82% im Jahr 1998. Die Bruttorenten der allein lebenden Frauen aus der gesetzlichen Rentenversicherung stiegen im früheren Bundesgebiet zwischen 1993 und 1998 um 11,3% und damit schneller als die der Männer (6,6%). Im Osten war das – bei bedeutend höheren Zuwächsen – umgekehrt. Dies scheint zunächst unplausibel, wenn die Entwicklung der Versicherungsjahre und der Entgeltpunkte je Versicherungsjahr herangezogen werden. Frauen aus den neuen Ländern und dem Ostteil Berlins, die Renten wegen verminderter Erwerbstätigkeit und wegen Alters in der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen, hatten 1993 rund 32,2 Versicherungsjahre, Männer 46,4. Diese Zeiten waren von Jahr zu Jahr bis 1998 bei den Männern auf 45,7 Jahre gesunken, dagegen bei den Frauen auf 34,6 Jahre gestiegen.⁷⁾ Dass die daraus entspringenden Zuwächse nur den Zweipersonenrentnerhaushalten zugute gekommen sein sollen, scheint nahezu ausgeschlossen. Die schlechtere Einkommensposition der allein lebenden ostdeutschen Rentnerinnen – verglichen mit den allein lebenden Männern – 1998 im Vergleich zu 1993 hängt vermutlich mit dem so genannten „Abschmelzen“ der Auffüllbeträge und Zuschläge zusammen, von dem überwiegend Frauen betroffen sind, unabhängig davon, ob sie allein oder in Gemeinschaft mit einem Partner leben. Im Zuge der deutschen Vereinigung wurden die Renten in den neuen Ländern und Berlin-Ost stark angehoben, um den Übergang auf das neue Preis- und Tarifsystem – das anders als die übliche Praxis in der ehemaligen DDR keine Subventionen für Nahrungsgüter, Mieten, Verkehrsdienstleistungen kennt – für die betroffenen Haushalte abzufedern. Bei diesen starken Rentenerhöhungen waren zunächst Rentenelemente einbezogen, die dem Rentenrecht des Sozialgesetzbuchs VI fremd sind. Diese für eine Übergangsphase gerechtfertigten Auffüllbeträge/Rentenzuschläge sollten, insbesondere aus Gründen der Gleichbehandlung mit den Rentnerinnen und Rentnern im früheren Bundesgebiet und den „Neurentnern(innen)“ in den neuen Ländern und Berlin-Ost, schrittweise abgebaut werden. Im Jahr 1993 waren noch für mehr als 1,6 Mill. Renten wegen Alters für ostdeutsche Frauen durchschnittlich 249 DM an Rentenzuschlägen/Auffüllbeträgen gezahlt worden. Diese Leistungen wurden ab 1996 für die Betroffenen in der Regel um den Betrag reduziert, der zum 1. Juli des jeweiligen Jahres als Rentenerhöhung ermittelt worden ist. Aus dieser Verfahrensweise folgt, dass die jeweils Betroffenen praktisch so lange den gleichen Zahlbetrag aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten, bis die Rentenzuschläge/Auffüllbeträge den Wert Null erreicht haben. Trotz der vergleichsweise hohen Rentenanpassungen, die 1996 und 1997 mehr als 5% pro Jahr betragen, weist die VDR-Statistik zum 31. Dezember 1998 immer noch 1,1 Mill. Altersrenten für Frauen mit einem durchschnittlichen Rentenzuschlag/Auffüllbetrag von 158 DM aus. Der davon betroffene Personenkreis wird bei einem durchschnittlichen Rentenzahlbetrag von 1062

DM wahrscheinlich über viele Jahre immer mit den jetzigen Einkommen auskommen müssen, das heißt vor allem Niedrigeinkommensbezieher erhalten keinen Inflationsausgleich. Viele dieser Frauen kämen – schriebe man die Rentenanpassungssätze der letzten zwei Jahre fort – erst in 10 bis 15 Jahren wieder zu einem nominalen Rentenzuwachs.

Auffüllbeträge werden auch Rentnern gewährt, allerdings – verglichen mit Rentnerinnen – eher selten. Die Betragshöhe ist erheblich niedriger. Die Zahl der betroffenen männlichen „Bestandsrentner“ lag Ende 1998 bei gut 87 000. Die Höhe der Auffüllbeträge betrug im Schnitt 82 DM, bei einem Rentenzahlbetrag von 1 684 DM.⁸⁾

Rentnerinnen haben im Schnitt, auf Grund der kürzeren Versicherungszeiten und der in der Erwerbsphase im Allgemeinen niedrigeren Einkommen, geringere Bruttorenten als Rentner. Das trifft – wenn auch graduell unterschiedlich – für Ost und West gleichermaßen zu. Im früheren Bundesgebiet konnte allerdings mehr als die Hälfte der befragten Rentnerinnen auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung einschließlich der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes bzw. aus Pensionen zurückgreifen. Im Schnitt waren das pro Haushalt fast 330 DM. Ob diese Zahlungen auf Grund eigener erworbener Ansprüche zustande gekommen sind oder als Hinterbliebenenrente den Rentnerinnen zufließen, bedarf weiterer Untersuchungen.

Zur individuellen Risikovorsorge durch Ansammlung von Vermögen in den Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten

Für die materielle Lage von Haushalten bedeutsam ist, ob und in welchem Umfang diese über Vermögen verfügen. Einerseits, um daraus laufend Einkommen zu erzielen (z.B. als Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung oder als Einnahmen aus Geldvermögen durch Zinsen, Dividenden usw.) oder um Ausgaben zu sparen (z.B. durch Nutzung von Sachvermögen in Form einer Eigentumswohnung oder des früher angeschafften Gebrauchsvermögens). Andererseits aber auch deshalb, weil Haushalte Vermögen durch Verkauf zum Beispiel von Haus- und Grundbesitz verwerten oder das Geldvermögen durch Entsparen verzehren können. Der Besitz von Vermögen ist besonders für Rentnerhaushalte von zunehmender Bedeutung, wenn sie ihre in der Erwerbstätigkeitsphase erreichten materiellen Lebensverhältnisse bis ins hohe Alter hinein erhalten möchten, aber der Teil der Einkommen aus der Grundsicherung der gesetzlichen Rentenversicherung in den nächsten Jahren abnehmen wird. So kamen Eitenmüller/Eckerle im Prognos-Gutachten zu dem Schluss, „dass privater Vorsorgebedarf in teilweise erheblichem Ausmaß erforderlich ist, um das Versorgungsniveau, das durch das frühere Rentenrecht in der GRV gewährleistet war, zukünftig aufrecht zu erhalten.“⁹⁾

7) Siehe Verband Deutscher Rentenversicherungsträger: „Einige zusammengefaßte Ergebnisse“, Beilage VDR-Statistik zu den Bänden 110, 111, 116, 120, 124 und 128, Frankfurt am Main.

8) Siehe Verband Deutscher Rentenversicherungsträger: „VDR Statistik Rentenbestand“, Band 110, S. 194, sowie Band 128, S. 176.

9) Eitenmüller, S./Eckerle, K.: „Versorgungslücken in der Alterssicherung: Privater Vorsorgebedarf für den Schutz im Alter, bei Erwerbsminderung und im Hinterbliebenenfall“, Endbericht des Europäischen Zentrums für Wirtschaftsforschung und Strategieberatung PROGNOSE, erstellt im Auftrag des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Basel, November 1999, S. K-12 sowie K-6 ff.

Tabelle 3: Rentnerhaushalte¹⁾ mit Geldvermögen 1998 nach Anlageformen und Konsumentenkreditschulden
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Einpersonenrentnerhaushalte		Darunter								Zweipersonenrentnerhaushalte	
			allein lebende Rentnerinnen				allein lebende Rentner					
			zusammen		dar.: 70 Jahre und älter		zusammen		dar.: 70 Jahre und älter			
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	3 262	1 167	2 538	965	1 504	380	724	202	391	89	5 156	2 252
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	4 171	1 168	3 348	998	2 425	669	823	170	514	107	3 398	1 042
Haushalte mit Geldvermögen (1 000)	3 617	1 010	2 957	865	2 170	578	660	145	436	90	3 223	998
(%)	86,7	86,5	88,3	86,7	89,5	86,4	80,2	85,3	84,8	84,1	95,0	95,8
Haushalte ohne Geldvermögen (1 000)	491	136	348	116	220	77	143	20	65	12	134	39
(%)	11,8	11,6	10,4	11,6	9,1	11,5	17,4	11,8	12,6	11,2	3,9	3,7
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden (1 000)	206	69	134	53	–	–	72	16	–	–	219	119
(%)	4,9	5,9	4,0	5,3	–	–	8,7	9,4	–	–	6,4	11,4
	DM											
Geldvermögen brutto	41 283	17 957	38 505	16 931	38 928	16 257	52 587	23 993	60 315	20 766	80 287	38 480
Bausparguthaben	1 192	423	1 158	341	936	237	1 330	903	932	490	2 541	1 616
Sparguthaben	13 758	8 986	13 505	8 258	14 930	8 587	14 787	13 269	17 949	11 971	22 454	15 769
Rentenwerte	3 810	823	2 883	736	3 142	679	7 582	1 337	9 819	1 531	6 757	3 109
Sonstige Anlagen bei												
Banken/Sparkassen	9 079	4 377	9 403	4 302	9 907	3 824	7 760	4 817	9 847	4 043	17 595	9 059
Aktien	4 036	304	3 345	267	2 379	190	6 849	520	7 859	239	8 198	1 100
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen .	4 956	1 559	4 255	1 603	4 423	1 668	7 809	1 301	8 642	667	8 810	3 688
An Privatpersonen verliehenes Geld	1 248	461	1 064	429	995	399	1 999	652	2 763	796	1 862	682
Versicherungsguthaben ...	3 204	1 024	2 892	995	2 216	673	4 470	1 195	2 504	1 030	12 070	3 456
Restschuld von Konsumentenkrediten	415	215	299	178	107	62	886	435	595	242	845	815
Nettogeldvermögen	40 868	17 741	38 206	16 753	38 821	16 195	51 701	23 558	59 720	20 524	79 442	37 665
Nachrichtlich:												
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite zurückzahlen hatte	8 386	3 664	7 451	3 360	–	–	10 135	4 682	–	–	13 138	7 142

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Rentnerhaushalte im Westen hatten 60 784 DM Geldvermögen pro Haushalt, das waren 85,4% des Durchschnitts aller Haushalte im früheren Bundesgebiet. Die Angaben der Haushalte zu den Geldvermögen sind – je nachdem, in welchem Quartal des Jahres das Haushaltsbuch geführt worden war – Stichtagsbestände zum 31. März, 30. Juni, 30. September bzw. 31. Dezember 1998.

Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost ordnen sich Rentnerhaushalte beim Besitz von Geldvermögen der Höhe nach vor den Haushalten von Arbeitern und Arbeitslosen ein. Die Geldvermögen der Rentnerhaushalte beliefen sich hier 1998 im Schnitt auf 28 170 DM, das waren 46% des Betrages, den westdeutsche Rentnerhaushalte hatten.

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die Höhe und Arten des Geldvermögens, das Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte besaßen. Es fällt auf, dass rund 12% der Alleinlebenden, das waren mehr als 620 000 Einpersonenhaushalte (West: 491 000; Ost: 136 000), auf keine finanziellen Rücklagen zurückgreifen konnten. Differenziert nach dem Geschlecht lag der Anteil bei den Rentnern höher als bei den Rentnerinnen. Auch in der Gruppe der 70-Jährigen und Älteren finden sich mehr als 11% bei den Rentnern in beiden Teilen Deutschlands und bei den Frauen im Osten, die 1998 über kein Geldvermögen verfügen konnten.

Zweipersonenhaushalte besaßen annähernd doppelt so hohe Geldvermögen wie Einpersonenhaushalte. Aber auch hier waren die Unterschiede zwischen Ost und West markant. So kamen Zweipersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet im Schnitt auf 80 287 DM Geldvermögen, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 38 480 DM. Sparguthaben blieben auch 1998 die beliebteste Anlageform. Wie viele Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte ihr Geldvermögen in welcher Art anlegten, zeigt Tabelle 4 auf S. 552.

Warum rund 9% der allein lebenden Rentner in Deutschland und mehr als 11% der Zweipersonenrentnerhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost Konsumentenkredite aufgenommen haben, bleibt noch zu untersuchen. Im Schnitt kamen 1998 auf jeden Zweipersonenrentnerhaushalt mehr als 800 DM Konsumentenkreditschulden (West: 845 DM; Ost: 815 DM). Diejenigen, die solche Kredite aufgenommen hatten, mussten im früheren Bundesgebiet noch mehr als 13 000 DM zurückzahlen, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es gut 7 000 DM.

Während immerhin die überwiegende Zahl der Rentnerhaushalte in Deutschland auf Geldvermögen zurückgreifen kann, trifft das für den Haus- und Grundbesitz nicht mehr zu.

Tabelle 4: Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte 1998 mit ausgewählten Formen der Geldanlage
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gebietsstand	Haushalte insgesamt	Haushalte mit ...					
		Bausparen	Sparguthaben	Rentenwerten	sonstigen Anlagen bei Banken/ Sparkassen	Aktien	sonstigen Wertpapieren und Vermögensbeteiligungen
		%					
	1 000						
Einpersonenrentnerhaushalte							
Früheres Bundesgebiet	4 171	14,6	76,2	6,0	28,9	8,5	12,1
Neue Länder und Berlin-Ost	1 168	10,9	75,6	4,1	27,3	3,3	8,9
Zweipersonenrentnerhaushalte							
Früheres Bundesgebiet	3 398	27,0	84,3	9,7	39,3	16,1	18,9
Neue Länder und Berlin-Ost	1 042	23,4	85,0	9,7	39,0	7,7	16,7

Tabelle 5 zeigt¹⁰⁾, dass von 100 Einpersonenrentnerhaushalten im früheren Bundesgebiet lediglich 17 Einfamilienhäuser bzw. 9 Eigentumswohnungen hatten; in den neuen Ländern und Berlin-Ost besaßen gar nur 6 Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen gehörten so gut wie nicht zum Besitz. Auch wenn die Weitergabe dieser Besitztümer an Jüngere durch vorzeitiges Vererben berücksichtigt wird, sind die in der EVS gefundenen Werte so niedrig, dass die allgemein verbreitete These von der Alterssicherung durch Immobilienvermögen für die hier betrachteten Personengruppen hinterfragt werden sollte. Der gesamte Haus- und Grundbesitz wurde von den 1,5 Mill. Einpersonenrentnerhaushalten (West: 1,4 Mill.; Ost: 0,1 Mill.) mit einem Verkehrswert von durchschnittlich gut 340 000 DM im früheren Bundesgebiet und 125 000 DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost angegeben. Nur dieser Teil der Haushalte könnte unter Abzug noch bestehender Hypothekenschulden (West: 13 800 DM im

Durchschnitt aller Haushalte bzw. 73 900 DM bei den Betroffenen; Ost: 7 600 DM bzw. 41 400 DM) bei Notwendigkeit gegebenenfalls durch Verkauf das Alterseinkommen aufbessern. Günstiger ist die Lage bei den Zweipersonenrentnerhaushalten. Immerhin 60 % dieser Haushalte hatte im Januar 1998 im früheren Bundesgebiet Haus- und Grundbesitz, 41% Einfamilienhäuser und 9,5% Eigentumswohnungen. Der angegebene Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes belief sich für diese fast 2 Mill. Haushalte im Schnitt auf gut 419 000 DM. In den neuen Ländern hatten dagegen nur 35 vom Hundert der Zweipersonenrentnerhaushalte Haus- und Grundbesitz, der durchschnittliche Verkehrswert betrug rund 169 400 DM. 21% der Zweipersonenrentnerhaushalte in den neuen Ländern besaßen im Januar 1998 Einfamilienhäuser, nicht einmal 2% Eigentumswohnungen. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Haus- und Grundbesitz für die überwiegende Zahl von Ein- und Zweipersonenrent-

Tabelle 5: Private Haushalte¹⁾ mit Haus- und Grundbesitz am 1. Januar 1998
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte insgesamt		Einpersonenrentnerhaushalte		Zweipersonenrentnerhaushalte	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	54 928	13 935	3 689	1 205	5 612	2 401
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	29 921	6 783	4 342	1 147	3 280	1 010
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz (1 000)	14 303	2 261	1 383	141	1 968	352
(%)	47,8	33,3	31,9	12,3	60,0	34,9
dar.: mit unbebauten Grundstücken (1 000)	1 424	326	128	(24)	179	51
(%)	4,8	4,8	2,9	(2,7)	5,5	5,0
und zwar geerbt und geschenkt	826	171	(94)	/	109	(29)
mit Einfamilienhäusern (1 000)	8 711	1 364	750	(69)	1 344	209
(%)	29,1	20,1	17,3	(6,0)	41,0	20,7
und zwar geerbt und geschenkt	1 439	373	156	(25)	223	73
mit Eigentumswohnungen (1 000)	3 592	203	380	/	311	(18)
(%)	12,0	3,0	8,8	/	9,5	(1,8)
und zwar geerbt und geschenkt (1 000)	236	/	(20)	-	(23)	/
Durchschnittswert je Haushalt mit Haus- und Grundbesitz DM						
Einheitswert ²⁾	46 611	19 311	34 861	10 104	44 257	13 753
Verkehrswert ³⁾	467 057	231 268	340 768	125 032	419 121	169 362
Restschuld	83 790	56 115	13 836	(7 576)	17 683	10 152
Restschuld je Haushalt mit Restschuld	154 322	111 902	73 886	(41 356)	87 972	43 242

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Stand: Letzter Einheitswertbescheid. – 3) Geschätzte Werte.

10) Den folgenden Betrachtungen liegen die veröffentlichten Ergebnisse des Einführungsinterviews zum 1. Januar 1998 zugrunde. Der Datenbestand enthält demzufolge noch die originären Daten der Haushalte, die im Erhebungsjahr ausgeschieden sind. Weiterhin spiegeln die Ergebnisse die Wirkungen aus der Hochrechnung wider, die sich aus der Verwendung der Angaben des Mikrozensus aus dem Jahr 1997 ergeben, da zum damaligen Zeitpunkt diejenigen des Jahres 1998 noch nicht vorlagen. Die Präzision, die durch das Zusammenführen nur derjenigen Haushalte, die am Einführungsinterview teilgenommen hatten, mit denjenigen, die dann auch das Haushaltsbuch geführt haben, erreicht werden könnte, und eine erneute Hochrechnung bringen für die hier vorgenommene Untersuchung keine grundsätzlich anderen Erkenntnisse. Sie wären infolge des damit verbundenen Aufwandes eigentlich nur vertretbar, wenn Beziehungen der Besitzverhältnisse nach fein abgegrenzten Einkommensklassen zu untersuchen wären.

nerhaushalten keine Quelle für Einkommen oder Nutzwert für preisgünstigeres Wohnen im Alter ist.

Wie kommen Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte mit ihrem Einkommen aus?

Einkommen und Vermögen als Indikatoren für sich betrachtet geben zwar einen partiellen Einblick in die materielle Lebenslage von Haushalten. Um das Bild zu vervollständigen, sollte betrachtet werden, wofür das erworbene Einkommen verwendet wird, inwieweit es die Haushalte in die Lage versetzt, einen ausreichenden privaten Konsum zu finanzieren und eventuell noch zu sparen. Daraus lassen sich auch Rückschlüsse auf die Wohlfahrtsposition von Altersruhegeldempfängern ziehen. Aus der Anhangtabelle 1 auf S. 565 lässt sich entnehmen, dass Rentnerhaushalte im Schnitt 1998 mehr Geld für den privaten Konsum ausgaben als 1993. Dabei steigerten Zweipersonenhaushalte ihre Ausgaben (absolut und relativ) stärker als Einpersonenhaushalte. Der Abstand in der Ausgabenhöhe zwischen Ost und West hat sich im Zeitverlauf verringert. Während Einpersonenhaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1993 mit monatlich 1 435 DM Ausgaben für den privaten Konsum 70,3% des Betrages erreichten, den diese Haushalte im früheren Bundesgebiet ausgaben (2 042 DM), verringerte sich die Differenz 1998 auf 77,3% (West: 2 438 DM; Ost: 1 885 DM). Auch bei den Zweipersonenrentnerhaushalten ist diese Entwicklung zu beobachten, wobei hier die Unterschiede zwischen Ost und West kleiner waren. 1993 erreichten die ostdeutschen Haushalte 73,3% des Ausgabenniveaus der westdeutschen Haushalte, 1998 waren es fast 81%. Inwieweit die Ausgabensteigerungen Folge des allgemeinen Preisauftriebs sind oder ihnen veränderte Verbrauchsgewohnheiten zugrunde liegen, wäre noch gesondert zu untersuchen. Es fällt auf, dass besonders die Ausgaben für die Gesundheitspflege, für Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie für das Wohnen zwischen 1993 und 1998 stark gestiegen sind. Einpersonenhaushalte mussten im früheren Bundesgebiet 1998 monatlich 277 DM mehr für das Wohnen (Miete, Energie und Wohnungsinstandhaltung) ausgeben als 1993. Diese Ausgabenposition machte 1998 mehr als 41% der privaten Konsumausgaben aus. In den neuen Ländern und Berlin-Ost belief sich die Ausgabensteigerung auf 239 DM. Die Wohnungsmiete unterschied sich sowohl nach der absoluten Höhe als auch dem Anteil an den privaten Konsumausgaben in Ost- und Westdeutschland. Einpersonenhaushalte wandten im früheren Bundesgebiet für Wohnungsmiete monatlich 782 DM auf (rund 32% der privaten Konsumausgaben), in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 508 DM (27%). Ursachen dieses Unterschieds sind zum Teil noch etwas niedrigere Mietzahlungen, geringere Wohnungsgrößen und ein niedrigerer Anteil an Eigentümerhaushalten in den neuen Ländern. So lebten Einpersonenhaushalte im früheren Bundesgebiet am 1. Januar 1998 in Wohnungen mit durchschnittlich 72,3 m² Wohnfläche, in den neuen Län-

dern betrug die durchschnittliche Wohnfläche der Einpersonenhaushalte 53,6 m². Zweipersonenrentnerhaushalte nutzten Wohnungen von 99,3 m² im Westen bzw. 70,5 m² im Osten.¹¹⁾ Größere Unterschiede waren auch bei den Verkehrsausgaben zu beobachten. Im früheren Bundesgebiet gaben Einpersonenhaushalte 1998 monatlich 156 DM aus, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 83 DM. Die Ursache dieses Unterschieds liegt wohl im Besitz von Personenkraftwagen. Während im früheren Bundesgebiet 35 von 100 Einpersonenhaushalten mindestens ein Auto besaßen, traf dies in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur für rund 16 von 100 dieser Haushalte zu.¹²⁾ Die Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen zur Personenbeförderung waren dagegen mit 45 bzw. 47 DM je Haushalt und Monat bei Rentnerinnen und Rentnern in Ost und West nahezu gleich.

Ebenso wie bei den Einpersonenhaushalten erhöhten sich auch bei den Zweipersonenrentnerhaushalten die Ausgaben für Gesundheitspflege, für das Wohnen und für Freizeit, Unterhaltung und Kultur 1998, verglichen mit 1993, beträchtlich. So stiegen die Ausgaben für Gesundheitspflege bei den Zweipersonenrentnerhaushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost von monatlich 71 DM (1993) auf 130 DM (1998), für das Wohnen von 635 auf 1 019 DM sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur von 278 auf 439 DM.

Unterschiedliche Ausgabenstruktur bei allein lebenden Rentnerinnen und Rentnern

Männer und Frauen präferierten – wie Anhangtabelle 2 auf S. 566 zeigt – beim Kauf von Waren unterschiedliche Güter. Das gilt auch für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen. So gaben allein lebende Rentner bedeutend mehr Geld für den individuellen Verkehr, zum Beispiel für den Kauf, die Erhaltung und die Nutzung von Kraftwagen, aus als allein lebende Rentnerinnen. Allein lebende Rentner im früheren Bundesgebiet setzten dafür monatlich 230 DM ihres Budgets ein (neue Länder und Berlin-Ost: 132 DM), das waren 8,8 bzw. 6,5% der privaten Konsumausgaben. Allein lebende Rentnerinnen gaben dafür lediglich 82 bzw. 19 DM aus. Des Weiteren speisten Rentner offensichtlich häufiger in Restaurants, Cafés u. Ä. als Rentnerinnen. Für Essen und Trinken außer Haus gaben allein lebende Rentner 1998 pro Monat im früheren Bundesgebiet 126 DM aus (neue Länder und Berlin-Ost: 94 DM). Allein lebende Rentnerinnen wendeten dafür lediglich 66 bzw. 45 DM auf. Auch die Wohnungsmieten allein lebender Rentner lagen im Schnitt im früheren Bundesgebiet 81 DM über den Beträgen, die allein lebende Rentnerinnen dafür zahlten (neue Länder und Berlin-Ost: 42 DM). Dagegen gaben Frauen mehr Geld als Männer für Bekleidung, für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, zum Beispiel für Friseur, Kosmetik, sowie den Kauf von Körperpflegeartikeln aus, und zwar 1998 monatlich 193 DM im früheren Bundesgebiet und 156 DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Allein lebende Rentner verwendeten dafür lediglich 106 bzw. 103 DM.

11) Siehe Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Sonderheft 1 „Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte“, S. 104 und 172.

12) Siehe Fachserie 15, EVS 1998, Heft 1 „Langlebige Gebrauchsgüter privater Haushalte“, S. 71 und 207.

Verteilung von Einkommen und Vermögen bei Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens

Die bisherigen Betrachtungen der Alterseinkünfte der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte führten im Kontext mit den Ausgaben für den privaten Konsum und den übrigen Ausgaben (z. B. für Versicherungen) zunächst zu der Erkenntnis, dass die Versorgungssituation dieser Haushalte 1998 insgesamt nicht prekär sein kann. Die Einschätzung wird u. a. auch dadurch gestützt, dass diese Haushalte noch sparten. Allerdings war die Sparquote 1998 – verglichen mit 1993 – erheblich niedriger, die monatlich zurückgelegten Beträge waren teilweise sehr klein. Beispielsweise sparten allein lebende Rentnerinnen im Osten Deutschlands monatlich im Schnitt 32 DM. Nun haben aber die bisher betrachteten Mittelwerte als Summe aller Ausprägungen eines Merkmals dividiert durch ihre Anzahl (arithmetisches Mittel) neben

ihrem Vorzug, dass sie einfach zu berechnen und von jedermann zu verstehen sind, auch Eigenschaften, die durchaus als Nachteil bezeichnet werden können. Mittelwerte repräsentieren die statistische Masse umso besser, je geringer die Streuung ist. Sie reagieren allerdings stark auf Änderungen im oberen Bereich der Verteilung. Einblicke in die Verteilung sind u. a. durch die Dezilbetrachtung möglich.¹³⁾

Wie sich die Haushaltsnettoeinkommen zwischen den einzelnen Gruppen der Einpersonrentnerhaushalte auseinander entwickeln, zeigt Tabelle 6.

Haushalte der ersten Dezilgruppe hatten im früheren Bundesgebiet 1998 ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von 1218 DM. Über den fünffachen Betrag, nämlich 6095 DM pro Monat, konnten Einpersonrentnerhaushalte der letzten Dezilgruppe verfügen. 1993 waren diese Unterschiede noch nicht so stark ausgeprägt. Einpersonrentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe kamen damals auf 1116 DM, die der letzten Dezilgruppe hatten das 4,5fache, das waren 4982 DM.

Tabelle 6: Haushaltsnettoeinkommen in Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten¹⁾ nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

... Dezilgruppe	Früheres Bundesgebiet					Neue Länder und Berlin-Ost				
	Hochgerechnete Haushalte		Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt und Monat		Anteil 1998 am Haushaltsnettoeinkommen aller Haushalte des jeweiligen Typs	Hochgerechnete Haushalte		Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt und Monat		Anteil 1998 am Haushaltsnettoeinkommen aller Haushalte des jeweiligen Typs
	1993 ²⁾	1998	1993 ²⁾	1998		1993 ²⁾	1998	1993 ²⁾	1998	
	1 000		DM		%	1 000		DM		%
Einpersonrentnerhaushalte										
1.	398	417	1 116	1 218	4,3	(102)	(117)	(975)	(1 108)	(5,3)
2.	400	419	1 431	1 565	5,6	(102)	117	(1 175)	1 344	6,5
3.	397	417	1 652	1 827	6,5	(102)	(118)	(1 317)	(1 527)	7,4
4.	393	419	1 867	2 088	7,5	(100)	(117)	(1 445)	(1 730)	8,3
5.	399	413	2 069	2 327	8,2	(104)	118	(1 556)	1 897	9,2
6.	399	418	2 296	2 598	9,3	(100)	116	(1 658)	2 061	9,9
7.	397	419	2 564	2 958	10,6	(100)	116	(1 740)	2 256	10,8
8.	398	416	2 903	3 367	12,0	(102)	117	(1 866)	2 457	11,8
9.	397	416	3 389	3 970	14,1	(102)	117	(2 027)	2 756	13,3
10.	399	418	4 982	6 095	21,8	(102)	116	(2 734)	3 612	17,3
insgesamt	3 977	4 171	2 427	2 801	100	1 015	1 168	1 649	2 074	100
10./1. Dezil	X	X	4,5	5,0	X	X	X	2,8	3,3	X
Zweipersonrentnerhaushalte										
1.	322	342	1 997	2 196	4,8	(59)	(104)	(1 916)	(2 171)	(5,9)
2.	324	338	2 556	2 835	6,1	(61)	105	(2 177)	2 709	7,4
3.	323	340	2 887	3 258	7,1	60	106	2 348	3 009	8,2
4.	323	340	3 188	3 630	7,9	60	102	2 484	3 257	8,6
5.	322	340	3 505	3 975	8,6	60	105	2 657	3 498	9,5
6.	323	339	3 841	4 367	9,4	60	104	2 829	3 718	10,0
7.	323	339	4 229	4 831	10,4	60	104	2 985	3 943	10,6
8.	322	340	4 763	5 428	11,8	60	105	3 198	4 236	11,5
9.	324	339	5 573	6 332	13,7	63	104	3 521	4 663	12,5
10.	323	340	8 474	9 331	20,2	57	104	4 489	5 854	15,8
insgesamt	3 228	3 398	4 102	4 618	100	601	1 402	2 855	3 705	100
10./1. Dezil	X	X	4,2	4,2	X	X	X	2,3	2,7	X

1) Ohne Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Daten von 1993 wurden an die Systematik 1998 angepasst.

13) Für die folgende Untersuchung sind jeweils gesondert für die Ein- und Zweipersonrentnerhaushalte in Ost und West die Haushalte in aufsteigender Reihenfolge ihres Haushaltsnettoeinkommens sortiert worden. Anschließend wurde nach jeweils 10% der Haushalte das vorgefundene Haushaltsnettoeinkommen festgestellt (im Folgenden Obergrenze genannt). Für die Auswertung wurden von allen Haushalten der genannten Gruppen, deren Haushaltsnettoeinkommen ≤ der Obergrenze der ersten 10% war, das arithmetische Mittel als Wert der ersten Dezilgruppe gebildet. Das arithmetische Mittel der Haushaltsnettoeinkommen derjenigen Haushalte, deren Haushaltsnettoeinkommen ≤ Obergrenze der zweiten 10% war, bildet die Werte der zweiten Dezilgruppe usw. Da es in der Praxis vorkommt, dass Haushalte mit gleichem Haushaltsnettoeinkommen sowohl unter als auch über den jeweils 10% der Haushalte liegen können, wurden sie einheitlich in die niedrigere Gruppe eingeordnet. So erklären sich auch geringfügige Abweichungen in der Zahl der ausgewiesenen, hochgerechneten Haushalte.

Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost haben die Einkommensunterschiede zwischen 1993 und 1998 weiter zugenommen. Während Einpersonrentnerhaushalte der letzten Dezilgruppe 1993 pro Monat 2 734 DM Haushaltsnettoeinkommen und damit 2,8-mal so viel wie Haushalte der ersten Dezilgruppe (975 DM) hatten, war es 1998 bereits das 3,3fache (1 108 bzw. 3 612 DM).

Bezogen auf das gesamte Haushaltsnettoeinkommen aller Einpersonrentnerhaushalte flossen denen der ersten Dezilgruppe 1998 nur 4,3% im Westen bzw. 5,3% im Osten zu. Dagegen konzentrierten die obersten 10% der Haushalte 21,8 bzw. 17,3% der gesamten Nettoein-

kommen dieses Haushaltstyps auf sich. Wird von der in den Sozialwissenschaften herausgebildeten Konvention ausgegangen, Einkommensarmut dann zu konstatieren, wenn das Nettoeinkommen der jeweiligen Person weniger als die Hälfte des Durchschnitts aller Gesellschaftsmitglieder beträgt, so erreichten 15,8% der Rentnerhaushalte in Deutschland, das waren 1,6 Mill. Haushalte (errechnetes Nettoäquivalenzeinkommen auf der Basis der modifizierten OECD-Skala), weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens aller Haushalte.¹⁴⁾ Darunter fanden sich rund 1,3 Mill. Einpersonrentnerhaushalte in Deutschland, die von Armut betroffen waren. Die Dezilbetrachtungen der Haushaltsnettoein-

Tabelle 7: Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden in ausgewählten Rentnerhaushalten¹⁾ 1998 nach Dezilen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Haushalte des ... Dezils	Einpersonrentnerhaushalte		Dar.: allein lebende Rentnerinnen		Zweipersonrentnerhaushalte	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Geldvermögen je Haushalt						
1.	13 131	(7 317)	14 089	(7 687)	38 590	(16 130)
2.	13 061	(9 280)	11 964	(8 423)	42 906	24 200
3.	20 251	(10 921)	20 023	(12 034)	44 852	26 469
4.	23 909	(11 451)	25 317	(11 741)	52 306	35 280
5.	23 180	(19 867)	23 485	(16 967)	54 122	33 500
6.	32 361	16 274	31 699	(16 876)	63 419	37 087
7.	42 253	20 779	38 515	(18 216)	71 094	42 508
8.	45 568	23 526	43 332	20 636	98 728	42 865
9.	70 929	25 826	61 763	25 023	115 117	51 315
10.	128 118	34 409	114 735	31 926	221 660	75 723
insgesamt	41 283	17 957	38 505	16 931	80 287	38 480
10./1. Dezil	9,8	4,7	8,1	4,2	5,7	4,7
Konsumentenkreditschulden je Haushalt in DM						
1.	231/	217/	107/	19/	215/	286/
2.	154/	96/	52/	132/	464/	318/
3.	379/	58/	252/	65/	581/	651/
4.	(553)	27/	280/	25/	(850)	1 011
5.	(608)	28/	555/	13/	(371)	1 012
6.	297/	170/	437/	110/	(1 515)	(939)
7.	189/	475/	111/	468/	(934)	(767)
8.	401/	199/	101/	136/	(1 375)	(986)
9.	307/	307/	630/	269/	(561)	(1 157)
10.	(1 031)	582/	469/	545/	(1 588)	(1 035)
insgesamt	415	215	299	(178)	845	815
10./1. Dezil	4,5	2,7	4,4	28,7	7,4	3,6
Nettogeldvermögen je Haushalt in DM						
1.	12 900	(7 100)	13 983	(7 668)	38 375	(15 843)
2.	12 907	9 185	11 912	(8 291)	42 442	23 882
3.	19 872	(10 864)	19 771	(11 969)	44 271	25 818
4.	23 356	(11 424)	25 037	(11 716)	51 456	34 268
5.	22 572	19 840	22 930	(16 954)	53 751	32 488
6.	32 064	16 104	31 263	(16 766)	61 904	36 149
7.	42 064	20 305	38 404	17 748	70 160	41 741
8.	45 167	23 328	43 230	20 500	97 353	41 879
9.	70 622	25 519	61 133	24 754	114 557	50 158
10.	127 087	33 827	114 266	31 381	220 072	74 688
insgesamt	40 868	17 741	38 206	16 753	79 442	37 665
10./1. Dezil	9,9	4,8	8,2	4,1	5,7	4,7
nachrichtlich: Anteil der Haushalte ohne Geldvermögen an den Haushalten des jeweiligen Dezils in %						
1.	28,8	22,2	22,4	20,6	14,0	10,6
2.	18,9	17,1	19,0	17,6	5,0	9,5
3.	17,0	11,9	13,8	9,4	2,9	6,6
4.	14,3	12,8	13,2	16,0	3,2	2,0
5.	12,1	11,0	11,6	7,0	2,4	/
6.	6,5	12,9	6,3	12,1	4,4	1,9
7.	8,6	8,6	6,3	15,0	3,2	2,9
8.	5,3	9,4	5,7	10,0	1,5	1,0
9.	5,3	3,4	4,2	1,0	2,1	2,9
10.	0,7	6,9	1,2	7,1	0,6	1,0
insgesamt	11,8	11,6	10,4	11,6	3,9	3,7

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
Anmerkung: Zahlenwerte, die zusätzlich mit „/“ ausgewiesen werden, sollten mit Vorsicht interpretiert werden, da sie sich auf Angaben von weniger als 25 befragten Haushalten beziehen.

14) Siehe Münnich, M.: „Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 1“ in WiSta 9/2000, S. 686 ff.

kommen der Einpersonenrentnerhaushalte ergeben, dass von den rund 5,3 Mill. Einpersonenrentnerhaushalten in Deutschland noch gut eine halbe Million ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen hatte, das weniger als die Hälfte des gruppenspezifischen Durchschnitts aller Einpersonenrentnerhaushalte betrug. Dieser Durchschnitt lag 1998 bei 2 641 DM.¹⁵⁾

Weitaus ungleicher als die Einkommen sind die Geldvermögen verteilt. Einpersonenrentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe kamen – siehe Tabelle 7 – 1998 im früheren Bundesgebiet im Schnitt auf 12 900 DM Nettogeldvermögen (Geldvermögen brutto abzüglich Konsumentenkreditschulden). Dagegen nannten Haushalte der zehnten Dezilgruppe mit 127 000 DM fast den zehnfachen Betrag ihr Eigen. Lediglich auf 7 100 DM konnten Einpersonenrentnerhaushalte der untersten Dezilgruppe in den neuen Ländern und Berlin-Ost zurückgreifen, Haushalte der obersten Dezilgruppe hatten mit rund 33 800 DM 4,8-mal so viel. Diese Summe entsprach ungefähr der, die Einpersonenrentnerhaushalte der sechsten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet im Schnitt besaßen. Vermutlich verstärkten sich diese Disparitäten, wenn in Pflege- und Altersheimen lebende Personen mit einbezogen wären. Nach Angaben des Mikrozensus lebten 1998 gut 580 000 Personen, die 60 Jahre und älter waren, in Gemeinschaftsunterkünften (Hauptwohnsitz).

Anhangtabelle 3 auf S. 567 gibt einen Überblick über die Verteilung der Geldvermögen nach ausgewählten Anlageformen. Einpersonenrentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe hatten in Ost und West ihre geringen Geld-

vermögen vorwiegend als Sparguthaben oder sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen angelegt. Auf Guthaben aus Lebensversicherungen u. Ä. konnten rund 23% dieser Haushalte im früheren Bundesgebiet, aber nur rund 13% in den neuen Ländern und Berlin-Ost rechnen. Die Beträge für die betroffenen Haushalte beliefen sich auf 5 692 bzw. 3 799 DM. Kein ostdeutscher Einpersonenrentnerhaushalt der ersten Dezilgruppe hatte ein Aktiendepot, im Westen 2,2% dieser Haushalte. Von den Einpersonenrentnerhaushalten der zehnten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet besaßen fast 28% der Haushalte Aktien. Dahinter verbarg sich immerhin für die betroffenen Haushalte ein Betrag von mehr als 89 000 DM. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 11,2% der Haushalte, die allerdings nur gut 14 100 DM angelegt hatten.

Bei der Betrachtung der Tabelle 8 fällt ins Auge, dass Haushalte der unteren drei sowie der fünften Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet im Schnitt monatlich mehr Geld ausgaben, als sie einnahmen. Beispielsweise verwendeten 1998 Einpersonenrentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet, die im Schnitt mit einem Nettoeinkommen von 1 218 DM (1 229 DM ausgabefähige Einkommen und Einnahmen) wirtschaften mussten, für den Konsum 1 252 DM. Für übrige Ausgaben, wozu u. a. Versicherungsbeiträge und Steuern sowie Unterhaltleistungen und Geldgeschenke gehören, setzten diese Haushalte 71 DM ein. So entstand ein Budgetdefizit von 60 DM. Zu seiner Deckung wurden u. a. Konsumentenkredite aufgenommen. Zu den Befragungszeitpunkten waren im Schnitt aller Haushalte noch 231

Tabelle 8: Einkommen, Ausgaben und Geldvermögen der Einpersonenrentnerhaushalte¹⁾ 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Haushalte des ... Dezils	Haushalte	Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	Private Konsumausgaben	Übrige Ausgaben ²⁾	Ersparnis	Geldvermögen je Haushalt	
						brutto	netto
	1 000	DM je Haushalt und Monat				DM	
Früheres Bundesgebiet							
1.	417	1 229	1 252	71	- 60	13 131	12 900
2.	419	1 581	1 642	111	- 108	13 061	12 907
3.	417	1 839	1 787	150	- 33	20 251	19 872
4.	419	2 100	1 984	159	5	23 909	23 356
5.	413	2 347	2 232	311	- 167	23 180	22 572
6.	418	2 637	2 309	301	61	32 361	32 064
7.	419	2 983	2 661	355	3	42 253	42 064
8.	416	3 386	2 867	410	152	45 568	45 167
9.	416	4 030	3 288	547	269	70 929	70 622
10.	418	6 170	4 358	886	898	128 118	127 087
insgesamt	4 171	2 830	2 438	330	102	41 283	40 868
10./1.Dezil	X	5,0	3,5	12,5	X	9,8	9,9
Neue Länder und Berlin-Ost							
1.	117	1 109	1 086	49	- 4	(7 317)	(7 100)
2.	117	1 355	1 324	83	8	(9 280)	9 185
3.	118	1 532	1 442	107	37	(10 921)	(10 864)
4.	117	1 742	1 674	88	40	(11 451)	(11 424)
5.	118	1 909	1 766	160	12	(19 867)	19 840
6.	116	2 070	2 014	178	8	16 274	16 104
7.	116	2 286	2 117	227	- 44	20 779	20 305
8.	117	2 478	2 189	223	128	23 526	23 328
9.	117	2 778	2 293	460	64	25 826	25 519
10.	116	3 653	2 954	387	416	34 409	33 827
insgesamt	1 168	2 090	1 885	195	66	17 957	17 741
10./1.Dezil	X	3,3	2,7	7,9	X	4,7	4,8

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Die übrigen Ausgaben sind – wegen der Durchrechenbarkeit – nicht um die statistische Differenz reduziert bzw. erhöht worden.

15) Weitergehende Ausführungen zu Armutsgrenzen und Armutssmaße sind u. a. zu finden bei Hauser, R./Becker I.: „Einkommensverteilung im Querschnitt und Zeitverlauf 1973 bis 1998“, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Frankfurt a. M., 2000, S. 40 ff.

DM zurückzuzahlen. Für die betroffenen Haushalte handelte es sich um 5974 DM. Vermutlich griffen diese Haushalte auch auf Ersparnis zurück. Haben die Betroffenen während der Zeit der Erwerbstätigkeit Geldbestände anlegen und für das Alter vorsorgen können, so ist „Entsparen“ ein ganz normaler Vorgang. Wer allerdings auch während der Zeit der Erwerbstätigkeit zu den Niedrigeinkommensbeziehern gehörte – und dazu müssen offensichtlich viele Rentnerhaushalte der unteren Dezilgruppen gerechnet werden –, dessen Möglichkeiten, Rücklagen ohne Lebensstandardeinschränkungen zu bilden, waren begrenzt. Das Nettogeldvermögen der Einpersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet der ersten zwei Dezilgruppen war mit je 12900 DM auch nicht so bemessen, dass die in diesen Haushalten lebenden Personen vor den Wechselfällen des Lebens ausreichend geschützt erscheinen. Für Einpersonenrentnerhaushalte der unteren Dezilgruppe ist eine weitere Reduzierung des Konsums auch keine echte Option für die Herstellung der Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben. Wie der Anhangtabelle 4 auf S. 567 zu entnehmen ist, setzten Einpersonenrentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet für die Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse Ernährung, Wohnung, Bekleidung und Gesundheitspflege 1998 im früheren Bundesgebiet gut drei Viertel der Ausgaben für den privaten Konsum ein, das waren 941 DM. Damit waren 76,6% der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen belegt. Steigende Marktpreise, vor allem bei den Mieten, haben offensichtlich den individuellen Handlungsspielraum der Haushalte bei der Gestaltung ihrer Ausgabenstruktur eingeengt. Für alle weiteren Ausgaben blieb nur noch ein ganz geringer Dispositionsspielraum. Die damit einhergehende Bescheidenheit der Lebensführung trifft nach den Daten der EVS 1998 bei den Einpersonenrentnerhaushalten auch noch solche, die in der zweiten Dezilgruppe anzutreffen waren und ragt in Ost und West bis in die Haushalte der dritten Dezilgruppe hinein (siehe Anhangtabelle 5 auf S. 568). Zu berücksichtigen ist hierbei noch, dass Haushalte dieser Dezilgruppen relativ wenig Geld für die Gesundheitspflege ausgeben. Offensichtlich finden sich in diesen Gruppen jene Versicherten, die gemäß SGB V, § 61 vollständig von Zuzahlungen zu Arznei, Verband- und Heilmitteln sowie zu stationären Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen befreit waren. Die Befreiungsgrenze lag 1998 für Alleinstehende bei 1736 DM monatlichem Einkommen.

Weitere Verteilungsunterschiede zeigt die Anhangtabelle 6 auf S. 568. So betrug das Haushaltsnettoeinkommen bei allein lebenden Rentnerinnen 1998 bei den Haushalten der ersten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet 1214 DM, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 1090 DM. Allein lebenden Rentnerinnen der zehnten Dezilgruppe stand dagegen im Westen der 4,7fache Betrag zur Verfügung, das waren 5743 DM (Ost: das 3,2fache bzw. 3471 DM). Die Ungleichverteilung der Einkommen war bei den allein lebenden Rentnern größer.¹⁶⁾ So hatte die erste Dezilgruppe 1998 im früheren Bundesgebiet ein Haushaltsnettoeinkommen von 1235 DM, dagegen konnten allein lebende Rentner der letzten Dezilgruppe mit mehr als 7200 DM monatlich wirtschaften,

das war fast 6-mal so viel wie das, womit Haushalte der ersten Dezilgruppe auskommen mussten. Wie nicht anders zu erwarten, sind die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern beim Geldvermögen erheblich größer als beim Einkommen. Allein lebende Rentnerinnen der ersten Dezilgruppe besaßen im früheren Bundesgebiet 1998 Geldvermögen (netto) von rund 14000 DM, Haushalte der zehnten Dezilgruppe konnten auf den 8,2fachen Betrag, nämlich 114270 DM zurückgreifen. Bei den allein lebenden Rentnern klafften diese Daten noch stärker auseinander, wobei eine bestimmte Vorsicht bei der Interpretation geboten ist, weil der Stichprobenumfang gering war. Im früheren Bundesgebiet besaßen diese Haushalte der ersten Dezilgruppe 1998 Nettogeldvermögen je Haushalt von rund 9900 DM, also weniger als die Rentnerinnen dieser Gruppe. Dagegen hatten allein lebende Rentner der zehnten Dezilgruppe mehr als 186000 DM Geldvermögen.

Das Phänomen, dass allein lebende Rentner der ersten Dezilgruppe im Schnitt je Haushalt ein geringeres Geldvermögen besaßen als Rentnerinnen dieser Gruppe, war auch im Osten zu beobachten. Allein lebende Rentnerinnen im Osten hatten – verglichen mit denen im Westen – in allen Dezilgruppen erheblich niedrigere Geldvermögen, die Unterschiede zwischen der ersten Dezilgruppe (Nettogeldvermögen je Haushalt rund 7700 DM) und der zehnten Dezilgruppe (24750 DM), waren mit dem vierfachen Betrag jedoch beträchtlich kleiner.

Einen Überblick über die Ausgaben für den privaten Konsum nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens für allein lebende Rentnerinnen im früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost geben die Anhangtabellen 7 und 8 auf S. 569. Haushalte der ersten Dezilgruppe gaben 1998 rund ein Fünftel der privaten Konsumausgaben für Ernährung aus. Der größte Posten sind die Ausgaben für das Wohnen, die im früheren Bundesgebiet – von zwei Ausnahmen abgesehen – in allen Dezilgruppen über 40% des privaten Konsums ausmachten, in der ersten Dezilgruppe bereits 48,3%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost mussten allein lebende Rentnerinnen der untersten drei Dezilgruppen – trotz der durchschnittlich geringeren Wohnfläche – dafür ebenfalls mehr als 40% der privaten Konsumausgaben aufwenden.

Wie Tabelle 6 zeigt, konnten Zweipersonenrentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe 1998 im früheren Bundesgebiet über 2196 DM Nettoeinkommen verfügen, das waren 1,8-mal so viel, wie Einpersonenhaushalte dieser Gruppe hatten. Dagegen beliefen sich die Nettoeinkommen der Haushalte der zehnten Dezilgruppe auf 9331 DM. Dies war der 4,2fache Betrag, über den Haushalte der ersten Dezilgruppe verfügen konnten. Weniger ungleich waren die Nettoeinkommen zwischen den Zweipersonenrentnerhaushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost verteilt. Haushalte der ersten Dezilgruppe hatten 2171 DM Nettoeinkommen, die der zehnten Dezilgruppe 2,7-mal so viel, das waren 5854 DM.

16) Die Dezilangaben für allein lebende Männer (früheres Bundesgebiet) sind wegen des bereits sehr umfangreichen Tabellenteils hier nicht beigefügt. Sie können bei Bedarf jederzeit im Statistischen Bundesamt, Zweigstelle Bonn, angefordert werden.

Tabelle 9: Einkommen, Ausgaben und Geldvermögen der Zweipersonenrentnerhaushalte 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Haushalte des ... Dezils	Haushalte	Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	Private Konsumausgaben	Übrige Ausgaben	Ersparnis	Geldvermögen je Haushalt	
						brutto	netto
	1 000	DM je Haushalt ¹⁾ und Monat				DM	
Früheres Bundesgebiet							
1.	342	2 243	2 361	188	- 231	38 590	38 375
2.	338	2 844	2 724	242	- 2	42 906	42 442
3.	340	3 297	3 261	322	- 159	44 852	44 271
4.	340	3 680	3 464	353	- 85	52 306	51 456
5.	340	4 063	3 750	401	- 32	54 112	53 751
6.	339	4 427	4 115	411	- 11	63 419	61 904
7.	339	4 895	4 212	589	155	71 094	70 160
8.	340	5 646	4 778	616	305	98 728	97 353
9.	339	6 524	5 287	982	352	115 117	114 557
10.	340	9 491	6 717	1 499	1 270	221 660	220 072
insgesamt	3 398	4 711	4 067	560	156	80 287	79 442
10./1.Dezil	X	4,2	2,8	8,0	X	5,7	5,7
Neue Länder und Berlin-Ost							
1.	104	2 187	2 365	159	- 262	(16 130)	(16 039)
2.	105	2 734	2 577	197	54	24 200	24 276
3.	106	3 044	2 831	208	127	26 631	26 299
4.	102	3 310	2 735	343	353	35 364	34 723
5.	105	3 555	3 376	318	- 31	33 946	32 921
6.	104	3 824	3 522	336	73	37 087	36 744
7.	104	4 048	3 556	354	160	42 664	41 895
8.	105	4 321	3 635	324	408	43 035	42 392
9.	104	4 733	3 915	407	432	51 532	50 626
10.	104	6 001	4 411	590	1 046	75 917	75 389
insgesamt	1 042	3 774	3 292	323	235	38 683	38 137
10./1.Dezil	X	2,7	1,9	3,7	X	4,7	4,7

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Insgesamt kann die Einkommenslage der Zweipersonenrentnerhaushalte – bei aller Streuung der Nettoeinkommen – als gut bezeichnet werden. Ausgenommen bleiben davon Haushalte, deren Nettoeinkommen weniger als die Hälfte des Durchschnitts des Einkommens des Haushaltstyps ausmachten. 1998 waren in Ost und West jeweils etwa 10% der Haushalte betroffen. Es fällt auf (siehe Tabelle 9), dass Zweipersonenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet bis zur sechsten Dezilgruppe, in den neuen Ländern und Berlin-Ost in der ersten sowie der fünften Dezilgruppe, keine Balance zwischen den laufenden monatlichen Einnahmen und den Ausgaben herstellen konnten. Sie bestritten den Lebensunterhalt offensichtlich unter Zuhilfenahme von Konsumentenkrediten bzw. verzehrten Geldvermögen. Nach überschlägigen Berechnungen kann die Höhe dieser Bestände in den hier betrachteten Haushalten das jetzige Konsumniveau für einen längeren Zeitraum sichern, falls nicht durch Krankheit, hohe Inflation oder andere Unwägbarkeiten sich die Lebensumstände entscheidend verändern. Verglichen mit den Einpersonentnerhaushalten haben Zweipersonentnerhaushalte den Vorteil, dass der fixe Anteil der Ausgaben am privaten Konsum sich nicht verdoppelt. Die gemeinsam in einem Haushalt lebenden Personen können ihre Ressourcen teilen bzw. effizienter nutzen, nicht alle Güter müssen mengenmäßig proportional mit der Personenzahl steigend gekauft werden. Bei den nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens aufbereiteten Ausgaben für den privaten Konsum sind diese Ökonomisierungseffekte allerdings für die Zweipersonentnerhaushalte, die in den neuen Ländern und Berlin-Ost in den untersten drei Dezilgruppen getroffen wurden, nicht zu beobachten. Die Aufwendungen dieser Haushalte betragen in der ersten Dezilgruppe das

2,2fache, in der zweiten Dezilgruppe gut das 1,9fache und in der dritten Dezilgruppe fast das Doppelte dessen, was Einpersonentnerhaushalte dieser Gruppen für den privaten Konsum 1998 ausgaben. Umgekehrt bestätigen diese Daten die bereits früher getroffene Folgerung der extremen Einschränkungen bei den Ausgaben für den privaten Konsum der Einpersonentnerhaushalte der unteren Dezile.

Der Anteil der Ausgaben zur Befriedigung der Grundbedürfnisse Ernähren, Wohnen, Kleiden, Gesundheitspflege machte in den Zweipersonentnerhaushalten – wie den Anhangtabellen 9 und 10 auf S. 570 entnommen werden kann – in den ersten drei Dezilgruppen im Osten Deutschlands zwischen 60 und 62% des privaten Konsums aus. Darüber hinaus schlugen Verkehrsausgaben mit anteilig 10% zu Buche. Dafür verwendeten diese Haushalte auch absolut gesehen monatlich höhere Beträge als die vergleichbaren Haushalte im früheren Bundesgebiet (Verkehrsausgaben pro Haushalt und Monat in der ersten Dezilgruppe Ost: 243 DM; West: 192 DM; zweite Dezilgruppe: 279 bzw. 187 DM). Erst ab der vierten Dezilgruppe kehrt sich die Entwicklung um. Ähnliche Tendenzen zeichnen sich auch bei den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ab, jedoch nur bei den Zweipersonentnerhaushalten der untersten zwei Dezilgruppen. Möglicherweise ist die Altersstruktur in Ost und West unterschiedlich, was noch weiter zu untersuchen wäre.

Bei den Zweipersonentnerhaushalten im früheren Bundesgebiet findet sich die geringste Streuung bei den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Haushalte der zehnten Dezilgruppe verwendeten

1998 dafür monatlich 700 DM. Das war der 1,4fache Betrag, den Haushalte der ersten Dezilgruppe ausgaben (491 DM). Die größte Streuung ist bei den Ausgaben für Gesundheitspflege und Verkehr festzustellen.

Beamtin/Beamter erhalten. Personen, die Pensionszahlungen im Rahmen einer betrieblichen Altersversorgung beziehen, zählen demzufolge nicht zu diesem Kreis. Solche Zahlungen gelten als Werks- bzw. Betriebsrenten.

Zum Vergleich der Datenbasis „Rentner-Ost/Rentner-West“

Die bisherigen Darlegungen beruhen auf der Analyse der Datenbestände der Erhebung, die entsprechend den in der Vorbemerkung angeführten methodischen Grundsätzen aufbereitet worden sind. Nun wird dem aufmerksamen Leser bereits beim Betrachten der Tabellen 1 und 2 nicht entgangen sein, dass Angaben für Haushalte, die ihre Alterseinkünfte aus Pensionen speisen, nur für das frühere Bundesgebiet vorliegen. Tatsächlich beteiligten sich an der Befragung 1998 lediglich 10 Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost, die nach den methodischen Regelungen der EVS als Haushalte von Pensionären gelten. Diese sind definiert als Bezieher von Pensionen, welche sie auf Grund eigener früherer Tätigkeit als

Die sehr geringe Teilnahme von Pensionären an der EVS 1998 in den neuen Ländern und Berlin-Ost ist keine Frage der Stichprobenziehung bzw. unterlassener Werbemaßnahmen. Dieser Sachverhalt hängt damit zusammen, dass die Statistik immer nur wirklich Vorhandenes widerspiegeln, messen, zählen und wägen kann. Bekanntlich gab es in der ehemaligen DDR kein Berufsbeamtentum. Lehrer, Akademiker, Polizisten und die dem öffentlichen Dienst vergleichbaren Mitarbeiter des Staatsapparates¹⁷⁾ gehörten zu den Angestellten. Da diese Berufsgruppen auch nach 1990 infolge Ausscheidens aus dem Arbeitsprozess wegen Alters bzw. des häufig nahtlosen Wechsels aus der „Warteschleife“ in die Arbeitslosigkeit keine Pensionen, sondern Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhielten, gehört diese Personengruppe in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu den Rentnern. Ebenso zählen dazu Apotheker, Architekten, Bauingeni-

Tabelle 10: Monatliches Einkommen, monatliche Ausgaben und Geldvermögen 1998 in Ein- und Zweipersonenhaushalten¹⁾ von Rentnern und Pensionären
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Einpersonenrentnerhaushalte			Zweipersonenrentnerhaushalte		
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Relation	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Relation
	Durchschnitt je Haushalt in DM		%	Durchschnitt je Haushalt in DM		%
Rentnerhaushalte						
Erfasste Haushalte (Anzahl)	3 262	1 167	X	5 156	2 252	X
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	4 171	1 168	X	3 398	1 042	X
Haushaltsbruttoeinkommen	2 974	2 230	75,0	4 885	3 969	81,2
darunter:						
Einnahmen aus Vermögen	515	114	22,1	1 105	346	31,3
Altersruhegeld ²⁾	2 158	1 978	91,6	3 261	3 220	98,7
Haushaltsnettoeinkommen	2 801	2 074	74,0	4 618	3 705	80,2
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen ...	2 830	2 090	73,9	4 711	3 774	80,1
Private Konsumausgaben	2 438	1 885	77,3	4 067	3 292	80,9
Übrige Ausgaben ³⁾	290	138	47,6	488	246	57,0
Ersparnis	102	66	64,7	156	235	150,6
Geldvermögen zum Quartalsende	41 283	17 957	43,5	80 287	38 480	47,9
Konsumentenkreditschulden zum Quartalsende	415	215	51,8	845	815	96,4
Nettogeldvermögen zum Quartalsende	40 868	17 741	43,4	79 442	37 665	47,4
Rentner- und Pensionärshaushalte						
Erfasste Haushalte (Anzahl)	3 690	1 167	X	6 890	2 261	X
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	4 434	1 168	X	4 154	1 045	X
Haushaltsbruttoeinkommen	3 194	2 230	69,8	5 445	3 774	73,0
darunter:						
Einnahmen aus Vermögen	540	114	21,1	1 139	346	30,4
Altersruhegeld ²⁾	2 424	1 978	81,6	3 658	3 212	87,8
Haushaltsnettoeinkommen	2 978	2 074	69,6	5 100	3 708	72,7
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen ...	3 009	2 090	69,5	5 198	3 777	72,7
Private Konsumausgaben	2 561	1 885	73,6	4 377	3 292	75,2
Übrige Ausgaben ³⁾	332	138	41,6	611	248	40,6
Ersparnis	116	66	56,9	209	236	112,9
Geldvermögen zum Quartalsende	43 988	17 957	40,8	84 942	38 486	45,3
Konsumentenkreditschulden zum Quartalsende	487	215	44,1	842	815	96,8
Nettogeldvermögen zum Quartalsende	43 501	17 741	40,8	84 101	37 670	44,8

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Das Altersruhegeld setzt sich zusammen aus: Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung, öffentlichen Pensionen, Renten der Zusatzversicherung des öffentlichen Dienstes, Werks- und Betriebsrenten. – 3) Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

17) Für diesen Personenkreis gab es ab März 1971 – ähnlich der VBL – eine freiwillige zusätzliche Altersversorgung. Dafür waren – abhängig von der Höhe des Bruttoverdienstes einschließlich Dienstaufwandsentschädigung – Beiträge zu entrichten, die beispielsweise bei einem Entgelt von über 1 500 M 3% betragen. Nach einer mindestens 15-jährigen ununterbrochenen Tätigkeit im Staatsapparat wurde Rentnerinnen/Rentnern bei einem durchschnittlichen monatlichen Bruttoverdienst bis zu 1 500 M Altersversorgung in Höhe der Differenz zwischen der Altersrente der Sozialversicherung und 90% des durchschnittlichen monatlichen Nettoverdienstes gezahlt, bei einem Bruttoverdienst von mehr als 1 500 M in Höhe von 50% des erzielten Bruttoverdienstes. Insgesamt durfte die Summe aus beiden Rentenarten (Altersrente der Sozialversicherung und der zusätzlichen Altersversorgung) 90% des durchschnittlichen monatlichen Nettoverdienstes nicht übersteigen. Anspruch auf Altersversorgung bestand für Frauen ab Vollendung des 60. Lebensjahres und für Männer ab Vollendung des 65. Lebensjahres. Ähnliche Versorgungssysteme gab es teilweise zu früheren Zeitpunkten für weitere Berufsgruppen, wie Ärzte, Lehrer, Künstler.

eure, Ärzte, Rechtsanwälte, Notare und Wirtschaftsprüfer, die im Westen als Angehörige so genannter kammerfähiger Berufe eigenständige Berufsständische Versorgungswerke haben. In diese wachsen Personen aus den neuen Bundesländern erst allmählich hinein.¹⁸⁾ Es muss davon ausgegangen werden, dass auch im Jahr 2003, bei der nächsten Erhebung, nur wenige Pensionärshaushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost anzutreffen sein werden, falls nicht in der Zwischenzeit eine größere Zahl lebensälterer Beamtinnen/Beamter aus dem früheren Bundesgebiet den Wohnsitz in die neuen Länder und Berlin-Ost verlegt hat.

Der oben angeführte Personenkreis hatte aber während der Zeit der Erwerbstätigkeit – bedingt durch die vergleichsweise höhere Qualifikation – im Allgemeinen höhere Einkommen als andere Berufsgruppen, deren Ausbildungsstand durch Berufsabschluss und nicht durch Absolvierung von Fach- und Hochschulen dominiert war. Davon wird die Höhe der Durchschnittsrente beeinflusst, auch wenn die Betroffenen gemäß Einigungsvertrag keine zusätzlichen Ansprüche aus den Sonderversorgungssystemen erhalten. Die Daten der in der EVS vertretenen Rentnerhaushalte lassen sich aus erhebungstechnischen Gründen nicht nach den beschriebenen Gesichtspunkten trennen. Möglich ist lediglich ein Vergleich der Einkünfte aller den Ein- und Zweipersonenhaushalten zufließenden Altersruhegeldern in Form von Bruttorenten der gesetzli-

chen Rentenversicherung, Pensionen, Renten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes sowie Werks- und Betriebsrenten durch das Zusammenführen der Daten von Rentnern mit denen der Pensionäre. Die vorstehende Tabelle 10 enthält dazu einige Eckdaten. Ob damit dem Anliegen einiger Nutzer besser entsprochen wird, als mit der getrennten Darstellung, hängt zweifellos vom Untersuchungsziel ab.

Zur Einkommenssituation in Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalten im früheren Bundesgebiet

Im Gegensatz zu den Rentnerhaushalten ist die soziale Gruppe der Pensionäre wesentlich kleiner. Sie umfasst 263 000 Ein- und 756 000 Zweipersonenhaushalte.

Pensionsempfänger/-innen, die allein lebten, kamen im Jahr 1998 im Schnitt auf ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 5 771 DM, das waren 17,5% mehr als 1993. Zweipersonenpensionärshaushalte erzielten ein Haushaltsnettoeinkommen von 7 264 DM. Das war – verglichen mit dem Jahr 1993 – ein Zuwachs von 20%. Die Bruttoeinkommen 1998 dieser Haushalte betragen 6 675 bzw. 7 964 DM (siehe Tabelle 11). Die Pensionen hatten

Tabelle 11: Budgets der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	1993		1998	
	Einpersonen-pensionärshaushalte	Zweipersonen-pensionärshaushalte	Einpersonen-pensionärshaushalte	Zweipersonen-pensionärshaushalte
Erfasste Haushalte	306	1 345	428	1 734
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	145	571	263	756
Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM				
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	(123)	342	(86)	361
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	618	950	933	1 288
darunter:				
aus Vermietung und Verpachtung ⁵⁾	. ⁵⁾	(173)	205
Mietwert der Eigentümerwohnung	258	458	546	846
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung ³⁾	4 933	5 385	5 367	5 907
darunter:				
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung	412	599	381	716
Öffentliche Pensionen	3 961	4 081	4 565	4 666
Renten aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	/	(24)	/	33
Renten der gesetzlichen Unfallversicherung und Kriegsofferrente	/	53	/	42
Werks- und Betriebsrente ⁵⁾	. ⁵⁾	/	(28)
Wohngeld	/	/	-	-
Haushaltsbruttoeinkommen ³⁾	5 674	6 677	6 675	7 964
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	744	566	858	579
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	(17)	57	45	121
Haushaltsnettoeinkommen ³⁾	4 912	6 054	5 771	7 264
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	28	44	(69)	121
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	4 941	6 098	5 841	7 385
Private Konsumausgaben	3 547	4 510	4 504	5 770
Übrige Ausgaben ⁴⁾	1 042	1 110	1 275	1 399
dar.: Versicherungsbeiträge	318	420	416	530
Ersparnis	352	478	340	449

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt selbst genutzter Immobilien. – 3) Daten von 1993 wurden an die Systematik 1998 angepasst. – 4) Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz. – 5) Zahlenwert 1993 wurde nicht neu berechnet.

18) Kortmann/Schatz schätzen in dem bereits zitierten Untersuchungsbericht zur Altersvorsorge in Deutschland 1996 ein, dass „der geringe Anteil der Empfänger eines Ruhegeldes der Beamtenversorgung an allen GRV-Versichertenrentnern in den neuen Bundesländern auf die restriktive Verbeamtungspolitik sowie strukturelle Gegebenheiten zurückzuführen ist. Post und Bahn verfügen nach der Privatisierung in Ostdeutschland allenfalls in Ausnahmefällen über Beamte, Lehrer wurden zumindest bis 1996 überwiegend im Angestelltenverhältnis beschäftigt, und auch im kommunalen Bereich dürften Verbeamtungen seltener sein als im Westen, insbesondere in der hier betrachteten Altersgruppe. ...“, S. 13.

daran einen Anteil von 68,4 bzw. 58,5%. Deren durchschnittliche absolute Höhe war in Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalten 1998 nahezu gleich (4565 bzw. 4666 DM), das waren 604 bzw. 585 DM mehr als 1993. Die Steigerungsraten beliefen sich auf 15,2 bzw. 14,3%. Verglichen mit den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung floss Einpersonnenpensionärshaushalten aus der Beamtenversorgung 1998 im Schnitt der 2,5fache Betrag zu, den Rentnerhaushalte erhielten, bei den Zweipersonenpensionärshaushalten war es das 1,6fache. Auch wenn man berücksichtigt, dass die Beamtenversorgung im Grunde genommen zwei Säulen der Alterssicherung umfasst, bleibt der Abstand zu den Rentnern sehr groß. Diese erheblichen Unterschiede sind darauf zurückzuführen, dass die Beamtenversorgung auf der Dauer der Ruhegehaltstfähigen Dienstzeit und der Besoldungsstufe des zuletzt innegehabten Amtes basiert. In diesem Zeitabschnitt werden in der Regel die höchsten Bezüge erreicht. Eine Begrenzung – wie bei der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Beitragsbemessungsgrenze – fehlt. Die lohn- und beitragsbezogene Rente der gesetzlichen Rentenversicherung fußt dagegen auf den individuellen Erwerbsverläufen. Dabei erhält der Versicherte Entgeltpunkte entsprechend dem Verhältnis des im jeweiligen Arbeitsjahr erzielten beitragspflichtigen Bruttojahreseinkommens im Verhältnis zum durchschnittlichen Entgelt aller Versicherten. Ein Durchschnittsverdiener bekommt damit einen Entgeltpunkt; derjenige, der auf 80% des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten kam, 0,8% Entgeltpunkte. Bis auf bestimmte Ausnahmen (z. B. Kindererziehungszeiten oder zeitlich begrenzte Ausbildungszeiten) erwächst Anspruch auf die gesetzliche Rentenversicherung nur aus den Beitragszeiten einer versicherungspflichtigen Beschäftigung. Durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit unterbrochene Erwerbsbiographien, in denen Betroffene keine Lohnersatzleistungen erhielten, begründen für diese Zeiträume gemäß Wachstums- und Beschäftigungsförderungs-gesetz keine Rentenansprüche mehr. Da Entgeltpunkte über die gesamte Phase der Erwerbstätigkeit summiert werden, gehen damit sowohl niedrige Werte, die in der Regel nach Abschluss der schulischen Ausbildung erlangt wurden, als auch höhere, aus dem Zenit der beruflichen Karriere ein.

Die überdurchschnittlichen Alterseinkommen der Pensionäre ergeben sich aber auch daraus, dass Beamte – bedingt durch zum Teil höhere Qualifikation – im Schnitt ein höheres Arbeitseinkommen erzielen als Arbeiter und Angestellte. Zudem erhalten Pensionäre jährlich eine (Weihnachts-)Zuwendung. Pensionen und Renten – so wird häufig argumentiert – seien auch deshalb nicht vergleichbar, weil erste besteuert würden, Renten jedoch nicht. Wie den Tabellen 11 und 12 zu entnehmen ist, zahlten Einpersonnenpensionärshaushalte 1998 pro 100 DM Bruttoeinkommen 12,85 DM Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag, Zweipersonenhaushalte 7,27 DM; in den Rentnerhaushalten waren dies 0,74 bzw. 0,70 DM Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag je 100 DM Haushaltsbruttoeinkommen.

Ein- und Zweipersonenhaushalte von Pensionären gaben 1998 zu den Pensionen noch Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung von durchschnittlich 381 bzw. 716 DM monatlich an. Diese Beträge waren in den

Tabelle 12: Budgets der Einpersonnenpensionärshaushalte¹⁾ 1998
nach dem Geschlecht
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Allein lebende Pensionärinnen	Allein lebende Pensionäre
Erfasste Haushalte	220	208
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	134	130
Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM		
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit	/	(47)
Einnahmen aus Vermögen ²⁾	874	994
darunter:		
aus Vermietung und Verpachtung	(127)	(221)
Mietwert der Eigentümerwohnung	503	590
Einkommen aus Transferzahlungen einschließlich Untervermietung	5 761	5 546
darunter:		
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung	(441)	(318)
Öffentliche Pensionen	4 540	4 591
Renten aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	/	/
Renten der gesetzlichen Unfallversicherung und Kriegsofferrente	/	/
Werks- und Betriebsrente	/	/
Wohngeld	-	-
Haushaltsbruttoeinkommen	6 686	6 663
Steuern auf Einkommen und Solidaritätszuschlag	882	833
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	44	47
Haushaltsnettoeinkommen	5 760	5 783
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	(16)	/
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	5 847	5 834
Private Konsumausgaben	4 718	4 284
Übrige Ausgaben ³⁾	838	1 159
dar.: Versicherungsbeiträge	442	389
Ersparnis	291	391

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Einnahmen aus Verpachtung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden; Mietwert der Eigentümerwohnung abzüglich der Aufwendungen für den Unterhalt selbst genutzter Immobilien. – 3) Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite sowie statistische Differenz.

davon betroffenen Haushalten höher, da 37% der befragten Einpersonnenpensionärshaushalte und 62% der Zweipersonenhaushalte diese Einkommensarten nachgewiesen haben. Einen größeren Posten innerhalb der verschiedenen Einkommensarten bildeten – wie bereits bei früheren Erhebungen – auch 1998 die Einnahmen aus Vermögen. Sie betragen bei den Einpersonnenhaushalten von Pensionären monatlich 933 DM, bei den Zweipersonenhaushalten 1 288 DM. Diese Einnahmen setzten sich zusammen aus der unterstellten Miete für selbstgenutztes Wohneigentum, Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sowie angelegtem Geldvermögen.

Die Höhe der Nettoeinkommen bei allein lebenden Pensionärinnen unterschied sich 1998 – wie Tabelle 12 zeigt – kaum von denen allein lebender Pensionäre. 1998 hatten Erstere ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 5 760 DM, Letztere von 5 783 DM. Die bei den Rentnerhaushalten festgestellten großen geschlechtsspezifischen Unterschiede trafen für die Einkommenslage der Pensionäre nicht zu.

Einpersonnenhaushalte dieses Typs hatten 1998 im Schnitt mehr als das doppelte Nettoeinkommen als Einpersonnenrentnerhaushalte im früheren Bundesgebiet. Das lag vor

allein an den viel höheren Altersruhegeldern (Pensionäre: 4 946 DM, Rentner: 2 158 DM). Zu den Altersruhegeldern zählen Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung, öffentliche Pensionen, Renten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes sowie Werks- und Betriebsrenten. Ein weiterer Unterschied rührt aus den Einnahmen aus Vermögen (Pensionsempfänger: 933 DM im Schnitt pro Haushalt und Monat, Rentner: 515 DM).

Zweipersonenhaushalte von Pensionären konnten 1998 im Schnitt monatlich über ein Haushaltsnettoeinkommen von 7 264 DM verfügen, das war das 1,6fache dessen, was einem Zweipersonenrentnerhaushalt zur Verfügung stand.

Beim Vergleich der Nettoeinkommen von Rentner- und Pensionärshaushalten ist unbedingt die der Realität folgende unterschiedliche Verbuchungsart der Krankenversicherung für Bezieher von Pensionen und Renten in der EVS zu berücksichtigen.

Übersteigen die Einkommen bei Letzteren nicht die Beitragsbemessungsgrenze, so werden die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung bei der Ermittlung des Nettoeinkommens von den Bruttoeinkommen abgezogen. Bei Pensionären, die in der Regel privat versichert sind, gehören die Zahlungen zur Krankenversicherung – ebenso wie bei den freiwillig versicherten Rentnern – zu den übrigen Ausgaben. Die dafür eingesetzten Beträge beliefen sich 1998 bei den Einpersonenhaushalten von Pensionären im Schnitt auf 328 DM (Rentner: 26 DM), bei den Zweipersonenpensionärshaushalten waren es 441 DM (Rentner: 75 DM). Um diese Ausgaben wären im Interesse der besseren Vergleichbarkeit die Haushaltsnettoeinkommen beider sozialer Gruppen zu reduzieren.

Zum Geld- und Sachvermögen der Ein- und Zweipersonenhaushalte von Pensionären

Bei der vorstehend skizzierten Einkommenslage ist es einigermaßen überraschend, dass 4,6% der befragten Einpersonenhaushalte von Pensionären 1998 angaben, kein Geldvermögen zu besitzen, darunter befanden sich anteilig viele Frauen, die älter als 70 Jahre waren. Auch von den Zweipersonenhaushalten von Pensionären gaben 1,2% an, über keine finanziellen Reserven zu verfügen. Tabelle 13 gibt einen Überblick über die Höhe des Geldvermögens und die Portfoliostruktur. 86 813 DM Geldvermögen besaß 1998 im Schnitt ein Einpersonenspensionärshaushalt. Häufigste Anlageform waren Sparguthaben. Immerhin 85 von 100 Haushalten besaßen Sparguthaben, noch 41 von 100 Lebensversicherungen. Auch von der Höhe der angelegten Beträge dominierten Sparguthaben (29 655 DM) alle anderen Anlageformen. Mit 13 531 DM durchschnittlichem Vermögen pro Haushalt folgten sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen, sodann Aktien mit 12 743 DM. Da Letztere 20% der Haushalte in ihre Depots genommen hatten, kamen die betreffenden Haushalte auf einen durchschnittlichen Aktienbesitz von fast 63 260 DM.

Rund 8,7% der Einpersonenspensionärshaushalte gaben an, Konsumentenkreditschulden zu haben. Das waren im Schnitt 1 629 DM. Verschuldete Haushalte hatten mehr als 18 400 DM Konsumentenkredite zurückzuzahlen. Unter diesen Haushalten fanden sich besonders viele Männer, die das 70. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Das Nettogeldvermögen der Einpersonenhaushalte von Pensionären/-innen betrug 1998 rund 85 200 DM,

Tabelle 13: Geldvermögensbestände 1998 nach Anlageformen und Konsumentenkreditschulden in Pensionärshaushalten¹⁾
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einpersonenhaushalte	Darunter				Zweipersonenhaushalte
		allein lebende Frauen		allein lebende Männer		
		zusammen	dar.: 70 Jahre und älter	zusammen	dar.: 70 Jahre und älter	
Erfasste Haushalte	428	220	100	208	83	1 734
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	263	134	75	130	61	756
Haushalte mit Geldvermögen (1 000)	250	126	70	124	58	742
(%)	95,1	94,0	93,3	95,4	95,1	98,1
Haushalte ohne Geldvermögen (1 000)	12	7	4	5	2	9
(%)	4,6	5,2	5,3	3,8	3,3	1,2
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden (1 000)	23	9	3	15	2	48
(%)	8,7	6,7	4,0	11,5	3,3	6,3
		DM				
Geldvermögen (brutto)	86 813	78 695	74 473	95 182	109 193	105 864
Bausparguthaben	3 623	4 523	3 489	2 695	2 746	4 883
Sparguthaben	29 655	33 534	33 445	25 655	29 800	33 441
Rentenwerte	6 281	3 873	2 882	8 763	8 732	8 226
Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen	13 531	13 336	14 352	13 733	20 521	20 166
Aktien	12 743	5 133	5 655	20 589	26 875	11 776
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen	9 592	6 805	8 208	12 465	10 748	9 821
An Privatpersonen verliehenes Geld	2 070	1 230	543	2 937	4 696	3 010
Versicherungsguthaben	9 317	10 260	5 900	8 346	5 076	14 541
Restschuld von Konsumentenkrediten	1 629	809	244	2 473	1 464	825
Nettogeldvermögen	85 184	77 886	74 229	92 709	107 729	105 039
Nachrichtlich:						
Restschuld je Haushalt, der Konsumentenkredite zurückzuzahlen hatte	18 454	12 639	7 141	21 842	39 866	12 868

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

allein lebende Frauen besaßen im Schnitt fast 77 900 DM, darunter 70-Jährige und Ältere gut 74 200 DM. Pensionierte Männer waren vermögender. Sie hatten durchschnittlich rund 92 700 DM zurückgelegt, Lebensältere (d. h. 70-Jährige und Ältere) 107 729 DM.

Zweipersonenhaushalte, deren Haupteinkommensbezieher Pensionär war, besaßen 1998 Geldvermögen in Höhe von fast 105 900 DM, darunter 33 441 DM angelegt als Sparguthaben. Diese Form der Geldanlage präferierten gut 91% der Haushalte. Jeder zweite Haushalt hatte Lebensversicherungsverträge, die einen Wert von rund 26 700 DM erreichten, im Schnitt aller Haushalte waren dies 14 541 DM. Jeder fünfte Haushalt ergänzte sein Depot mit Aktien. Allerdings hatten die betroffenen Haushalte mit gut 52 000 DM weniger angelegt als die Einpersonenhaushalte. Rund 6,3% der Zweipersonenpensionärshaushalte waren mit Konsumentenkreditschulden belastet (825 DM im Schnitt aller Haushalte bzw. 12 868 DM bei den Betroffenen). Das Nettogeldvermögen belief sich damit unter Abzug dieser Schulden auf gut 105 000 DM. Diese Haushalte hatten im Schnitt fast 25 600 DM mehr auf der „hohen Kante“ als Zweipersonenrentnerhaushalte. Noch kräftiger wichen die durchschnittlichen Nettogeldvermögen zwischen den Einpersonentnerhaushalten (40 868 DM) und denen der Pensionäre gleich

cher Haushaltsgröße (85 184 DM) ab. Letztere besaßen damit mehr als das Doppelte.

Am 1. Januar 1998 hatten – wie aus Tabelle 14 zu entnehmen – 49% aller Einpersonen- und 66,5% aller Zweipersonenpensionärshaushalte Haus- und Grundbesitz. Immerhin 26,2% der allein lebenden Pensionäre besaßen Einfamilienhäuser, 15,5% Eigentumswohnungen, bei den Zweipersonenpensionärshaushalten waren dies 47,9 bzw. 11,3%. Diese Besitztümer waren fast ausschließlich selbst gebaut oder gekauft worden. Sie repräsentieren einen Verkehrswert von fast 400 000 bzw. 546 000 DM bei den betroffenen Ein- und Zweipersonenhaushalten von Pensionären. Im Gegensatz zu den Rentnerhaushalten nimmt das Immobilienvermögen bei den Pensionären durchaus einen gewichtigen Platz für die materielle Sicherheit im Alter ein.

Verteilung von Einkommen und Geldvermögen bei Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalten nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens

Tabelle 14: Private Haushalte¹⁾ von Pensionären mit Haus- und Grundbesitz am 1. Januar 1998
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte insgesamt	Darunter:	
		Einpersonentnerhaushalte	Zweipersonentnerhaushalte
Erfasste Haushalte	2 648	560	1 745
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	1 138	343	645
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz (1 000) ..	721	168	429
(%)	63,4	49,0	66,5
dar.: mit unbebauten Grundstücken (1 000) ..	72	/	50
(%)	6,3	/	7,8
und zwar geerbt und geschenkt	(40)	/	(27)
mit Einfamilienhäusern (1 000)	488	90	309
(%)	42,9	26,2	47,9
und zwar geerbt und geschenkt (1 000) ..	61	/	38
mit Eigentumswohnungen (1 000) ..	151	53	73
(%)	13,3	15,5	11,3
und zwar geerbt und geschenkt (1 000) ..	(11)	/	/
	DM		
Durchschnittswert je Haushalt mit Haus- und Grundbesitz			
Einheitswert ²⁾	47 608	42 303	47 548
Verkehrswert ³⁾	458 237	398 147	545 989
Restschuld	30 808	(30 269)	22 343

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Stand: Letzter Einheitswertbescheid. – 3) Geschätzte Werte.

An der EVS 1998 beteiligten sich 1 734 Zweipersonenpensionärshaushalte (Fallzahl). Deren Angaben sind auf 756 000 Haushalte hochgerechnet. Die folgenden Dezilbetrachtungen beruhen bei dieser Haushaltsart auf einer ausreichenden Masse. Die Fallzahlen schwanken je nach Gruppe zwischen 101 und 317 Haushalten.¹⁹⁾ Anders ist die Lage bei den Einpersonentnerhaushalten. An der Erhebung nahmen 428 Haushalte teil. Den Dezilbetrachtungen liegen damit in den einzelnen Gruppen kleine Fallzahlen (zwischen 33 und 50) zu Grunde. Das entspricht einem Näherungswert für den relativen Standardfehler von 14,2% und mehr. Wenn auch die in der Tabelle 15 für die Einpersonentnerhaushalte dargestellten Ergebnisse in sich schlüssig scheinen, ist Vorsicht bei deren Interpretation geboten.

Die durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen bei den Einpersonentnerhaushalten streuten zwischen 2 836 DM in der ersten Dezilgruppe und 10 981 DM in der zehnten Dezilgruppe. Die Haushalte dieser Gruppe hatten im Schnitt das 3,9fache Einkommen, welches Haushalten der ersten Dezilgruppe zugeflossen war. Weitaus stärker streuten die Geldvermögen. Einpersonentnerhaushalte der ersten Dezilgruppe besaßen 1998 im Schnitt fast 23 000 DM netto, Haushalte der zehnten Dezilgruppe dagegen 210 814 DM. Auch Einpersonentnerhaushalte gaben teilweise mehr Geld aus, als ihnen an monatlichem Einkommen zufluss. Wie den Anhangtabellen 11 und 12 auf S. 571 entnommen werden kann, konnten sich Pensionärshaushalte auch teilweise in den unteren Dezilgruppen außergewöhnliche Anschaffungen leisten. Das hohe Wohlstandsniveau dieser Haushalte wird besonders deutlich, wenn die Ausga-

19) Bei der Veröffentlichung von Ergebnissen wird in allen EVS bei relativen Standardfehlern von mehr als 20% (unter 25 erfasste Haushalte) auf einen Nachweis verzichtet. Dieser Tatbestand wird mit Schrägstrich gekennzeichnet. Bei relativen Standardfehlern zwischen 10 und 20% werden die Zahlen durch Klammern gekennzeichnet. Damit soll auf die möglichen erheblichen Fehler aufmerksam gemacht werden.

Tabelle 15: Einkommen, Ausgaben und Geldvermögen der Ein- und Zweipersonenpensionärshaushalte¹⁾ 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Früheres Bundesgebiet

Haushalte des ... Dezils	Haushalte	Haushaltsnettoeinkommen	Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	Private Konsumausgaben	Übrige Ausgaben ²⁾	Dar.: Versicherungsbeiträge	Statistische Differenz	Ersparnisse
	1 000							
Einpensionärshaushalte								
1.	27	2 836	2 837	2 497	512	331	- 73	- 98
2.	26	3 591	3 630	3 398	543	343	- 316	7
3.	26	4 063	4 075	3 395	789	369	- 126	18
4.	26	4 594	4 717	4 511	976	421	- 117	- 653
5.	26	5 222	5 240	4 453	1 311	442	160	- 684
6.	27	5 694	5 859	4 538	1 117	510	- 203	407
7.	26	6 123	6 277	5 239	895	451	- 209	353
8.	26	6 842	6 897	4 930	1 176	593	232	560
9.	27	7 891	7 905	5 114	1 480	521	- 249	1 559
10.	26	10 981	11 098	7 046	2 159	579	- 64	1 957
insgesamt	263	5 771	5 841	4 504	1 094	456	- 97	340
10./1. Dezil	X	3,9	3,9	2,8	4,2	1,7	-	-
Zweipersonenpensionärshaushalte								
1.	76	3 690	3 778	3 676	642	445	- 248	- 291
2.	76	4 539	4 557	4 068	811	490	- 170	- 153
3.	75	5 222	5 311	4 659	792	511	- 131	- 9
4.	76	5 852	6 034	5 065	888	530	- 115	196
5.	75	6 412	6 569	5 161	1 049	547	- 86	445
6.	75	7 074	7 129	5 640	1 104	583	111	274
7.	76	7 732	7 845	5 756	1 426	647	18	645
8.	75	8 632	8 727	6 468	1 297	684	122	840
9.	41	9 534	9 628	7 120	2 001	731	- 107	614
10.	110	12 573	12 826	9 162	1 899	780	247	1 517
insgesamt	756	7 264	7 385	5 770	1 186	597	- 20	449
10./1. Dezil	X	3,4	3,4	2,5	3,0	1,8	-	-

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Versicherungsbeiträge, sonstige Übertragungen, sonstige Steuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Zinsen für Kredite.

ben für den privaten Konsum mit denen der Einpersonrentnerhaushalte verglichen werden. Das trifft auch unter Berücksichtigung der Gesundheitsausgaben zu, die in der Regel von Beamten vorfinanziert werden (und somit die privaten Konsumausgaben erhöhen) und zu einem späteren Zeitpunkt durch die Versicherungsunternehmen bzw. über Beihilfen erstattet werden. Bemerkenswert ist ferner, dass die Haushaltsnettoeinkommen der im ersten Dezil angetroffenen Einpersonenhaushalte von Pensionären (2 836 DM) höher waren als die durch-

schnittlichen Haushaltsnettoeinkommen aller Einpersonrentnerhaushalte (2 801 DM).

Die Streuung von Einkommen und Vermögen ist bei den Zweipersonenpensionärshaushalten geringer als bei den allein lebenden Pensionären. Zweipersonenhaushalte der ersten Dezilgruppe kamen 1998 auf ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von 3 690 DM, das 3,4fache hatten die Haushalte, die in der zehnten Dezilgruppe angetroffen wurden, das waren 12 573 DM. ■

Anhangtabelle 1: Private Konsumausgaben der Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte¹⁾
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	Einpersonenrentnerhaushalte					Zweipersonenrentnerhaushalte				
	1993 ²⁾		1998			1993 ²⁾		1998		
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	2 967	725	4 429	3 262	1 167	4 618	1 272	7 408	5 156	2 252
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	3 977	1 015	5 345	4 171	1 168	3 228	601	4 448	3 398	1 042
	Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	324	293	297	306	273	598	529	575	585	543
Bekleidung und Schuhe	142	98	115	119	100	238	158	197	207	170
Herrenbekleidung			10	10	9			55	57	50
Damenbekleidung			67	69	59			88	93	73
Bekleidung für Kinder (unter 18 Jahren)			3	3	2			6	6	5
Sonstige Bekleidung und Zubehör			8	9	7			11	11	9
Schuhe und Schuhzubehör			20	21	18			31	32	28
Reparaturen, Reinigung, Ausleihe			7	8	5			7	8	5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung ...	730	444	937	1 007	683	981	635	1 357	1 467	1 019
Wohnungsmieten u. Ä.			723	782	508			1 013	1 107	708
Energie			143	148	125			201	211	169
Elektrizität und Gas/Flüssiggas			83	90	59			130	139	99
Fern-/Zentralheizung und Warmwasser ...			42	37	59			35	29	57
Sonstige Brennstoffe			18	22	(7)			36	43	13
Aufwendungen f.d. Wohnungsinstandhaltung			70	77	50			143	149	142
Innenausstat., Haushaltsgeräte, -gegenstände	119	121	154	150	174	223	213	289	288	295
Möbel und Einrichtungsgegenstände			44	35	76			110	100	135
Teppiche und andere Bodenbeläge			12	13	10			22	24	17
Kühl- und Gefriermöbel			5	(6)	(5)			9	10	(8)
Sonstige größere Haushaltsgeräte			15	14	(19)			34	36	30
Kleine elektrische Haushaltsgeräte			5	5	5			9	9	10
Heimtextilien			11	11	13			22	21	25
Sonst. Gebrauchsgüter f.d. Haushaltsführung			16	15	17			38	37	41
Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung ...			13	13	13			21	22	20
Dienstleistungen für die Haushaltsführung ...			33	37	18			24	28	10
Gesundheitspflege	69	42	101	106	77	112	71	152	159	130
Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege ...			24	25	23			41	45	31
Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege ...			39	41	33			61	63	57
Dienstleistungen für die Gesundheitspflege ...			37	40	21			50	52	42
Verkehr	152	70	142	156	83	406	287	433	442	375
Kraftwagen			(36)	(42)	7/			212	214	(183)
Kraft- und Fahrräder			(2)	(2)	1/			6	6	(3)
Ersatzteile und Zubehör			5	5	3			17	18	14
Kraftstoffe und Schmiermittel			25	29	12			87	92	69
Wartung, Rep. an Kfz, Kraft- und Fahrrädern			19	22	9			52	53	45
Garagen- und Stellplatzmieten			6	7	3			11	12	9
Sonstige Dienstleistungen			3	3	2			8	9	8
Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen			46	45	47			41	39	45
Nachrichtenübermittlung	70	42	71	74	62	80	55	82	85	73
Telefon-, Faxgeräte, Anrufbeantworter			2	3	(2)			4	4	4
Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung			69	71	61			78	81	69
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	220	184	290	293	271	349	278	457	461	439
Rundfunkempfangsgeräte u. Ä.			2	3	(2)			7	7	8
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen			8	9	(4)			16	16	16
Foto-, Filmausrüstungen, optische Geräte ...			4	4	4			8	9	6
Datenverarbeitungsgeräte und Zubehör			3	3	(1)			11	11	10
Bild- und Tonträger			4	3	5			6	6	8
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping u. Ä.			4	4	(3)			12	12	10
Spielwaren, Hobbys			10	11	7			18	19	15
Blumen und Gärten			26	26	23			39	39	39
Haustiere			9	9	7			11	11	10
Freizeit- und Kulturdienstleistungen			69	71	63			98	102	82
Bücher			15	15	15			16	16	17
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.			30	31	27			42	44	37
Sonstige Verbrauchsgüter			4	4	4			5	5	4
Rep. für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ...			4	4	3			8	9	6
Pauschalreisen			97	94	104			159	155	172
Bildungswesen	2	1	3	4	(2)	2	0	4	4	2
Nachhilfeunterricht			0/	0/	0/			0/	0/	0/
Gebühren			3	3	(2)			4	4	2
Beherbergungs- u. Gaststättendienstleistungen	107	55	88	95	61	210	114	183	203	122
Verpflegungsdienstleistungen			73	78	52			139	153	96
Beherbergungsdienstleistungen			16	17	9			44	51	26
Andere Waren und Dienstleistungen	107	86	122	129	99	140	109	155	165	123
Schmuck, Uhren und Edelmetalle			11	11	9			19	19	17
Sonst. persönliche Gebrauchsgegenstände ...			8	7	9			10	11	7
Dienstleistungen für die Körperpflege			36	37	33			47	50	40
Körperpflegeartikel und -geräte			19	20	16			27	28	25
Sonstige Dienstleistungen			49	54	31			52	57	34
Private Konsumausgaben	2 042	1 435	2 320	2 438	1 885	3 340	2 447	3 884	4 067	3 292

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Wegen der veränderten Systematik durch die Anwendung der COICOP sind die Werte für 1993 zunächst nur für zusammengefasste Ausgabenpositionen vergleichbar berechnet worden. Anmerkung: Zahlenwerte, die zusätzlich mit „/“ ausgewiesen werden, sollten mit Vorsicht interpretiert werden, da sie sich auf Angaben von weniger als 25 befragten Haushalten beziehen.

Anhangtabelle 2: Private Konsumausgaben der Einpersonenrentnerhaushalte¹⁾ 1998 nach dem Geschlecht
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Allein lebende Rentnerinnen		Allein lebende Rentner	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	2 538	965	724	202
Hochgerechnete Haushalte (1 000)	3 348	998	823	170
	Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM			
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	306	273	305	270
Bekleidung und Schuhe	130	104	78	76
Herrenbekleidung	2	3	42	40
Damenbekleidung	84	67	(7)	(9)
Bekleidung für Kinder (unter 18 Jahren)	3	3	(1)	1/
Sonstige Bekleidung und Zubehör	10	7	5	(5)
Schuhe und Schuhzubehör	23	19	15	16
Reparaturen, Reinigung, Ausleihe	8	6	8	(5)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	994	678	1 063	718
Wohnungsmieten u. Ä.	766	502	847	544
Energie	148	123	146	136
Elektrizität und Gas/Flüssiggas	89	57	93	73
Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	38	60	30	51
Sonstige Brennstoffe	21	(7)	(23)	11/
Aufwendungen für die Wohnungsinstandhaltung ...	79	52	69	(37)
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände ...	150	183	151	124
Möbel und Einrichtungsgegenstände	35	84	33	(29)
Teppiche und andere Bodenbeläge	14	11	(10)	4/
Kühl- und Gefriermöbel	(6)	(5)	4/	4/
Sonstige größere Haushaltsgeräte	13	(19)	(18)	16/
Kleine elektrische Haushaltsgeräte	5	5	5	(4)
Heimtextilien	12	13	7	(8)
Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung .	15	17	15	17
Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	14	13	11	12
Dienstleistungen für die Haushaltsführung	34	16	49	(31)
Gesundheitspflege	110	75	88	89
Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	24	25	26	(10)
Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	43	33	34	34
Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	44	17	27	(45)
Verkehr	129	66	266	178
Kraftwagen	26/	3/	109	27/
Kraft- und Fahrräder	1/	1/	7/	5/
Ersatzteile und Zubehör	4	(1)	11	(10)
Kraftstoffe und Schmiermittel	22	7	55	39
Wartung, Reparaturen an Kfz, Kraft- und Fahrrädern	19	4	34	(39)
Garagen- und Stellplatzmieten	7	(2)	8	(10)
Sonstige Dienstleistungen	2	(1)	6	(5)
Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen ...	47	47	36	46
Nachrichtenübermittlung	74	62	72	61
Telefon-, Faxgeräte, Anrufbeantworter	2	(1)	(4)	3/
Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung ...	72	61	68	59
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	287	266	313	304
Rundfunkempfangsgeräte u. Ä.	3	(2)	(2)	4/
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	(9)	(4)	(9)	3/
Foto-, Filmausrüstungen, optische Geräte	3	3	6	(6)
Datenverarbeitungsgeräte und Zubehör	(2)	(1)	(5)	5/
Bild- und Tonträger	3	4	4	(8)
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und				
Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping u. Ä.	3	(3)	(5)	(3)
Spielwaren, Hobbys	9	6	21	(12)
Blumen und Gärten	28	23	21	25
Haustiere	10	6	6	(7)
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	69	61	81	77
Bücher	15	15	18	20
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	31	27	33	29
Sonstige Verbrauchsgüter	5	4	4	4
Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ...	4	4	5	(2)
Pauschalreisen	95	104	92	(101)
Bildungswesen	4	(2)	(2)	1/
Nachhilfeunterricht	0/	0/	0/	-
Gebühren	4	(2)	1/	1/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	83	52	145	110
Verpflegungsdienstleistungen	66	45	126	94
Beherbergungsdienstleistungen	17	8	19	(16)
Andere Waren und Dienstleistungen	128	97	133	109
Schmuck, Uhren und Edelmetalle	12	10	7	(6)
Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	7	8	8	(18)
Dienstleistungen für die Körperpflege	42	36	16	14
Körperpflegeartikel und -geräte	21	16	12	13
Sonstige Dienstleistungen	45	27	90	57
Private Konsumausgaben	2 395	1 859	2 614	2 040

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
Anmerkung: Zahlenwerte, die zusätzlich mit „/“ ausgewiesen werden, sollten mit Vorsicht interpretiert werden, da sie sich auf Angaben von weniger als 25 befragten Haushalten beziehen.

Anhangtabelle 3: Geldvermögen ausgewählter Anlageformen in Einpersonenrentnerhaushalten 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
 Durchschnitt je Haushalt¹⁾ in DM

... Dezil	Sparguthaben errechnet an		Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen errechnet an		Aktien errechnet an		Lebensversicherungen errechnet an		Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen errechnet an	
	allen Haushalten	der jeweiligen Art	allen Haushalten	der jeweiligen Art	allen Haushalten	der jeweiligen Art	allen Haushalten	der jeweiligen Art	allen Haushalten	der jeweiligen Art
Früheres Bundesgebiet										
1.	4 757	8 836	3 264	19 854	56	2 554	1 292	5 692	2 276	33 279
2.	6 634	9 713	1 945	13 414	886	24 650	2 197	9 839	582	15 799
3.	6 289	8 925	4 867	24 034	1 874	50 662	1 846	8 619	2 674	27 656
4.	11 504	15 307	4 549	19 091	457	13 476	3 461	12 255	2 665	28 880
5.	10 456	13 698	5 035	18 181	843	16 009	2 629	9 357	1 999	25 430
6.	12 985	15 871	6 816	19 464	3 107	37 561	2 725	10 975	3 279	25 960
7.	18 231	22 485	7 474	26 151	1 540	16 349	3 394	14 456	7 538	62 942
8.	15 931	19 167	13 024	33 697	2 495	26 581	2 814	10 590	5 041	33 948
9.	22 244	25 698	20 990	49 950	4 330	36 825	4 077	16 967	7 228	41 296
10.	28 539	33 322	22 869	53 833	24 730	89 257	7 590	25 759	16 252	60 068
insgesamt	13 758	18 049	9 079	31 376	4 036	47 641	3 204	12 757	4 956	40 858
10./1. Dezil	6,0	3,8	7,0	2,7	441,6	34,9	5,9	4,5	7,1	1,8
Neue Länder und Berlin-Ost										
1.	3 986	6 415	2 744	12 186	-	-	500	3 799	-	-
2.	4 347	6 405	2 924	21 133	5	2 750	700	2 572	913	11 787
3.	5 668	7 178	3 310	10 924	147	5 195	534	2 804	282	6 966
4.	6 102	8 350	3 630	17 758	1	500	1 047	3 563	293	8 674
5.	7 565	9 806	4 908	16 411	51	7 265	879	3 753	5 555	37 301
6.	8 777	12 363	3 401	15 295	260	5 251	1 456	6 002	813	9 066
7.	12 860	15 873	2 945	11 550	133	4 587	981	4 168	1 105	8 847
8.	12 508	15 718	4 940	13 943	601	11 800	1 227	4 498	1 335	13 664
9.	12 784	15 107	6 733	20 087	276	6 294	1 900	5 852	1 554	14 883
10.	15 326	18 330	8 233	21 059	1 575	14 143	1 023	3 803	3 718	21 452
insgesamt	8 986	11 838	4 377	16 042	304	9 388	1 024	4 153	1 559	17 511
10./1. Dezil	3,8	2,9	3,0	1,7	-	-	2,0	1,0	-	-

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 4: Private Konsumausgaben in Einpersonenrentnerhaushalten¹⁾ 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
 Früheres Bundesgebiet

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter:		Innenausstattung u. a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschließlich Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
Durchschnitt je Haushalt und Monat in DM													
1.	250	57	607	485	116	47	27	41	42	110	27	44	1 252
2.	277	77	676	539	120	82	63	84	63	190	61	70	1 642
3.	283	81	758	615	124	74	70	99	66	199	65	92	1 787
4.	313	100	802	648	124	118	96	88	66	229	77	95	1 984
5.	305	125	883	705	135	155	81	140	72	269	85	118	2 232
6.	310	120	936	764	147	116	97	156	76	294	87	115	2 309
7.	317	125	1 163	865	150	176	97	153	80	303	99	147	2 661
8.	325	150	1 175	905	174	195	115	140	86	401	120	159	2 867
9.	320	160	1 411	1 027	191	217	143	238	84	395	146	175	3 288
10.	358	197	1 663	1 273	197	318	271	416	103	535	188	309	4 358
insgesamt	306	119	1 007	782	148	150	106	156	74	293	95	133	2 438
10./1. Dezil	1,4	3,5	2,7	2,6	1,7	6,8	10,0	10,1	2,5	4,5	7,0	7,0	3,5
Anteil an privaten Konsumausgaben in %													
1.	20,0	4,6	48,5	38,7	9,3	3,8	2,2	3,3	3,4	8,8	2,2	3,5	100
2.	16,9	4,7	41,2	32,8	7,3	5,0	3,8	5,1	3,8	11,6	3,7	4,3	100
3.	15,8	4,5	42,4	34,4	6,9	4,1	3,9	5,5	3,7	11,1	3,6	5,1	100
4.	15,8	5,0	40,4	32,7	6,3	5,9	4,8	4,4	3,3	11,5	3,9	4,8	100
5.	13,7	5,6	39,6	31,6	6,0	6,9	3,6	6,3	3,2	12,1	3,8	5,3	100
6.	13,4	5,2	40,5	33,1	6,4	5,0	4,2	6,8	3,3	12,7	3,8	5,0	100
7.	11,9	4,7	43,7	32,5	5,6	6,6	3,6	5,7	3,0	11,4	3,7	5,5	100
8.	11,3	5,2	41,0	31,6	6,1	6,8	4,0	4,9	3,0	14,0	4,2	5,5	100
9.	9,7	4,9	42,9	31,2	5,8	6,6	4,3	7,2	2,6	12,0	4,4	5,3	100
10.	8,2	4,5	38,2	29,2	4,5	7,3	6,2	9,5	2,4	12,3	4,3	7,1	100
insgesamt	12,6	4,9	41,3	32,1	6,1	6,2	4,3	6,4	3,0	12,0	3,9	5,5	100

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 5: Private Konsumausgaben in Einpersonrentnerhaushalten 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Neue Länder und Berlin-Ost

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter:		Innenausstattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschließlich Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
Durchschnitt je Haushalt ¹⁾ und Monat in DM													
1.	(231)	(54)	(483)	(364)	(110)	(60)	(17)	(29)	(35)	(94)	(22)	(61)	(1 086)
2.	226	(70)	571	450	113	(79)	(31)	(41)	54	163	(35)	(56)	1 324
3.	(243)	(77)	(604)	(482)	(105)	(98)	(48)	(43)	(51)	(168)	(35)	(75)	(1 442)
4.	(287)	(76)	(604)	(471)	(124)	(125)	(83)	(56)	(63)	(245)	(56)	(78)	(1 674)
5.	290	(111)	630	472	132	(132)	(80)	(57)	67	231	(62)	(105)	1 766
6.	263	106	694	518	128	274	112	85	67	248	63	102	2 014
7.	285	105	663	490	122	324	68	100	67	341	74	88	2 117
8.	299	137	699	516	126	201	95	80	71	397	87	123	2 189
9.	294	135	803	575	126	171	107	130	71	381	69	131	2 293
10.	308	132	1 088	748	165	281	130	205	74	444	106	187	2 954
insgesamt	273	100	683	508	125	174	77	83	62	271	61	101	1 885
10./1. Dezil	1,3	2,4	2,3	2,1	1,5	4,7	7,6	7,1	2,1	4,7	4,8	3,1	2,7
Anteil an Privaten Konsumausgaben in %													
1.	21,3	5,0	44,5	33,5	10,1	5,5	1,6	2,7	3,2	8,7	2,0	5,6	100
2.	17,1	5,3	43,1	34,0	8,5	6,0	2,3	3,1	4,1	12,3	2,6	4,2	100
3.	16,9	5,3	41,9	33,4	7,3	6,8	3,3	3,0	3,5	11,7	2,4	5,2	100
4.	17,1	4,5	36,1	28,1	7,4	7,5	5,0	3,3	3,8	14,6	3,3	4,7	100
5.	16,4	6,3	35,7	26,7	7,5	7,5	4,5	3,2	3,8	13,1	3,5	5,9	100
6.	13,1	5,3	34,5	25,7	6,4	13,6	5,6	4,2	3,3	12,3	3,1	5,1	100
7.	13,5	5,0	31,3	23,1	5,8	15,3	3,2	4,7	3,2	16,1	3,5	4,2	100
8.	13,7	6,3	31,9	23,6	5,8	9,2	4,3	3,7	3,2	18,1	4,0	5,6	100
9.	12,8	5,9	35,0	25,1	5,5	7,5	4,7	5,7	3,1	16,6	3,0	5,7	100
10.	10,4	4,5	36,8	25,3	5,6	9,5	4,4	6,9	2,5	15,0	3,6	6,3	100
insgesamt	14,5	5,3	36,2	26,9	6,6	9,2	4,1	4,4	3,3	14,4	3,2	5,4	100

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 6: Einkommen, Ausgaben und Geldvermögen allein lebender Rentnerinnen 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Haushalte des ... Dezils	Haushalte	Haushaltsnettoeinkommen	Ausbabefähige Einkommen und Einnahmen	Private Konsumausgaben	Übrige Ausgaben ¹⁾	Ersparnis	Geldvermögen je Haushalt	
							brutto	netto
							DM	
DM je Haushalt ²⁾ und Monat								
Früheres Bundesgebiet								
1.	335	1 214	1 228	1 259	(69)	- 75	14 089	13 983
2.	337	1 559	1 573	1 649	(121)	- 131	11 964	11 912
3.	333	1 814	1 824	1 767	138	- 31	20 023	19 771
4.	334	2 059	2 068	2 018	144	- 27	25 317	25 037
5.	336	2 268	2 319	2 205	299	- 132	23 485	22 930
6.	334	2 552	2 582	2 355	311	- 59	31 699	31 263
7.	335	2 880	2 893	2 562	322	82	38 515	38 404
8.	335	3 263	3 276	2 885	379	26	43 332	43 230
9.	334	3 816	3 852	3 160	554	243	61 763	61 133
10.	336	5 743	5 801	4 082	797	877	114 735	114 266
insgesamt	3 348	2 720	2 742	2 395	314	77	38 505	38 206
10./1. Dezil		4,7	4,7	3,2	11,6	X	8,1	8,2
Neue Länder und Berlin-Ost								
1.	(102)	(1 090)	(1 092)	(1 080)	45/	(- 6)	7 687	7 668
2.	(102)	(1 322)	(1 333)	(1 310)	(94)	(- 22)	8 423	8 291
3.	(96)	(1 478)	(1 484)	(1 409)	(81)	(41)	12 034	11 969
4.	(100)	(1 623)	(1 680)	(1 604)	(107)	(24)	11 741	11 716
5.	(100)	(1 833)	(1 848)	(1 748)	(133)	(2)	16 967	16 954
6.	(99)	(1 987)	(1 991)	(1 919)	(176)	(13)	16 876	16 766
7.	100	2 180	2 205	2 043	(206)	- 6	18 216	17 748
8.	100	2 399	2 418	2 262	(217)	- 52	20 636	20 500
9.	100	2 690	2 722	2 318	(489)	- 9	25 023	24 754
10.	99	3 471	3 492	2 904	411	335	31 926	31 381
insgesamt	998	2 010	2 025	1 859	196	32	16 931	16 753
10./1. Dezil	X	3,2	3,2	2,7	9,1	X	4,2	4,1

1) Die übrigen Ausgaben sind nicht – wegen der Durchrechenbarkeit – wie in anderen Veröffentlichungen gehandhabt um die statistische Differenz reduziert bzw. erhöht worden. –
2) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 7: Private Konsumausgaben allein lebender Rentnerinnen 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Früheres Bundesgebiet

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter:		Innenausstattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschl. Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
DM je Haushalt ¹⁾ und Monat													
1.	247	56	608	484	119	48	27	44	43	114	25	45	1 259
2.	271	82	683	538	124	90	68	80	61	193	52	71	1 649
3.	281	86	762	613	129	69	70	75	67	201	59	97	1 767
4.	318	107	810	660	121	129	98	107	66	224	68	92	2 018
5.	304	133	857	677	133	141	89	127	69	288	81	115	2 205
6.	311	129	948	762	149	125	110	149	79	294	82	127	2 355
7.	319	144	1 092	850	151	145	105	130	80	310	98	139	2 562
8.	323	157	1 267	929	176	210	112	126	89	346	88	166	2 885
9.	321	173	1 348	974	187	221	145	157	85	399	127	183	3 160
10.	363	229	1 564	1 177	195	315	277	289	106	506	148	284	4 082
insgesamt	306	130	994	766	148	150	110	129	74	287	83	132	2 395
10./1. Dezil	1,5	4,1	2,6	2,4	1,6	6,7	10,3	6,6	2,5	4,4	5,9	6,3	1,9
Anteil an privaten Konsumausgaben in %													
1.	19,6	4,4	48,3	38,4	9,5	3,8	2,1	3,5	3,4	9,1	2,0	3,6	100
2.	16,4	5,0	41,4	32,6	7,5	5,5	4,1	4,9	3,7	11,7	3,2	4,3	100
3.	15,9	4,9	43,1	34,7	7,3	3,9	4,0	4,2	3,8	11,4	3,3	5,5	100
4.	15,8	5,3	40,1	32,7	6,0	6,4	4,9	5,3	3,3	11,1	3,4	4,6	100
5.	13,8	6,0	38,9	30,7	6,0	6,4	4,0	5,8	3,1	13,1	3,7	5,2	100
6.	13,2	5,5	40,3	32,4	6,3	5,3	4,7	6,3	3,4	12,5	3,5	5,4	100
7.	12,5	5,6	42,6	33,2	5,9	5,7	4,1	5,1	3,1	12,1	3,8	5,4	100
8.	11,2	5,4	43,9	32,2	6,1	7,3	3,9	4,4	3,1	12,0	3,1	5,8	100
9.	10,2	5,5	42,7	30,8	5,9	7,0	4,6	5,0	2,7	12,6	4,0	5,8	100
10.	8,9	5,6	38,3	28,8	4,8	7,7	6,8	7,1	2,6	12,4	3,6	7,0	100
insgesamt	12,8	5,4	41,5	32,0	6,2	6,3	4,6	5,4	3,1	12,0	3,5	5,5	100

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 8: Private Konsumausgaben allein lebender Rentnerinnen 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Neue Länder und Berlin-Ost

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter:		Innenausstattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschl. Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
DM je Haushalt ¹⁾ und Monat													
1.	(225)	(55)	(480)	(365)	(105)	(66)	(17)	(27)	(35)	(93)	(24)	(61)	(1 080)
2.	(228)	(70)	(566)	(441)	(116)	(81)	(33)	(41)	(47)	(156)	(30)	(58)	(1 310)
3.	(244)	(77)	(589)	(479)	(99)	(91)	(36)	(41)	(53)	(178)	(33)	(67)	(1 409)
4.	(278)	(76)	(626)	(481)	(127)	(123)	(67)	(45)	(65)	(194)	(55)	(75)	(1 604)
5.	(289)	(107)	(593)	(461)	(120)	(168)	(70)	(59)	(66)	(252)	(51)	(93)	(1 748)
6.	(276)	(107)	(691)	(524)	(131)	(193)	(121)	(56)	(65)	(244)	(64)	(103)	(1 919)
7.	290	123	681	478	135	253	73	80	73	309	62	99	2 043
8.	297	133	676	498	127	375	83	71	68	390	56	114	2 262
9.	296	146	813	582	123	206	108	103	76	383	61	126	2 318
10.	309	152	1 067	718	150	275	143	142	75	461	90	192	2 905
insgesamt	273	104	678	502	123	183	75	66	62	266	52	99	1 859
10./1. Dezil	1,4	2,8	2,2	2,0	1,4	4,2	8,4	5,3	2,1	5,0	3,8	3,1	2,7
Anteil an privaten Konsumausgaben in %													
1.	20,8	5,1	44,4	33,8	9,7	6,1	1,6	2,5	3,2	8,6	2,2	5,6	100
2.	17,4	5,3	43,2	33,7	8,9	6,2	2,5	3,1	3,6	11,9	2,3	4,4	100
3.	17,3	5,5	41,8	34,0	7,0	6,5	2,6	2,9	3,8	12,6	2,3	4,8	100
4.	17,3	4,7	39,0	30,0	7,9	7,7	4,2	2,8	4,1	12,1	3,4	4,7	100
5.	16,5	6,1	33,9	26,4	6,9	9,6	4,0	3,4	3,8	14,4	2,9	5,3	100
6.	14,4	5,6	36,0	27,3	6,8	10,1	6,3	2,9	3,4	12,7	3,3	5,4	100
7.	14,2	6,0	33,3	23,4	6,6	12,4	3,6	3,9	3,6	15,1	3,0	4,8	100
8.	13,1	5,9	29,9	22,0	5,6	16,6	3,7	3,1	3,0	17,2	2,5	5,0	100
9.	12,8	6,3	35,1	25,1	5,3	8,9	4,7	4,4	3,3	16,5	2,6	5,4	100
10.	10,6	5,2	36,7	24,7	5,2	9,5	4,9	4,9	2,6	15,9	3,1	6,6	100
insgesamt	14,7	5,6	36,5	27,0	6,6	9,8	4,0	3,6	3,3	14,3	2,8	5,3	100

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 9: Private Konsumausgaben in Zweipersonenrentnerhaushalten¹⁾ 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Früheres Bundesgebiet

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter:		Innenaustattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschl. Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
DM je Haushalt ¹⁾ und Monat													
1.	491	110	903	690	156	169	64	192	63	187	102	79	2 361
2.	526	143	1 028	802	179	165	113	187	69	279	106	109	2 724
3.	542	163	1 212	902	181	259	118	264	70	358	147	127	3 261
4.	566	182	1 243	971	191	205	123	379	78	389	170	129	3 464
5.	568	187	1 380	1 048	204	270	134	431	76	381	175	148	3 750
6.	591	208	1 554	1 154	213	272	149	451	84	459	191	157	4 115
7.	597	210	1 581	1 185	218	291	176	409	87	479	192	190	4 212
8.	627	244	1 790	1 361	226	307	168	572	91	553	244	182	4 778
9.	646	274	1 841	1 378	262	385	206	639	104	661	286	244	5 287
10.	700	345	2 136	1 581	276	551	338	898	131	869	419	330	6 717
insgesamt	585	207	1 467	1 107	211	288	159	442	85	461	203	169	4 067
10./1. Dezil	1,4	3,1	2,4	2,3	1,8	3,3	5,3	4,7	2,1	4,6	4,1	4,2	2,8
Anteil an privaten Konsumausgaben in %													
1.	20,8	4,7	38,2	29,2	6,6	7,2	2,7	8,1	2,7	7,9	4,3	3,3	100
2.	19,3	5,2	37,7	29,4	6,6	6,1	4,1	6,9	2,5	10,2	3,9	4,0	100
3.	16,6	5,0	37,2	27,7	5,6	7,9	3,6	8,1	2,1	11,0	4,5	3,9	100
4.	16,3	5,3	35,9	28,0	5,5	5,9	3,6	10,9	2,3	11,2	4,9	3,7	100
5.	15,1	5,0	36,8	27,9	5,4	7,2	3,6	11,5	2,0	10,2	4,7	3,9	100
6.	14,4	5,1	37,8	28,0	5,2	6,6	3,6	11,0	2,0	11,0	4,6	3,8	100
7.	14,2	5,0	37,5	28,1	5,2	6,9	4,2	9,7	2,1	11,4	4,6	4,5	100
8.	13,1	5,1	37,5	28,5	4,7	6,4	3,5	12,0	1,9	11,6	5,1	3,8	100
9.	12,2	5,2	34,8	26,1	5,0	7,3	3,9	12,1	2,0	12,5	5,4	4,6	100
10.	10,4	5,1	31,8	23,5	4,1	8,2	5,0	13,4	2,0	12,9	6,2	4,9	100
insgesamt	14,4	5,1	36,1	27,2	5,2	7,1	3,9	10,9	2,1	11,3	5,0	4,2	100

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 10: Private Konsumausgaben in Zweipersonenrentnerhaushalten¹⁾ 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Neue Länder und Berlin-Ost

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter:		Innenaustattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschl. Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
DM je Haushalt ¹⁾ und Monat													
1.	(508)	(109)	(752)	(571)	(152)	(176)	(74)	(243)	(63)	(277)	(86)	(76)	(2 365)
2.	508	139	770	591	154	219	119	279	66	301	87	88	2 577
3.	533	140	928	645	164	256	146	271	62	307	80	108	2 831
4.	506	140	919	639	156	237	128	204	65	330	107	99	2 735
5.	550	188	992	715	178	347	134	388	77	432	146	122	3 376
6.	573	171	976	680	165	316	139	443	75	560	127	143	3 522
7.	557	199	989	736	174	323	125	472	75	540	134	142	3 556
8.	561	187	1 082	763	171	332	124	511	79	485	147	126	3 635
9.	568	203	1 347	830	185	353	152	383	76	555	134	143	3 915
10.	569	224	1 439	904	193	394	160	557	89	609	172	199	4 411
insgesamt	543	170	1 019	708	169	295	130	375	73	439	122	125	3 292
10./1. Dezil	1,1	2,1	1,9	1,6	1,3	2,2	2,2	2,3	1,4	2,2	2,0	2,6	1,9
Anteil an privaten Konsumausgaben in %													
1.	21,5	4,6	31,8	24,1	6,4	7,4	3,1	10,3	2,7	11,7	3,6	3,2	100
2.	19,7	5,4	29,9	22,9	6,0	8,5	4,6	10,8	2,6	11,7	3,4	3,4	100
3.	18,8	4,9	32,8	22,8	5,8	9,0	5,2	9,6	2,2	10,8	2,8	3,8	100
4.	18,5	5,1	33,6	23,4	5,7	8,7	4,7	7,5	2,4	12,1	3,9	3,6	100
5.	16,3	5,6	29,4	21,2	5,3	10,3	4,0	11,5	2,3	12,8	4,3	3,6	100
6.	16,3	4,9	27,7	19,3	4,7	9,0	3,9	12,6	2,1	15,9	3,6	4,1	100
7.	15,7	5,6	27,8	20,7	4,9	9,1	3,5	13,3	2,1	15,2	3,8	4,0	100
8.	15,4	5,1	29,8	21,0	4,7	9,1	3,4	14,1	2,2	13,3	4,0	3,5	100
9.	14,5	5,2	34,4	21,2	4,7	9,0	3,9	9,8	1,9	14,2	3,4	3,7	100
10.	12,9	5,1	32,6	20,5	4,4	8,9	3,6	12,6	2,0	13,8	3,9	4,5	100
insgesamt	16,5	5,2	31,0	21,5	5,1	9,0	3,9	11,4	2,2	13,3	3,7	3,8	100

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 11: Private Konsumausgaben in Einpersonnenpensionärshaushalten¹⁾ 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Früheres Bundesgebiet

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter:		Innenaustattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschl. Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
DM je Haushalt ¹⁾ und Monat													
1.	(340)	(130)	(833)	(698)	(113)	(105)	(91)	(383)	(87)	(274)	(160)	(84)	(2 497)
2.	(378)	(129)	(922)	(739)	(165)	(152)	(348)	(206)	(101)	(389)	(189)	(582)	(3 398)
3.	(324)	(128)	(1 137)	(870)	(175)	(263)	(465)	(202)	(95)	(427)	(204)	(147)	(3 395)
4.	(319)	(144)	(1 257)	(966)	(161)	(178)	(293)	(1 079)	(92)	(644)	(277)	(224)	(4 511)
5.	(344)	(270)	(1 289)	(958)	(176)	(312)	(480)	(829)	(110)	(403)	(228)	(185)	(4 453)
6.	(339)	(173)	(1 331)	(1 099)	(179)	(208)	(575)	(668)	(138)	(604)	(197)	(287)	(4 538)
7.	(355)	(222)	(1 682)	(1 058)	(279)	(347)	(554)	(663)	(108)	(631)	(212)	(433)	(5 239)
8.	(397)	(191)	(1 568)	(1 115)	(197)	(281)	(717)	(506)	(132)	(622)	(244)	(270)	(4 930)
9.	(361)	(172)	(1 729)	(1 210)	(240)	(313)	(632)	(298)	(151)	(810)	(243)	(395)	(5 114)
10.	(362)	(217)	(2 168)	(1 337)	(232)	(473)	(1 420)	(831)	(123)	(705)	(393)	(341)	(7 046)
insgesamt	352	178	1 390	1 004	191	263	555	565	114	551	234	294	4 504
10./1. Dezil	1,1	1,7	2,6	1,9	2,1	4,5	15,6	2,2	1,4	3,0	2,5	4,1	2,8
Anteil an privaten Konsumausgaben in %													
1.	13,6	5,2	33,4	27,9	4,5	4,2	3,6	15,3	3,5	11,0	6,4	3,4	100
2.	11,1	3,8	27,1	21,7	4,9	4,5	10,2	6,1	3,0	11,4	5,6	17,1	100
3.	9,5	3,8	33,5	25,6	5,2	7,7	13,7	5,9	2,8	12,6	6,0	4,3	100
4.	7,1	3,2	27,9	21,4	3,6	3,9	6,5	23,9	2,0	14,3	6,1	5,0	100
5.	7,7	6,1	28,9	21,5	4,0	7,0	10,8	18,6	2,5	9,1	5,1	4,2	100
6.	7,5	3,8	29,3	24,2	3,9	4,6	12,7	14,7	3,0	13,3	4,3	6,3	100
7.	6,8	4,2	32,1	20,2	5,3	6,6	10,6	12,7	2,1	12,0	4,0	8,3	100
8.	8,0	3,9	31,8	22,6	4,0	5,7	14,5	10,3	2,7	12,6	4,9	5,4	100
9.	7,1	3,4	33,8	23,7	4,7	6,1	12,4	5,8	3,0	15,8	4,8	7,7	100
10.	5,1	3,1	30,8	19,0	3,3	6,7	20,2	11,8	1,7	10,0	5,6	4,8	100
insgesamt	7,8	4,0	30,9	22,3	4,2	5,8	12,3	12,6	2,5	12,2	5,2	6,5	100

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Anhangtabelle 12: Private Konsumausgaben in Zweipersonnenpensionärshaushalten¹⁾ 1998 nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
Früheres Bundesgebiet

Haushalte des ... Dezils	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnen	Darunter:		Innenaustattung u.a.	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen einschl. Bildungswesen	Insgesamt
				Miete	Energie								
DM je Haushalt ¹⁾ und Monat													
1.	581	(160)	1 065	825	175	242	(320)	535	73	354	(166)	(181)	3 676
2.	592	194	1 268	944	211	285	306	386	85	492	242	215	4 068
3.	603	249	1 364	1 056	220	306	448	517	84	617	275	193	4 659
4.	631	269	1 445	1 112	206	347	468	751	86	625	231	205	5 065
5.	655	262	1 500	1 182	222	271	575	691	97	619	285	198	5 161
6.	623	316	1 673	1 255	229	375	706	646	101	651	327	216	5 640
7.	678	256	1 790	1 366	232	422	770	535	106	711	268	203	5 756
8.	689	336	1 963	1 414	227	400	980	583	118	763	372	256	6 468
9.	712	388	1 931	1 514	249	447	1 129	612	131	937	471	353	7 120
10.	726	405	2 340	1 662	299	629	1 807	1 113	155	1 081	436	463	9 162
insgesamt	649	284	1 652	1 240	229	381	782	660	105	691	306	253	5 770
10./1. Dezil	1,2	2,5	2,2	2,0	1,7	2,6	5,6	2,1	2,1	3,1	2,6	2,6	2,5
Anteil an privaten Konsumausgaben in %													
1.	15,8	4,4	29,0	22,4	4,8	6,6	8,7	14,6	2,0	9,6	4,5	4,9	100
2.	14,6	4,8	31,2	23,2	5,2	7,0	7,5	9,5	2,1	12,1	5,9	5,3	100
3.	12,9	5,3	29,3	22,7	4,7	6,6	9,6	11,1	1,8	13,2	5,9	4,1	100
4.	12,5	5,3	28,5	22,0	4,1	6,9	9,2	14,8	1,7	12,3	4,6	4,0	100
5.	12,7	5,1	29,1	22,9	4,3	5,3	11,1	13,4	1,9	12,0	5,5	3,8	100
6.	11,0	5,6	29,7	22,3	4,1	6,6	12,5	11,5	1,8	11,5	5,8	3,8	100
7.	11,8	4,4	31,1	23,7	4,0	7,3	13,4	9,3	1,8	12,4	4,7	3,5	100
8.	10,7	5,2	30,3	21,9	3,5	6,2	15,2	9,0	1,8	11,8	5,8	4,0	100
9.	10,0	5,4	27,1	21,3	3,5	6,3	15,9	8,6	1,8	13,2	6,6	5,0	100
10.	7,9	4,4	25,5	18,1	3,3	6,9	19,7	12,1	1,7	11,8	4,8	5,1	100
insgesamt	11,2	4,9	28,6	21,5	4,0	6,6	13,6	11,4	1,8	12,0	5,3	4,4	100

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Preise im Juni 2001

Der Preisanstieg hielt in Deutschland auf den hier beobachteten Wirtschaftsstufen mit Ausnahme des Großhandels auch im Juni 2001 an. Allerdings waren die Veränderungen des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte mit +0,1% sowie des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte und des Index der Einzelhandelspreise mit jeweils +0,2% relativ gering. Der Index der Großhandelsverkaufspreise ist sogar um 0,5% zurückgegangen. Immer noch recht hoch war der Preisanstieg im Juni 2001 gegenüber dem Juni 2000. Der Erzeugerpreisindex hat sich innerhalb eines Jahres um 4,3% erhöht, der Index der Großhandelsverkaufspreise und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte jeweils um 3,1%. Geringer war der Anstieg des Einzelhandelspreisindex mit 2,2%.

Dipl.-Volkswirt Gerd Ströhl

Sehr viel weniger als in den Vormonaten beeinflussten die Mineralölzeugnisse im Juni 2001 das Preisklima. Wesentlich teurer als im Juni 2000 waren allerdings die Saisonwaren, ohne die sich der Index der Großhandelsverkaufspreise und der Preisindex für die Lebenshaltung im Vorjahresvergleich deutlich weniger erhöht hätten.

	Veränderungen Juni 2001 gegenüber	
	Mai 2001	Juni 2000
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,1	+ 4,3
ohne Mineralölzeugnisse	+ 0,1	+ 4,2
Mineralölzeugnisse	- 0,2	+ 4,9
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	- 0,5	+ 3,1
ohne Mineralölzeugnisse	- 0,4	+ 2,8
Mineralölzeugnisse	- 1,0	+ 5,7
ohne Saisonwaren	- 0,2	+ 2,7
Saisonwaren	- 4,6	+ 14,7
Index der Einzelhandelspreise		
insgesamt	+ 0,2	+ 2,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,2	+ 3,1
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,3	+ 2,9
Heizöl und Kraftstoffe	- 1,8	+ 4,3
ohne Saisonwaren	+ 0,2	+ 2,8
Saisonwaren	- 0,8	+ 10,3

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) für Deutschland hat sich im Juni 2001 um 0,1% erhöht. Er lag um 4,3% über dem Wert vom Juni 2000. Im Mai und im April 2001 hatte der Preisabstand gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat +4,6 bzw. +5,0% betragen.

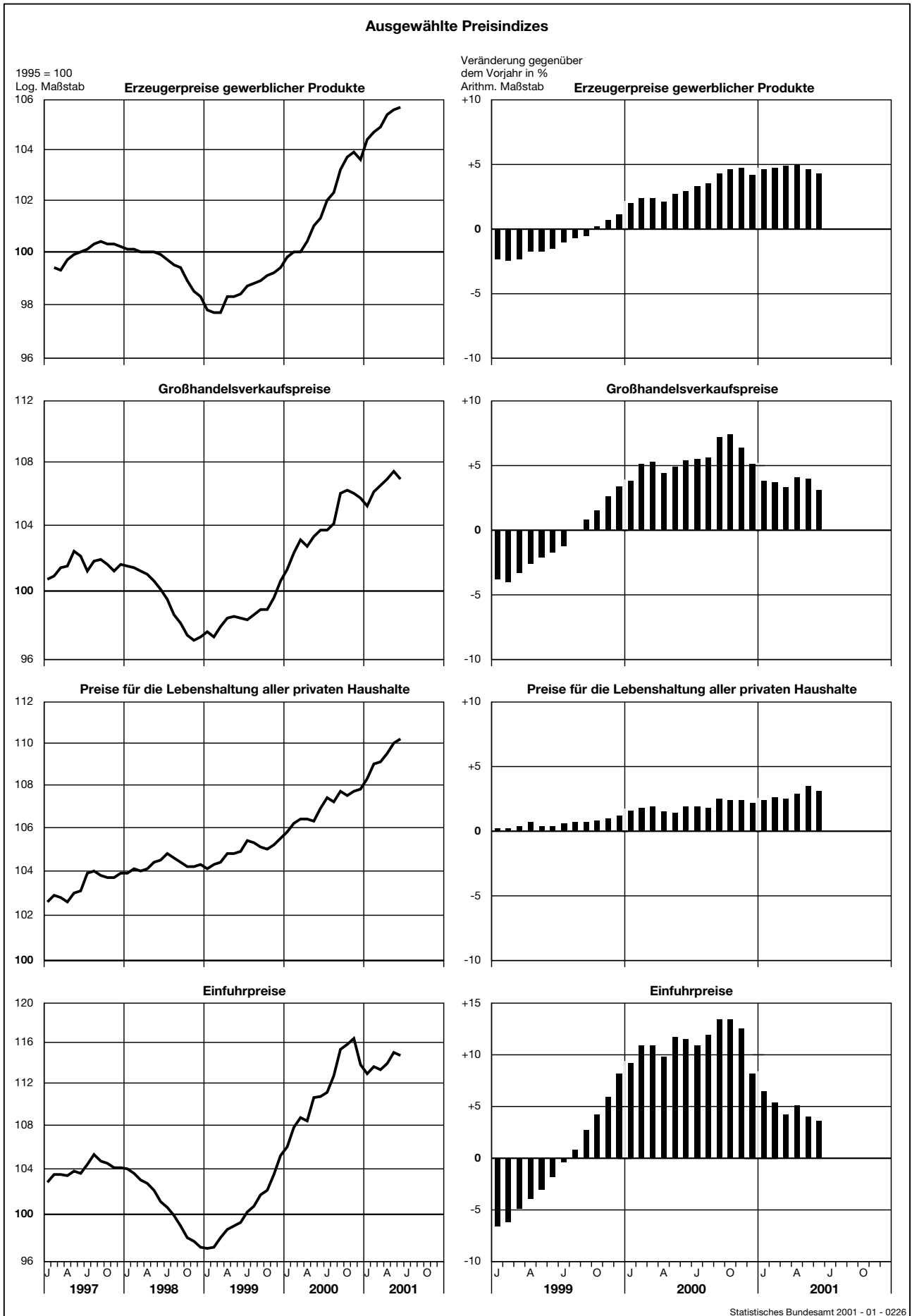
Wie bereits in den vergangenen Monaten beeinflusste auch im Juni die überdurchschnittliche Jahresteuersatzrate von Energie (+18,7%) erheblich den allgemeinen Preisanstieg. Vor allem die Preise von Erdgas (+36,7%) und Fernwärme (+12,1%) lagen deutlich über dem Vorjahresniveau. Ohne Energie stieg der Erzeugerpreisindex im Juni 2001 nur um 2,2% gegenüber Juni 2000. Bei den Mineralölzeugnissen betrug der Preisanstieg im Juni gegenüber dem Vorjahr 4,9%, nachdem im Mai noch +10,0% ermittelt wurden. Besonders die Preisentwicklung von Superbenzin, das nur noch 1,6% teurer war als im Juni 2000 und sich gegenüber Mai 2001 um 4,1% verbilligte, trug zu dieser Entspannung bei. Weiterhin deutliche Preisanstiege gegenüber dem Vorjahr sind bei Diesel (+8,7%) und bei leichtem Heizöl (+12,1%) zu verzeichnen.

Ausgewählte Preisindizes
1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland		Früheres Bundes- gebiet
1996 D	98,8	99,6	100,8	101,4	101,3	101,9
1997 D	99,9	101,5	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	99,5	101,7	104,3	104,1	105,3
1999 D	98,5	98,6	101,9	104,9	104,8	105,7
2000 D	101,8	104,0	103,0	106,9	106,9	107,5
2000 April ..	100,4	102,7	102,6	106,4	106,3	107,0
Mai ...	101,0	103,3	102,7	106,3	106,2	107,0
Juni ...	101,3	103,7	102,8	106,9	106,8	107,5
Juli ...	102,0	103,7	102,8	107,4	107,3	107,9
Aug. ...	102,3	104,1	102,8	107,2	107,2	107,8
Sept. ...	103,2	106,0	103,7	107,7	107,6	108,0
Okt. ...	103,7	106,2	103,5	107,5	107,4	107,8
Nov. ...	103,9	106,0	103,6	107,7	107,7	108,3
Dez. ...	103,6	105,7	103,5	107,8	107,7	108,3
2001 Jan. ...	104,4	105,2	103,4	108,3	108,2	109,1
Febr. ...	104,7	106,1	103,7	109,0	108,9	109,8
März ...	104,9	106,5	104,0	109,1	109,0	110,0
April ...	105,4	106,9	104,4	109,5	109,3	110,4
Mai ...	105,6	107,4	104,9	110,0	109,8	111,1
Juni ...	105,7	106,9	105,1	110,2	110,0	111,2
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
2000 April ...	+ 0,4	- 0,4	- 0,1	-	-	-
Mai ...	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	-
Juni ...	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Juli ...	+ 0,7	-	-	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Aug. ...	+ 0,3	+ 0,4	-	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Sept. ...	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Okt. ...	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Nov. ...	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5
Dez. ...	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	-	-
2001 Jan. ...	+ 0,8	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Febr. ...	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
März ...	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
April ...	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Mai ...	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Juni ...	+ 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1996 D	- 1,2	- 0,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1999 D	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
2000 D	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
2000 April ...	+ 2,1	+ 4,4	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3
Mai ...	+ 2,7	+ 4,9	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
Juni ...	+ 2,9	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Juli ...	+ 3,3	+ 5,5	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Aug. ...	+ 3,5	+ 5,6	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Sept. ...	+ 4,3	+ 7,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,1
Okt. ...	+ 4,6	+ 7,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0
Nov. ...	+ 4,7	+ 6,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4
Dez. ...	+ 4,2	+ 5,1	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2
2001 Jan. ...	+ 4,6	+ 3,8	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5
Febr. ...	+ 4,7	+ 3,7	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7
März ...	+ 4,9	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8
April ...	+ 5,0	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2
Mai ...	+ 4,6	+ 4,0	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,8
Juni ...	+ 4,3	+ 3,1	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,4

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Einschl. Umsatzsteuer.

Schaubild 1



Starke Preiserhöhungen wurden im Juni 2001 gegenüber dem Vorjahresmonat außerdem u. a. bei folgenden Gütern festgestellt: Steinkohle und Steinkohlenbriketts (+ 23,1%), Flachglas (+ 15,7%), Zeitungsdruckpapier (+ 15,2%), Fleisch und Fleischerzeugnisse (+ 14,3%), Pkw-Reifen (+ 7,4%), Aluminium (+ 7,3%), Chemiefasern (+ 6,9%) sowie Milch und Milcherzeugnisse (+ 6,8%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im Juni 2001 unter anderem: oberflächenveredelte Bleche (-9,0%), Drahtwaren (-8,9%), Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (-8,3%), elektrische Lampen (-6,8%), Universalwaschmittel (-6,0%), Röstkaffee (-5,2%) sowie Nadelschnittholz (-4,0%).

Gegenüber dem Vormonat fiel der *Index der Großhandelsverkaufspreise* für Deutschland im Juni 2001 um 0,5%, er lag damit um 3,1% über dem Stand des Vorjahresmonats. Niedriger war die Preissteigerung im Vorjahresvergleich letztmalig im November 1999 (+ 2,6%). Im Mai und im April 2001 hatten die Jahresveränderungsraten noch + 4,0 bzw. + 4,1% betragen. Der Gesamtindex ohne Mineralölzeugnisse lag im Juni 2001 um 2,8% über dem Vorjahresniveau und 0,4% unter dem Stand von Mai 2001.

Binnen Monatsfrist verbilligten sich vor allem Schweinefleisch (-12,2%), lebende Schweine (-11,2%) und Motorenbenzin (-5,0%). Dagegen wurden Kartoffeln (+ 82,4%), Zitrusfrüchte (+ 11,1%) und leichtes Heizöl (+ 3,8%) teurer. Sehr viel teurer als im Vorjahresmonat waren im Juni 2001 vor allem Zitrusfrüchte (+ 44,7%), Geflügelfleisch (+ 37,0%), Bananen (+ 30,3%), lebende Schweine (+ 25,5%), Schweinefleisch (+ 19,8%), leichtes Heizöl (+ 13,3%) sowie Futtermittel (+ 10,5%). Dagegen waren lebende Rinder (-27,5%), Kartoffeln (-14,6%) und Rohkaffee (- 11,5%) erheblich billiger als vor einem Jahr.

Die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels wiesen folgende Monats- bzw. Jahresveränderungen auf:

	Veränderungen Juni 2001 gegenüber	
	Mai 2001	Juni 2000
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren .	- 3,2	+ 3,2
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	- 0,6	+ 5,0
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+ 0,1	+ 1,9
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	- 0,3	+ 3,3
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	- 0,3	- 0,3
Sonstiger Großhandel	- 0,2	+ 3,8

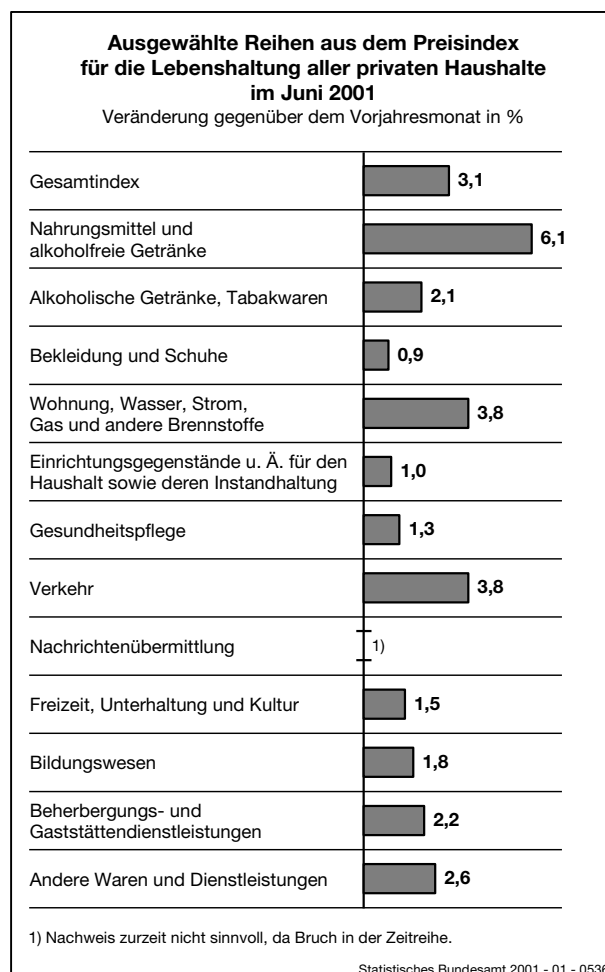
Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich im Juni 2001 um 0,2% gegenüber dem Vormonat und war um 2,2% höher als vor einem Jahr. Die Jahresveränderungsraten hatten im Mai +2,1% und im April 2001 +1,8% betragen.

Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte* für Deutschland lag im Juni 2001 um 0,2% höher als im Mai dieses Jahres. Im Vergleich zum Juni des Vorjahres ist der Index um 3,1% gestiegen. Die Preissteigerung im Mai 2001 hatte im Vorjahresvergleich noch 3,5% betragen. Eine höhere Jahresteuersatzrate ist davor letztmals im Dezember 1993 (+ 4,2%) gemessen worden. Die jetzt wieder geringere Veränderung ist im Wesentlichen auf die Abschwächung der Preisentwicklung bei Kraftstoffen zurückzuführen. Diese waren im Juni 2001 um 3,1% teurer als ein Jahr zuvor, während die Jahresteuersatzrate im Mai 2001 noch 15,4% betragen hatte. Von Mai 2001 auf Juni 2001 fielen die Kraftstoffpreise sogar um 3,1%.

Die anhaltenden Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln beliefen sich von Juni 2000 bis Juni 2001 auf durchschnittlich 6,9%. Hervorzuheben sind insbesondere die Preiserhöhungen bei Fleisch und Fleischwaren (+ 9,7%), Gemüse (+ 14,4%), Obst (+ 8,5%) sowie Molkereiprodukten und Eiern (+ 6,2%).

Rückläufige Preise waren im Jahresvergleich u. a. bei Bohnenkaffee (- 4,3%), Dienstleistungen von Fotolabors (- 4,5%), Hausratversicherungen (-3,1%) und technischen Geräten der Unterhaltungselektronik wie Farbfernseher (-1,6%) und Videorekordern (- 4,6%) zu beobachten.

Schaubild 2



Die nachstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
auf Basis 1995 = 100

	Veränderungen Juni 2001 gegenüber	
	Mai 2001	Juni 2000
	%	
Gesamtindex	+ 0,2	+ 3,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,3	+ 6,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,1	+ 2,1
Bekleidung und Schuhe	-	+ 0,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,4	+ 3,8
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	-	+ 1,0
Gesundheitspflege	-	+ 1,3
Verkehr	- 0,6	+ 3,8
Nachrichtenübermittlung	-	.1)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 0,8	+ 1,5
Bildungswesen	-	+ 1,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 1,0	+ 2,2
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,1	+ 2,6

1) Wegen der Erweiterung des Erfassungsbereichs um Internetdienstleistungen ab Januar 2001 ist ein Vorjahresvergleich nicht sinnvoll.

Für das *frühere Bundesgebiet* ergab sich im Juni 2001 im Vorjahresvergleich eine durchschnittliche Preissteigerungsrate von +3,0%. Für die *neuen Länder und Berlin-Ost* wurde eine Teuerungsrate von +3,4% errechnet. Der höhere Preisanstieg in den neuen Ländern ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Haushalte im Osten von den Verteuerungen bei Nahrungsmitteln und Haushaltsenergie stärker betroffen waren als die Haushalte im Westen, weil diese Güter in den neuen Ländern und Berlin-Ost einen größeren Anteil am Haushaltsbudget haben. Die Veränderungsrate des Gesamtindex zum Vormonat war in den neuen Bundesländern mit +0,1% etwas niedriger als in den alten Bundesländern (+0,2%).

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland weist im Juni 2001 die gleichen Veränderungsdaten auf wie der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland. Er lag um 0,2% höher als im Mai 2001 und ist gegenüber Juni 2000 um 3,1% angestiegen.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Juni 2001 gegenüber	
	Mai 2001	Juni 2000
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	+ 5,1	+ 23,1
Flachglas	+ 2,4	+ 15,7
Zeitungsdruckpapier	-	+ 15,2
Fleisch und Fleischerzeugnisse	- 0,9	+ 14,3
Pkw-Reifen	+ 0,5	+ 7,4
Aluminium	- 0,3	+ 7,3
Chemiefasern	+ 0,1	+ 6,9
Milch und Milcherzeugnisse	+ 0,2	+ 6,8
Nadelschnittholz	- 0,2	- 4,0
Röstkaffee	- 0,3	- 5,2
Universalwaschmittel	+ 2,3	- 6,0
Elektrische Lampen	- 0,3	- 6,8
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen ...	- 1,5	- 8,3
Drahtwaren	+ 0,3	- 8,9
Oberflächenveredelte Bleche	- 1,2	- 9,0
Großhandelsverkaufspreise		
Zitrusfrüchte	+ 11,1	+ 44,7
Geflügelfleisch	- 1,3	+ 37,0
Bananen	+ 1,4	+ 30,3
Lebende Schweine	- 11,2	+ 25,5
Schweinefleisch	- 12,2	+ 19,8
Leichtes Heizöl	+ 3,8	+ 13,3
Futtermittel	+ 0,9	+ 10,5
Milch und Milcherzeugnisse	+ 1,4	+ 9,4
Dieselmotoren	+ 1,8	+ 8,0
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	+ 0,8	+ 7,7
Motorenbenzin	- 5,0	+ 2,4
Rindfleisch	- 0,8	- 5,7
Getreide	- 1,7	- 6,2
Rohkaffee	+ 2,1	- 11,5
Kartoffeln	+ 82,4	- 14,6
Lebende Rinder	+ 1,6	- 27,5

Außenhandel und Informationsbedarf der Bundesländer

Vom 29. bis 31. März 2000 haben das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg (Eurostat) und das Italienische Nationale Statistische Institut in Rom (ISTAT) in Mailand eine Internationale Tagung gemeinsam mit den Nutzern der Außenhandelsstatistik aus Politik, Statistik, Wirtschaft und Wissenschaft durchgeführt. Sie wurden hierbei großzügig unterstützt durch ASSO LOMBARDA, den Unternehmerverband der Lombardei.

Ein Aspekt im vielfältigen Themenspektrum betraf den Bedarf und die Nutzung von Außenhandelsdaten auf regionaler Ebene. In Deutschland sind hiermit die Bundesländer angesprochen. Zur Thematik „External trade and regional needs“ hat Frau Dr. Ingrid Fügel-Waverijn, Ministerialrätin im Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, auf Einladung von Eurostat am 30. März 2000 einen Vortrag gehalten, dessen Langfassung nachfolgend abgedruckt ist.

Hintergrund des Vortrages ist die wenig bekannt gewordene Thematik, dass die statistische Ermittlung von Export- und Importdaten der Regionalebene der Länder über Jahre hinweg durch die von 1996 datierende SLIM-Initiative der Europäischen Kommission infrage gestellt wurde (SLIM = Simpler Legislation for the Internal Market). Hierbei wurde argumentiert, dass der europäische Binnenmarkt seit 1993 vollendet sei, sodass Informationen über die Handelsströme innerhalb Europas nicht mehr benötigt und die Unternehmen durch eine entsprechende Statistik nur unnötig belastet würden.

Im Vortrag wird ausgeführt, dass keines der für die Streichung der regionalen Außenhandelsstatistik vorgebrachten Argumente haltbar ist, da sie jeweils von falschen oder nicht ausreichend durchdachten Voraussetzungen ausgehen. Im Einzelnen wird aus politischer und wirtschaftspolitischer Sicht auf die herausragende Funktion von Regionen im europäischen Integrationsprozess verwiesen, auf den Informations- und Beratungsbedarf des hierbei wichtigsten Ansprechpartners, der mittelständischen Wirtschaft, sowie auf die nach wie vor bestehenden realen Barrieren im formal vollendeten Binnenmarkt. Auf statistischem Gebiet sind Versuche einer Aushebelung durch Hinweis auf Globalisierung, Sitzlandprinzip, Einstromprinzip usw. nicht stichhaltig.

Die Gefahr der Streichung dieser nicht nur für die Politik, sondern auch für die Wirtschaft der Bundesländer zentralen Informationen wurde erst mit dem von den Wirtschaftsministern der Länder hierzu erbetenen Bericht der Bundesregierung vom Mai 2000 zumindest vorläufig behoben. Dass es sich hierbei allerdings keineswegs um eine abschließende Regelung handelt, ist dem zentralen Satz dieses Berichts zu entnehmen: „Seitens der Europäischen Kommission gibt es derzeit keine weiteren Aktivitäten, vom Regionalprinzip abzuweichen.“¹⁾

Zusammenfassend zeigt auch dieser Vorgang, dass die Länder mit einer zunehmenden Tendenz zur Einschränkung ihrer Informationsbasis rechnen müssen. Die Gründe dafür sind vielseitig; Aspekte der Entlastung und Kostenreduktion werden oft genannt, genauso wichtig sind aber ganz allgemeine Zentralisierungstendenzen und die Tatsache, dass die Europäische Union (EU) föderale Strukturen nicht im Blick hat. Deren Informationserfordernisse ziehen deshalb automatisch den Kürzeren, wenn sie mit den zahlreichen und detaillierten EU-eigenen Datenanforderungen kollidieren. Gleichzeitig sind staatliche Institutionen, anders als Unternehmen, kaum in der Lage, zur Rationalisierung im Sinne des Abbaus nicht mehr benötigter Regelwerke und Statistiken Raum für Neues zu schaffen. Deshalb gehen diese Entwicklungen automatisch zulasten von Politik und Wirtschaft auf Landesebene, denen die relevanten und im Hinblick auf neue Entwicklungen aktuell benötigten Daten für die Entscheidungsfindung nicht mehr wie erforderlich zur Verfügung stehen. Das Statistische Bundesamt²⁾ macht deshalb in Verbindung mit der Diskussion um die regionale Außenhandelsstatistik zu Recht darauf aufmerksam, dass in einem föderalen Staatswesen wie der Bundesrepublik Deutschland die Länder stärker als bisher selbst ihre ureigensten Interessen sehen, artikulieren und vertreten müssen, wenn sie diesen Trend nicht hinnehmen wollen.

Dr. Ingrid Fügel-Waverijn,
Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

Mailand und die Lombardei sind Austragungsort dieser anspruchsvollen Tagung und die ASSO LOMBARDO ist großzügiger Gastgeber. Dafür danke ich. Sodann danke ich Eurostat und ISTAT, die die Initiative zu diesem Gedankenaustausch ergriffen haben und ihn vorzüglich organisieren. Mit beiden Adressaten für meinen Dank verbinde ich zugleich zwei wichtige Aspekte der Zusammenarbeit.

Lassen Sie mich zunächst auf den regionalen Aspekt der Zusammenarbeit und damit auf die Lombardei zurückkommen. Die Lombardei ist eine Partnerregion von Baden-Württemberg. Zusammen mit Rhône-Alpes in Frankreich und Katalonien in Spanien, bilden diese vier Regionen die „Vier Motoren für Europa“. Sie haben auf verschiedenen Gebieten eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Was heißt das? Man denkt vermutlich zunächst an die besondere wirtschaftliche Stärke und Dynamik dieser Regionen und an das hohe technologische Niveau ihrer Industrie- und Dienstleistungsstruktur. Aber das ist zu eng. Grundlage dieser Kooperation ist vielmehr die Überzeugung, dass Europa von den Regionen her mitgetragen und mitgestaltet werden muss. Die enge Kooperation

1) Bericht der Bundesregierung zur Außenhandelsstatistik vom 20. Februar 2000, Anlage 6 zum Protokoll von TOP 18 der Tagesordnung der Wirtschaftsministerkonferenz vom 17. bis 19. Mai 2000 in Zittau.

2) Siehe Müller, K.: „Föderale Strukturen in der deutschen Außenhandelsstatistik“ in WiSta 10/1997, S. 689 ff.

der „Vier Motoren“ wie ganz generell die Zusammenarbeit vieler europäischer Regionen untereinander – Baden-Württemberg unterhält zum Beispiel außerdem partnerschaftliche Beziehungen zu Wales, Flandern und Regio do Centro – sind wichtige Elemente, den europäischen Integrationsprozess auf demokratischem Wege, das heißt von unten als ein Europa der Bürger voranzutreiben. Ich möchte deshalb in die Tagungsthematik den regionalen und für Deutschland darüber hinausgehend den föderalen Standpunkt einbringen. Dies auch deshalb, weil in der Wirtschaft auf dieser Ebene der wichtigste Adressat der europäischen Integrationspolitik am besten anzusprechen und zu aktivieren ist: die mittelständische Wirtschaft, die kleinen und mittleren Unternehmen. Die Großunternehmen, die Global Player, sind schon weltweit vernetzt und wissen selbst am besten, was zu tun ist.

Der zweite Aspekt der Zusammenarbeit betrifft das Gespräch mit den europäischen Gremien, speziell mit Eurostat. Eurostat hat zusammen mit ISTAT die Konsumenten der Außenhandelsstatistik zu dieser Diskussion eingeladen. Ein solches Gespräch ist von eminenter Bedeutung, und zwar aus folgenden Gründen:

Die SLIM-Initiative, die auf europäischer Ebene u. a. die Frage nach dem regionalen Datenbedarf in der Intra-stat-Statistik in aller Breite aufgeworfen hat, datiert aus dem Jahr 1996. Seither beschäftigen sich auf europäischer Ebene und in Deutschland zahlreiche hochrangige Gremien mit dieser Thematik: Ministerrat, Europäische Kommission, Generaldirektion und Europäisches Parlament sowie die Bundesregierung, der Deutsche Bundesrat und die Bundesländer. Im Hinblick darauf ist es sicherlich erforderlich, die Frage nach Aufwand und Ertrag zu stellen.

Damit will ich sagen: Ein unmittelbares Gespräch zwischen den betroffenen Ebenen – und damit meine ich das Gespräch zwischen den Gremien der Europäischen Gemeinschaft und der europäischen Regional-ebene NUTS 1³⁾ – hätte den Abstimmungsprozess zweifellos verkürzt und zu einem schnelleren Verständnis der jeweiligen Standpunkte beigetragen. Baden-Württemberg begrüßt deshalb die Initiative zu diesem Meeting und hält es für zweckmäßig, bei Bedarf immer wieder zu solchen Gesprächsforen einzuladen.

Zu dem mir gestellten Thema: „Außenhandel und regionaler Informationsbedarf“ werde ich in erster Linie aus der Sicht Baden-Württembergs Stellung nehmen. Im Wesentlichen vertrete ich damit aber auch die Sicht der anderen Länder in Deutschland. Und ich hoffe, dass damit auch der Informationsbedarf artikuliert wird, den andere vergleichbare Regionen in Europa haben bzw. aus welchen Gründen solche Informationen für sie und für die dort ansässige Wirtschaft nützlich sind. Dies gilt ganz unabhängig vom Ausmaß der staatlichen Verfassheit der Regionen.

Wozu werden Außenhandelsdaten benötigt? Und weshalb sind sie wichtig?

Außenhandelsdaten gehören für Politik und Wirtschaft von Staaten und von nach bestimmten Verfassungs- und/oder Verwaltungsvorgaben unterschiedenen Gebieten speziell der Regionalebene NUTS 1 zu den absolut zentralen Indikatoren:

- Während Bevölkerung, Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigungsniveau (bzw. das Ausmaß der Arbeitslosigkeit) das Entwicklungsniveau von Wirtschaft und Gesellschaft beschreiben,
- und Wirtschaftswachstum bzw. Investitionen Indikatoren für ihren Entwicklungstrend bzw. ihr Entwicklungspotenzial sind,
- ist der Außenhandel – also der Nachweis von Exporten und Importen – der Indikator für Intensität und Orientierungsrichtung der Vernetzung einer Wirtschaftsregion mit der „Außenwelt“. In ökonomischen Termini spricht man von einem Indikator,
 - für die Einbindung der Wirtschaft in die regionale bzw. internationale Arbeitsteilung,
 - für die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsstärke einer Region
 - und für ihre Standortattraktivität im Hinblick auf heimische und ausländische Unternehmen.

Dieses Indikatorenset aus sechs Merkmalen ist im Zeitalter der Globalisierung unverzichtbare Informationsgrundlage für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft von Regionen, speziell der Ebene NUTS 1 – unabhängig davon, ob sie mit mehr oder weniger Verfassungsrang ausgestattet sind.

Außenhandelszahlen haben neben diesem zentralen volkswirtschaftlichen Informationsrang eine wichtige betriebswirtschaftliche Funktion für Unternehmen. Für Unternehmen sind Außenhandelszahlen die wesentliche Grundlage für vielfältige Marktanalysen nach Produkten und Nationen und für das unternehmerische Benchmarking, also für die Analyse der internationalen Konkurrenzsituation in den jeweiligen Marktsegmenten.

In Deutschland artikulieren die großen Bundesverbände der Wirtschaft nachdrücklich das unternehmerische Interesse an dieser Datengrundlage. Sie fordern die Bereitstellung vergleichbarer und zuverlässiger Informationen durch den Staat. Nicht zuletzt ist an ihrem Widerstand – wie bekannt – der Versuch einer Verschlankung der sehr detaillierten Kombinierten Nomenklatur gescheitert. Große Produktions- und Handelsunternehmen und die großen Unternehmensberatungsfirmen analysieren diese Zahlen für ihre spezifischen Zwecke der Marktanalyse und des Benchmarking im internationalen Kontext selbst. Kleine und mittlere Unternehmen verfügen demgegen-

3) NUTS = Nomenclature des unités territoriales statistiques: Systematik der Gebietseinheiten in der Europäischen Union. Für Deutschland wird dabei wie folgt untergliedert: Bundesländer = NUTS 1; Regierungsbezirke = NUTS 2; Kreise = NUTS 3.

über nicht über eine volkswirtschaftliche und Marketing-Abteilung. Sie benötigen für diese Datenbereitstellung und für ihre analytische und maßnahmenbezogene Auswertung einen Mittler. Diese Vermittlung wird in der Regel auf Ebene von Ländern (NUTS 1) durch Kammern und Verbände wahrgenommen. Diesen wiederum werden die Daten zusammen mit einer Vielzahl von Auswertungen von den jeweils zuständigen Landesämtern zur Verfügung gestellt.⁴⁾ Diese Informations- und Beratungsfunktion für den Mittelstand wird im Zuge der steigenden internationalen Vernetzung wirtschaftlicher Aktivitäten immer wichtiger und damit auch die Verfügbarkeit entsprechender Daten.

Ich möchte diesen allgemeinen Nutzungsaspekt der Außenhandelsdaten hier nicht weiter vertiefen. Das Statistische Bundesamt hat hierzu in seiner Monatszeitschrift *Wirtschaft und Statistik* im Februar 1998 eine umfassende Darstellung veröffentlicht, auf die ich hiermit verweise.⁵⁾ Die dortigen Ausführungen beziehen sich zwar im Wesentlichen auf die Bundesebene, sie lassen sich aber problemlos auf die Regionalebene mindestens von NUTS 1 übertragen. Auf die konkrete Relevanz dieser Statistik und der durch sie ermöglichten Informationen für die Bundesländer komme ich später noch zu sprechen.

Aus meiner Sicht handelt es sich bei dieser gesamtwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Begründung des Bedarfs an Außenhandelsdaten um grundlegende Selbstverständlichkeiten, insbesondere im Zeitalter einer Informationsgesellschaft. Dass die amtliche Statistik hier den Gesichtspunkt der Ausgewogenheit von Informationsnotwendigkeit und Belastung der Unternehmen beachten muss, versteht sich von selbst. Dies aber ist, wie die zuvor zitierte Position der Wirtschaft zeigt, im Falle der Außenhandelsdaten eindeutig gegeben. Angesichts der Notwendigkeit dieser dringenden Informationen ist bemerkenswert, dass er aus verschiedenen Gründen insbesondere für die regionale Ebene bestritten wird. Der Vortrag wird sich deshalb nachfolgend mit den zum Teil sehr subtilen Argumenten der Gegenposition befassen.

Die Subtilität dieser Gegenargumentation zeigt im Übrigen, dass Statistik als Instrumentarium der Bereitstellung von Daten und Informationen keineswegs nur eine „trockene“, und ausschließlich objektiv behandelbare Materie ist. Vielmehr ist sie immer sowohl mit Aspekten der Staatsverfassung und damit mit der Regelung von politischen Entscheidungsprozessen als auch mit erkenntnistheoretischen Aspekten – wie der Bedeutung von Begriffen und ihrer Verwendung – verbunden.

Mit Blick auf die wichtigsten Gegenargumente gliedern sich die nachfolgenden Ausführungen in fünf große Abschnitte:

1. Der verfassungsmäßige Föderalismus in Deutschland.
2. Hat der Föderalismus und haben Regionen eine Zukunft?

3. Existenzielle Bedeutung des Außenhandels für die Bundesländer und deshalb existenzieller Informationsverlust, wenn diese Statistik gestrichen wird (dargestellt am Beispiel Baden-Württembergs).
4. Was bedeutet „Binnenmarkt“ und wie beeinflusst die Globalisierung die Qualität der Daten?
5. Die Stellungnahme der Bundesländer und speziell Baden-Württembergs zu einigen weiteren Vorschlägen der SLIM-Initiative.

1. Der verfassungsmäßige Föderalismus in Deutschland

Nachfolgend werde ich in groben Zügen auf die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland eingehen, weil dies bestimmte Konsequenzen hat, und zwar

- für die Organisation der statistischen Erhebungen,
- für die regionalen Datenanforderungen und
- für die besondere Art und Intensität, mit der die Informationsanforderungen durch die Bundesländer vertreten werden, und zwar in vielen Bereichen der Statistik und nicht allein bei der Außenhandelsstatistik.

Maßgebend hierfür sind Artikel 20 und Artikel 50 des Grundgesetzes; Art. 20, Abs. 1 lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Dieser Bundesstaat besteht aus 16 Ländern mit jeweils eigener Verfassung, eigener Landesregierung, eigenem Landesparlament und eigener Landespolitik.

Der zweite wichtige Artikel ist der Art. 50: „Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.“ Die Länder haben somit maßgebliche Mitwirkungsrechte an der Bundesgesetzgebung und auch bei Angelegenheiten der Europäischen Union. Genauso wichtig ist: Die Umsetzung, das heißt die faktische Durchführung, nicht nur der Landesgesetze sondern auch der Bundesgesetze fällt überwiegend in die alleinige Zuständigkeit der Länder. Die Position der Eigenständigkeit der Länder wird durch die Regierungsverantwortlichen und den Bundesrat wahrgenommen.

Ich denke, es bedarf keiner weiteren Argumente dafür, dass regionale Einheiten mit einer derart hohen Gesetzgebungs- und Regelungskompetenz zur Durchführung dieser Aufgaben einen entsprechenden Bedarf an den als Entscheidungsbasis erforderlichen Daten und Informationen haben. Qualifizierte und sachgerechte Entscheidungen, die in der Politik immer auch eine langfristige Wirkung haben, sind sonst nicht zu treffen.

Die Bedeutung, die die Landespolitik deshalb der Außenhandelsstatistik beimisst, wird aus einem Schreiben des Wirtschaftsministers von Baden-Württemberg, Herrn Dr. Walter Döring, vom 8. Juli 1997 an den damaligen Bundes-

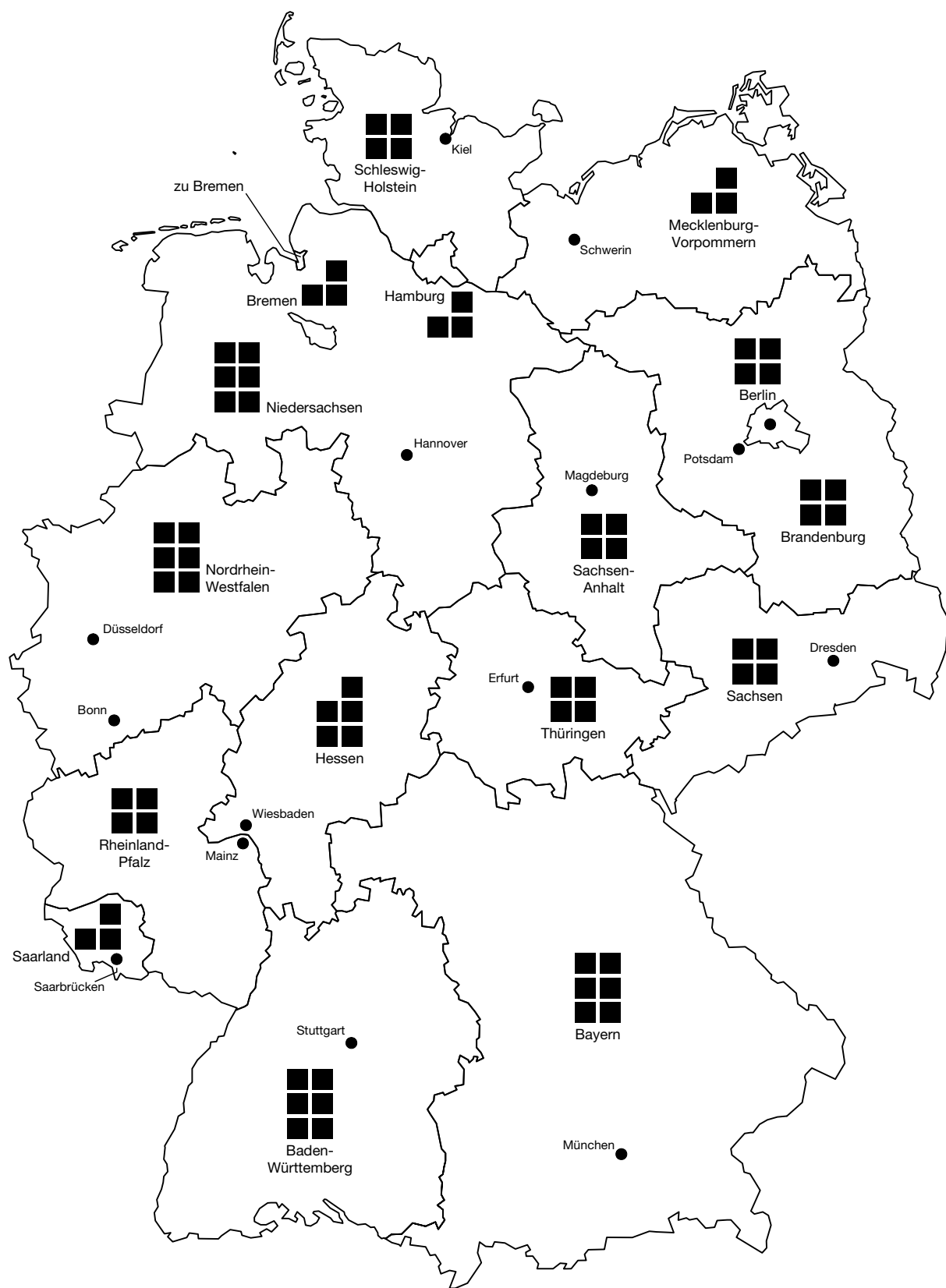
4) Siehe beispielsweise Kössler, R.: „Zur Entwicklung der Ausfuhr“ in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1999. – Forster, T./Weinmann, T.: „Zur internationalen Konkurrenz-situation Baden-Württembergs bei industriellen und forschungsintensiven Gütern“ in Statistisch-prognostischer Bericht 1999, Hrsg.: Landesregierung Baden-Württemberg.
5) Kuhn, A./Nowak, W.: „Die Außenhandelsstatistik als Dienstleistung für Wirtschaft und Politik“ in WiSta 2/1998, S. 123 ff.

Schaubild 1

Deutschland nach Bundesländern und Stimmzahl im Bundesrat

Stimmzahl im Bundesrat

■ 1 Stimme



Statistisches Bundesamt 2001 - 01 - 0537

wirtschaftsminister, Herrn Dr. Günter Rexrodt, deutlich: „Die durch die Verfassung legitimierte föderale Struktur der Bundesrepublik schließt die Notwendigkeit und Verpflichtung ein, den Ländern die für ihre Politik erforderlichen Informationen zukommen zu lassen. Die Kenntnis der Warenströme und Handelsverflechtungen mit anderen Nationen und Wirtschaftsregionen gehört für ein exportintensives Land zu den Basisdaten seiner Wirtschaftsstruktur. Sie sind unverzichtbare Grundlage der politischen Entscheidungsfindung und der unternehmerischen Standortanalyse.“

In Angelegenheiten des Außenhandels haben die Landespolitik und die Wirtschaft im Übrigen ein gemeinsames Interesse. Dies bedeutet für die Informationsbereitstellung: Die Wirtschaft auf Landesebene fordert für das unternehmerische Benchmarking und für die Analyse von Volumen und Dynamik der Exportmärkte sehr detailliertes Datenmaterial. Dieses muss gegliedert sein nach Produkten und zugleich nach Nationen. Zum Beispiel zeigt die zuvor schon dargestellte Ablehnung einer Verschlangung der überaus differenzierten Klassifikation der kombinierten Nomenklatur durch die Bundesverbände der Wirtschaft ihr vitales Interesse an diesen Daten. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass nicht nur die Politik, sondern auch die Verbände der Wirtschaft sowie die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern in der Bundesrepublik auch auf Ebene der Länder organisiert sind. Diese Institutionen sind deshalb für ihre Marktanalysen und für ihre Informations- und Beratertätigkeit speziell der mittelständischen Wirtschaft auf Regionaldaten zu den ausländischen Märkten angewiesen. Dies alles ist mit dem Begriff „Föderalismus“ verbunden.

2. Hat der Föderalismus und haben die Regionen eine Zukunft?

Die dargestellten Politik- und Verwaltungsstrukturen haben sich in der Vergangenheit so entwickelt, aber haben sie angesichts des europäischen Einigungsprozesses und angesichts der Globalisierung überhaupt eine Zukunft? Muss man hier nicht in erster Linie oder sogar ausschließlich in großräumigen, das heißt europa- oder sogar weltweiten Beziehungen denken?

Das heißt für unser Thema: Muss man sich bei der zukünftigen Gestaltung der Außenhandelsstatistik und überhaupt des europäischen Statistiksystems auch weiterhin auf Regionalstrukturen einstellen? Ich denke hier in erster Linie an Regionalstrukturen der Ebene NUTS 1, die dadurch charakterisiert sind, dass sie unterhalb der nationalen Ebene über – mehr oder weniger – eigene Zuständigkeiten und eigene Gestaltungskompetenzen verfügen. Oder ist davon auszugehen, dass sich derartige, politisch in mancher Hinsicht selbstständig agierende Raumkategorien überlebt haben und dass man sich in Übereinstimmung mit dem großen Walten des Geschichtsprozesses befindet, wenn man bei ihrer Abschaffung oder bei ihrer Überführung in lediglich ausführende Verwaltungsebenen mithilft?

Noch vor kurzem konnte man diesen Eindruck haben. Über Regionen wurde nicht mehr gesprochen, sie waren in Misskredit geraten. Inzwischen ist allerdings ein gewisser Beurteilungswandel zu verzeichnen. Politische Gremien besinnen sich wieder auf ihre nicht nur wichtige, sondern zentrale Funktion in der demokratischen, innovativen und praktikablen Gestaltung von Gemeinschaftsprozessen.

Dies will ich am Beispiel Deutschlands darstellen:

Erstens: Zunächst zur Demokratiefunktion. Immer wieder wird die verwaltungstechnische Rationalität föderaler Strukturen hinterfragt. Es lässt sich in der Tat trefflich streiten über die Frage, inwieweit eher zentralistische oder eher föderale Politik- und Verwaltungsstrukturen effizienter sind. Die Bundesrepublik hat dramatische geschichtliche Erfahrungen. Deshalb wurden hier die Prioritäten nach dem Krieg ganz bewusst in der Weise gesetzt, dass der Föderalismus eine demokratische und rechtsstaatliche Funktion erfüllt. Er hindert den zentralistischen Staatszugriff. Gewaltenteilung durch Kompetenzverteilung ist ein praktizierter Grundrechtsschutz.

Dies sind keineswegs rein akademische Erörterungen. Erst vor wenigen Tagen, Anfang März, hat eine Delegation von fünf Ministerpräsidenten aus Deutschland bei einem Treffen mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Romano Prodi, diesen Zusammenhang nachdrücklich dargestellt. Die Ministerpräsidenten fordern eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den Aufgaben, die auf europäischer, nationaler und Länderebene erledigt werden sollen.⁶⁾ Zu dieser Delegation gehörte auch Herr Ministerpräsident Erwin Teufel aus Baden-Württemberg. Es ist deshalb nur konsequent, dass das Ziel eines „Europas der Regionen“ seit 1995 in der Landesverfassung von Baden-Württemberg verankert ist. „Damit haben wir als erstes deutsches Bundesland diesem europäischen Auftrag Verfassungsrang eingeräumt und ein klares Bekenntnis zur Subsidiarität und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abgelegt“. So Ministerpräsident Erwin Teufel im Vorwort zu einer Veröffentlichung des Staatsministeriums Baden-Württemberg und des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zum Thema „Baden-Württemberg und die EU“ (Stuttgart 1999).

Folgt man deutschen Presseberichten, so hat bei diesem Treffen auch Kommissionspräsident Prodi die vielfältige Rolle von Regionen für Demokratie und Innovation im Prozess der europäischen Integration herausgestellt. Ich zitiere aus der Presse: „Mit Blick auf die Reform der EU-Institutionen habe Prodi deutlich gemacht, dass er für eine starke Rolle der Regionen sei und die EU bei der Regierungskonferenz von deren Beispielen nur profitieren kann. Laut Prodi sei es die Aufgabe der EU-Kommission, so wie die US-Regierung allgemeine Ziele vorzugeben. Die Umsetzung bleibe zumeist den Bundesstaaten bzw. den Regionen überlassen“⁷⁾.

Diese demokratische Funktion von Regionen muss *zweitens* um ihre innovative Funktion ergänzt werden. Die Sonderkonferenz der 15 Mitgliedstaaten der Europäi-

6) Siehe u. a. Handelsblatt vom 13. März 2000 und vwd, Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH, Eschborn, vom 13. März 2000.

7) Siehe u. a. vwd vom 13. März 2000 und Die Zeit vom 16. März 2000.

schen Gemeinschaft in der letzten Woche in Lissabon führte zu einem starken Plädoyer für ein „innovatives und dynamisches Europa“. Innovation wurde primär „technologisch“ interpretiert, es hat aber auch eine regionale Dimension.

Vor einiger Zeit hat hierauf Otto Graf Lambsdorff in einem Radiovortrag nachdrücklich aufmerksam gemacht. Er hat ganz generell auf die leistungssteigernde Kraft des „Wettbewerbs der Regionen“ hingewiesen. Schon lange, bevor das heute gängige Schlagwort von der „Standortkonkurrenz“ aktuell wurde, gab es in Deutschland den Wettbewerb der Bundesländer. Unter dem Dach bundeseinheitlicher Rahmenvorgaben haben die Länder ihre Unterschiedlichkeit genutzt, um die Bedingungen für ihre Bevölkerung und für die dort ansässige Wirtschaft bestmöglich zu gestalten. Deutschland hat deshalb nicht umsonst bei allen Unterschieden zwischen den Ländern insgesamt eine ausgeglichene Wohlstandsstruktur.

Graf Lambsdorff überträgt diese Überlegungen auf Europa. Ich zitiere: „Das, was man oft als die Schwäche Europas betrachtet, seine politische Fragmentierung, ist in Wirklichkeit eine Stärke, dafür gibt es einen Grund. Dezentralisierung fördert den Wettbewerb. In der Wirtschaft wissen wir: Konkurrenz ist immer besser als das Monopol. Dies gilt aber auch für die Politik.“⁸⁾ Unterschiede sind immer Auslöser für Kreativität. Europa wäre schlecht beraten, wenn es sie mit der Zielrichtung von Homogenität und Einheitlichkeit einebnen wollte.⁹⁾

Mit dem Begriff „Region“ verbindet sich *drittens* die Praktikabilität der Verwaltung und damit zugleich auch Bürgernähe und Einbindung der Vor-Ort-Kenntnisse. Denn nur hier, konkret im regionalen Bezug, kann die Aktivierung und Umsetzung von wirtschaftlichen Kreativitätspotenzialen sich ereignen und nicht irgendwo im freischwebenden Raum der Globalität. Dies gilt auch für die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung. Im Hinblick auf die große Rolle der Regionen im Prozess der europäischen Einigung müssen deshalb alle europäischen Regionen ein vitales Interesse an Informationen über ihre Verflechtung in die internationale und in die europäische Arbeitsteilung haben.

Die großen Unternehmen kennen diese Zusammenhänge und sie nutzen diese, nicht aber die kleinen und mittleren. Gerade diese aber sind die primäre Zielgruppe der Initiativen der Europäischen Kommission. Kommissionspräsident Prodi hat in seiner Eröffnungsansprache zur Hannover-Messe am 20. März 2000 gesagt, „es gäbe noch zu wenige kleine und mittlere Firmen, die sich zu weltweit tätigen Unternehmen entwickelten.“ So gäbe es trotz des Binnenmarktes besonders im Dienstleistungsbereich noch zu viele nationale Hindernisse innerhalb der EU-Staaten¹⁰⁾. Hiermit hat Prodi genau die

Klientel angesprochen, die in allen Regionen Europas, auch in den Bundesländern und in Baden-Württemberg, Außenwirtschaftsdaten und Außenwirtschaftsinformationen benötigt.

Der Industrie- und Handelskammertag Baden-Württemberg hat in einem Schreiben vom 24. März 2000 an das Landeswirtschaftsministerium den elementaren Bedarf an regionalen Intrahandelsdaten gerade in einem zusammenwachsenden Europa dargestellt. Ich zitiere: „Die EU selbst bietet durch Abbau von Grenzen aller Art eine immer größer werdende Plattform, auf der sich zunehmend kleine und mittlere Unternehmen über die nationalen Grenzen hinaus bewegen können. Es ist unbestritten, dass die Europäische Union den Wettbewerb der Regionen allein durch ihre Existenz als Institution fördert – unabhängig davon, ob diese nun auf Ebene von NUTS 1 oder 2 definiert sind. Nur: Für diesen Wettbewerb sind Vergleichsdaten und detaillierte Daten zu den Warenströmen unerlässlich; sie sind für Einsteiger, aber auch für Etablierte in diesen Märkten geradezu lebensnotwendig.“

Ich zitierte aus diesem Brief noch weiter, weil man den Datenbedarf der Wirtschaft nicht plastischer und begründeter zum Ausdruck bringen kann: „Wir stellen immer mehr fest, dass die Unternehmen in immer stärker werdendem Maße sachlich und räumlich abgegrenzte Marktsegmente bearbeiten. Die Anfragen an die Kammer werden demzufolge in jeder Beziehung detaillierter.“

Dieses datenbezogene Anspruchsdenken sei grenzenlos und werde auch durch die Möglichkeiten des Internet gefördert. Während der Abfassung des Briefes seien beispielsweise Anfragen zu folgenden Produkten und Marktsegmenten eingelaufen:

- Entwicklung des Marktes von Holzbearbeitungsmaschinen mit Norditalien
- Entwicklung des Biermarktes zwischen der Region Stuttgart bzw. Baden-Württemberg und der EU (Import und Export)
- Entwicklung des Volumens des Handels von Türschlössern besonderer Bauart zwischen Baden-Württemberg und Italien, Frankreich und den Benelux-Staaten

Diese Ausführungen und Beispiele sprechen für sich. Sie leiten über zum 3. Abschnitt, in dem der Informationsverlust, der durch eine Streichung der regionalen Außenhandelsstatistik entstehen würde, herausgearbeitet wird.

8) Otto Graf Lambsdorff: „Zentralismus in Europa“, Politisches Feuilleton, Deutschlandradio, 27. März 1999.

9) Ergänzend hierzu ein Zitat aus einem später erschienenen Artikel von Prof. Dr. Hans-Peter Schneider: „Grenzen der Rechtsangleichung in Europa“ in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Oktober 2000: „Denn sie“ – die Nichtigkeitserklärung der von der Europäischen Kommission vorgesehenen europaweiten Tabak-Werberichtlinie durch den Europäischen Gerichtshof, d. V. – „deutet nicht nur auf ein Umdenken in der Bewertung des Prozesses der europäischen Einigung hin, von dem man all zu lange glaubte, ihn nur im Wege der Angleichung von Normen und Lebensverhältnissen vorantreiben zu können, und dabei völlig übersah, dass ein Zuviel an Uniformismus diesem Prozess eher schadet als nützt, weil dabei die Vielfalt als eigentlicher Kraftquell der Integrationsdynamik verloren zu gehen droht.“

10) Stuttgarter Zeitung vom 20. März 2000.

3. Existenzielle Bedeutung des Außenhandels für Baden-Württemberg und die Bundesländer – Dimension des Informationsverlustes bei Streichung der regionalen Außenhandelsstatistik

Anhand einiger einfacher Schaubilder und Tabellen möchte ich die existenzielle Bedeutung des Außenhandels, speziell des Exports, für die Länder der Bundesrepublik erläutern. Dies nicht, um die Stärke Deutschlands und Baden-Württembergs herauszustellen, sondern um die fatale Dimension des Informationsverlustes bei Durchführung der SLIM-Vorschläge klarzumachen.

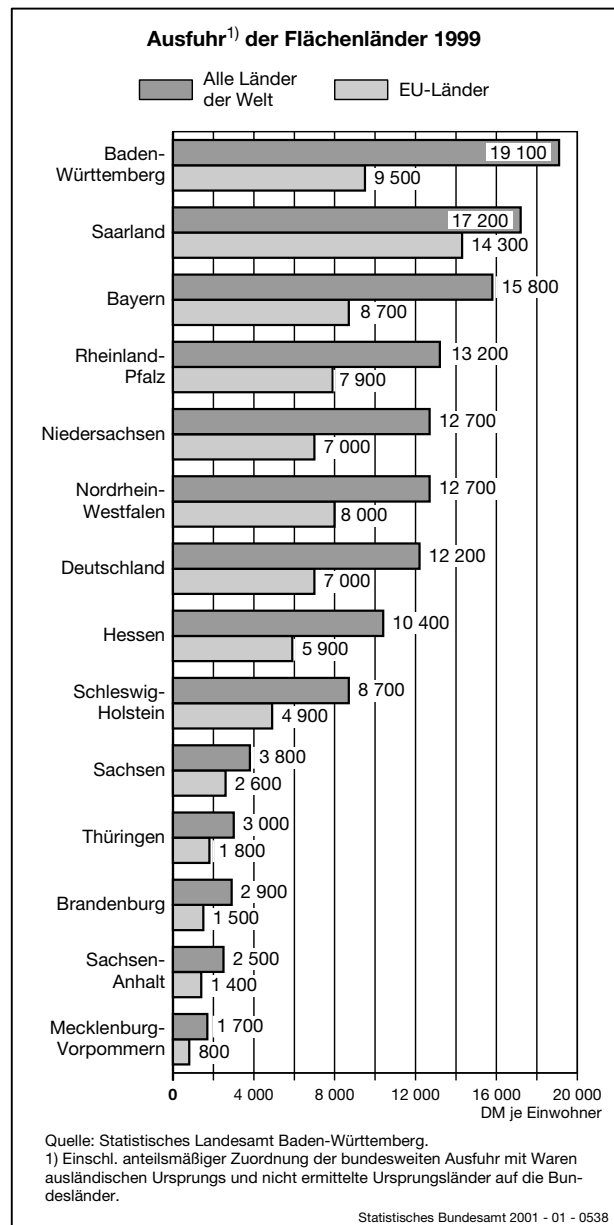
Ich zitiere hierzu zunächst eine aktuelle Pressemeldung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Die „Botschaft“ eines „Eildienstes“ vom 1. März 2000 lautet: „Exportquote im Januar 2000 über 40 Prozent“, das heißt im Durchschnitt werden 40% des Umsatzes des baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbes auf Auslandsmärkten abgesetzt.¹¹⁾ Berücksichtigt man die hierzu notwendigen Zuliefereffekte aus binnenländischer Produktion und berücksichtigt man außerdem, dass ein großer Teil des Inlandsumsatzes – speziell bei den Investitionsgütern – in den anderen Bundesländern dort in Exportprodukten Verwendung findet, so wird mit 40% nur die Untergrenze der Auslandsabhängigkeit des Verarbeitenden Gewerbes beziffert. De facto dürfte die Abhängigkeitsquote sich auf 50 bis 60% belaufen.

Knapp die Hälfte hiervon wird auf den Märkten der Mitgliedsländer der EU verkauft, wenn man die entsprechende Exportquote aus der Außenhandelsstatistik auf die Auslandsumsätze des Verarbeitenden Gewerbes überträgt. Da die Absatzorientierung Baden-Württembergs traditionell nach Europa unterdurchschnittlich, weltweit aber überdurchschnittlich ist, bedeutet dieses im Hinblick auf die EU-Abhängigkeit der anderen Bundesländer, dass diese die Hälfte der Exporte überschreitet.

Anhaltspunkte hierfür sind über den Indikator „Ausfuhr je Einwohner (in DM)“ zu gewinnen. Entsprechend zeigt Schaubild 2 zum einen die weit überdurchschnittliche Ausfuhrabhängigkeit Baden-Württembergs, zum anderen aber auch die in relativer Hinsicht weit stärkere Abhängigkeit der meisten Bundesländer (mit Ausnahme der Stadtstaaten) vom Export in die EU-Länder. Für diese Länder ist der Ausfall von Exportdaten nach Europa somit gleichbedeutend mit einem weitgehenden Informationsverlust zum Außenhandel überhaupt.

Anders als die Importe – die primär Handelsströme darstellen – haben die Exportdaten den besonderen Reiz, dass sie sich unmittelbar mit der Produktion auf Landesebene, damit aber auch mit den Arbeitsplätzen dort in Verbindung bringen lassen. Damit ergibt sich ein weiterer und besonders wichtiger Beurteilungsmaßstab für die Auslandsabhängigkeit des Landes. Das Statistische

Schaubild 2



Landesamt Baden-Württemberg führt hierzu bereits seit den 1980er Jahren überaus interessante Analysen durch und nutzt hierzu auch die jeweils aktuelle Input-Output-Tabelle des Landes, um die exportinduzierten Zuliefereffekte in ihrer Wirkung für Produktion und Arbeitsplätze abzuschätzen.

Im vergangenen Jahr hat das Amt im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg wiederum eine detaillierte Analyse zum Thema der internationalen Konkurrenzsituation Baden-Württembergs bei industriellen und forschungsintensiven Gütern durchgeführt.¹²⁾ Hieraus zitiere ich eine im anstehenden Zusammenhang besonders relevante Passage:

„Am sichtbarsten zeigt sich die Bedeutung des Außenhandels anhand seiner Auswirkungen auf die Beschäfti-

11) Die Exportquote hat sich weiter gesteigert und beläuft sich nach einem „Eildienst“ vom 5. Januar 2001 für 2000 auf 41½% bei weit überdurchschnittlichen Werten im Kraftfahrzeugbau (59%) und Maschinenbau (51%).

12) Zur internationalen Konkurrenzsituation Baden-Württembergs bei industriellen und forschungsintensiven Gütern, Statistisch-Prognostischer Bericht 1999, S. 1 ff., Zitat von S. 2.

gung. Mit Hilfe der Input-Output-Analyse lassen sich die vom Export ausgehenden Beschäftigungseffekte ermitteln. Ein Anstieg der Exporte im Ausmaß von nominal rund 10% schafft bzw. sichert demnach in Baden-Württemberg rund 58 000 Arbeitsplätze. Berücksichtigt man zusätzlich auch die durch die gestiegene Endnachfrage induzierten Zulieferereffekte, so sind mit der Exportsteigerung nochmals rund 27 000 Arbeitsplätze verbunden. Insgesamt schafft bzw. sichert eine 10%-ige Exporterhöhung also etwa 85 000 Arbeitsplätze. Knapp 70% dieser Arbeitsplätze entstehen im Verarbeitenden Gewerbe, dem Kern der baden-württembergischen Wirtschaft. Besonders stark profitieren hiervon der Maschinen- und Fahrzeugbau. Auf diesen Bereich entfallen rund 30% der zusätzlichen Arbeitsplätze. Etwas geringer, aber immer noch beachtlich, sind die Beschäftigungsauswirkungen im Bereich der Elektrotechnik und der EBM-Waren, auf den knapp 20% der zusätzlichen Arbeitsplätze entfallen. Neben dem Verarbeitenden Gewerbe profitiert von der zusätzlichen Auslandsnachfrage vor allem der weite Bereich der Dienstleistungen, auf den nahezu der gesamte Rest des Beschäftigungszuwachses entfällt.“

Die Kernthese, dass mit einem Exportwachstum von 10% rund 85 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden können, ist ein weiterer griffiger Maßstab für die Exportabhängigkeit Baden-Württembergs.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bei Umsetzung der SLIM-Initiative die zuvor anhand verschiedener Indikatoren aufgefücherte Informationsbasis zum Außen-

handel der Länder in wesentlichen Teilen zusammenbricht. Über die Einbindung der Länder in die europäische Arbeitsteilung – und dies ist für ihre Wirtschaften ein fundamentaler Zusammenhang – würden keinerlei Daten mehr vorliegen. Die Landesregierung und die Wirtschaft des Landes wären sozusagen „auf dem europäischen Auge blind“ – das aber kann nicht Ziel und Zweck europäischer Politik sein. Verweigerung wirtschaftlich relevanter und von der Wirtschaft benötigter Informationen im heutigen Informationszeitalter ist nicht nachvollziehbar.

Diese „Erblindung“ wäre deshalb besonders fatal, weil vor allem kleine und mittlere Firmen von diesem Informationsverlust betroffen wären. Diese Unternehmen können sich keine volkswirtschaftliche Abteilung leisten und kein Marketingunternehmen, das für sie Außenhandelsaktivitäten entwickelt und durchführt. Gerade diesen Unternehmen soll aber der Zusammenschluss Europas eine Plattform für grenzüberschreitende Handelsbeziehungen eröffnen. Dass diese Ziele Aussicht auf Erfolg haben, zeigt schon die bisherige Entwicklung. Aus Tabelle 1 geht hervor, dass die in Baden-Württemberg großen Investitionsgüterbranchen mit ihren „Global Playern“ auf dem Weltmarkt zu Hause sind, während kleine Spezialsparten ihren Schwerpunkt auf den Märkten der EU-Mitgliedsländer haben. Dieser Prozess ist durch geeignete Maßnahmen, die von den Wirtschaftsverbänden, den Industrie- und Handelskammern und dem Landeswirtschaftsministerium durchgeführt werden, zu verstärken. Hierzu gehören in erster Linie

- Information und Beratung, also zum Beispiel die Beschaffung außenwirtschaftsspezifischer Informationen und die Durchführung von Informationsveranstaltungen.
- Beteiligung an Auslandsmessen. Die Teilnahme mittelständischer Unternehmen an Auslandsmessen erfolgt in Abstimmung mit der Bundesregierung und häufig in Kooperation mit anderen Bundesländern und wird durch Landesbeteiligung gefördert.
- Kontakt- und Kooperationsbörsen. Hier erfolgt die Hilfestellung durch Organisation von Unternehmertreffen, um potenziellen Geschäftspartnern eine schnellere Möglichkeit der Kontaktaufnahme anzubieten. Die Inhalte der Kooperationsgespräche können sich beziehen auf Vertrieb, Einkauf, Lohn- und Lizenzfertigung, Gründung von Vertretungen und von Tochtergesellschaften, Joint-Ventures usw.
- Firmenpools. Um neuem Bedarf der Wirtschaft entgegen zu kommen, ist ein neues Element der Hilfestellung entwickelt worden, die so genannten Firmenpools im Ausland. Dabei werden Kontaktstellen mehrerer mittelständischer Firmen eingerichtet, die der besseren Präsenz vor Ort und der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Markterschließungsaktivitäten dienen.

Diese verschiedenartigen Maßnahmen zielen darauf ab, den mittelständischen Unternehmen den Schritt in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu ermöglichen. Dass dies erfolversprechend nur auf Basis detaillierter

Tabelle 1: Warenstruktur der Ausfuhr Baden-Württembergs 1998

Warenbenennung	Insgesamt		Anteil an der Ausfuhr Deutschlands	Verteilung der Ausfuhr insgesamt auf	
				EU-Länder	Rest der Welt
	Mrd. DM	%	%	%	%
Insgesamt	167,1	100	17,5	49,4	50,6
darunter:					
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgesäte und -einrichtungen ...	3,2	1,8	12,6	68,8	31,3
Textilien	3,6	2,0	15,9	50,0	50,0
Eisen- und Stahlzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse	3,7	2,1	7,4	64,9	35,1
Papier	4,0	2,3	18,8	67,5	32,5
Gummi- und Kunststoffwaren	4,6	2,6	14,4	58,7	41,3
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	5,6	3,2	14,2	41,1	58,9
Metallerzeugnisse	6,4	3,6	20,8	57,8	42,2
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren ...	9,6	5,5	26,7	47,9	52,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä.	9,8	5,6	19,6	54,1	45,9
Chemische Erzeugnisse ..	18,4	10,4	14,9	42,4	57,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile	38,3	21,7	22,4	46,2	53,8
Maschinen	40,9	23,2	26,9	46,2	53,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

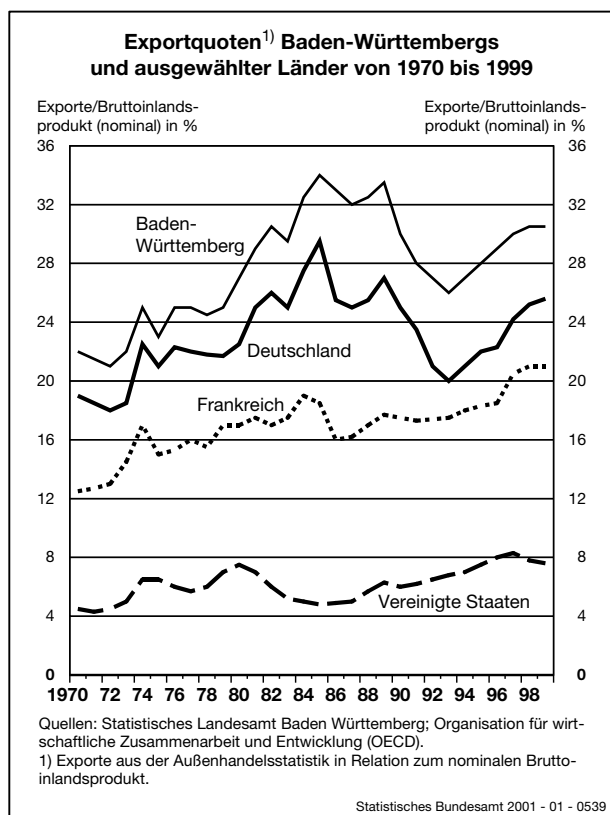
Analysen der jeweiligen Produktmärkte und Konkurrenzlage erfolgreich durchzuführen ist, versteht sich von selbst.

4. Was bedeutet „Binnenmarkt“ und wie beeinflusst die Globalisierung die Qualität statistischer Daten?

Zunächst zum Thema Binnenmarkt:

Nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Vergleich ist die Exportabhängigkeit Baden-Württembergs seit jeher enorm hoch. Dies zeigt Schaubild 3. Die Exportquote – definiert als Exporte aus der Außenhandelsstatistik in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – ist in Baden-Württemberg mit Abstand am höchsten und liegt ungefähr bei einem Drittel, mit steigender Tendenz. Die Exportquote Deutschlands ist mit rund einem Viertel ausgewiesen und damit höher als die Frankreichs und insbesondere der USA. Hier ist nun unmittelbar mit dem Einwand zu rechnen, dass der Vergleich mit den USA insofern nicht zulässig sei, als es sich hierbei um einen großen Binnenmarkt handle und inzwischen auch „in Europa der Binnenmarkt vollendet sei“, so die Sprachregelung gemäß der formalen Lage. Die Exportquoten für Deutschland, Frankreich und Baden-Württemberg müssten deshalb entsprechend abgesenkt werden.

Schaubild 3



Was bedeutet es, wenn in der Regel von der „Vollendung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes“ die Rede ist? Ich bin sicher, dass die Europäische Kommission und alle Institutionen und Mitarbeiter in den Europä-

ischen Gemeinschaften einerseits und die Unternehmer in den Ländern, Städten und Gemeinden andererseits hierunter etwas sehr Unterschiedliches verstehen, weil sie in ihrer jeweiligen Lebenswelt hierzu mit sehr unterschiedlichen Realitäten konfrontiert werden.

Der Wegfall aller nationalen Schranken beim Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, der schließlich am 1. Januar 1993 vollendet wurde, und der Beginn der Europäischen Währungsunion am 1. Januar 1999 sind historische, fundamentale Meilensteine im europäischen Integrationsprozess. Sie sind die Grundvoraussetzung für grenzüberschreitende Wirtschaftsaktivitäten, sei es nun von Personen, Unternehmen, Produkten oder Kapitalien.

Dies ist die Realitätswahrnehmung durch die Europäische Kommission und die europäischen Gremien. Und ich vermute, dass hieraus der Schluss folgt, für Europa sei damit der barrierefreie Markt entsprechend der Theorie der vollkommenen Konkurrenz praktisch erreicht. Wegen des Wegfalls formaler Schranken auf diesem Markt seien deshalb auch weitere Informationen über Handel und Wandel überflüssig.

Die Realitätserfahrung des einzelnen Unternehmers und des einzelnen Bürgers ist demgegenüber eine andere. Die europäischen Märkte weisen nach wie vor eine Vielzahl von Barrieren auf: Beispielhaft sei verwiesen auf unterschiedliche Rechts-, Steuer-, Sozial- und Ausbildungssysteme, unterschiedliche Sprachen, unterschiedliche Politik- und Verwaltungsstrukturen und andere Kulturstandards.

In diesen Tagen, am 29./30. März 2000, findet eine Sonderkonferenz der Länderwirtschaftsminister in Brüssel statt. Das Papier der Wirtschaftsministerkonferenz zur vorgesehenen Besprechung mit Kommissar Bolkestein zum Thema „Binnenmarkt und Wirtschaft“ stellt denn auch fest: „Die nationalen Märkte sind inzwischen weitgehend geöffnet und es herrscht mehr Wettbewerb in der EU. Der Binnenmarkt ist allerdings noch nicht vollendet, er befindet sich in einem laufenden Prozess.“

Aber nicht nur durch die visionäre Definition des Begriffs „Binnenmarkt“, sondern auch durch eine spezifische Verwendung des Begriffs „Nation“ versucht man, die Not-

Tabelle 2: Exporte der EU-Länder und Baden-Württembergs 1998

Rangfolge	Land	Ausfuhr	
		Mrd. US-Dollar	%
	Europäische Union	2 186	100
1	Deutschland	541	24,7
2	Frankreich	305	14,0
3	Vereinigtes Königreich	272	12,4
4	Italien	243	11,1
5	Niederlande	199	9,1
6	Belgien-Luxemburg	185	8,5
7	Spanien	109	5,0
8	Baden-Württemberg	95	4,3
9	Schweden	85	3,9
10	Irland	64	2,9
11	Österreich	61	2,8
12	Dänemark	47	2,1
13	Finnland	43	2,0
14	Portugal	24	1,1
15	Griechenland	9	0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 3: Ausgewählte Merkmale für die Länder der EU und Baden-Württemberg im Jahr 1999

Rang- folge	Land	Bevölkerung	Rang- folge	Land	Bruttoinlands- produkt (nominal)
		Mill.			Mrd. Euro
	Europäische Union	375,3		Europäische Union	7 960
1	Deutschland	82,0	1	Deutschland	1 982
2	Vereinigtes Königreich	59,2	2	Frankreich	1 349
3	Frankreich	59,0	3	Vereinigtes Königreich	1 349
4	Italien	57,6	4	Italien	1 099
5	Spanien	39,4	5	Spanien	559
6	Niederlande	15,8	6	Niederlande	369
7	Griechenland	10,5	7	Baden-Württemberg	288
8	Baden-Württemberg	10,4	8	Belgien	231
9	Belgien	10,2	9	Schweden	223
10	Portugal	10,0	10	Österreich	195
11	Schweden	8,9	11	Dänemark	163
12	Österreich	8,1	12	Finnland	121
13	Dänemark	5,3	13	Griechenland	117
14	Finnland	5,2	14	Portugal	104
15	Irland	3,7	15	Irland	83
16	Luxemburg	0,4	16	Luxemburg	18

Quellen: Eurostat, Statistik kurzgefasst, Bevölkerung und Soziale Bedingungen, Thema 3-12/1999, teilweise vorläufige Angaben, bzw. nationale Schätzungen (Bevölkerung); Eurostat, New Cronos, vorläufige Ergebnisse (Bruttoinlandsprodukt).

wendigkeit von regionalen Außenhandelsdaten in Frage zu stellen. Es wird argumentiert, die Länderuntergliederung in Deutschland sei eine nationale Eigenheit und passe insofern nicht mehr zum europäischen Einigungsprozess. Die Betonung der Einheitlichkeit des Binnenmarktes, um nationale bzw. nationalistische Konzepte zurückzudrängen, ist sicherlich verständlich, nur gerät sie hinsichtlich der regionalen Außenhandelsdaten in einen Widerspruch:

Denn die Tabellen 2 und 3 zeigen Folgendes: Wäre Baden-Württemberg kein Bundesland, sondern eine europäische Nation – und diese Überlegung würde für einige andere Bundesländer auch gelten –, so stünde dieses regionale Gebilde nach den Indikatoren Bevölkerung und Exportvolumen an 8. Stelle in der Rangfolge der EU-Länder und beim Bruttoinlandsprodukt sogar an 7. Das Land würde damit einen guten Mittelplatz weit vor vielen anderen EU-Nationen einnehmen.

Unter diesen Gesichtspunkten ist schwer zu vermitteln, aus welchen Gründen diesen großen regionalen Gebilden die Informationsbeschaffung über bestimmte Sachverhalte ihrer Wirtschaftsstruktur verweigert werden sollte: Weil sie keine Nation sind? Während man sie sehr viel kleineren Gebilden ohne Zweifel zugesteht, weil sie eine Nation sind? Mit einer solchen Argumentation würde man – ganz im Gegensatz zum angestrebten Ziel – der Kategorie der Nation eine weit überhöhte Bedeutung zusprechen, die sich über unabwiesbare Fakten einfach hinwegsetzt. Dies kann nicht bezweckt sein.

Nun zum Thema „Globalisierung“:

Ein weiterer Ansatz, regionale Daten über den internationalen Warenaustausch überflüssig zu machen, läuft über den Weg, die Qualität der zur Information herangezogenen Daten in Frage zu stellen. Stichwort hierfür ist der Begriff „Globalisierung“.

Es ist kaum zu beurteilen, inwieweit damit die Außenhandelsstatistik als solche ausgehebelt werden kann oder soll. Mir schiene allerdings dieses Vorgehen deshalb äußerst problematisch zu sein, weil mit einer solchen Perspektive jede Statistik – insbesondere auch

solche zu den wirtschaftlichen Kernindikatoren Umsatz und Beschäftigung – in Frage gestellt und ausgehebelt werden kann. Eine gewisse Relevanz würden nur noch Wertschöpfungsdaten behalten. Dies ist methodisch, das heißt genauer gesagt erkenntnistheoretisch, ein falscher Anspruch an die Statistik. Statistik kann nicht in einem absoluten oder fundamentalistischen Sinn „wahr“ bzw. „richtig“ sein. Sie gibt vielmehr nach Maßgabe der Möglichkeiten der Messung und der Objektivität ihrer Durchführung eine Orientierung über Strukturen und Tendenzen.

Wir werden nachfolgend das Referat zum Thema „Globalisierung und Außenhandelsstatistik“ hören; ich bin äußerst gespannt, was Herr Pina und anschließend Herr Rossi uns hierzu darstellen werden. Im Zusammenhang mit meinem Thema muss ich hierzu Folgendes sagen: Vernetzung ist ein grundsätzliches und seit jeher bestehendes wirtschaftliches Phänomen, schon weil Arbeitsteilung seit Adam Smith das Patentrezept der Produktivitätssteigerung ist. Das hat uns bisher nicht gehindert, bestimmte lokale Fixpunkte als Ursprungsland oder Ursprungsregion bzw. als Bestimmungsland oder Bestimmungsregion zu definieren.

Globalisierung bedeutet die enorme Beschleunigung und die weltweite Ausrichtung dieses Vernetzungsprozesses. Um diesen zu strukturieren, müssen aber auch in Zukunft die Knotenpunkte dieser Vernetzung lokal identifiziert werden. Geschieht dies nicht, zerfließt jede Information, nicht nur die auf regionaler, sondern genauso auch auf nationaler Ebene. Eine solche Resignation und das Eingeständnis eines generellen Nichtwissens können wir uns nicht leisten, denn diese Leerstellen würden sofort durch selektives und damit interessenmanipuliertes Wissen ausgefüllt werden. Dies müssen die statistischen Gremien verhindern.

Hieran muss aber auch die Wirtschaft in ihrem eigenen Interesse mitwirken, denn Statistik kann letztlich nur das – so gut oder schlecht – zusammenfassen und melden, was die Unternehmen – gut oder schlecht – ihrerseits gemeldet haben. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass die Unternehmen den

Herstellungsort ihrer Produkte angeben. Dieser Herstellungsort kann nur der Knotenpunkt der Vernetzung sein, nicht aber die in einem dogmatischen Sinn einzigartige und umfassende Lokalität der Produktion.

5. Stellungnahme der Bundesländer und speziell Baden-Württembergs zu den Vorschlägen der SLIM-Initiative

Vor dem Hintergrund der seitherigen Darstellung möchte ich nachfolgend die Vorschläge der SLIM-Initiative in vier Punkten zusammenfassend bewerten:

1. Der Vorschlag der EU-Gremien, die regionale Intra-handelsstatistik zu streichen, hat – wie zuvor ausführlich dargestellt – die Länder in Deutschland in ihrem Staatsverständnis getroffen. Besondere Irritation hat ausgelöst, dass auch eine Vielzahl von Initiativen des Bundesrates und der Wirtschaftsministerkonferenz die europäischen Gremien erst nach Jahren zu einem Einlenken bewegen konnte. Ob sie überzeugt werden konnten, bleibe dahingestellt. Gemäß Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom Herbst 1999 wird deshalb die Bundesregierung auf der Wirtschaftsministerkonferenz im Mai 2000 zum Sachstand und zu den Planungen der EU berichten. Ich gehe davon aus, dass sich die Wirtschaftsministerkonferenz in Zukunft öfter einen solchen Bericht erbitten wird. Auf besonderes Unverständnis ist dabei gestoßen, dass dieser nachhaltige Widerstand gegen das dringliche Anliegen der Bundesländer geleistet wurde, obwohl es sich bei den Merkmalen der Intrastat-Statistik um fakultative Merkmale handelt, das heißt die jeweiligen Nationen können diese Merkmale erheben, müssen es aber nicht. Es hat überaus verwundert, dass angesichts dieser Vorgaben in den EG-Richtlinien seitens der EU-Gremien trotzdem auf eine dezidierte Umsetzungsregelung bis auf Ebene der Regionen bestanden wurde. Ein solcher angestrebter „verwalteter“ Wettbewerb kollidiert aber mit dem Anspruch Europas, einen „freien“ Wettbewerb einführen zu wollen.

2. Eines der Ziele der SLIM-Initiative war die Entlastung der Unternehmen. Baden-Württemberg kann für sich in Anspruch nehmen, in der Bundesrepublik Vorreiter beim Bürokratiekostenabbau und bei der Bereinigung der Wirtschaftsstatistik zu sein.

Hierzu lege ich einen Artikel aus der größten Wirtschaftszeitung Deutschlands auf, der im November 1998 erschien und über den Vorstoß des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg zur Verschlinkung des monatlichen Konjunkturberichts berichtete. Derzeit bemüht sich das Land über den Bundesrat, das bürokratisch überfrachtete Konzept zur geplanten Dienstleistungsstatistik zu vereinfachen.

Diese Beispiele zeigen: Die Intention von EU-Gremien zur Vereinfachung von Statistiken und damit zur Entlastung der Unternehmen findet in Deutschland und speziell in Baden-Württemberg volle Unterstützung. Hierbei muss aber nach für die Wirtschaft und Verwaltung wichtigen und unwichtigen Informationen

unterschieden werden. Regionale Außenhandelsdaten gehören dabei zweifellos und auch nach dem Urteil der Wirtschaft zu den zentral wichtigen und unverzichtbaren Informationen.

Staatliche Verwaltungen sind allerdings – anders als Unternehmen – kaum zur Rationalisierung, also zum Abbau von unnötig gewordenem Regelwerk, in der Lage. Dies darf aber nicht – und diese Tendenz besteht derzeit – automatisch zur Fehlhandlung führen, wonach Daten und Informationen ganz grundsätzlich zu streichen oder zu verweigern sind. Dies vergrößert nur das leidige Problem der Statistik: den Überfluss an irrelevanten und den Mangel an relevanten Daten. Deutschland hat im Übrigen durch die Änderung der Verordnung zum Außenhandelsstatistikgesetz seit Jahresbeginn 1999 eine nachhaltige Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten erreicht: Die Meldeschwelle bei dieser Statistik wurde von 100 000 Euro auf 200 000 Euro angehoben. Dadurch wurden in der Bundesrepublik rund 26 000 kleine und mittlere Unternehmen von der monatlichen Meldung über ihren Warenverkehr mit anderen EU-Mitgliedstaaten befreit.

3. Unter diesen Umständen ist nicht nachvollziehbar, dass weiterhin mit den Methoden zur Außenhandelsstatistik experimentiert wird. Das bisher angewandte „Regionalprinzip“, wonach die Produkte ihrem Ursprungs- bzw. Bestimmungsbundesland zugeordnet werden, liefert nach Maßgabe der Möglichkeiten regional abgegrenzte und aussagefähige Außenhandelsdaten. In einer Studie des Statistischen Bundesamtes wurde diese Zuordnung durch das Sitzland des Aus- bzw. Einführers ersetzt. Jedem Kenner der Statistik ist klar, dass eine solche Zuordnung nach dem Unternehmensprinzip zu regional falschen Daten führen muss. Die Bundesländer haben sich deshalb übereinstimmend für eine Beibehaltung des Regionalprinzips in der Außenhandelsstatistik ausgesprochen und die Bundesregierung hat sich in den Gremien der EU nachdrücklich dafür eingesetzt, dass der regionale Nachweis der Außenhandelsdaten auf Ebene der deutschen Länder nach dem Regionalprinzip beibehalten wird.

4. Abschließend noch einige kurze Bemerkungen zur Nomenklatur und zum so genannten Einstromprinzip. Was die Nomenklatur betrifft, so ist sie primär Angelegenheit der Wirtschaft, weil sie für Zwecke der Marktanalyse und des Benchmarking die Angaben entsprechend detailliert benötigt. Die Politik kommt mit höher aggregierten und damit weniger Produktgruppen aus. Es sollte allerdings klar sein, dass wenn die Wirtschaft eine hohe Produktdifferenzierung fordert, sie auch die Voraussetzungen für eine statistisch zutreffende und zweckmäßige Erfassung schaffen muss. Außerdem sollte selbstverständlich sein, dass die Extra- und Intrahandelsstatistik nach derselben Nomenklatur erfasst werden. Im Hinblick auf das Einstromprinzip geht Baden-Württemberg davon aus, dass grundsätzlich die Exportseite primär erfasst wird. Damit wird der besonderen Bedeutung von Exportzahlen als Indikator der Wettbewerbsfähigkeit und der Standortattraktivität von Ländern und der dort angesiedelten Wirtschaft Rechnung getragen.

BADEN-WÜRTTEMBERG / Initiative auf der Wirtschaftsministerkonferenz

Stuttgart strebt Abmagerungskur für die Wirtschaftsstatistik an

HANDELSBLATT, Dienstag 24.11.98

pre STUTTGART. Baden-Württembergs Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP) startet einen neuen Anlauf zur „Verschlankung“ der Wirtschaftsstatistik. Bei der heute in Fulda beginnenden Wirtschaftsministerkonferenz will der FDP-Politiker dabei den konjunkturellen Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe in den Mittelpunkt stellen. „Wir plädieren dafür, tausende kleiner bis mittlerer Betriebe von der monatlichen Erhebung zu entlasten und sie nur noch vierteljährlich zu befragen“, erläuterte Döring im Vorfeld der Tagung dem Handelsblatt.

Döring betont, dieses Einsparmodell sei mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dem Industrie- und Handelskammertag des Landes gemeinsam erarbeitet worden. Dennoch habe das Konzept im Bund-Länder-Ausschuss Statistik keine Mehrheit gefunden. Sechs Länder waren dafür, vor allem die Vertreter aus dem Osten lehnten es allerdings ab.

Der Liberale räumte ein, dass der Monatsbericht als „Rückgrat der Industrie- und Konjunkturstatistik“ in der Bundesrepublik ein überaus sensibler Bereich“ ist. Dennoch sieht Döring keinen Verlust an relevanten

Informationen, wenn der baden-württembergische Vorstoß realisiert würde. Denn im vierteljährlichen Turnus bliebe es bei einer Erhebung im bisherigen Umfang, stellt er klar. Damit könnten alle Wünsche der Industrieverbände und der Datenbedarf für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen befriedigt werden, beruhigt er.

Im Mittelpunkt von Dörings Überlegungen steht der Vorschlag, die bisher für 260 Wirtschaftszweige erhobenen Detailinformationen auf einen Branchenkatalog von monatlich 50 bis 60 relevante Sparten abzuschmelzen. Die bisherige Methodik stamme aus der Zeit der Bewirtschaftung vor 50 Jahren und sei aus heutiger Sicht „weit überzogen“. 20.000 bis 25.000 kleinere bis mittlere Betriebe könnten auf diese Weise von der monatlichen Berichtspflicht freigestellt werden.

Für Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten schlägt Baden-Württemberg zudem vor, auf einen Ausweis der fachlichen Betriebsteile zu verzichten. Bisher müssen diese, wenn sie in verschiedenen Produktionsparten tätig sind, Beschäftigte, Umsätze und andere Merkmale jeweils

getrennt ausweisen.

Eine weitere Entlastung strebt die Stuttgarter Landesregierung für jene Kleinstbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten an, die zu größeren Unternehmen gehören. Diese Gruppe mit bundesweit rund 4.000 Betrieben soll von der Meldepflicht völlig freigestellt werden. Die dadurch drohenden statistischen Unsicherheiten liegen jeweils unter einem Prozent der Beschäftigten und der Umsätze.

Für überzogen hält Döring auch die statistischen Anforderungen der Europäischen Union. Allein das „Unternehmens-Statistikregister“ betreffe in der Bundesrepublik mindestens drei Millionen Unternehmen. Für dessen Aufbau seien bei den Behörden 47 Mill. DM kalkuliert, die jährliche Unterhaltung schlage mit 40 Mill. zu Buche. Döring: „Dieser extrem hohe Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Informationsertrag.“ Schließlich würde die Hälfte der im Register geführten Unternehmen zusammen nur zwei Prozent zum Gesamtumsatz der Wirtschaft beitragen. Er fordert deshalb eine entsprechende Abschneidegrenze, um die Kosten zu halbieren. Ein Verlust von zwei Prozent des Umsatzes sei bei einer solchen Statistik verkraftbar.

Sehr geehrte Damen und Herren,

damit sind die Ausführungen, die mit staatspolitischen und methodologischen Betrachtungen begonnen haben, am Ende bei der Statistik angekommen. Wir sollten uns

aber darüber im Klaren sein, dass diese Aspekte eng miteinander verbunden sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. ■

Wenig Beachtung fand bis heute die Bevölkerungsstatistik oder die Statistik des Dritten Reiches überhaupt in der Wissenschaft.¹⁾ Das ist aus zwei Gründen erstaunlich: einmal wegen des hohen Stellenwerts, der dem Kontrollinstrument Statistik in einem Staat mit zentral verwalteter Wirtschaft und einer auf Wachstum, Auslese und Rassismus beruhenden Bevölkerungspolitik zugemessen wurde, und zweitens wegen der Behauptung, die Bevölkerungsstatistik habe mit der Volkszählung 1939 und der gesonderten Erfassung von Juden und jüdischen „Mischlingen“ der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) eine Kartei zur Durchführung der Deportationen zur Verfügung gestellt.²⁾ Besonders mit diesem Vorwurf und der Frage der Einflussnahme seitens Staat und NSDAP auf die amtliche Statistik setzt sich der folgende Beitrag auseinander. Er stellt eine Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse einer längeren Studie dar, die im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und des Statistischen Bundesamtes erstellt wurde und soeben erschienen ist.³⁾

Jutta Wietog M. A.

1 Die amtliche Statistik zwischen Anpassung und Krise

Den Statistikboom der Jahre 1933 bis 1945 nahmen die zeitgenössischen professionellen Statistiker dankbar zur Kenntnis, fühlten sie sich doch als Berufsstand insgesamt von den neuen Machthabern anerkannt. Dazu beigetragen hatte nicht zuletzt die Durchführung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Juni 1933, die ursprünglich für 1930 vorgesehen, aufgrund der schlechten Haushaltslage von Kommunen, Ländern und Reich aber mehrmals verschoben worden war. Noch schienen die Eingriffe der neuen Machthaber gering, das Volkszählungsgesetz und die Durchführungsverordnung hatten weitgehend den Bestimmungen der Zählung von 1925 entsprochen. Neu war in erster Linie ein Zusatz in der Durchführungsverordnung, dass das Urmaterial nur mit Zustimmung des Statistischen Reichsamtes vernichtet werden durfte. Der Hintergrund für diese Bestimmung war der Wunsch u. a. aus dem Reichsinnenministerium, dieses Material nach seiner statistischen Auswertung einem noch zu gründenden Reichssippenamt zur Verfügung stellen zu können.⁴⁾

Augenfälliger waren dagegen die Maßnahmen, die die personelle Zusammensetzung der statistischen Ämter betrafen. Juden, die nicht Frontkämpfer oder schon vor 1914 Beamte gewesen waren, aber auch politische Gegner, etwa KPD-Mitglieder, wurden unter anderem aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933 entlassen. „Alte Kämpfer“ der nationalsozialistischen Bewegung rückten nach oder stiegen auf, aber auch gut ausgebildete junge Leute, denen die Weimarer Republik wenig oder keine Perspektiven bieten konnten. Zu ihnen gehörten der spätere Generalreferent der Volkszählung von 1939, Roderich Plate, und der erste Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Würzburg und spätere SS-Inspekteur für Sta-

tistik, Richard Korherr, der in der SS unter anderem die Statistik der „Enlösung der Judenfrage“ behandelte.

Der Statistikboom betraf aber nicht nur die amtliche Statistik. Ein für den Nationalsozialismus charakteristisches Neben- und Gegeneinander verschiedenster Institutionen, die Statistik betrieben, bescherte den Statistikämtern nicht nur eine unangenehme Konkurrenz, galten sie doch als oft zu langsam und zu inflexibel, sondern erschwerte auch ihre Arbeit. Die vielfältigen inhaltlichen und zeitlichen Überschneidungen, die die Erhebungen der Rivalen, die überwiegend aus der NSDAP und deren Gliederungen sowie aus der Wirtschaft kamen, untereinander und mit denen der amtlichen Statistiker aufwiesen, riefen bei den Befragten immer mehr Widerwillen gegen jede Art von Statistik hervor. Zusätzlich drohte die nicht selten dilettantische Art der Fragestellungen und Auswertungsmethoden der oft von „Hobbystatistikern“ vorgenommenen Untersuchungen auch die amtliche Statistik zu diskreditieren. Hinzu traten Mitte der 1930er Jahre, als sich die amtliche Statistik – allen voran das Statistische Reichsamt – vergeblich um ein Statistikgesetz und um die generelle Festschreibung des Grundsatzes bemühte, dass dem Individuum aus der Erhebung seiner Daten kein Nachteil erwachsen dürfe, besonders aus der Finanzverwaltung gerade die gegenteilige Forderung und der „Datenschutz-ist-Täterschutz“-Vorwurf, denn in einem „nationalistischen“ Staat habe auch der Steuersünder als „Volksschädling“ zu gelten und sei zur Rechenschaft zu ziehen.⁵⁾

Auf dem Gebiet der Steuer konnte sich die amtliche Statistik gegen die Weitergabe ihrer Daten an die Finanzverwaltung während des Dritten Reiches erfolgreich wehren. Doch das heißt nicht, dass sich die amtliche Statistik, anders als andere Behörden, generell einen Freiraum hätte bewahren können. Der innere und äußere Anpassungsprozess vollzog sich auch hier. Es gehörten dazu die vorgeschriebene Vereidigung auf Adolf Hitler, die Einführung des Führerprinzips in die Verwaltung und die Vorschrift des „Führergrußes“ dienstlich und außerdienstlich ebenso wie der Eintritt vieler Statistiker in die NSDAP. Es gab nur wenige führende Vertreter der amtlichen Statis-

1) An größeren Arbeiten sind zu nennen Aly, G./Roth, K.H.: „Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus“, Berlin 1984; Tooze, J.A.: „Official statistics and economic governance in interwar Germany“, unpublished Ph.D. Thesis, University of London 1996.

2) Siehe Aly, G./Roth, K.H., a. a. O., S. 78; Friedländer, S.: „Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939“, München 1998, S. 218.

3) Siehe Wietog, J.: „Volkszählungen unter dem Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zur Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich“, Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 66, Berlin 2001.

4) Das Reichssippenamt zeigte Anfang der 1940er Jahre an dem Material der Volkszählung 1933 allerdings kein Interesse, da es sich die für seine Arbeit relevanten Angaben aus anderen Quellen beschaffen konnte und zudem weder die nötigen Lagerflächen besaß noch willens war, mit den gebündelten Listen und dem schlechten Papier zu arbeiten.

5) Siehe „Auskunftspflicht bei statistischen Erhebungen“ in Deutsche Steuer-Zeitung und Wirtschaftlicher Beobachter, Jg. 25, 8. August 1936, S. 970.

tik, die der Partei nicht angehörten. Einer von ihnen war Wolfgang Reichardt, Präsident des Statistischen Reichsamtes von 1933 bis 1940. Teil des Anpassungsprozesses waren auch die Wünsche aus den Reihen der Statistiker nach einer Übernahme neuer, zeitgemäßer Themen in die Statistik, wie zum Beispiel der Forschung über Rasse und Familie oder über Erbleiden. Und auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistik plädierte 1941 einer der Direktoren des Statistischen Reichsamtes, Walter Grävell, sogar für die Abschaffung des Geheimhaltungsprinzips, das seine „Berechtigung“ verloren habe, denn nun werde u. a. gefordert, dass „die Einzelangaben in größtem Umfang auch für andere als statistische Zwecke benutzt werden dürfen“.⁶⁾

2 Die Volkszählung 1939

Deutlich wird diese Entwicklung besonders auch an der Volkszählung 1939. Zum einen war gegenüber früheren Zählungen im Gesetzestext eine wesentliche Änderung enthalten. Noch 1933 wurden die Zweckbindung und die Wahrung des Amtsgeheimnisses ausdrücklich im Gesetz erwähnt, wonach über „die bei der Zählung über die Persönlichkeit des Einzelnen sowie über die Verhältnisse der einzelnen Betriebe gewonnenen Nachrichten ... das Amtsgeheimnis zu wahren“ sei und sie „nur zu statistischen Arbeiten, nicht zu anderen Zwecken benutzt werden“ dürften. 1939 verpflichtete die Durchführungsverordnung zum Volkszählungsgesetz die „mit der Durchführung der Zählung Betrauten ... zur Verschwiegenheit über die Angelegenheiten ..., die bei der Zählung über die Persönlichkeit des Einzelnen sowie über die Verhältnisse der einzelnen Grundstücke und Arbeitsstätten zu ihrer Kenntnis kommen; sie dürfen die Kenntnis dieser Angelegenheiten nicht zu anderen als den mit der Zählung verbundenen Zwecken verwerten.“⁷⁾ Da eine Definition dieser Zwecke fehlte, konnten die Intentionen des Gesetzgebers den Interpretationsspielraum erheblich erweitern.

Eine zweite Besonderheit der Volkszählung 1939 war die so genannte „Ergänzungskarte für Angaben über Abstammung und Vorbildung“, die nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze im September 1935 und den dazu gehörigen Durchführungsverordnungen mit den entsprechenden Definitionen erstmals in der Geschichte der amtlichen deutschen Statistik nach der „rassischen Abstammung“ fragte: „War oder ist einer der vier Großeltern der Rasse nach Volljude?“ Diese Ergänzungskarte konnte in einem verschlossenen Umschlag an die Zähler abgegeben werden, der allein in den statistischen Ämtern geöffnet werden durfte. In einer Denkschrift zur Vorbereitung der Volkszählung vom Dezember 1936 hatte das Statistische Reichsamt noch den Gedanken ins Spiel gebracht, ob eine derartige Sondererhebung nicht auch im Rahmen der jährlichen Personenstandsaufnahme⁸⁾

durchgeführt werden könnte, war damit aber entweder nicht durchgedrungen oder selbst aufgrund des hohen ideologischen Stellenwerts einer derartigen Zählung von diesen Überlegungen wieder abgerückt.

Die Zählung der Juden und jüdischen „Mischlinge“ korrespondierte mit dem Wunsch besonders des Sicherheitsdienstes (SD) und der Gestapo nach der Anlage einer reichsweiten Judenkartei. Dazu hatten diese Stellen schon seit Mitte der 1930er Jahre Versuche unternommen, die allerdings zu keinen umfassenden Ergebnissen geführt hatten. Zugriff hatten SD und Gestapo jedoch auf die Unterlagen der jüdischen Gemeinden. Hierdurch konnten sie die „Glaubensjuden“ erfassen, die nach ihren Schätzungen etwa 80% der „Rassejuden“ darstellten. In Verhandlungen mit dem Reichsinnenministerium wollten sie dann durchsetzen, dass die Unterlagen der Volkszählung, die zunächst für Mai 1938 vorgesehen worden war, wegen des „Anschlusses“ von Österreich allerdings um ein volles Jahr verschoben wurde, nach ihrer statistischen Auswertung für eine „Kartei des Deutschen Volkes“ sowie für eine „Kartei der Juden, Halbjuden und jüdisch Versippten“ zur Verfügung gestellt würden.⁹⁾ Ob diese Verhandlungen bis zur tatsächlichen Durchführung der Volkszählung zu einem Ergebnis führten, ist nicht ersichtlich. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges kam es am 6. September 1939 jedenfalls zu erneuten Beratungen.

Die Ergänzungskarte, aber auch die Angaben über die Ausländer auf den Haushaltungsbogen hatten praktisch vom Stichtag der Zählung (17. Mai 1939) an die Begehrlichkeiten der verschiedensten Stellen geweckt. Die Gestapo zum Beispiel, der zum 1. April 1939 die Führung einer Ausländerzentalkartei übertragen worden war, hatte gleich nach dem Austeilen der Papiere die „Anregung“ an Bürgermeister und Landräte gegeben, die Personen mit nichtdeutscher Volkszugehörigkeit aus den Haushaltslisten namentlich herauszuschreiben. Das Statistische Reichsamt konnte derartige Eingriffe in den Ablauf der Zählung verhindern, da die Durchführungsverordnung zum Volkszählungsgesetz Sonderarbeiten während der Auszählung verbot. Auch das sofortige Zurverfügungstellen der Haushaltslisten für die Volkskartei – eine nach Jahrgängen geordnete Ergänzung des Melderegisters, die im August/September 1939 aufgebaut wurde – konnte abgewehrt werden. Das Reichsinnenministerium scheint zudem den Griff zweier Gauleiter nach den Ergänzungskarten der Juden verhindert zu haben.¹⁰⁾ Die ablehnende Haltung des Statistischen Reichsamtes verband sich jedoch immer mit dem Hinweis, dass nach Beendigung der Auszählung über den Wunsch nach Einsichtnahme in die Ergänzungskarten der Juden „höheren Orts“ entschieden werden müsse. Grundsätzliche Einwände wurden nicht geäußert.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges änderte sich die Lage für die amtliche Statistik. Die „kriegswichtigen

6) Siehe Grävell, W.: „Die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Wirtschaftsstatistik“ in Allgemeines Statistisches Archiv, Jg. 30, 1941/1942, S. 68 f.

7) Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933 vom 12. April 1933 (RGBl. I S. 199); Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1938 vom 21. Januar 1938, abgedruckt in Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 552, 1, S. 6.

8) Die Personenstandsaufnahme wurde alljährlich am 10. Oktober in den meisten Gemeinden durchgeführt und diente der Erfassung der Steuerbürger sowie der Ausstellung der Lohnsteuerkarten. Seit Mitte der 1920er Jahre bestanden zwischen den Fragebogen der Volkszählungen und denen der Personenstandsaufnahme weitgehende Übereinstimmungen, die nicht zuletzt auch auf Anregungen der Statistiker zurückgingen. Auch das Reichssippenamt bediente sich dieser Unterlagen zur Feststellung der Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft.

9) Bundesarchiv R 58/544, Bl. 90–91.

10) Lösener, B.: „Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern“ in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 9, 1961, S. 282.

Zahlen“ standen nun im Mittelpunkt. Am 6. September 1939 berieten Vertreter einiger Reichsministerien, des Oberkommandos der Wehrmacht, des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei sowie des Statistischen Reichsamtes und des Reichsnährstands über den weiteren Verlauf der Auszählungen. Abwehren konnte das Statistische Reichsamt den Vorschlag des Reichsfinanzministeriums, wegen des zu erwartenden Personalmanagements und der daraus folgenden Verzögerungen die Auswertung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung völlig einzustellen. Die Unterstützung, die das Reichsamt dabei u. a. vonseiten des Reichsführers-SS und des Reichsinnenministeriums erhielt, hatte ihren Preis in deren Forderung nach einem Sofortprogramm, zu dem die Aufstellung zweier Sonderkarteien und eine beschleunigte Auszählung der Juden und jüdischen „Mischlinge“ gehörten. Zunächst ausgesetzt, kurze Zeit später aber völlig aufgegeben wurde die vorgesehene Nacherhebung über die Hoch- und Fachschulbildung, für die die Ergänzungskarte die ersten Anhaltspunkte (Adressen von Absolventen) hatte liefern sollen.

3 Die Anlage von Sonderkarteien

Das Statistische Reichsamt sagte an diesem 6. September 1939 die Anlage von zwei Sonderkarteien zu: einer *Ausländerkartei* sowie einer Kartei der deutschen Reichsangehörigen fremder Volkszugehörigkeit, kurz *Volkstumskartei* genannt. Bei beiden Karteien handelte es sich um eine namentliche Erfassung der Betroffenen, versehen mit den Adressen und weiteren Merkmalen (siehe hierzu die Übersicht). Die Arbeitsanweisungen bzw. die Kartemuster versandte das Statistische Reichsamt noch im September.

Bei der *Ausländerkartei* war ausdrücklich die Abstammung (also die Frage nach den jüdischen Großeltern auf der Ergänzungskarte) enthalten. Aufgenommen werden sollten auch Staatenlose oder ungeklärte Fälle sowie die Staatsangehörigen des Protektorats Böhmen und Mähren und der ehemaligen Freien Stadt Danzig. Schon im Juli 1939 jedoch hatte es in den Besprechungen zwischen dem Statistischen Reichsamt und den selbst aufbereitenden Statistischen Landesämtern die Absprache gegeben, die fehlenden Angaben über die Abstammung zum Beispiel bei ausländischen Bauarbeitern nicht durch Rückfragen zu ergänzen, sondern diese als nicht jüdisch zu zählen.

Das Anlegen dieser Kartei kann unter zwei Gesichtspunkten gesehen werden. Der erste ist das fremdenpolizeiliche Interesse, das in den Quellen zwar nicht erwähnt ist, trotzdem aber vermutet werden kann. Nach Kriegsbeginn war sofort das Melderecht insgesamt und besonders für Ausländer aus den „Feindstaaten“ verschärft worden. Möglich ist es daher, dass die Gestapo ein großes Interesse an einem Abgleich mit ihrer eigenen Ausländerzentalkartei in Berlin oder mit weiteren lokalen Karteien besaß. Zwar wären, wenn man davon ausgeht, dass die Kartei wahrscheinlich nicht zu dem zugesagten Termin Ende November 1939, sondern wie die Auszählung der Juden frühestens ein Vierteljahr später vom Statistischen Reichsamt und den Statistischen Landesämtern übergeben werden konnte, die Angaben schon neun Monate alt gewesen, doch hätte

die Gestapo daraus möglicherweise immer noch einen Nutzen ziehen können.

Der zweite Gesichtspunkt für das Anlegen der Ausländerkartei deckt sich mit dem Zweck der Volkstumskartei. Auf das Herausschreiben dieser Karteikarten hatten sich das Statistische Reichsamt und die Gestapo schon Mitte August 1939 im Grundsatz geeinigt. Die Begründung für diese Kartei war ebenso nichtssagend wie kurz: Man wolle zuverlässige Unterlagen über die im Reich lebenden Volksgruppen gewinnen. Die Arbeitsanweisung aus dem Statistischen Reichsamt sah vor, dass alle Reichsangehörigen, die auf der Haushaltungsliste als Volkszugehörigkeit etwas anderes als deutsch eingetragen hatten, aufzunehmen waren. Ausdrücklich nicht aufgenommen wurden alle reichsangehörigen Juden (daher fehlte auf der Karteikarte auch die Frage nach der Abstammung).

Die „Volkstumskartei“ ist wie die Ausländerkartei wahrscheinlich nicht eher als im Frühjahr 1940 fertiggestellt worden. Im März 1941 wurde sie zur weiteren Bearbeitung der Publikationsstelle Dahlem übergeben, die als Forschungseinrichtung spätestens ab Kriegsbeginn auch für den Auslandsnachrichtendienst die wissenschaftlichen Grundlagen für den Großraum Nord- und Osteuropa zu liefern hatte. Durch die Einbindung der Ostforschung in die Volksgruppenpolitik entwickelte die Dahlemer Stelle zum Beispiel Pläne für das nationalsozialistische Siedlungsprogramm, in dem die Rückwanderung der im Ausland lebenden so genannten Volksdeutschen verbunden wurde mit der Zwangsdeportation der „fremdstämmigen“ Bevölkerung aus den potenziellen deutschen Ansiedlungsgebieten, und dokumentierte die Zuwanderung und die Deportationen sowie die Altersgliederung und die Erwerbstätigkeit der Umsiedler.

Zusammen mit einer Kopie des Zentralregisters der im März 1941 eingeführten „Deutschen Volksliste“, die die Bedingungen für die Eindeutschung aufstellte und entsprechend dem Bekenntnis zum deutschen Volkstum, der Abstammung und der rassischen Einordnung für die „Einbürgerungswürdigkeit“ vier unterschiedliche Qualitäten vorsah, gingen die beiden aus den Volkszählungsunterlagen zusammengestellten Karteien mit weiteren 150 000 Karten über in den östlichen Gebieten Deutschlands lebende Ausländer, herausgezogen aus der zentralen Ausländerkartei des SD, an die Publikationsstelle Dahlem zwecks Zusammenstellung einer großen Volkstumskartei. Diese sollte u. a. die Grundlage für folgende, die Angehörigen des nichtdeutschen Volkstums betreffende Maßnahmen bilden: die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft und die Einstufung als Schutzangehörige sowie die Klärung von Abstammungsfragen bei deutschen Familiennamen. Hinzu kamen noch weitere Aufgaben, die sich auch auf die Eindeutschung bzw. auf die Aberkennung des „Deutschtums“ beziehen konnten und im Rahmen der Volkstumspolitik möglicherweise auch Umsiedlungen einschlossen.

Vier identische Kopien – je eine für die Reichsstatthalter, den Regierungspräsidenten, die Landräte und deren nächster nachgeordneter Verwaltungsbehörde – dieser umfassenden Volkstumskartei sollten hergestellt werden, geordnet nach Verwaltungseinheiten und mit Karteireitern in 14 Rubriken unterteilt. Eine fünfte Kopie sollte die

Übersicht über die Fragen der Volkszählung 1939 und die aus ihr hergestellten oder mit ihr abgeglichenen Karteien

	Volkszählungsbogen 1939		Aus den Volkszählungsunterlagen 1939		
	Liste/Kartei	Haushaltungsliste	Ergänzungskarte (über Abstammung und Vorbildung)	ergänzte Kartei	erstellte Karteien
Volkskartei (Melderegister)				Ausländerkartei	Kartei der deutschen Reichsangehörigen fremder Volkszugehörigkeit (Volkstumskartei)
Rechtsgrundlage	Volkszählungsgesetz vom 4.10.1937 bzw. 6.7.1938, Durchführungsverordnung vom 21.1.1938 bzw. 8.3.1939	Volkszählungsgesetz vom 4.10.1937 bzw. 6.7.1938, Durchführungsverordnung vom 21.1.1938 bzw. 8.3.1939	u.a.: Gesetz über das Pass-, das Ausländerpolizei- und das Meldewesen vom 11.5.1937, Reichsmeldeordnung vom 6.1.1938, Runderlass vom 15.2.1939 über Ergänzung der Melderegister durch eine nach Geburtsjahrgängen geordnete Kartei, Verordnung über Errichtung einer Volkskartei vom 21.4.1939	–	–
Auftraggeber				u.a. Reichsinnenministerium, Reichswirtschaftsministerium, Reichsführer-SS und OKW am 6.9.1939	u.a. Reichsinnenministerium, Reichswirtschaftsministerium, Reichsführer-SS und OKW am 6.9.1939
Ausfüllen der Formulare durch	die Befragten	die Befragten	die Befragten	Statistisches Reichsamt, Statistische Landesämter	Statistisches Reichsamt, Statistische Landesämter
Herkunft des Basismaterials	Selbstauskunft aller im Deutschen Reich Lebenden	Selbstauskunft aller im Deutschen Reich Lebenden	Selbstauskunft aller Reichsangehörigen	Haushaltungsliste der Volkszählung vom 17.5.1939 Ergänzungskarte	Haushaltungsliste der Volkszählung vom 17.5.1939
Zusätzliches Material	Ergänzung fehlender Angaben durch die Zähler, die Statistischen Landesämter und das Statistische Reichsamt durch Rückfragen	Ergänzung fehlender Angaben durch die Statistischen Landesämter und das Statistische Reichsamt durch Rückfragen; bei Fragezeichen oder Strichen in den Spalten der Abstammung nach Plausibilitätsprüfung keine Rückfrage, sondern als Nein gewertet	Ergänzung durch Melderegister; Abgleich mit Ergänzungskarte	–	–
Termine	17.5.1939 Stichtag der Zählung	17.5.1939 Stichtag der Zählung, vorläufiges Zählergebnis Februar 1940, endgültiges Zählergebnis Februar 1941	„Arier“: 13.8. – 19.8.1939, Juden: 28.8. – 2.9.1939, Abgleich mit Ergänzungskarte der Juden: Mai bis Dezember 1941	Beginn Mitte September 1939, Ende frühestens Februar 1940	Beginn Mitte September 1939, Ende frühestens April/Mai 1940
Merkmale	Auswahl:	vollständig:	Auswahl: Volkskartei Melderegister	vollständig:	vollständig:
Name/Geburtsname	x	x	x x	x	x
Adresse	x	x	x x	x	x
Geburtsdatum	x	x	x x	x	x
Geburtsort		x	x x		
Geschlecht	x	x	x x	x	x
Familienstand	x		x x		
Religion	x		x x		x
Abstammung		x	x x*	x	
Staatsangehörigkeit	x		x x	x	x
Muttersprache	x			x	x
Volkszugehörigkeit	x			x	x
Beruf	x		x x		x
abgeschlossenes Hoch- oder Fachschulstudium		x	x		
Ort/Art des Examens		x	x		
Kinderzahl unter 14 Jahren	x		x x		x
Bodenfläche bearbeitet?	x				x
Nutzer	Statistisches Reichsamt, Statistische Landesämter	Statistisches Reichsamt und Statistische Landesämter bis April/Mai 1941, Meldestellen 2. Halbjahr 1941, Reichssippenamt ab etwa 1942	Einwohnermeldeämter alle zur Auskunft Berechtigten, automatische Weiterleitung von An- und Abmeldungen an die NSDAP	in Quelle nicht genannt; möglich: Ausländerzentalkartei der Gestapo in Berlin; ab März 1941 Publikationsstelle Dahlem	Publikationsstelle Dahlem (Sicherheitsdienst) für Reg.Be.z. Niederdonau und Aussig; Kopien für Reichsstatthalter, Regierungspräsident, Landräte und ihnen nachgeordnete Behörden
Verwendungszweck	Volkszählung	Statistik: Zählung der Juden, Adressensammlung für geplante Sondererhebung über Ausbildung, Volkskartei: Abgleich Reichssippenamt: Abgleich mit eigenen Karteien, Sippenforschung (Vermutung)	Jahrgangsregister für Musterung, HJ, BDM, Auskünfte jeglicher Art, Kriegs- und Zivilidienste	möglicher Abgleich mit der mit Runderlass des RMI vom 24.2.1939 zum 1.4.1939 eingeführten Ausländerzentalkartei bei der Gestapo, mögliche Bereinigung der Melderegister bei Ausländern	mit der Übergabe an die Publikationsstelle Dahlem im März 1941 zusammen mit anderen Karteien: u. a. Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft für Reichsangehörige mit fremder Volkszugehörigkeit und den daraus entstehenden Folgen (Deportation), ihre Überleitung zu „Schutzangehörigen“, Klärung von Fragen hinsichtlich deutscher Familiennamen bei Angehörigen fremden Volkstums, Ersatz für Nationalitätenkataster Grundlage für weitere Auswertungen und Karteien

* = Nur bei Ausländern.

noch: Übersicht über die Fragen der Volkszählung 1939 und die aus ihr hergestellten oder mit ihr abgeglichenen Karteien

	Volkszählungsbogen 1939		Aus den Volkszählungsunterlagen 1939		
			ergänzte Kartei	erstellte Karteien	
Liste/Kartei	Haushaltungsliste	Ergänzungskarte (über Abstammung und Vorbildung)	Volkskartei (Melderegister)	Ausländerkartei	Kartei der deutschen Reichsangehörigen fremder Volkszugehörigkeit (Volkstumskartei)
Verbleib bis 1945	bis 1944 im Statistischen Reichsamt, in Statistischen Landesämtern	Reichssippenamt	Meldestellen	Publikationsstelle Dahlem (ausgelagert nach Bautzen)	Publikationsstelle Dahlem (ausgelagert nach Bautzen)
Sonstiges	1944 Beginn der Vernichtung im Statistischen Reichsamt	Aufgabe der Sonderzählung gegen Ende 1939, danach „Arierkarten“ vermutlich vernichtet (nachgewiesen in Württemberg)	teilweise Stilllegung August 1943, Weiterführung der Jahrgangsregister bis 1944, dann endgültige Stilllegung		
Verbleib		Ergänzungskarten der Juden nach 1945 an jüdische Gemeinde in Berlin (Ost), danach an Zentrales Staatsarchiv der DDR, heute mit einigen Ausnahmen im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde	Überreste in einigen Archiven	vermutlich vernichtet	vermutlich vernichtet

ebenfalls nach Verwaltungseinheiten gegliederte Hauptkartei in der Publikationsstelle durch eine alphabetisch geordnete ergänzen. Diese Kopieraktion lief nur schleppend und war noch Ende 1944, als die Karten des Regierungsbezirks Aussig vervielfältigt wurden, weit von der Fertigstellung entfernt. Was man 5½ Jahre nach der Aufnahme vieler Grunddaten noch mit dieser Kartei wollte, ist nicht klar. Ob sie zu diesem Zeitpunkt noch zur Grundlage von Ad-hoc-Maßnahmen gemacht werden konnte, erscheint zweifelhaft. Nicht zweifelhaft ist jedoch, dass sie als Grundlage der rücksichtslosen Germanisierungspolitik Heinrich Himmlers hatte dienen sollen.

4 Die Auswertung der Ergänzungskarte

Zur Auswertung waren in den selbst aufbereitenden Statistischen Landesämtern und im Statistischen Reichsamt, die allein berechtigt waren, die Ergänzungskarten¹¹⁾ einzusehen, diese zunächst nach „Ariern“ und Juden getrennt worden. Nach dem Wegfall der geplanten Nacherhebung über die Hochschulausbildung Ende 1939 verlor der Stapel der „Arierkarten“ seine Bedeutung und wurde – so ist es jedenfalls für Württemberg dokumentiert – eingestampft. Die Tatsache, dass nicht die Zähler vor Ort eine Überprüfung der Angaben auf der Ergänzungskarte vornehmen durften, und der Zeitdruck, dem sich die Statistiker von vornherein und nicht erst nach der Verabschiedung des „Sofortprogramms“ vom 6. September 1939 ausgesetzt sahen, hatte schon Ende Juni zu Vereinfachungen bei der Kontrolle geführt. Der Generalreferent für die Volkszählung, Roderich Plate, hatte zu den häufigsten Ausfüllungsfehlern auf einer Besprechung von Landes- und Reichsstatistikern ausgeführt, es sei in den betreffenden Spalten mit der Frage nach den jüdischen Großeltern „oft ‚ja‘ eingetragen, obwohl es sich ganz offensichtlich um arische Ausfüllungspflichtige (Beamte, Parteiangestellte usw.) handelt. Der Grund liegt in einem Denkfehler (Frage: Arisch? Antwort: Ja!); die Berichtigung ist in diesen Fällen ohne Rückfrage angän-

gig. Striche, Punkte und Fragezeichen in den Spalten 5 bis 8 der Ergänzungskarte sollen bei der Auswertung als ‚nein‘ gelten, falls sich nicht aus anderen Angaben¹²⁾ der Verdacht auf jüdische Abstammung ergibt. Falls bei Familien mit deutschen Namen (vor allem in ländlichen Gebieten) die Spalten 5 bis 8 nur für den Familienvorstand mit ‚nein‘ beantwortet sind, kann auf Rückfrage verzichtet und die ganze Familie als nicht jüdisch angesehen werden. Das gleiche gilt, wenn in einer Ergänzungskarte für den Ehemann nur die Fragen 5 und 6, für die Ehefrau gleichzeitig die Fragen 7 und 8 verneint sind oder wenn für sämtliche Familienmitglieder nur in Spalte 5 ein ‚nein‘ eingetragen ist. Fehlende Angaben für Zimmerabmieter oder dgl. sind aber in der Regel durch Rückfragen zu klären (Ausnahme: Beamte, Behördenangestellte usw.).“¹³⁾

Die ersten vorläufigen Ergebnisse über die Zahl der Juden lagen im März 1940 vor, die endgültigen Zahlen genau ein Jahr später. Bis zu diesem Zeitpunkt, März/April 1941, befanden sich die Ergänzungskarten in den Händen der Statistiker, und bis zu diesem Zeitpunkt waren sie dem generellen Zugriff der Gestapo oder der NSDAP entzogen. Das schloss Einzelauskünfte an diese nicht aus, die – nach den sehr spärlich dokumentierten Fällen in erster Linie aus Württemberg – gegen Ende der Bearbeitungszeit wohl eher gewährt wurden als im Frühstadium.

5 Die Ergänzungskarte und das Meldesystem

Nach Protesten des Statistischen Reichsamtes hatte das Reichsinnenministerium die eigentlich zu einem früheren Zeitpunkt vorgesehene Einführung der Volkskartei auf den August/September 1939 verschoben. Diese Volkskartei stellte eine Ergänzung der alphabetisch geordneten Melderegister dar; sie war nach Jahrgängen geordnet und in erster Linie für militärische Zwecke (Musterung) vorgesehen worden. Juden – das Religionsbekenntnis ging im Allgemeinen aus den Meldeunterlagen hervor –

11) Siehe den Anhang zu diesem Beitrag.

12) Zum Beispiel aus der Angabe der Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft auf der Haushaltungsliste.

13) Siehe Staatsarchiv Ludwigsburg, E 258 II Bü 202, Sitzungsbericht der Tagung der Reichs- und Landesstatistiker am 30. Juni und 1. Juli 1939 in Berlin.

waren auf den Volkskarteikarten mit einem „J“ zu kennzeichnen. In einem nicht veröffentlichten Runderlass des Reichsinnenministeriums vom 15. Februar 1939 zur Einführung der Volkskartei hatte dazu auch gestanden, dass eine „endgültige und vollständige Durchführung dieser Kennzeichnung ... erst nach der Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Mai 1939 möglich sein“ werde¹⁴⁾, was bei den Bürgermeistern die Überzeugung geweckt hatte, sie könnten sich bei der Volkszählung sofort in den Besitz der Ergänzungskarten bringen. Dieses wollte das Statistische Reichsamt mit seiner Intervention verhindern, um die Auszählung nicht zu verzögern und weil „die Umschläge der Ergänzungskarten von den Gemeindebehörden nicht geöffnet werden“ dürften. Grundsätzlich machte der Präsident des Statistischen Reichsamtes gegen die Auswertung der Ergänzungskarten der Juden jedoch keine Bedenken geltend, zögerte sie aber hinaus. Er wolle „rechtzeitig Vorschläge machen“, wie und wann den Gemeinden „die Abstammungsangaben der Zählung für die Volkskartei zur Verfügung gestellt werden können.“ Und er bat in seinem Schreiben, das er auch den Statistischen Landesämtern zur Kenntnis brachte, darum, „auf die Möglichkeit der späteren Verwendung der Ergänzungskarten für Zwecke der Gemeinden ... vorerst öffentlich noch nicht hinzuweisen, da sonst der Zweck der Abgabe im verschlossenen Umschlage hinfällig würde.“¹⁵⁾

Damit war allen mit der Volkszählung befassten leitenden Statistikern bekannt, dass die Ergänzungskarten auch zur vollständigen Erfassung von Juden und jüdischen „Mischlingen“ bei den Meldebehörden herangezogen werden sollten. Allerdings erst am 31. März 1941, wenige Wochen nach der Feststellung der endgültigen Ergebnisse der Zählung der Juden, über ein Jahr nach der Bekanntgabe der vorläufigen Ergebnisse und 22 Monate nach der Volkszählung, teilte die Ordnungspolizei, die mit der Einführung der Volkskartei beauftragt worden war, den höheren Verwaltungsbehörden mit, dass das Statistische Reichsamt nun die Ergänzungskarten, „in denen Angaben über Personen mit 2 oder mehr *jüdischen* Grosseltern enthalten sind, zur Auswertung für die Karteien des polizeilichen Meldewesens und für die Volkskartei zur Verfügung“ stelle.¹⁶⁾ Das Versenden der Karten begann im April; das Statistische Reichsamt selbst sandte die bei ihm lagernden Karten auf den Tag genau zwei Jahre nach der Volkszählung an die Gemeinden ab. Diese sollten sie eigentlich nach vier bis acht Wochen zurückschicken, doch dieser Abgleich mit der Volkskartei und dem Melderegister zog sich bis zum Ende des Jahres hin und führte nicht nur dort zu Korrekturen und Ergänzungen, sondern auch auf den Ergänzungskarten selbst: „Arier“ hatten sich als Juden bezeichnet, Ergänzungskarten von Juden fehlten, Adressen hatten sich – über zwei Jahre nach der Volkszählung, nach der zwangsweisen Entmietung vieler Juden und ihrer Zusammenfassung in „Judenhäusern“, nach Auswanderung und den ersten Deportationen – geändert.

Nachdem Ende 1941 und Anfang 1942 die letzten Ergänzungskarten von den Meldebehörden an das Statistische Reichsamt und an die selbst aufbereitenden Statistischen Landesämter zurückgesandt worden waren, übergaben diese sie an das Reichssippenamt, so wie es eigentlich schon für die Unterlagen der Zählung von 1933 gedacht gewesen war. Was dort mit den Karten dann geschah, ist nicht weiter bekannt. Im Reichssippenamt selbst, das zuständig war für die Erstellung von „Ariernachweisen“, existierten mehrere Karteien mit Millionen von Einträgen, die zeigen sollten, wie „stark die Vermischung mit fremdem Blut ... in unserem deutschen Volkskörper“ sei.¹⁷⁾ Ob die über 300 000 Einträge auf den Ergänzungskarten dann im Reichssippenamt verwertet, ob sie in die eigenen Karteien übertragen wurden, ist nicht bekannt. Die Möglichkeit, dass die Fahnder nach jüdischen Vorfahren damit auf eine Spur gebracht wurden – mit allen Konsequenzen für den Betroffenen –, besteht jedoch.

6 Zusammenfassung

Was ist also wahr an dem Vorwurf, eine aus den Ergänzungskarten der Volkszählung zusammengestellte Kartei sei der Gestapo zur Verfügung gestellt worden und habe als Grundlage für die Deportationen und damit für die Ermordung der deutschen Juden gedient? Dieser Vorwurf fußte auf der erwähnten Volkstumskartei (der Kartei der deutschen Reichsangehörigen fremden Volkstums), über deren Aufstellung berichtet wurde. Nur wurde gerade in diese Kartei kein einziger Jude aufgenommen. Das bedeutet allerdings nicht, dass hier nicht ein erheblicher Verstoß gegen das Statistikgeheimnis vorliegt, dass den in dieser Kartei namentlich und mit voller Adresse erfassten Menschen nicht Nachteile gravierender Art haben erwachsen können, auch wenn diese Kartei nicht das einzige und wohl kaum das Hauptinformationsmittel darstellte und zum Teil kaum noch aktuelle Daten enthalten haben mag. Dasselbe gilt für die Ausländerkartei. Hier wurde nach der Abstammung gefragt, hier konnten besonders nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges „Angehörige der Feindstaaten“ interniert werden, und internierte polnische oder staatenlose Juden wurden schließlich in das Generalgouvernement abgeschoben – ein Weg in den Tod für fast alle.

Was bleibt von dem Verdacht, die Ergänzungskarte könne als Unterlage für Deportationen benutzt worden sein? Zunächst bleibt festzuhalten, dass die Abgabe der Ergänzungskarten in einem verschlossenen Umschlag von vornherein eine Täuschung der Öffentlichkeit darstellte. Schon vor der Volkszählung hatte ja festgestanden, dass die Daten aus dieser Karte für die Volkskartei genutzt werden sollten. Auf der anderen Seite jedoch brauchten hier die Statistiker zehn Monate, um zu den vorläufigen Ergebnissen der Zählung der Juden zu kommen, und dann noch einmal ein Jahr, um die endgültigen Zahlen vorzulegen. Ob dies aus Personalmangel, aus Arbeitsüberlastung oder aus anderen Gründen geschah, ist nicht feststellbar. Doch zwischen Mai 1939 und der zweiten

14) Siehe Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Reichsstatthalter Nr. 373/1, Runderlass des Reichsministers des Innern vom 15. Februar 1939, Pol O-VuR 7 a g Nr. 54/38.

15) Siehe Niedersächsisches Staatsarchiv Bückeburg, L 4 Nr. 6636, Bl. 105, Reichardt an Reichsinnenminister am 18. März 1939.

16) Siehe Staatsarchiv Bremen, 3-S. 3. Nr. 742.

17) Siehe „Die nächsten Aufgaben der Sippenforschung“ in Zeitschrift für Standesamtswesen, Personenstandsrecht, Ehrerecht und Sippenforschung, Jg. 18, 1938, S. 455.

Hälfte 1941, als die Ergänzungskarten der Juden an die Meldestellen übergeben wurden, hatten sich in den Verhältnissen der Juden große Veränderungen ergeben. Vielfach hatten sie ihre Wohnungen oder Häuser verlassen müssen und lebten in so genannten Judenhäusern. Das heißt, dass auch hier die Volkszählungsdaten keineswegs mehr aktuell waren. Die ersten größeren Deportationen waren zudem schon im Gange, als die Ergänzungskarten noch mit den Melderegistern und der Volkskartei abgeglichen wurden.

Aber auch bei den Deportationen konnten diese Daten, wenn sie auch keine Grundlage dafür darstellten, ergänzende Hinweise enthalten. Die Deportationslisten mussten dagegen gerade dort, wo größere jüdische Gemeinden lebten, oft von diesen selbst zusammengestellt werden. Auf diese Praxis, die Opfer zur Mitarbeit zu zwingen, hatte schon Raul Hilberg in seiner 1961 erstmals erschienenen Geschichte der Vernichtung der europäischen Juden hingewiesen.¹⁸⁾ Die Berliner jüdische Gemeinde zum Beispiel hatte unter dem Druck der Verhältnisse und dann auch unter dem wachsenden Druck der Gestapo seit 1934 versucht, mehr als nur ihre Mitglieder zu registrieren, und die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, 1939 als Zwangsvereinigung fast aller „Rassejuden“ gegründet, hatte zum 1. Oktober 1939 eine reichsweite Registrierung ihrer Mitglieder vorgenommen – was von ausländischen Beobachtern zu Recht als Indiz dafür genommen wurde, dass die Unterlagen aus der Volkszählung der Gestapo nicht zur Verfügung standen. Auch diese Tatsachen schließen nicht aus, dass über die Melderegister und die Volkskartei, die der Gestapo und auch der NSDAP zugänglich waren, Daten aus der Volkszählung für die Judenverfolgung zur Verfügung gestellt wurden. Nur war hier die Ergänzungskarte keineswegs zentral.

Natürlich war – abgesehen von diesen Verletzungen des Statistikgeheimnisses, das weniger gesetzliche Regelung, mehr Konvention darstellte und zwischen 1933 und 1939 zusätzlich noch aufgeweicht worden war – die Statistik als Teil der Verwaltung auch Teil des Unrechtssystems. Wie bei anderen traditionellen Behörden ist aber auch hier festzustellen, dass die Umstellung sich nicht von einem Tag zum anderen vollzog, dass manche Beamtentraditionen fortlebten. Eine dieser Traditionen war die Beharrung auf der Rechtmäßigkeit des Handelns. Das konnte zwar zeitweilig Sand in das Getriebe der Diktatur streuen, forcierte aber manchmal auch die antijüdischen Regelungen, damit sie durchgesetzt werden konnten. Das Statistische Reichsamt hätte schon Mitte der 1930er Jahre der Forderung aus der Finanzverwaltung nach Aufgabe des Datenschutzes nachkommen können, tat es aber nicht. Die Diskussionen der Statistiker nach der Durchführung der Volkszählung 1939 zeugen zudem davon, dass sie – obwohl sie die „Berechtigung“ mancher an sie gestellten Forderungen von Partei und Gestapo anerkannten – Eingriffe in ihre Tätigkeit nicht dulden wollten, in erster Linie wohl aus dem egoistischen Grund, dass sonst die Auszählung verzögert, sie selbst wegen zu langsamem Arbeitens weiter in die Kritik kamen, aber auch weil sie befürchten mussten, dass offenbar werdende gravierende Verletzungen des immer wieder öffentlich

beschworenen Statistikgeheimnisses sie und ihre Arbeit diskreditieren würden.

Es bleiben viele Fragen offen, weil die Aktenlage zum Teil schlecht ist, aber auch weil Zeitzeugen fehlen. Es mangelt aber auch noch an Forschung, die sich mit den Akteuren der damaligen Zeit, etwa Friedrich Burgdörfer, Paul Flaskämper, nicht zuletzt auch Siegfried Koller und vielen anderen, auseinandersetzt. ■

18) Siehe Hilberg, R.: „Die Vernichtung der europäischen Juden“, 3 Bände, Frankfurt/M. 1990.

Land: _____
Kreis: _____
Gemeinde: _____
Zählbezirk Nr. _____
Grundstücksliste Nr. _____
Zur Haushaltungsliste Nr. _____

Drucksache Nr. II

Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 17. Mai 1939
Ergänzungskarte
für Angaben über Abstammung und Vorbildung

Jedermann ist gesetzlich verpflichtet, die erforderlichen Angaben zu machen. Die Ergänzungskarte ist nach sorgfältiger Ausfüllung in **verschlossenem** Umschlag dem Zähler zu übergeben!

Erläuterungen zu umstehendem Fragebogen

I. Wer hat eine Ergänzungskarte auszufüllen?

Jeder, der zur Ausfüllung einer Haushaltungsliste verpflichtet ist (vgl. S. 1 der Haushaltungsliste) hat auch eine Ergänzungskarte auszufüllen. Personen, die nicht zur Familie des Haushaltungsvorstandes gehören (z.B. Hausgehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Knechte, Landhelfer, Mägde, Untermieter, Pensionsgäste, Personal und Insassen von Anstalten u. dgl.), sind berechtigt, die Angaben über Abstammung und Vorbildung auf einer besonderen Ergänzungskarte zu machen und diese in verschlossenem Umschlag an den Haushaltungsvorstand abzugeben, der sie dem Zähler ungeöffnet auszuhändigen hat.

II. Welche Personen sind einzutragen?

Alle Personen, die in der Haushaltungsliste auf Seite 2 unter A und B aufgeführt sind. Die Zahl der Personen, für welche die Ergänzungskarte Angaben enthält, ist auf dem Umschlag unten zu vermerken.

III. Zu Spalte 4:

Außer dem Geburtsort (Gemeinde) ist auch dessen verwaltungsrechtliche Zugehörigkeit einzutragen (wenn der Geburtsort im Deutschen Reich liegt: der Kreis, das Bezirksamt, der Amtsbezirk u. dgl.; wenn der Geburtsort im Ausland liegt: der Staat).

IV. Zu den Spalten 5 bis 8:

Maßgebend ist allein die rassenmäßige, nicht die konfessionelle Zugehörigkeit. Auch Glaubensjuden haben ihre **der Rasse nach** volljüdischen Großeltern anzugeben.

V. Zu den Spalten 9 und 10:

Ein Studium gilt als abgeschlossen, wenn nach Erfüllung der vorgeschriebenen Studienzeit Staats- oder Abschlußprüfungen **mit Erfolg** abgelegt worden sind.

Als **Fachschulen** für diese Erhebung gelten **nur Höhere** Staats- und **Höhere** sonstige Schulen für:

Bauwesen,	Schiffbau,	Land- und Forstwirtschaft,
Maschinenbau,	Schiffingenieurwesen,	Gartenbau- und
Elektrotechnik,	Textilwesen,	Kulturbauwesen,
Luftfahrt- und	Bergbau,	Seefahrt,
Kraftfahrwesen,	Hüttenwesen,	und ähnliche Fachschulen.

Für diese Erhebung kommen nicht in Betracht:

Gewerbe-, Handels-, Berufs- (Fortbildungs-) schulen,
Handwerker-, Kunstgewerbe-, Musikschulen,
Schulen für Kindergärtnerinnen, Säuglings-, Kranken- und Haushaltspflege.

Wer die umstehenden Fragen wissentlich wahrheitswidrig beantwortet oder sich weigert, sie zu beantworten, wird gemäß § 6 des Gesetzes vom 4. Oktober 1937 (Reichsgesetzblatt I S. 1053) mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Als mittelbarer Täter kann in der gleichen Weise bestraft werden, wer gegenüber dem den Fragebogen Ausfüllenden (dem Haushaltungsvorstand oder seinem Vertreter) wissentlich falsche Angaben macht.

Wenden!

Erläuterungen auf der Vorderseite beachten!


Vor Ausfüllung die ganze Ergänzungskarte durchlesen!

Lfde. Nr.	Vorname	Familienname bei Frauen auch Mädchenname	Geburts- tag, monat, Geburtsjahr	Geburtsort und -kreis (siehe Erläuterung III)	War oder ist einer der vier Großeltern der Rasse nach Volljude? (Ja oder nein) (siehe Erläuterung IV)			Haben Sie ein Hochschul- oder Fachschulstudium abgeschlossen? (Ja oder nein)	Wenn ja, an welcher Hoch- oder Fachschule oder vor welchem Prüfungsamt haben sie Staats- oder Abschlussprüfungen abgelegt? (siehe Erläuterung V)
					Großvater	Großmutter	Großvater		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A. Sämtliche Anwesende									
1. Paul	Schmitz		8.10.1885	Marklissa, Krs. Lauban	nein	nein	nein	nein	–
2. Maria	Schmitz, geb. Zawadka		18.9.1888	Hornigfelde, Krs. Stuhm	nein	nein	nein	nein	–
3. Hermann	Schmitz		11.3.1910	Magdeburg	nein	nein	nein	nein	–
4. Anna	Kwozcek		3.10.1903	Wapplitz, Krs. Stuhm	nein	nein	nein	nein	–
5. Alfred	Jung		15.1.1889	Schönebeck, Krs. Colbe a./S.	nein	nein	nein	nein	Höhere techn. Lehranstalt, Breslau
6. Franz	Müller		30.5.1912	Danzig	nein	nein	nein	ja	Technische Hochschule Danzig
1. Saly	Cohn		9.8.1880	Lodz, Polen	ja	ja	ja	nein	–
2. Henriette	Cohn, geb. Oppenheimer		20.3.1883	Breslau	ja	nein	nein	nein	–
3. Georg	Cohn		25.10.1905	Berlin	ja	ja	nein	ja	Universität Berlin
4. Ruth	Schmidt, geb. Cohn		30.9.1907	Berlin	ja	ja	nein	nein	–
5. Elsbeth	Schmidt		16.1.1930	Berlin	nein	nein	ja	nein	–
6. Martin	Schultze		24.5.1889	Kauffung, Krs. Goldberg	nein	nein	nein	nein	–
1.									
2.									
3.									
4.									
5.									
6.									
7.									
8.									
9.									
10.									

B. Vorübergehend abwesende Mitglieder der Haushaltung

Beispiel		Hanau							
1.	Richard	Schmidt	19.11.1904	nein	nein	nein	nein	nein	nein
1.									
2.									
3.									
4.									

Bescheinigung: Daß die Angaben vollständig und nach bestem Wissen gemacht worden sind, bescheinigt:

Hier bitte Ihre Unterschrift: 

Wohnung: _____

Straße Nr. _____

(Unterschrift des Haushaltungsvorstandes, seines Vertreters oder sonstiger zur Ausfüllung verpflichteter Personen)

Satzmuster für den Umschlag der Ergänzungskarte

Land: _____

Kreis:

Gemeinde:

Zählbezirk Nr.:

Zur Grundstücksliste Nr.:

Zur Haushaltsliste Nr.:

Drucksache Nr. IIa

Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 17. Mai 1939

Umschlag für die Ergänzungskarte für Angaben über Abstammung und Vorbildung

Nicht auch andere Zählpapiere hineinstecken!

Name des Haushaltungsvorstandes:

.....



Die einliegende Ergänzungskarte enthält

Angaben über Personen.

(Zahl)

1. Ergänzungskarte sorgfältig ausfüllen!
2. Ergänzungskarte in diesen Umschlag stecken den Umschlag verschließen!
3. Den verschlossenen Umschlag **dem Zähler übergeben!**

Nicht unmittelbar
an das Statistische Amt senden!

Dieser Umschlag darf nur von dem dazu berechtigten Statistischen Amt geöffnet werden. Wer den Umschlag unbefugt öffnet, wird wegen Verletzung des Briefgeheimnisses (§ 299 des Strafgesetzbuchs) bestraft.

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

Heft Seite

Allgemeines, Methoden, Klassifikationen

Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
Neue Ökonomie und amtliche Statistik	3	165
Erhebungsdesign der Zeitbudgeterhebung 2001/2002	6	427
Neue Methode der Volkszählung	5	333
Ergebnisse einer Kundenzufriedenheitsuntersuchung im Eurostat Data Shop Berlin	4	245
Mehrfachnutzung von Daten innerhalb des agrarstatistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland	7	507
Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage	6	444
Praktische Umsetzung der Qualitätsoffensive in der Außenhandelsstatistik	6	457
Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung des Intrahandels nach Branchen	7	524
Transport lebender Tiere	3	187
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik	7	513
Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung	3	176

Bevölkerung

Neue Methode der Volkszählung	5	333
Entwicklung der Bevölkerung bis 2050	1	22
Erhebungsdesign der Zeitbudgeterhebung 2001/2002	6	427
Ergebnisse des Mikrozensus 2000	6	437
Ehescheidungen 1999	4	253

Erwerbstätigkeit

Ergebnisse des Mikrozensus 2000	6	437
---------------------------------------	---	-----

Unternehmen und Arbeitsstätten

Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage	6	444
Gewerbeanzeigen 2000	4	295

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Mehrfachnutzung von Daten innerhalb des agrarstatistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland	7	507
Weinbau in Deutschland 1999	1	30
Ökologischer Landbau 1999	3	357
50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland	5	367

Produzierendes Gewerbe

Qualitätsverbesserung des Unternehmensregisters durch die Registerumfrage	6	444
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1998	2	87
50 Jahre Düngemittelstatistik in Deutschland	5	367

Bautätigkeit und Wohnungen

Wohngeld in Deutschland 1999	2	109
------------------------------------	---	-----

Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Entwicklung im Großhandel im Jahr 2000	3	181
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2000	4	263
Inlandstourismus 2000: Neue Rekordergebnisse im Jahr der EXPO	4	268

Außenhandel

Praktische Umsetzung der Qualitätsoffensive in der Außenhandelsstatistik	6	457
Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet	2	102
Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung des Intrahandels nach Branchen	7	524
Spiegelvergleich der deutschen und spanischen Intrahandelergebnisse	1	46
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 2000	2	97
Der deutsche Außenhandel 2000 nach Ländern	4	277

Verkehr

Transport lebender Tiere	3	187
Eisenbahnverkehr 2000	6	465
Binnenschifffahrt im Jahr 2000 mit Rekordergebnis	7	533
Gewerblicher Luftverkehr 2000	4	289

Bildung und Kultur

Studierende im Wintersemester 2000/2001	6	470
---	---	-----

Gesundheitswesen

Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
---	---	-----

Sozialleistungen

Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1999	5	372
Wohngeld in Deutschland 1999	2	109

Finanzen und Steuern

Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik	7	513
Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes	2	116
Die neue Gesundheitsausgabenrechnung der Gesundheitsberichterstattung	3	195
Kommunalfinanzen 2001	5	386
Öffentliche Finanzen 2000	4	303
Schulden der öffentlichen Haushalte 2000	7	543

Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2	2	121
Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten	7	546

Löhne und Gehälter

Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
Ergebnisse der Lohnstatistik für 2000	5	389

Preise

Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft	3	203
Neuer Preisindex für die Internet-Nutzung	3	176
Preisentwicklung im Jahr 2000	2	138
Preise im Februar 2001	3	221
März 2001	4	308
April 2001	5	402
Mai 2001	6	479
Juni 2001	7	572

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Revision der Anlagevermögensrechnung 1991 bis 2001	5	342
Bruttoinlandsprodukt 2000	1	11

Umwelt

Statistik über bestimmte ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	3	217
--	---	-----

Gastbeiträge

Konsistente empirische Modelle der Geldnachfrage	3	225
Wie produktiv sind Investitionen in industrielle Forschung und Entwicklung?	4	312
Lohndiskriminierung von Frauen	5	406
Äquivalenzskalen und haushaltsspezifisches Armutsrisiko	6	483
Außenhandel und Informationsbedarf der Bundesländer	7	576
Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich	7	588

Historische Aufsätze

100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik	1	64
---	---	----

Veröffentlichungen¹⁾ vom 23. Juni 2001 bis 20. Juli 2001

■ Zusammenfassende Veröffentlichungen		DM	EUR		
Wirtschaft und Statistik, Juni 2001	21,70	11,10	noch Fachserie 8: Verkehr		
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, März 2001	27,30	13,96	Reihe 2	Eisenbahnverkehr, April 2001	8,70 4,45
Verkehr aktuell, Juni 2001	15,40	7,87	Reihe 4	Binnenschifffahrt, Februar 2001	11,- 5,62
			Reihe 6	Luftverkehr, April 2001	18,20 9,31
			Reihe 7	Verkehrsunfälle, Januar 2001	11,- 5,62
			Reihe 7	Februar 2001	11,- 5,62
Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit					
Reihe 4.3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Mai 2001	5,20	2,66		
Reihe 4.3	Juni 2001	5,20	2,66		
Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten					
Reihe 5	Gewerbearzeigen, Januar 2001	5,20	2,66		
Reihe 5	Februar 2001	5,20	2,66		
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei					
Reihe 2.1.2	Agrarstrukturerhebung/Landwirtschaftszählung 1999: Bodennutzung der Betriebe 1999	31,50	16,11		
Reihe 3.2.1	Wachstum und Ernte – Obst, Trauben –, Heft 2/2001	5,20	2,66		
Reihe 4.5	Hochsee- und Küstenfischerei, 2. Vierteljahr 1999	8,70	4,45		
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe					
Reihe 2.1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, April 2001	11,-	5,62		
Reihe 2.2	Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes –, April 2001	27,30	13,96		
Reihe 2.2	Mai 2001	27,30	13,96		
Reihe 4.1.1	Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, Februar 2001	27,30	13,96		
Reihe 5.2	Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der Unternehmen im Baugewerbe 1999	11,-	5,62		
Reihe 7.1	Beschäftigte und Umsatz im Handwerk, 1. Vierteljahr 2001	5,20	2,66		
Reihe 8.1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), Mai 2001	11,-	5,62		
Reihe 8.1	Juni 2001 (Vorbericht)	3,40	1,74		
Reihe 8.1	1. Vierteljahr 2001	24,30	12,42		
Fachserie 5: Bautätigkeit und Wohnungen					
Reihe 3	Bestand an Wohnungen, 31. Dezember 1999	15,40	7,87		
Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus					
Reihe 1.1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Messzahlen), April 2001	11,-	5,62		
Reihe 3.1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Messzahlen), April 2001	8,70	4,45		
Reihe 7.1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, April und Winterhalbjahr 2001	13,50	6,90		
Fachserie 7: Außenhandel					
Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, März 2001	13,50	6,90		
Reihe 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), März 2001	49,-	25,05		
Fachserie 8: Verkehr					
Reihe 2	Eisenbahnverkehr 2000	11,-	5,62		
Reihe 2	März 2001	8,70	4,45		
Fachserie 11: Bildung und Kultur					
Reihe 4.6	Gasthörer an Hochschulen, Wintersemester 2000/2001	13,50	6,90		
Fachserie 12: Gesundheitswesen					
Reihe 6.2	Diagnosedaten der Krankenhauspatienten 1999	27,30	13,96		
Fachserie 14: Finanzen und Steuern					
Reihe 3.6	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung 1999	13,50	6,90		
Reihe 9.2.1	Absatz von Bier, Mai 2001	3,40	1,74		
Reihe 9.3	Mineralölsteuer 1999/2000	8,70	4,45		
Fachserie 16: Löhne und Gehälter					
Reihe 2.1	Arbeitervergdienste im Produzierenden Gewerbe, Januar 2001	31,50	16,11		
Reihe 2.2	Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, Januar 2001	31,50	16,11		
Reihe 2.3	Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe – Vorbericht –, Januar 2001	4,30	2,20		
Reihe 2.3	Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe Januar 2001	11,-	5,62		
Fachserie 17: Preise					
Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, 2000	21,-	10,74		
Reihe 1	April 2001	8,70	4,45		
Reihe 1	Mai 2001	8,70	4,45		
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Mai 2001	11,-	5,62		
Reihe 4	Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, Mai 2001 (Eilbericht)	4,30	2,20		
Reihe 5	Kaufwerte für Bauland, 4. Vierteljahr 2000	11,-	5,62		
Reihe 6	Index der Großhandelsverkaufspreise, Mai 2001	8,70	4,45		
Reihe 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, Juni 2001 (Eilbericht)	4,30	2,20		
Reihe 7	Juni 2001	21,-	10,74		
Reihe 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, Mai 2001	18,20	9,31		
Reihe 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, Mai 2001	8,70	4,45		
Reihe 11	Preise und Preisindizes im Ausland, Mai 2001	11,-	5,62		
Fachserie 19: Umwelt					
Reihe 3.3	Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen, die ausschließ- lich dem Umweltschutz dienen 1997/1998	15,40	7,87		
■ Elektronische Veröffentlichungen					
				Außenhandel nach Waren und Ländern, März 2001 (CD-ROM)	49,- 25,05

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.
Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon (070 71) 93 53 50, Telefax (070 71) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.